Dienstag, 10. April 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 86 - 15.W.- Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 36,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Votum für Weizsäcker: Der SPD-Vorstand hat der Partei empfohlen, bei der Bundespräsidentenwahl am 23. Mai auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten. Brandt, Rau, Schmidt und Vogel wollen ihre Stimmen dem Unions-Kandidaten, von Weizsäcker, geben. (S. 8)

Mittelamerika: Nicaragua will wegen der angeblich von den USA unterstützten Verminung seiner Häfen den Internationalen Gerichtshof anrufen. Die USA hatten zuvor mitgeteilt, sie würden Urteile des Gerichtshofs über Mittelamerika in den nächsten zwei Jahren nicht anerkennen, um Mißbräuchen vorzubeugen.

Vatikan: Der Papst hat Spitzenämter der Kurie neu besetzt. Kardinalstaatssekretär Casaroli erhielt alle Vollmachten zur Verwaltung der Vatikanstadt. (S. 8)

Rüstung: Erstmals in der Geschichte der NATO wird von acht Ländern der Versuch gemacht, gemeinsam eine Standardfregatte zu bauen. Schon im Juli soll mit dem Entwurf einer Konzeptstudie begonnen werden. (S. 8)

Angebot aus Ost-Berlin: Die „DDR" ist bereit, den Ostseefischern Fangrechte vor der mecklenburgischen Küste zu gewähren, falls Bonn dem Verlauf der Elbgrenze in der Flußmitte zustimmt, teilte Schleswig-Holsteins SPD-Chef Jansen mit. In Bonn hieß es dazu, in der Frage der Elbgrenze gebe es keinen Verhandlungsspielraum. (S. 4)

Spionage: Unter dem Verdacht der versuchten Spionage für die „DDR" wurde ein Beamter des Mittleren Dienstes im Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz festgenommen. (S. 4)

Libanon: Präsident Gemayel will nach seinem Treffen mit dem syrischen Staatschef Assad Mitte dieser Woche in Damaskus auch Saudi-Arabien besuchen. Ministerpräsident Wassan warf den USA vor, die Libanesen hinsichtlich des Abzugs der Israelis belogen zu haben.

Heute: Auf Wunsch der CSU Dreiertreffen von Kohl, Genscher und Strauß in Bonn. – Konferenz der Mittelmeerländer in Athen über Meeresverseuchung.

Die Giftpfeile des Alexander Haig

Ronald Reagans erster Außenminister hat – mitten im Wahljahr – ein brisantes Buch publiziert. Sein Inhalt gilt vielen als politische Vivisektion einer auf Wiederwahl hoffenden Administration. Thomas Kielinger berichtet und fragt, was Haig zu diesem außergewöhnlichen Schritt bewogen haben mag. (S. 7)

WIRTSCHAFT

Bayer AG: Der zweitgrößte deutsche Chemiekonzern steigerte im Geschäftsjahr 1983 den Gewinn vor Steuern um 55,9 Prozent auf 1,15 Milliarden DM, weltweit um 123 Prozent auf 2,16 Milliarden DM. (S. 10)

Investitionen: Die deutsche Wirtschaft hat 1983 rund 7,8 Milliarden DM im Ausland investiert, davon mehr als ein Drittel in den USA und 20 Prozent in den EG-Ländern. (S. 9)

Automatisierung: In der Bundesrepublik sind heute rund 5000 Industrie-Roboter im Einsatz; vor fünf Jahren waren es 620.

Börse: Auf Grund der zunehmenden Streikgefahr gaben die Aktienkurse überwiegend nach. WELT-Aktienindex 148,0 (148,6). Am Rentenmarkt lagen öffentliche Anleihen etwas freundlicher. Dollar-Mittelkurs 2,6159 (2,6299) Mark. Goldpreis je Feinunze 382,40 (380,25) Dollar.

Berichte über die Hannover-Messe: Seite 13

ZITAT DES TAGES



» Im Gegensatz zu vielen Linken im Westen bin ich der Meinung, daß die Politik Reagans die Gefahr eines Krieges in weite Ferne gerückt hat «

Milovan Djilas, jugoslawischer Regimekritiker und ehemaliges Mitglied der obersten KP-Führung unter Tito FOTO: DPA

KULTUR

„Radikal": Gegen sechs Berliner Schriftsteller ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Verdachts der Werbung für eine terroristische Vereinigung. Die Autoren, darunter der Berliner Landesvorsitzende des Verbands Deutscher Schriftsteller (VS), Hans Christoph Buch, hatten im Februar vor dem Kriminalgericht Moabit Ausgaben der Zeitschrift „Radikal" verteilt, um gegen den Prozeß gegen die Journalisten Härlin und Klöckner zur protestieren. Diese wurden inzwischen als Verantwortliche für die „Radikal"-Ausgaben zu je zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.

SPORT

Leichtathletik: Acht Jahre nach seinem Junioren-Weltrekord über 400 m Hürden wurde Harald Schmid entthront. Der Amerikaner Danny Harries (49,55 Sek.) unterbot Schmids Weltrekord um sechs Hundertstelsekunden.

Basketball: Bei den asiatischen Junioren-Meisterschaften in Seoul reiste die Mannschaft Taiwans vorzeitig ab. Sie sollte nur mit ihrem Verbandsemblem antreten, China wurde hingegen die Nationalflagge zugestanden.

AUS ALLER WELT

Challenger: Der Flug der US-Raumfähre wurde um einen Tag verlängert, um nach dem ersten Fehlschlag doch noch die Bergung des defekten Sonnensatelliten „Solar Max" zu ermöglichen. (S. 22)

Späte Blüte: So kalt wie in diesem Jahr war der Frühling seit einem halben Jahrhundert nicht mehr. Nach Berechnungen des Deutschen Wetterdienstes wird es die späteste Obstbaumblüte seit 50 Jahren geben.

Wetter: Überwiegend wolkig, vereinzelt Regen. 7 bis 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

IG Metall vertagt Beschluß. Weiteres Spitzengespräch?

Die IG Druck will sich „Überraschungseffekt" vorbehalten

DW. Bonn

Eine Entscheidung über das weitere Vorgehen der Industriegewerkschaft Metall im derzeitigen Tarifkonflikt wird aller Voraussicht nach heute gefällt werden. Gestern verstärkten sich die Spekulationen, daß sich die Führung der IG Metall für ein zweites Spitzengespräch mit den Arbeitgebern entscheiden könnte. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes Gesamtmetall, Dieter Kirchner, deutete an, daß es bei einem weiteren Gespräch der Tarifparteien – ein erstes Treffen war am vergangenen Freitag in Frankfurt ergebnislos verlaufen – noch Verhandlungsmöglichkeiten bei der flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit gebe.

Die Arbeitgeber, so beschrieb Kirchner die Position von Gesamtmetall, seien zwar gegen eine generelle Arbeitszeitverkürzung, aber „überhaupt nicht" gegen individuelle Arbeitszeitverkürzungen. Sie hätten der Gewerkschaftsseite angeboten, ihre Überlegungen dazu in einem weiteren Spitzengespräch zu konkretisieren.

Eine ausserordentliche Sitzung des IG Metall-Vorstandes wurde gestern nach mehr als vierstündiger Diskussion unterbrochen. Die Beratungen sollen heute fortgesetzt werden.

Die IG Druck und Papier stellt sich im zugespitzten Tarifstreit der Druckindustrie auf eine „langwierige Auseinandersetzung" ein. Dem Vernehmen nach sollen Urabstimmungen über Kampfmaßnahmen in der Woche vor Ostern beginnen. Nach einer Sitzung des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Druck, der als „zentrale Streikleitung" fungiert, hieß es gestern in Stuttgart, die Gewerkschaft werde „Formen des flexiblen Arbeitskampfes anwenden und Zug um Zug Urabstimmungen durchführen". Die Beschlüsse gab die Gewerkschaft nicht bekannt. „Wir wollen uns den Überraschungseffekt vorbehalten" hieß es zur Begründung.

Die IG Druck und Papier sprach davon, daß sie jederzeit verhandlungsbereit sei. Sie wies den Vorwurf des Bundesverbandes Druck zurück, sie praktiziere „Scheinurabstimmungen". Der Bundesverband blieb gestern bei dieser Einschätzung. Verhandlungsführer Manfred Beltz-Ruebelmann erklärte, die Gewerkschaft verweigere ihren Mitgliedern das Mitbestimmungsrecht einer Urabstimmung. Er bedauerte, daß die IG Druck das „faire Angebot" dem „Dogma 35-Stunden-Woche" geopfert habe. Ungeachtet harter Worte aus Stuttgart hielten die Arbeitgeber aber ihr Fünf-Punkte-Programm aufrecht: Drei Prozent mehr Lohn und Gehalt, eine neue Lohnsktruktur mit Einkommensgarantie, deutlich verbesserter Rationalisierungsschutz, eine Initiative zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit und eine Verlängerung des Manteltarifvertrages bis 1988.

Arbeitgeberpräsident Otto Esser beschrieb gestern die tarifpolitischen Auseinandersetzungen in der Druck- und Metallindustrie als „Grundsatzfragen von größter Bedeutung". Esser: „Die Unterschreitung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde einen Weg einleiten, an dessen Ende der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte im internationalen Vergleich stehen müßte". Er sicherte den Unternehmen zu, daß die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände „alles in ihrer Kraft stehende tuen wird, um in diesem Konflikt gesamtwirtschaftliche Solidarität zu mobilisieren". Oppositionsführer Vogel griff Esser scharf an. Vogel bezeichnete den Arbeitgeberpräsidenten als einen der „Hauptverantwortlichen" für die Zuspitzung im Tarifkonflikt.

Im Kugelhagel über die Mauer

CDU/CSU: „Es ist schrecklich, daß der Schießbefehl offensichtlich immer noch gilt"

F.D./DW. Berlin

Im Kugelhagel von „DDR"-Grenzsoldaten gelang am späten Sonntag abend einem 20 Jahre alten „DDR"-Bewohner die Flucht über die Mauer in den Berliner Bezirk Neukölln. Sein Begleiter scheiterte offenbar bei dem Versuch, in den Westen zu gelangen. Von ihm fehlte gestern jede Spur.

Der Zwischenfall traf in Bonn auf scharfen Protest. Die Bundesregierung bedauerte die Schüsse an der Berliner Mauer. Regierungssprecher Peter Bönisch erklärte, Zwischenfälle an der innerdeutschen Grenze, bei denen Menschen verletzt oder getötet werden könnten, stünden im Widerspruch „zu der von uns angestrebten Koalition der Vernunft und zu der Verantwortungsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten". Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU, Eduard Lintner, nannte es „schrecklich, daß der Schießbefehl offensichtlich immer noch gilt. Ich fordere SED-Chef Honecker auf, dafür zu sorgen, daß der Schußwaffengebrauch an der Mauer und der innerdeutschen Grenze schnellstens eingestellt wird – im Interesse der Menschen". Dies wäre nach seiner Auffassung ein Signal für eine weitere Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen.

Bei dem geflohenen „DDR"-Bewohner handelt es sich um einen Zoo-Techniker aus Ost-Berlin, der nach eigenen Angaben mit seinem Kameraden wegen der „zunehmenden Einengung der persönlichen Freiheit in der DDR" die Flucht in den Westen gewagt hatte.

„Wenn an der Mauer geschossen wird, so ist dies eine sehr schlimme Sache", erklärte der stellvertretende Berliner Senatssprecher Jörg Henschel. Die Schüsse zeigten, daß im deutsch-deutschen Verhältnis keineswegs Normalität eingekehrt sei.

Die beiden Flüchtlinge hatten mit Hilfe einer Leiter die Grenzbefestigungen überstiegen und schließlich versucht, die Mauer zu überwinden. Als der 20-jährige die Mauerkrone erreichte, wurden die Flüchtlinge von „DDR"-Grenzsoldaten entdeckt und unter Beschuß genommen. Darauf sprang er – schilderte er der Polizei – hinab und habe auf Westberliner Gebiet einige Zeit vergebens auf seinen Kamerad gewartet. Der Gerettete verbarg sich einige Zeit in einer Laubenkolonie. Später wurde er von einem Autofahrer gefunden, der ihn nach Hause mitnahm. Dann meldete er sich der Polizei.

Die Berliner Polizei sieht gewisse Möglichkeiten, daß sich der zweite Flüchtling der Festnahme habe entziehen und in dem unwirklichen Gelände an der Mauer habe verstecken können. Ein Lebenszeichen von ihm gab es bis Montag abend jedoch nicht. Polizeibeamte hatten lediglich Feuerstöße aus Maschinenpistolen registriert und später acht Grenzsoldaten der „DDR" erkennen können, die sich am Fluchtort aufhielten.

Seit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 sind nach Bonner Angaben 4 860 „DDR"-Bewohner über die Mauer nach West-Berlin geflüchtet. Nach westlichen Schätzungen starben 73 Menschen bei dem Fluchtversuch, rund 3 100 Personen sind in dieser Zeitspanne festgenommen worden. In jüngster Zeit hatte sich die Hoffnung verstärkt, daß der Schießbefehl aufgehoben oder zumindest eingeschränkt wird.

USA lehnen Vorleistungen ab

Reaktion auf Tschernenkos „Prawda"-Interview / Tonlage wie zu Zeiten Andropows

AFP/dpa, Moskau

Die USA haben es abgelehnt, zur Wiederaufnahme der Rüstungskontroll-Verhandlungen Zugeständnisse an die Sowjetunion zu machen. In einer ersten Reaktion auf das gestern von dem Parteiorgan „Prawda" veröffentlichte Interview mit dem sowjetischen Parteichef Konstantin Tschernenko, erklärte der Sprecher des Präsidialamtes, Robert Sims, die USA würden am Verhandlungstisch eine „flexible" Haltung einnehmen. Es sei Sache der Sowjetunion, ein neues Angebot zu machen.

F. H. NEUMANN, Moskau

Mit seinen gestrigen „Prawda"-Erklärungen ist Tschernenko voll auf die Linie der Verweigerung eingeschwenkt, die der Kreml für angemessen hielt, seit die NATO ihren Nachrüstungsbeschluß zu verwirklichen begann. Der verbindliche Tonfall seiner vorausgegangenen Äußerungen, in denen er sich sogar für „eine echte Wende in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen" ausgesprochen hatte, ist verschwunden. Die kühle Zurückweisung von Verhandlungen, solange die amerikanischen Raketen in Europa bleiben, entspricht wieder vollständig den schroffen Erklärungen, die zuletzt im Namen Andropows herausgegeben wurden.

Wortreich werden die USA bezichtigt, auch in keiner anderen Frage wirkliche Übereinkünfte erzielen oder einhalten zu wollen, handele es sich nun um den Weltraum, die unterirdischen Atomversuche oder die chemischen Waffen. Die Initiativen Washingtons auf diesem Gebiet nannte der Parteichef bloße Worte, denen die Taten widersprechen.

Es mag nicht zuletzt den Informationen aus dem Ausland zu verdanken sein, daß sich Tschernenko so ausführlich der Kontroll-Frage widmete. Der Parteichef drehte den Spieß jetzt um.Er beschuldigte die USA, von Kontrolle immer dann zu reden, wenn sie einer Vereinbarung entgehen wollen. An gründlicher Überwachung sei Moskau deshalb weit mehr interessiert als Washington.

Verhandlungen sind gegenwärtig und auf längere Sicht im Kreml nicht gefragt. Die Schaffung einer Atmosphäre internationalen Vertrauens hat Tschernenko zuständigkeitshalber der KSZE-Nachfolgekonferenz in Stockholm zugewiesen. Die Wiener MBFR-Verhandlungen erwähnte er mit keinem Wort.

Auch die Erwartung, Moskau wolle die Ergebnisse der amerikanischen Präsidentschaftswahlen abwarten, wies der Generalsekretär zurück. Wer so denke, verkenne den prinzipiellen und von „konjunkturellen Schwankungen" unabhängigen Charakter der sowjetischen Politik. Im Verhältnis zwischen Moskau und Washington sei immer „sozusagen alles normal" verlaufen, wenn sich die USA realistisch verhielten.

Schwere Zeiten für die Juristen

PETER PHILIPPS, Bonn

Auf die Juristen kommen schwere Zeiten zu: Ihre Aussichten auf eine angemessene Anstellung sinken. Ihr Handikap ist nicht nur, daß durch die Bildungsexpansion und die demographische Entwicklung innerhalb der kommenden zehn Jahre mit einer Jungakademiker-Schwemme, einer Zunahme um 50 Prozent, zu rechnen ist. Die angesichts rückläufiger Staatsnachfrage und überfüllter freier Berufe entscheidende Tendenz zur betrieblichen Höherqualifizierung in der Wirtschaft konzentriert sich auch auf die Felder EDV, Vertrieb / Marketing, Finanz- und Rechnungswesen, Forschung und Entwicklung – die klassischen Bereiche der Ökonomen und Ingenieure.

Eine Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) hat dies jetzt bestätigt. 145 Unternehmen, vorwiegend aus den Branchen Maschinenbau, Chemie, Banken, Versicherungen und Wirtschaftsberatung, haben detailliert ihre „betrieblichen Reaktionen auf die Hochschulexpansion" dargelegt. Die Firmen repräsentieren 1,6 Millionen Mitarbeiter – davon 126 000 Akademiker, etwa 18 Prozent aller beschäftigten Akademiker.

Die Unternehmer sind sich im klaren darüber, welche Gefahren mit der zunehmenden Akademisierung verbunden sind. Denn da das Durchschnittsalter der bereits beschäftigten Hochschulabsolventen relativ niedrig ist, reduzieren sich die Aufstiegschancen. Von den Personalentwicklungs-Planern werden deshalb bereits die Einführung sogenannter „Fachlaufbahnstufen" sowie die Verstärkung der horizontalen Personalentwicklung (Job-Rotation oder Wechsel zwischen Stabs- und Linienfunktionen) erwogen.

Wenn auch, wie die IW-Untersuchung bestätigt, der qualitative Verdrängungswettbewerb durch Akademiker in den Betrieben immer noch ziemlich stark ist, so verlagert sich doch das Schwergewicht auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dabei sollten die Hochschulen nicht übersehen: 16 Prozent der Betriebe beklagte Qualitätsmängel und Praxisferne der Ausbildung. Und die Bewerber müssen sich von dem lösen, was in einer Untersuchung des Hochschul-Informations-Systems vor kurzem wieder als „A-13-Syndrom" bezeichnet wurde, das Ausrichten an den Eingangsbedingungen des öffentlichen Dienstes.

DER KOMMENTAR

Die Schüsse

HERBERT KREMP

Die Bestätigung, daß der Schießbefehl Honeckers nach wie vor gilt, ließ leider nicht lange auf sich warten. Ob die Schüsse, die am Sonntagabend auf zwei Flüchtlinge an der Mauer abgegeben wurden, auf den Körper gezielt waren oder nicht: Sie sind gefallen; die Maschinenpistolen der „DDR"-Grenzwächter sind scharf geladen; der Befehl, zu feuern, wird befolgt. Das ist die Wirklichkeit in Deutschland, an der sich unser Urteil zu orientieren hat.

Gestern wußte zunächst niemand, ob der eine Flüchtling, der die Mauerkrone nicht erreichen konnte, getötet oder verwundet wurde. Möglicherweise blieb er unverletzt. Die Feuergarben trafen aber ein anderes Ziel: Die Illusionen, die man sich auf dieser Seite Deutschlands seit Monaten macht. Aus einer Hoffnung, der niemand den guten Glauben absprechen soll; und aus einer Gutgläubigkeit, die ihre Ignoranz kaum zu verhüllen weiß.

Wie konnte man je vergessen, daß die Gewalt gegen Menschen (und ihre Sachen) zur Nachtseite des totalitären Systems gehört? Wie konnte man übersehen, daß Honecker und sein Vormund Ulbricht die ersten Deutschen nach Hitler sind, die den militärischen Befehl zum Schußwaffengebrauch gaben? Wie konnte man je zu leugnen versuchen, daß der Abteilungsleiter der Sowjets in Deutschland dabei unter einem Zwang handelt, der ihn so handeln läßt, ob er will oder nicht, ob er lacht oder sich sorgt, ob er aus dem Saarland stammt oder aus Sachsen?

Es wird also immer so weitergehen? Ja, wahrscheinlich. Zwischen dem System-Denken drüben und dem Staats-Denken hier bestehen kategoriale Unterschiede. Sie lassen Widersprüche zu, von denen einige silbern umrandet scheinen: Ost-Berlin ist an intensiven Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland interessiert; seit Jahren ließ das System Bürger über Botschaften entkommen – solange die Bühne im Dunkeln lag, jetzt nicht mehr; noch nie seit dem Mauerbau konnten soviele Menschen in so kurzer Zeit als „Ausreisende" die „DDR" verlassen. Die Bundesregierung verbindet mit diesen Erscheinungen die Idee einer „Koalition der Vernunft", einer „Verantwortungsgemeinschaft", wie der Regierungssprecher gestern erklärte.

Aber sind diese Erscheinungen, deren es mehr und mehr geben sollte, nicht doch nur „Phänomene"? Sind die Schüsse die „wirkliche" Wirklichkeit? Man darf nicht aufhören zu hoffen – mit eisernem Realismus.

Budapest weist Vorwurf aus Prag zurück

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Wenige Tage nach einem scharfen Angriff des Prager Parteiorgans „Rude Pravo" auf die angeblich „partikularistische" und „separatistische" Politik Ungarns im Ostblock hat sich Budapest öffentlich zur Wehr gesetzt. Der ungarische ZK-Sekretär Szüröf wies in der Zeitung „Magyar Hirlap" die Beschuldigung aus Prag zurück.

Szüröf erklärte, es gebe trotz verschlechterter internationaler Beziehungen keine direkte Kriegsgefahr in Europa. Der Wettbewerb zwischen Ost und West müsse mit friedlichen Mitteln geführt werden. Zur Position Ungarns formulierte der ZK-Sekretär, sein Land sei ein zuverlässiger Verbündeter und Freund der anderen kommunistischen Staaten, aber zugleich auch ein „korrekter Partner" des Westens unter den kommunistischen Ländern.

Ungarn unterstütze die gemeinsamen Vorschläge des Warschauer Paktes, sagte Szüröf, aber zugleich vertrete es „seine grundlegenden eigenen nationalen Interessen durch unabhängige Dialoge" auf dem Gebiet der Außenpolitik. Der ZK-Sekretär legte besonderen Nachdruck auf die Rolle Europas als Initiator und Mittelpunkt der Entspannungspolitik. Er bekräftigte den von „Rude Pravo" besonders scharf attackierten Standpunkt, wonach die „kleinen und mittleren Staaten" auf beiden Seiten durch Dialog und konstruktive Kontakte dazu beitragen müßten, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern.

Seite 2: Prags großer Zorn

Moskau droht: Nichtteilnahme in Los Angeles

DW., Bonn

Das Nationale Olympische Komitee (NOK) der UdSSR hat nach einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur TASS IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch aufgefordert, eine Dringlichkeits-Sitzung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) einzuberufen.

Laut TASS soll der amerikanische Präsident Ronald Reagan mit seinen eigenen Garantie-Erklärungen zur Sicherheit der sowjetischen Mannschaft gegen die olympischen Regeln verstoßen haben. Man mische sich überdies innerhalb des amerikanischen Wahlkampfes in die Olympia-Vorbereitungen von Los Angeles ein. TASS: „Die Verletzung der Olympischen Charta sowie die von reaktionären Kreisen in den USA mit Duldung der offiziellen Behörden entfesselte anti-sowjetische Kampagne schafft eine anomale Situation."

Die Sowjetunion werde auf eine Teilnahme in Los Angeles verzichten, schreibt TASS weiter, wenn die Amerikaner die olympische Charta nicht einhielten. Dieser Zustand sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorhanden und deshalb habe man eine Dringlichkeits-Sitzung des IOC gefordert.

TASS kritisiert weiter die Weigerung, den UdSSR-Bürger Oleg Jermischkin als sowjetischen Olympia-Attache zuzulassen. Seine Kandidatur sei zuvor mit dem olympischen Organisationskomitee abgestimmt gewesen. Ein Sprecher des Weißen Hauses hatte erklärt, Jermischkin sei ein KGB-Agent von hohem Rang.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wieso Abkoppelung?

Von Adalbert Bärworf

Es kommt vor, daß Wissenschaftler fast hellseherisch über den Horizont der Zukunft hinausweisen, obgleich sie nicht wissen, wie man ihre Vision verwirklichen könnte. Leonardo da Vinci sah deutlich, daß der Mensch eines Tages fliegen würde, aber er wußte nicht, wie man's machen sollte. Townes und Schawlow erkannten, daß kohärentes Licht möglich sein müßte. Aber sie konnten keinen Laser bauen. Und Eugen Sänger, der deutsche Raketenprofessor, vermerkte in den fünfziger Jahren intensive Photonen – Energiestrahlen, die fliegende Objekte bis auf Entfernungen von mehreren hundert Kilometer in Sekundenbruchteilen zu zerstören vermögen. Aber Sänger konnte die Lichtkanone nicht bauen.

Doch er schrieb 1957 diesen Satz in Stuttgart nieder: „Sollten solche Möglichkeiten zur Abwehr ballistischer Fernraketen nicht völlig gleichzeitig bei allen Mächtegruppen, sondern selbst nur mit einem kurzen zeitlichen Vorsprung einseitig bei einer Gruppe verwirklicht werden, so entstünde zweifellos eine etwas heikle weltpolitische Situation, da die Versuchung, diesen zeitlichen Vorsprung gewaltsam auszunutzen, eine große Gefahr für den Weltfrieden bedeuten kann."

Heute arbeiten Ost und West mit Hochdruck an Waffenstrahlen. Hätten die Sowjets, wie mancher in Amerika und Westeuropa glaubt, hier einen Vorsprung, dann könnten wir das Handtuch werfen. Moskau würde uns mit seinen ballistischen Atomwaffen der Offensive und den Lichtkanonen der Defensive erpressen. Glücklicherweise ist Amerika auf dem Gebiet der Ultra-Technologie dem Osten um Jahre voraus.

Völlig unverständlich ist es, daß deutsche Politiker spekulieren, Europa könnte durch diese Technologie von Amerika „abgekoppelt" werden. Strahlenwaffen in amerikanischen Händen sind keine Gefahr für den Weltfrieden, weil die Amerikaner, wie man in Bonn wissen müßte, keine expansive Politik betreiben. Ein unverwundbares Amerika wäre ein besonders guter Helfer in der Not. Im übrigen kann Europa dafür sorgen, daß es auch durch die neue Waffe vor den SS 20 geschützt wird, indem es sich finanziell und womöglich sogar technisch daran beteiligt – schließlich kam die Konzeption des Hauptraketentriebwerks für den Shuttle aus München.

Schwarzes in Italien

Von Friedrich Meichsner

Italiens sozialistischer Ministerpräsident Bettino Craxi sieht schwarz. „Die nächsten Tage werden schwarze Tage in der Geschichte der Republik sein", sagte er, nachdem sein christdemokratischer Schatzminister Goria gerade im Namen der Regierung die Vertrauensfrage in der Abgeordnetenkammer gestellt hatte. In der Kammer wird seit Anfang des Monats über das vom Senat bereits gebilligte Dekret zur Abbremsung der gleitenden Lohnskala diskutiert, in deren Automatik einer der inflationstreibenden Faktoren gesehen wird.

Das Dekret muß bis zum kommenden Montag ratifiziert werden, wenn es nicht verfallen soll. Die Kommunisten sind bestrebt, seine Verabschiedung durch parlamentarische Dauerreden zu hintertreiben. Dabei kommt ihnen eine Geschäftsordnung zugute, die so „demokratisch" ist, daß sie der Regierungsmehrheit in bestimmten Fällen das Regieren gegen den Widerstand der Opposition praktisch unmöglich macht. Im vorliegenden Fall gesteht sie allen Oppositionsabgeordneten, die einen der rund zweitausend Abänderungsanträge zum Lohndekret vorgelegt haben, eine Redezeit von 45 Minuten zu.

Unter diesen Umständen rechnet Craxi selber mit dem Scheitern seiner Initiative. Er ist freilich entschlossen, das Dekret nach seinem vorauszusehenden Verfall sofort wieder neu einzubringen und außerdem die Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnungsbestimmungen zu verlangen.

Theoretisch wäre die Regierungsmehrheit aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokreten, Republikanern und Liberalen stark genug, um sowohl das Lohndekret als auch eine neue Geschäftsordnung durchzusetzen. Nur scheinen vor allem die Christdemokraten daran wenig Interesse zu haben. Getreu der Moro-Politik scheuen sie den Frontalzusammenstoß mit der KP. Außerdem möchten sie wohl Craxi als Regierungschef nicht allzu stark werden lassen. Ein gedemütigter sozialistischer Ministerpräsident ist ihnen offenbar lieber als eine von ihnen mitgetragene starke und erfolgreiche Koalitionsregierung, wenn diese unter sozialistischer Leitung steht. Ist es da wirklich nur an Craxi, schwarz zu sehen?

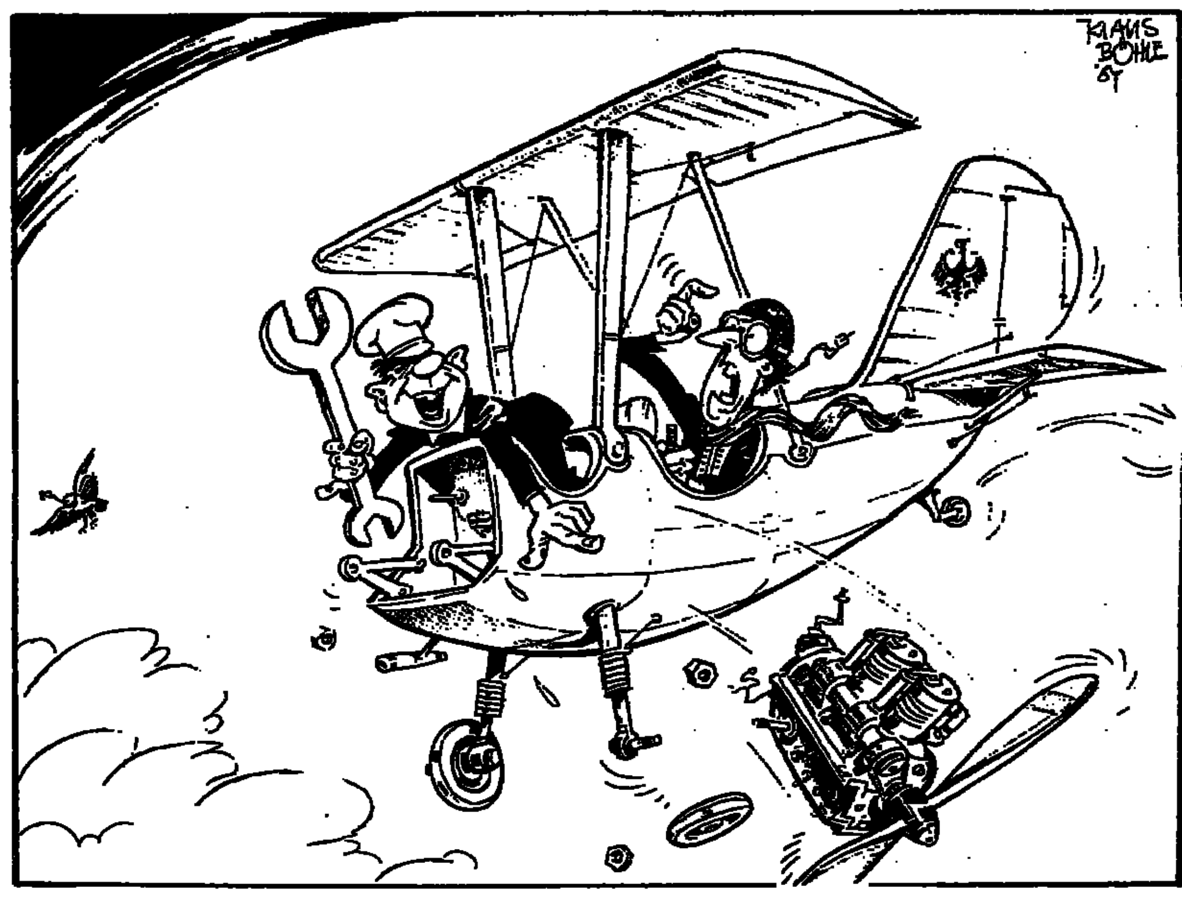
Koldunows Bereitschaft

Von Enno v. Loewenstern

Grundsätzlich würde man ja gern glauben, daß die blutrünstigen Lobgesänge des Luftmarschalls Alexander Koldunow auf nichts als Bockigkeit zurückgehen. Der stellvertretende sowjetische Verteidigungsminister hat zum Tag der sowjetischen Luftabwehr den Abschuß des südkoreanischen Verkehrsflugzeugs mit 269 Menschen am 1. September 1983 durch einen sowjetischen Abfangjäger als Beispiel „hoher Bereitschaft zur Erfüllung des Kampfauftrags" gewürdigt. Hier sei eine „von amerikanischen Geheimdiensten vorbereitete Provokation unterbunden" worden.

In Wahrheit ist der Abschuß natürlich, von der menschlichen und der rechtlichen Seite einmal abgesehen, alles andere als ein Beispiel hoher Bereitschaft zur Erfüllung des Kampfauftrags. Er ist ein Beispiel für einen selbst im unexakten Sowjetsystem unerwartet niedrigen Bereitschaftsstand. Wenn die sowjetische Luftabwehr ein ordinäres Linienflugzeug, das vom Kurs abkommt, zwei Stunden lang nicht ordentlich orten und am Schluß nicht identifizieren kann, obwohl man sich schon einmal mit einer südkoreanischen Maschine (Sommer 1978 im Raum Murmansk) so fürchterlich blamiert hat – dann muß man sich in der Tat fragen, wie es mit ihrer Elektronik und ihrem allgemeinen Sachverstand bestellt ist. Und was das noch alles für böse Folgen haben kann.

Doch liegt darin nicht das alleinige Problem. Mittlerweile weiß man durch gründliche Untersuchungen, was es mit der KAL-Maschine vom 1. September 1983 auf sich hatte. Sie war so wenig ein Spionageflugzeug wie die von 1978, bei der sich Exzellenz Koldunow eigenäugig davon überzeugen konnte. Nun nimmt niemand an, daß die Sowjets wegen der Ermordung von 269 Menschen öffentlich Buße tun. Aber sie könnten ja einfach schweigen. Daß sie stattdessen den eindeutig geklärten Vorfall wieder aufwärmen, gleichzeitig mit ihren Belästigungsaktionen auf den Berlin-Korridoren, läßt befürchten, daß sie Intransigenz anzeigen wollen. Und/oder: vielleicht wollen sie auch signalisieren, daß sie von internationalen Verifikationen nichts halten. Das wäre zur Abrüstungsfrage bedeutsam.



„Wir sind doch oben – was brauchen wir den Motor noch?" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Mythos 18 West

Von Joachim Neander

Ein Teil der vielen Journalisten, die am Donnerstag dieser Woche aus allen Richtungen in Frankfurt zusammeneilen, wird sich insgeheim etwas albern vorkommen. Was sie nach Frankfurt lockt, ist nämlich ein Allerweltsvorgang. Ein normales Verkehrsflugzeug wird über eine normale Betonpiste rollen, beschleunigen, abheben, in den Wolken verschwinden. Ende.

Aber was ist überhaupt normal an dieser berühmten Startbahn 18 West? Sie ist ein Mythos und wird es vorläufig wohl auch bleiben. Wie weit die Mystiker sich dabei über den Boden der Tatsachen erhoben, zeigt ein Beispiel aus jüngster Zeit.

Die Grünen haben in und um München gegen einen neuen Großflughafen im Erdinger Moos gekämpft. Das trug ihnen im Kommunalwahlkampf sogar Kritik bei jenen ein, die unter dem Lärm des Flughafens München-Riem leiden. Doch der grüne Spitzenkandidat Georg Welsch hatte flugs ein Argument zur Hand: Auch Riem müsse natürlich entlastet werden. Man solle den ganzen Fernflugverkehr in der Bundesrepublik auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt zusammenfassen und dort notfalls noch weiter ausbauen.

Darob allgemeiner Beifall und am Wahltag 7,5 Prozent für die Grünen, in München. Und wenn nun am kommenden Samstag Demonstranten von nah und fern noch einmal gewaltig (gewaltfrei, gewalttätig) vor der Schutzmauer um die Startbahn 18 West aufmarschieren, werden die Grünen zahlreich vertreten sein – vermutlich auch aus München.

Wollte man die Widersprüche direkt miteinander konfrontieren, etwa in einer TV-Talkshow – es brächte vermutlich nur wenig ein. Die Grünen aus Mörfelden und München-Riem würden einander umarmen und versichern, sie wollten im Grunde dasselbe: Die ganze Fliegerei müsse drastisch eingeschränkt werden. Man solle viel mehr zu Fuß gehen.

Im Studio würden alle Beifall klatschen und anschließend mit dem Auto heimfahren. Der Talkmaster nähme die Frühmaschine. Politik in Deutschland im sprichwörtlichen Jahr 1984.

Einfach darüber zu lachen, wäre zu billig. Dieser Einbruch einer gewissen Irrationalität in die Politik hat schwerwiegende, wenngleich noch nicht genau definierbare Gründe. Er zählt jetzt zu den Fakten, die in jede Rechnung eingehen müssen – auch wenn er, wie im Falle der Startbahn ganz besonders deutlich wird, gelegentlich paradoxe Züge annimmt.

Als zu Beginn der siebziger Jahre der Rhein-Main-Flughafen gewaltig ausgebaut wurde, ärgerte sich niemand über gefällte Bäume. Die Volksseele kochte, weil so viele sich im neuen Groß-Terminal verirrten und weil die automatische Gepäckförderanlage nicht funktionieren wollte. Als dann der Plan für die neue Startbahn zur allgemeinen Einsicht auslag, sollen sich ganze sechs Bürger anliegender Gemeinden dafür interessiert haben. Selbst als vor den Gerichten schon die ersten Klagen betroffener Kommunen verhandelt wurden, schien das die Mehrheit zunächst kaum zu kümmern. Das, was man zumindest regional eine regelrechte Volkserhebung gegen die neue Startbahn nennen muß, begann überhaupt erst, als der ganze von Gesetz und Verfassung vorgesehene Entscheidungsprozeß der demokratisch gewählten politischen Gremien und der Gerichte bis in die höchste Instanz bereits rechtskräftig beendet war.

Während also die Startbahn West einmal als beispielhaft für alle diese Volksseelen-Kochherde vom Schah über Vietnam und KKW bis zu den Atomraketen und fälschungssicheren Ausweisen gesehen werden kann – es brodelt auf und es beruhigt sich wieder, bis zum nächsten Thema –, liegt hier immerhin ein prinzipieller Unterschied zu etwa Gorleben oder Brokdorf: Dort sollten anstehende Entscheidungen durch Demonstrationen beeinflußt werden, hier rebellierte man gegen den Vollzug bereits geltenden Rechts.



Als die Startbahn noch ein Mobilisierungsthema war: „Demonstranten" im Angriff FOTO: DPA

Vor allem aus diesem Grunde haben viele in der Auseinandersetzung um die Startbahn die seit dem Kriegsende wichtigste Entscheidung über den Bestand unseres demokratischen Rechtsstaates gesehen. Auf der anderen Seite hat sich manch einer gefragt, ob ausgerechnet eine Piste aus Beton zum Feld einer so wichtigen Entscheidung gemacht werden sollte. Im Rückblick scheint es jedoch richtig gewesen zu sein, wie der Staat sich hier verhalten hat – gelegentlich zögernd, gar zurückweichend, um allzu Schlimmes zu vermeiden, aber im Grunde der Sache fest und unbeirrbar. Selbst den neuesten Einwand, die Startbahn bringe ja gar nicht soviel, wird er tragen im Bewußtsein, daß dies ja nur darauf zurückzuführen ist, daß aus ökologischen Gründen mit der jetzt gebauten Bahn nur die fünftbeste aller möglichen Lösungen gewählt wurde.

Demokratie kann es sich leisten, gelegentlich auch mit Irrationalem umzugehen. Sie weiß, daß einerseits die konsequente Einlösung aller radikalen ökologischen Forderungen („Taten statt Worte!") eine brutale Diktatur voraussetzte, von deren Ausmaß sich kein Grüner eine Vorstellung macht. Sie kann andererseits aber auch davon ausgehen, daß ein basisdemokratisch regiertes Deutschland (siehe die grünen Flughafenwidersprüche München–Frankfurt) mit Sicherheit nur einen Kanzlerkandidaten hätte: den heiligen St. Florian. Der demokratische Rechtsstaat also zwischen Skylla und Charybdis – er ist es gewohnt. Nun steht die Startbahn, das Leben geht weiter und die Protestierer suchen ein neues Thema. Auch das ist der Rechtsstaat mittlerweile gewohnt.

IM GESPRÄCH Almeida e Costa

Kandidat aus Macão

Von Manfred Neuber

Das letzte Überbleibsel des lusitanischen Weltreiches soll zum Sprungbrett für den Präsidentenstuhl in Portugal werden: Vizeadmiral Vasco de Almeida e Costa, Gouverneur von Macáo, sucht sich in dem „Chinesischen Territorium unter portugiesischer Verwaltung" zu profilieren.

Mit großem Ehrgeiz trat er vor zwei Jahren seinen Posten am Perlfluß an. Seither geht es wirtschaftlich aufwärts, und neuerdings kommt sogar Bewegung in das politische System.

Frühere Gouverneure führten ein Schatten-Dasein in dem rosaroten Amtssitz. Sie mußten peinlichst darauf achten, sich nicht den Unwillen Pekings zuzuziehen, und sie unterhielten kaum Kontakte zur chinesischen Mehrheit der knapp eine halbe Million zählenden Bevölkerung.

Vizeadmiral Vasco de Almeida e Costa brachte jüngere, fähige Mitarbeiter aus Lissabon mit, die auch Chinesisch und Englisch sprechen. Vordem war die portugiesische Verwaltung durch die Sprachenbarriere ziemlich isoliert. Die Auflockerung in Macáo ist allerdings nicht nach dem Sinne der 12 000 Portugiesen, die nur eine kleine Minderheit darstellen.

Als er kürzlich ihren 17 Mitglieder umfassenden Legislativrat auflöste, um „das Ansehen und die Würde" der portugiesischen Verwaltung zu wahren, bekam der Gouverneur Rückendeckung von Staatspräsident Eanes, dessen Nachfolge Vasco de Almeida e Costa nach den Wahlen im nächsten Jahr offenbar antreten möchte.

Der Legislativrat hatte Vorlagen zur Verwaltungsreform geändert und ohne Billigung des Gouverneurs im Staatsanzeiger veröffentlichen lassen. Daraufhin schritt der Vizeadmiral ein und kündigte Neuwahlen binnen drei Monaten an. Jetzt erwägt er, ob außer den siebentausend portugiesischsprechenden Wahlberechtigten auch die chinesischen Einwohner teilnehmen sollten.

„Der Gouverneur hat die Demokratie dem Spott preisgegeben", ereiferten sich prominente Lokalpolitiker der portugiesischen Kolonie, „und er will den Wahlprozeß nach seinem Gutdünken lenken." Um gegen die Ausweitung des Wahlrechts zu protestieren, flogen drei Mitglieder des teils gewählten, teils berufenen Legislativrates nach Lissabon.



Frischer Wind in uralter Kolonie: Almeida e Costa FOTO: AP

Nach den Plänen des Gouverneurs sollen mehr als fünfhunderttausend Chinesen wahlberechtigt werden. Im Streit um das Wahlrecht berufen sich beide Seiten auf das stillschweigende Einverständnis der Volksrepublik China – aber Peking gibt keine öffentliche Stellungnahme ab. Bislang genügte ein diskreter Wink, um die Dinge in Macáo im Sinne Chinas zu regeln.

Anders als in Hongkong, dessen Übergabe an China nach Auslaufen des britischen Pachtvertrages 1997 unabwendbar ist, läuft in Macáo keine Frist ab. So konnte der Gouverneur die relative Sicherheit nutzen, um internationale Banken und Unternehmen anzusiedeln. Seine Erfolgsbilanz in Übersee dürfte zu Hause, wenn die Präsidentschaftswahl ansteht, eine gute Empfehlung abgeben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STRAUBINGER TAGEBLATT

Hier heißt es zum Tarifstreit:

Die SPD-Opposition nimmt eine schwere Verantwortung auf sich, indem sie sich voll hinter die gewerkschaftlichen Maximalforderungen stellt und die Schuld an der Verschärfung des Tarifstreits allein der Regierung und der CDU zuzuschieben versucht. Gleichlautend mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund spricht Willy Brandt von der Verstocktheit der Kapitalseite und davon, daß die Regierung, die die Einführung der 35-Stunden-Woche ablehnt, mit fliegenden Fahnen zu den Arbeitgebern übergelaufen sei. Der Vorwurf, die Regierung mißachte mit ihrer Haltung die Tarifhoheit, gilt genauso für die Opposition, aber diese Frage ist müßig. Die IG Metall und die SPD haben sich verrannt. Ihre Attacken gegen die Regierung in Bonn vor dem Hintergrund eines Tarifkonflikts werden immer mehr zu Rückzugsgefechten, die sich bekanntlich oft durch besondere Verbissenheit auszeichnen. Die Kämpfer für die 35-Stunden-Woche wissen genau, daß nach den jüngsten Meinungsumfragen fast 75 Prozent der Bevölkerung eine derart drastische Verkürzung der Wochenarbeitszeit ablehnen.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Das Essener Blatt meint zu Ausreiseanträgen von Pfarrern in der „DDR":

Die Evangelische Kirche in der DDR will für die Menschen da sein, die in diesem Staat leben. Wie soll sie das glaubhaft machen, wenn sich sogar Pfarrer in den Westen absetzen? Da kommt dann schnell das böse Wort von der Fahnenflucht auf, und der alte Verdacht wird wieder wach, daß die Kirche in der DDR die fünfte Kolonne des Westens sei. Die Kirche ... (kann) Mitarbeitern, die sich manchmal in ganz unerträglichen und unlösbaren Konflikten befinden und die deshalb die Ausbürgerung beantragen, Hilfe und Zuspruch nicht versagen. Andererseits muß sie sich davor hüten, den vielen anderen Menschen gegenüber, die in der DDR bleiben wollen oder müssen, in ein schiefes Licht zu geraten.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Zur Lage in Kamerun nach dem fehlgeschlagenen Putsch gegen Präsident Biya meint die Pariser Zeitung:

Kamerun hat die in den letzten Monaten von seinem Präsidenten angehäuften Ungeschicklichkeiten und Fehler teuer bezahlen müssen. Der brillante Technokrat Paul Biya war zweifellos ein guter Ministerpräsident. Aber trotz der Warnungen mancher seiner afrikanischen Amtskollegen hat er nicht begreifen wollen, daß es, wenn man in Afrika regieren will, in erster Linie darauf ankommt, keine der immer unterschwellig existierenden regionalen oder ethnischen Streitigkeiten wiederzubeleben. Kamerun ist in dieser Hinsicht ein Porzellanladen. Ein Teil der eingeleiteten Reformen war sicherlich unumgänglich, aber nicht die Anklage und Verurteilung des ehemaligen Staatschefs, die von einem Teil der Bevölkerung im Norden des Landes als eine regelrechte Provokation aufgefaßt wird.

Prags großer Zorn über die kleine Unabhängigkeit

Wer inspirierte die Warnschüsse gegen Kadar und Honecker? / Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn es in Moskau regnet, spannt die tschechoslowakische KP den Schirm auf. Diese seit dem Ende des Prager Frühlings gültige Maxime bestätigt sich wieder. Die Prager Funktionäre, die zu Lebzeiten Andropows relativ schweigsam waren, halten die Moskauer Übergangssituation offenbar für geeignet, um das Feuer auf unliebsame Genossen im Ostblock zu eröffnen.

Im Parteiorgan „Rude Pravo" erschien dieser Tage ein Aufsatz zum Thema „Das Nationale und das Internationale in der Politik der tschechoslowakischen KP". Verfasser sind zwei führende Funktionäre der internationalen Abteilung des Prager ZK, Michal Stefanak und Ivan Hlivka. Die beiden Autoren warnen vor „Imperialisten", die einen „Keil" zwischen die sozialistischen Länder treiben wollen. Diese Imperialisten, so heißt es in „Rude Pravo", spendeten denjenigen Kommunisten Lob, welche einen „Reformkurs" steuern, und verdammten jene sozialistischen Länder, die solche „Abweichungen" nicht mitmachen wollen. Die Prager Ideologen verurteilen ferner „Elemente des Partikularismus", die sich bei einzelnen kommunistischen Ländern angeblich bemerkbar machen. Es klingt wie eine Warnung, ja, fast wie eine Drohung, wenn „Rude Pravo" wörtlich formuliert: „Kollektive Räson zählt mehr als Separatismus."

Wem gilt das? Die ZK-Funktionäre sprechen von Versuchen gewisser kommunistischer Staaten, sich „einseitige Vorteile von kapitalistischen Regierungen und von finanziellen Institutionen des Westens" zu beschaffen, auf Kosten der internationalen Positionen des Sowjetblocks. Sie behaupten, daß „einige Leute den Wert ihres eigenen Modells bei der Lösung von Schwierigkeiten in den sozialistischen Ländern überschätzen". Dann lamentieren sie: „Es ist seltsam, zu beobachten, daß hier und da Leute dazu geneigt waren, eine Art von kleiner ‚Unabhängigkeit' in der Außenpolitik zu ‚demonstrieren' und so von jener Linie abzuweichen, die von der Gemeinschaft als Ganzes beschlossen worden ist." Ebenso seltsam sei es, daß diese „Leute" über die Rolle der kleinen Staaten laut nachdächten, die angeblich „Großmächten" helfen müßten, wieder zueinanderzufinden.

Das alles liest sich wie ein Angriff auf die ungarischen Kommunisten. Denn in Budapest hat man – im Gegensatz zu Prag – auch nach der westlichen Nachrüstung zu verstehen gegeben, man müsse auch weiterhin alles tun, um wieder einen Dialog zwischen den beiden Supermächten zustande zu bringen. Budapest hat sich mit Erfolg um westliche Kredite und um Kooperation mit westlichen Firmen bemüht. Die Ungarn sind – neben den Rumänen – dem Internationalen Währungsfonds beigetreten.

In der Budapester ideologischen Zeitschrift „Tarsadalmi Szeml" hat zudem der ungarische ZK-Sekretär Matyas Züros erklärt, die kommunistischen Länder müßten bei der Formulierung gemeinsamer internationaler Interessen mehr Aufmerksamkeit auf „nationale Charakteristika" lenken. Außerdem zitierte er die Deklaration der Sowjetregierung vom 30. Oktober 1956, die den kommunistischen Ländern Gleichberechtigung und Autonomie versprach. Sie ist freilich durch den ungarischen Aufstand gegenstandslos geworden – allerdings nicht formell.

Hier sind also die Ungarn gemeint, aber nicht nur sie. Denn noch ein Ostblockstaat hat sich in letzter Zeit Vorteile von kapitalistischen Ländern und Banken verschafft: die „DDR". Es ist interessant und könnte ein Indiz für Auseinandersetzungen in Moskau sein, daß der Schuß aus Prag zu einem Zeitpunkt losging, da gleichzeitig – zum ersten Mal seit Jahren – sowjetische Jagdflugzeuge den westlichen Flugverkehr in Berliner Luftkorridoren behindern. Es ist nicht minder interessant, daß „DDR"-Verteidigungsminister Hoffmann gemeinsam mit Marschall Ustinow vor einigen Tagen in Moskau von Krieg und Kriegsgefahr und weiteren „Gegenmaßnahmen" auf dem Gebiet der Raketenrüstung sprachen, während der SED-Chef in einem Beitrag für die internationale KP-Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus" die Formel gebrauchte, man müsse alle internationalen Probleme „nicht nach dem Faustrecht, sondern durch Verhandlungen" regeln. War es ein Zufall, daß Honecker während des Hoffmann-Besuches in Moskau seinen Ministerpräsidenten Willy Stoph nach Budapest entsandte, und daß dort Stoph und seine Gastgeber in einem gemeinsamen Kommuniqué unterstrichen, „daß alle strittigen internationalen Fragen auf friedlichem Wege gelöst werden müssen"?

Anscheinend gibt es im Kreml Kräfte, denen die von wirtschaftlichen Zwängen diktierte Reform-, Kredit- und Annäherungspolitik mancher kommunistischer Führer Osteuropas zu weit geht. Es wäre nur konsequent, wenn sie die Tschechen als Bremser einsetzten.

Die Veteranen des Widerstands erbaut die Erinnerung

19 Jahre lang währte der Kampf gegen das Projekt Startbahn West. Wenige Tage, bevor ihre Niederlage besiegelt wird, trafen sich nun Protestierende von einst in Mörfelden.

Von D. GURATZSCH

Am Mikrophon in dem schmucklosen Saal steht ein Mann in hellbrauner Lederjacke und spricht von der „größten politischen Bewegung der Bundesrepublik". Es ist der Pfarrer Walter Martin Bohris, und wenn er hinzufügt: „Das Erinnern ist heute einer der wesentlichen Gesichtspunkte", so meint er den 19 Jahre währenden Kampf um die Startbahn West, am dem er selbst als „Startbahnpfarrer" wesentlichen Anteil gehabt hat.

In dem Saal im Bürgerhaus Mörfelden gibt es nur wenige Stühle, die Leute stehen in Gruppen, diskutieren, hier und da gibt es eine Umarmung. Die Worte des Pfarrers schallen darüber hin.

Das sei doch hier ein „Veteranentreffen", sagt Bohris, *und er meint es* durchaus ein bißchen ironisch. Sehr viele Leute, die gekommen sind, hätten sich „seit Monaten nicht gesehen" – eine Anspielung darauf, daß die großen Zeiten des Startbahnkampfes vorüber sind und daß an den „Sonntagsspaziergängen" zum früheren Kampfplatz im Wald nur noch hundert und nicht mehr Tausende teilnehmen. Denn *die Startbahn ist* gebaut. Am Donnerstag wird sie – ohne Feier, ohne Teilnahme der Landesregierung – in Betrieb genommen.

Veteranentreffen mit buntem Programm, mit Kind und Kegel, mit Hunden im Saal und mit Oma und Opa, denen der Enkel die alten Freunde vorstellt und vergilbte Fotos aus der „Kampfzeit" erklärt. An den Wänden hängen Ausstellungsstücke, in der Mitte ein Dachpappentürmchen mit großem hölzernen Kreuz darauf, die Spitze der einstigen „Startbahnkirche" im Flörsheimer Wald. „Erbaut von der evangelischen Kirchengemeinde Mörfelden am 12. 12. 1980, demontiert von der Flughafen AG am 3. 11. 1981" steht darunter.

Außen an das Türmchen ist eine originale „Startbahn-Ausrüstung" geheftet: das olivgrüne Gummicape (zum Schutz gegen Wasserwerfer), die Gasmaskenbrille aus dem letzten Krieg (zum Schutz gegen Tränengas) und ein grellrotes Schnupftuch (als Maske und Mundschutz) – dazu Trophäen, Ausrüstungsgegentände, Werkzeuge aus der „guten alten Zeit".

Den hessischen Staat – nicht nur die Regierung Börner – hat diese „gute alte Zeit" einige Male bis an den Rand des Scheiterns gebracht. Das begann mit der Prozeßlawine, die im März 1968 durch 44 Anfechtungsklagen gegen den Planfeststellungsbeschluß für den Ausbau des Frankfurter Flughafens ausgelöst worden war und die außer dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof mehrfach auch das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesverfassungsgericht beschäftigte. Und es gipfelte in zeitweise bürgerkriegsähnlichen Zuständen, die in der Mörfelder Ausstellung mit vielen Fotos, alten Plakaten, Karikaturen und Dokumenten in Erinnerung gebracht werden.

Ein Hauch Nostalgie liegt darüber. Die ältesten Transparente waren noch in gotischen Lettern geschrieben. „Parteien-Aktionsgemeinschaft SPD, CDU, DKP und FDP", waren sie noch *im Juli 1979* unterzeichnet, und diese vier Parteien veranstalteten dann auch den ersten Hungerstreik. Von den Grünen war noch nichts zu sehen. Einige von den alten Transparenten sind wie Blutfahnen aus früheren Kriegen in das Bürgerhaus gerettet worden.

Die Schau dokumentiert, was den Startbahnkrieg so brisant machte und schon lange vergessen ist: Die Parteien, die Gewerkschaften, die Kirchen, dann die herbeigerufenen Wissenschaftler und schließlich auch Dichter hatten zu den ersten Protesten aufgerufen. Unter den Klägern waren auch die betroffenen Kommunen, ganz zu schweigen von der Unterstützung *der zahllosen* Vereine und Verbände, von der „Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms" bis zur Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. Als dann die Volksmasse in Hitze geraten war, kamen an die 200 000 Unterschriften für das Volksbegehren gegen die Startbahn zusammen. In Wiesbaden stellte die „*massenhafte Bewegung*" ein Heer von 150 000 Demonstranten. Polizei und Startbahngegner standen sich an Barrikaden und ausgehobenen Gräben, an der Betonmauer des Startbahngeländes und vor zerschlagenen Schaufenstern in Frankfurt gegenüber. Es gab Verletzte und erheblichen Sachschaden.

In Mörfelden und Walldorf hat der Protest Geschichte, und sie reicht viel weiter zurück, als die gleichzeitig im Keller des Bürgerhauses gezeigte Ausstellung über den Widerstand des „roten" Mörfelden gegen die Nationalsozialisten dokumentiert. Die Nachbarstadt Walldorf, 1977 mit Mörfelden vereinigt, bewahrt die Erinne*rung an die aufmüpfigen Waldenser*, von denen sie den Namen hat und für die der hessische Landgraf Ernst Ludwig den Ort 1699 gegründet hatte. Noch heute tragen 1800 von den 14 000 Einwohnern Walldorfs französische Namen, und in das Wappen der Doppelstadt Mörfelden-Walldorf sind als „waldensisches Erbe" die drohend wie Schwerter gekreuzten *Dreschflegel* eingegangenen.

Fast scheint es, als habe die neue Glaubensbewegung des 20. Jahrhunderts, die Ökologiebewegung, den alten Widerspruchsgeist ins Leben zurückgerufen. Pfarrer Bohris spricht von der „Trauer, daß ein Stück Heimat verlorengegangen ist", und rät, sich zu „besinnen auf das, was uns stark gemacht hat". Die meisten der „Veteranen" aller Altersklassen kehren ihm den Rücken zu, als er es sagt. Sie feiern das Wiedersehen.



Aus der „Kampfzeit": Ein Hüttendorf der Startbahn-Gegner FOTO: GAULS

Hannover zeigt, was das Leben leichter macht

Innovations-Freudigkeit ist für deutsche Unternehmen kein Fremdwort. Eine Flut von Neuentwicklungen in den Messehallen in Hannover ist dafür Beweis.

Von DOMINIK SCHMIDT

Spätestens am Abend, wenn der Bummel über das hannoversche Messegelände beendet ist, zeigen sich auch die größten Pessimisten eines Besseren belehrt. Die vielbeschworenen Lücken bei der Nutzung neuer Technologien, der Nachholbedarf bei Grundlagenforschung und Basistechnologien, sind nicht erkennbar. Die Bundesrepublik ist alles andere als ein technologisches Niemandsland.

Das gewachsene Selbstbewußtsein wird dokumentiert in der Aussage von Roland Mecklinger, im Vorstand der Standard Elektrik Lorenz AG zuständig für den Bereich Nachrichtentechnik: „Wir freuen uns auf die bevorstehende Präsentation in Tokio. Auch in Japan ist so manches noch unbekannt, was bei uns schon Stand der Technik ist." Speziell in den Hallen der Elektro*industrie*, der Büro- und Informationstechnik, aber auch des Maschinenbaus wird deutscher Erfindergeist sichtbar.

Die Halle 7, der „Innovationsmarkt" – dort sind die Hochschulen und Universitäten angesiedelt –, zeigt wissenschaftliche Forschungsergebnisse, die industriell verwertbar sind. Dazu gehört der Sensor für Diabetiker, der die vorhandene Menge von Glukose oder Blutzucker aufzeigt. Der implantierte Sensor steuert und regelt die bereits verwendeten Insulinpumpen, die dem Zuckerkranken das tägliche Spritzen abnehmen.

Aufsehen hat auf der Messe die Entwicklung einer Mäuse-Melkmaschine erregt. Die Wissenschaftler der Universität Ulm sehen den Vorteil der Apparatur in der das Tier schonenden Gewinnung biologischen Materials. Mit der Maschine lassen sich vier Kleinsäuger gleichzeitig melken. Der Absaugvorgang dauert etwa 15 Minuten. Die Ergiebigkeit liegt zwischen 1,5 ml und 6 ml pro Tier und Melkvorgang. Gewon*nen wird ein spezielles Protein*, an dem Schadstoffe und Stoffwechselprodukte untersucht werden können.

„Berwian" (Berliner Windkraft-Anlage) heißt eine Entwicklung, die die Technische Universität Berlin vorstellt und die die Nutzung der Windenergie in Schwachwindgebieten ermöglicht. Mit einer Windlinse werden schwache Luftströme gebündelt und auf den sechs- bis achtfachen Wert erhöht. Die TH Aachen stellt ein Gerät vor, das die optoelektronische Untersuchung bei venösen Durchblutungsstörungen der Beine schmerzfrei ermöglicht. Da gibt es ein nur 1,6 Gramm schweres Hörgerät, das mit Mikrofon, Batterie, Hörer, Verstärker und Lautstärkeregler *ausgerüstet und im Gegensatz* zu herkömmlichen Hörgeräten nahezu unsichtbar ist.

Dem Hang zur Bequemlichkeit dient ein Mini-„Befehlsstand", mit dem vom Nachttisch aus 16 verschiedene Hausgeräte an- und abgeschaltet werden können. Der Schaltzustand der Geräte, die sowohl individuell als auch automatisch bedient werden können, ist auf einem Anzeigenfeld der Leitstelle zu kontrollieren.

Immer komfortabler und einfacher wird das Telefonieren. Etwa durch ein Digitaltelefon, das mit vielerlei Zusatzfunktionen ausgestattet ist. So kann der Benutzer einen „heißen Draht" zum Bildfernsprecher herstellen, Rufnummern programmieren und automatisch wählen sowie die Gebühr anzeigen lassen. Uneingeschränkte Bewegungsfreiheit bringt das schnurlose Telefon. Der Handapparat mit eingebauter Wähltastatur ist mit der Basisstation, die wie ein normaler Fernsprechapparat an jede Nebenstelle angeschlossen werden kann, über eine Funkstrecke verbunden. Die Reichweite beträgt bis zu 200 Meter. Die Bundespost will diesen Telefon-Typ noch in diesem Jahr einführen.

Fortschritte macht die Automatisierung in der industriellen Fertigung. In einer Sonderschau wird gezeigt, wie Handhabungsautomaten von *Robotern gebaut werden*. Der Mensch ist überflüssig, wenn der Industrieroboter eine Roboter-Baugruppe montiert. Immer stärker im Kommen ist der Tischroboter, der auf einfachste Kommandos die kompliziertesten Bewegungen ausführt. Ob es sich um das Verpacken von Kleinteilen handelt, um das Sortieren und Palettieren von Paketen – der Tischroboter zeigt sich willig.

Nicht nur in der Medizin hat die Glasfaser die Diagnose vereinfacht, ebenso in der Technik. Das starre Endoskop ist inzwischen vom biegsamen abgelöst worden. Jetzt ist ein weiterer Schritt nach vorn gelungen. In der Halle 4 zeigt ein Aussteller ein Endoskop zur Hohlraumkontrolle in Turbinen oder Motorenzylindern mit einem Schwenkprisma. *Dadurch* wird die Blickrichtung noch variabler. Das Sichtfeld umfaßt einen Bereich bis zu 135 Grad und erfaßt, dreht man das Endoskop um die eigene Achse, nahezu den gesamten Hohlraum. Zum Vergrößern des Objektes kann das Endoskop mit einem Zoom-Okular ausgerüstet werden.

Der Münzzählautomat gehört seit geraumer Zeit zur Ausstattung von Banken und Kaufhäusern. Jetzt wird auch die menschliche Hand beim Zählen von Papiergeld nicht mehr benötigt. Die Banknoten-Zählmaschine mit einer Kapazität von 900 Scheinen, Bons oder Coupons pro Minute ist knapp acht Kilo leicht und transportabel. Sie zählt von einem beliebig dicken Notenbündel exakt die gewünschte Summe ab.

Aus dem Forschungslaboratorium für Sprachbearbeitung stammt ein Computer, der in der Lage ist, einen definierten Wortschatz in Fremdsprachen zu übersetzen. Nach Angaben des Herstellers ist er unter anderem für den Einsatz in Reisebüros prädestiniert. *Ein weiteres Anwendungsfeld* bietet das Telefon; Auskünfte könnten in Zukunft automatisch mit Sprachcomputern abgerufen werden. Bislang jedoch versteht der Computer nicht jeden Telefonteilnehmer.

Ein Tastendruck erübrigt sich bei einem neuen Gerät, das auf die menschliche Sprache reagiert, wenn es sie erkannt hat. Das System besteht aus einem Mirkocomputer mit Arbeits- und Programmspeicher sowie Spracherkennungs-Elektronik. Die Verbindung zum Telefon erfolgt über einen Koppler der die Bedienungsfunktionen des Telefons auslöst.



Ohne Scherz: Es ist zum Mäusemelken FOTO: DPA

Die Öl-Katastrophe – mehr Propaganda als Pest?

Eine Meldung schreckte vor gut einem Jahr die Welt auf: Öl-Katastrophe im Persischen Golf. Was ist daraus geworden?

Von PETER HORNUNG

„Der Golf ist voll von Gerüchten", sagt Korvettenkapitän *Mahil*. „*Jetzt machen* gigantische Waffenlieferungen an die Truppen Khomeinis Schlagzeilen. Vor kurzem war es ein riesiger Ölteppich, der die Weltöffentlichkeit aufregte." Mahil, von der pakistanischen Marine ausgeliehen, kommandiert die vier Patrouillenboote des Emirats Sharjah. Er erzählt von seinen Fahrten: „Das schwarze Gespenst sah ich nie. Es gibt immer die großen Öllachen, wenn die Tanker ihre Ladungsräume illegal vor der Aufnahme einer Lieferung reinigen. Aber die Wogen der Ölpest sah ich nie."

Nachträglich wollen auch die anderen Küstenmarinen auf der arabischen Seite des Golfs nichts mehr von ihren einstigen Katastrophenmeldungen wissen. Unter Verschluß nahm die Marine Bahreins ihre einstige Verlautbarung, daß sich ein Ölteppich von der Größe Belgiens langsam von Norden nach Süden schiebe. Es wurden Sandbarrieren errichtet, um die 26 Meerwasser-Entsalzungsanlagen zu schützen.

Saudi-Arabien, Kuwait und Bahrein stellten mit beträchtlichem Propaganda-Aufwand einen „Zehn-Millionen-Dollar-Plan" gegen die Katastrophe auf, die „das Leben am Golf bedroht wie nie zuvor". Von ihm wird nicht mehr gesprochen. Mahil: „Ich sprach die Befehlshaber befreundeter Marinen oft auf den Ölteppich an. Keiner konnte mir sagen, ob es ihn gab oder wohin er verschwunden ist."

Umweltexperten in den arabischen Hauptstädten am Golf geben inoffiziell zu, daß niemand wußte, wieviel Öl sich aus den drei lecken Bohrlöchern im iranischen Ölfeld von Nowruz im nördlichen Golf von März bis September 1983 ins Meer ergoß. Teheran gab eine gewiß falsche Erklärung ab, als es von 8000 Barrel pro Tag sprach. Den indirekten Verbündeten des Irak am Golf sollte angst gemacht werden. Tatsächlich gesichtet wurden die normalen Öllachen *und vereinzelte* Teerballen.

Zum verseuchten Gebiet hatte niemand Zugang. Sechs Wochen hielt sich der berühmte texanische Ölfeuerlöscher Red Adair vergeblich in Abu Dhabi auf. Er bekam keinen Auftrag. Britische und französische Militärberater in den Vereinigten Emiraten vermuten, daß die dunklen Flekken, die auf Satelliten-Aufnahmen zu sehen waren, von den vielen Lichtspiegelungen im Golf stammten.

Hinter der Panikmache stand das politische Kalkül beider kriegführenden Parteien. Bagdad wollte gemeinsam mit den arabischen Golfstaaten das Khomeini-Regime zum Waffenstillstand bewegen, um eine angeblich drohende Naturkatastrophe abzuwenden. Teheran ging es darum, der Welt zu demonstrieren, zu welcher Barbarei der Irak fähig ist, mit Raketenangriffen die ganze Region zu vergiften.

Umweltexperten in Kuwait oder in Sharjah *zweifeln nicht, daß* es einen Ölteppich gab, der von Nowruz aus in den Golf floß. Doch sie rätseln: Der Teppich könnte auseinandergebrochen und zum Meeresgrund abgesunken sein.

Für den „World Wildlife Fund" (WWF) ist diese Frage inzwischen zweitrangig geworden. Seine Meereskundler weisen nach, daß es keiner Flächenbombardements bedarf, um den Golf ernsthaft zu gefährden: Jeden Tag fließen heimlich mehr als 10 000 Barrel Öl in die seichten Gewässer. Sie kommen von Tankern, und aus Lecks bei Bohrungen.

Den Kölner „Maulwurf“ drückten Schulden

Haftbefehl gegen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes

WERNER KAHL, Bonn

Die Abteilung Gegenspionage des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) wurde im eigenen Haus fündig. Am Schreibtisch nahmen Abwehrbeamte einen 38jährigen Kollegen fest. Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof erließ auf Antrag von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann wegen des Verdachts versuchter Spionage für das Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS) Haftbefehl gegen den Beamten des Mittleren Dienstes.

Der „Maulwurf“ in der Zentrale des deutschen Verfassungsschutzes war Regierungsobersekretär. Vor fünf Jahren hatte der ehemalige Bundeswehrsoldat seine technischen Fähigkeiten in den Dienst des Bundesamtes für Verfassungsschutz gestellt. Dem Vernehmen nach wurde er zeitweise in der Observationstechnik bei Fällen spionageverdächtiger Personen eingesetzt. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums gehörte er jedoch nicht der Abteilung IV (Spionageabwehr) an.

Das Angebot des Verfassungsschutzbeamten an den Ostberliner Geheimdienst, als Agent tätig zu werden, wurde von der hauseigenen Kölner Abwehr aufgedeckt, bevor nach Angaben des Amtes größerer Schaden angerichtet werden konnte. Der Agent sei bei dem Versuch ertappt worden, so heißt es offiziell, „dienstliches Wissen“ aus seinem Bereich an entsprechende Stellen der „DDR“-Behörden „zu verkaufen“.

Der Fall des Obersekretärs wurde gestern in eingeweihten Kreisen eher als „Sozialfall“ denn als Spionageaffäre bezeichnet. Der geschiedene Beamte, der mit einer Lebensgefährtin und zwei Kindern zusammenlebte, erscheint bei näherer Betrachtung wie das jüngste Opfer der Scheidungsunterhaltszahlungen.

Nach seiner Scheidung mußte er das Netto-Gehalt von rund 2200 D-Mark mit der früheren Ehefrau teilen. Ihm blieben nach Abzug der Miete rund 350 Mark für den eigenen Unterhalt. Von den beiden Kindern hatte die Lebensgefährtin, über deren Tätigkeit die Ermittlungsbehörden keine Angaben machten, ein Kind mit in die Gemeinschaft gebracht, das andere Kind wurde unehelich geboren.

Als der verschuldete Beamte plötzlich 800 D-Mark zu zahlen hatte, kam es nach Ansicht der Sicherheitsbehörden vermutlich zu einer Kurzschlußreaktion. Der „DDR“-Geheimdienst sah in dem Angebot des Obersekretärs zur Agententätigkeit eine Gelegenheit, die streng geheimen Observationstechniken des Verfassungsschutzes auszuspähen, was jedoch durch den raschen Zugriff der Gegenspionage mißlungen zu sein scheint. Kurz vor seiner Verhaftung soll der Agent, so eine Zeugenaussage, angekündigt haben, vor dem drückenden Schuldenberg sei es fast am zweckmäßigsten, in die „DDR“ zu gehen, vor allem weil die „DDR“-Behörden angesichts der „Ausreisewelle“ jetzt eigentlich Übersiedler erwarten müßten.

Der Sicherheitsbereich von Polizei und Nachrichtendiensten in der Bundesrepublik Deutschland sieht sich unverminderten Spionageaktivitäten seitens der Ostblockstaaten ausgesetzt. Zu den vom Kölner Verfassungsschutz frühzeitig aufgedeckten Ausspähungsversuchen zählt der Fall des Sowjet-Agenten Gennadij Bataschew. Der KGB-Spion sollte neue Verschlüsselungstechniken der deutschen Sicherheitsbehörden beschaffen. Nach seiner Verurteilung wurde der Russe, wie die WELT berichtete, im vergangenen Jahr ausgetauscht. Dabei stellte sich heraus, daß der inzwischen verstorbene sowjetische Staatschef Jurij Andropow ein Wort in Bonn für Bataschew einlegen ließ.

Münchner Postenpoker und der grüne Einfluß

Übereinstimmungen beim ersten Gespräch mit der SPD

PETER SCHMALZ, München

Hatte Münchens CSU-Oberbürgermeister Erich Kiesl nun recht, als er vor der Stadtratswahl die Münchner vor einem „rot-grünen Chaos“ im Rathaus warnte? Die Realitäten scheinen die Wahlkampfparole schon nach wenigen Tagen zu überrollen, nachdem sich zwischen CSU und SPD eine engere Zusammenarbeit in Sachfragen anbahnt und damit der 12jährige Konfrontationskurs beider Parteien scheinbar ausgedient hat. Ein „schwarz-rotes“ Bündnis steht bevor, bei dem unter dem SPD-Oberbürgermeister ein CSU- und ein SPD-Bürgermeister arbeiten werden.

Die sechs Grünen, die am 2. Mai erstmals auf den Münchner Rathausstühlen Platz nehmen, werden bei diesem Postenpoker leer ausgehen. Aber ihr Einfluß auf die künftige Kommunalpolitik der bayerischen Landeshauptstadt wird dennoch beachtlich sein.

Denn daß die SPD in zahlreichen grundsätzlichen Entscheidungen eher bei den Grünen Zustimmung und Mehrheit finden kann als bei CSU und FDP, das wurde gestern bereits bei der ersten öffentlichen Verhandlungsrunde zwischen SPD und Grünen im Hofbräuhaus trotz einiger Uneinigkeiten deutlich.

Im Forderungskatalog der Grünen fühlten sich die Sozialdemokraten ohnehin fast wie zu Hause. Einmal, als es um die Münchner Gesamtschule ging, für deren Erhalt sich die Sozialdemokraten seit Jahren engagieren, und die Grünen wissen wollten, was die SPD dafür zu tun gedenke, wurde der Münchner SPD-Vorsitzende Hans-Günter Naumann spürbar ärgerlich: „Ich bin erstaunt über Ihren Kenntnisstand.“ Aber Kronawitter glättete sogleich wieder die Wogen. Als einzigen Unterschied zwischen seiner und der grünen Position wollte er das für sich reklamierte größere Verantwortungsbewußtsein erkennen: „Wir müssen uns um Zugeständnisse und Zustimmungsgremien kümmern.“

Und darin liegt die eigentliche Crux einer rot-grünen Zusammenarbeit: Die politischen Ziele sind nahezu identisch, rot-grüne Mehrheiten gegen CSU und FDP dürften im künf- tigen Münchner Stadtrat trotz eines CSU-Bürgermeisters keine Seltenheit sein, nur in der Realisierbarkeit mancher Forderung zeigt sich die SPD abgeklärter und mit der Notwendigkeit zum politischen Kompromiß vertraut.

Wenn die Grünen etwa den Ausstieg der Stadt aus dem Kernkraftwerk Isar II bei Ohu fordern, dann deckt sich das mit dem Wahlprogramm der SPD. Und Kronawitter verspricht Verhandlungen, um die 23 Prozent städtischer Beteiligung in einer für München finanziell sinnvollen Weise loszuwerden. Den Wunsch der Grünen, auch auf die Gefahr einer Konventionalstrafe hin auszusteigen und die Zahlung für den Bau sofort zu stoppen, lehnt er dagegen ab: „Da sage ich ein klares Nein.“

Völlig uneins sind sich beide Seiten nur in zwei Punkten: Die Grünen wollen grundsätzlich keinen neuen Rangierbahnhof in oder um München, die SPD hält ihn für nötig, wird aber den bereits von der CSU begonnenen Kampf gegen den Standort im Norden der Stadt fortführen.

Außerdem beharrt die SPD darauf, den Flughafen München II möglichst schnell zu bauen und München-Riem zu schließen. Die Grünen aber bleiben bei ihrem Nein zum neuen Flughafen. Riem soll bleiben, bis ein kleiner Ersatzflughafen an einem neu zu suchenden Standort gebaut ist.

Die Ostermarsch-Bewegung und die Rolle von Ost-Berlin

Von WERNER KAHL

Westliche Nachrichtendienste haben Anfang der sechziger Jahre Kontakte des SED-Parteiapparates und „DDR“-Staatssicherheitsdienstes zu Organisatoren der damals entstandenen Ostermarsch-Bewegung an Rhein und Ruhr festgestellt und Kontaktpersonen danach bei Reisen auch in Ost-Berlin observiert.

Das berichtet jetzt der damals für die Koordination verantwortlich gewesene Mitarbeiter der westlichen Aufklärung, Ottomar Ebert (50). Funktionäre der „Internationale der Kriegsdienstgegner“ (IdK) und anderer pazifistischer Organisationen verbrachten, wie Nachrichtendienste ermittelten, damals Urlaub mit Familie in privilegierten Gästehäusern der „DDR“ auf Staatskosten.

Austausch gegen Guillaume

Ebert war am 1. Oktober 1981 im Tausch gegen den ehemaligen „DDR“-Spion im Vorzimmer von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD), Günter Guillaume, aus dem Zuchthaus Bautzen, wo er eine lebenslängliche Freiheitsstrafe verbüßen sollte, in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Nach der Freilassung begann er mit der Bearbeitung seiner Erlebnisse, die demnächst publiziert werden.

In seinem Bericht über den Agentenkrieg im geteilten Deutschland nach dem Mauerbau schildert Ebert es als eine seiner damaligen Aufgaben, die Einflußnahme von Sowjets und „DDR“-Dienststellen auf den politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Sektor in der Bundesrepublik festzustellen.

Nach seiner Verhaftung im Jahre 1968 in Ungarn war Ebert in einem Geheimprozeß vor dem Obersten „DDR“-Militärgericht abgeurteilt worden. Als „Hauptmann Bernhard Lemke“ – mit einem Ausweis des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) – hatte er sich Zugang verschafft zu Objekten des „DDR“-Geheimdienstes und Interhotels, in denen westliche Gäste wohnten, die im Verdacht der Beziehungen zu östlichen Nachrichtendiensten standen. Von der 13jährigen Haftzeit bis zum Austausch mußte der Ex-Agent die ersten acht Jahre in Isolierhaft in Bautzen II verbringen.

Die Nachrichtendienste waren 1962 dem Verdacht nachgegangen, daß pazifistische Traditionsvereinigungen im Sinne kommunistischer Ziele beeinflußt werden sollten. Das Ziel der SED-Führung war es, wie Ebert berichtet, Organisationen und Gruppierungen mit klangvollen bürgerlichen Namen unter den Mitgliedern zu radikalem Auftreten gegen die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten zu veranlassen.

Besondere Verdienste, Personen, die im öffentlichen Leben eine Rolle spielen – Geistliche, Wissenschaftler, Professoren, Gewerkschaftler und Ärzte – für „Ostermärsche“ gewonnen zu haben, hatte sich nach den Angaben Eberts der Vorsitzende der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) erworben. In seinen Memoiren bezeichnet Ebert ihn als Alois S. Die Abkürzung ist unschwer als Anfangsbuchstabe des Essener Spitzenfunktionärs Stoff zu identifizieren.

Die Karriere des nordrhein-westfälischen IdK-Vorsitzenden hatte in der „Deutschen Friedens Union“ (DFU) – laut Verfassungsschutz als kommunistische Tarnorganisation gegründet – begonnen. Zwei Jahrzehnte führte Stoff dann – auch nach der Fusion der IdK mit der „Deutschen Friedensgesellschaft“ (DFG) Mitte der siebziger Jahre – die Wehrdienstgegner an Rhein und Ruhr. Unter seinem Vorsitz waren ehemalige Kommunisten (Anhänger der 1956 verbotenen KPD – die Red.) als Beisitzer tätig. Seit seinem Abgang im vergangenen Jahr repräsentiert er die Organisation, die in der „Friedensbewegung“ eine herausragende Rolle spielt, als Ehrenvorsitzender. Der Verfassungsschutz bezeichnete die DFG/VK in den letzten Jahren als „mitgliederstärkste kommunistisch beeinflußte Organisation“. Die Vereinigung nimmt dagegen für sich in Anspruch, sie sei die Organisation mit dem höchsten Anteil an Nicht-Kommunisten. Der Anteil der DKP – oder anderer der DKP nahestehender Organisationen wie der DFU – im Vorstand der DFG/VK umfaßte laut Verfassungsschutzbericht 1982 mindestens ein Drittel der Mitglieder des amtierenden Vorstandes.

In dem Kapitel „IdK und Ostermarsch“ setzte Ebert das Datum des 23. Februar 1962 ein. In Ost-Berlin sei man sich in jenem Frühjahr – dem ersten nach dem Bau der Mauer in Deutschland – darüber klar gewesen, daß es schwer werden würde, in der Bundesrepublik alte Positionen wiederzugewinnen. Denn seit dem 13. August 1961 hatten die Kommunisten vor allem an der Ruhr einen schweren Stand.

Daher wies Ost-Berlin Funktionäre im Ruhrgebiet an, mit Bürgerlichen, Sozialdemokraten und kirchlichen Multiplikatoren über Hiroshima und Nagasaki zu sprechen und daran den Vorschlag zu knüpfen, aus „humanitären christlichen Erwägungen“ einen Minimalkonsens für die Zusammenarbeit herzustellen.

SED-Politbüromitglied Paul Fröhlich stimmmte damals mit dem Aufruf zum „Friedenskampf“ sympathisierende Wehrdienstgegner im Westen auf die Linie der kommunistischen Einheitspartei ein. In gewissen Situationen – wenn „das Volk die Waffe für sich trägt“ –, so Fröhlich am 1. Februar 1962 im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, seien pazifistische Auffassungen jedoch „sehr schädlich“. Auf die selbstgestellte Frage, ob heute die Möglichkeit bestehe, Kriege zu verhindern, gab der Ostberliner Spitzenfunktionär die Antwort: „Ja – aber nicht mit der Losung der Pazifisten, kein Gewehr mehr in die Hand zu nehmen. Vielmehr erreichen das doch diejenigen, die das Gewehr in die Hand nehmen und genau wissen wofür . . . den Frieden mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.“

Drei Wochen nach der Kursangabe des SED-Politbüromitgliedes für den Ostermarsch '62 reiste IdK-Spitzenfunktionär Stoff nach Ost-Berlin, schreibt Ebert in seinen Memoiren. Auf seine Spuren setzte sich eine Observantengruppe. Die westlichen Agenten hatten im Ostsektor sogar Autos aus der Ostblock-Produktion zur Verfügung.

Stoff war in Ost-Berlin kein Unbekannter. An der Spitze einer Delegation war er im Oktober 1955, dem Gründungsmonat der „DDR“, nach Ost-Berlin gereist. Im Gegenzug konnte er bereits wenige Tage später, am 6. November 1955, eine „DDR“-Delegation in Essen empfangen. In der letzten Februar-Woche 1962 traf er jedoch solo im Sowjetsektor ein.

Auf dem Ostberliner Grenzbahnhof Friedrichstraße erwartete ihn – inkognito – Ottomar Ebert und übernahm von dort an während des Aufenthaltes im Ostsektor die Observation. Nachdem der Funktionär seine Treffen an verschiedenen Orten beendet hatte, hatte Ebert vor der Rückkehr in den Westen ihn im Restaurant „Moskau“ in ein Gespräch verwickelt und schließlich die Spesen für das Essen übernommen.

Getarnt als SED-Mitglied, so schildert Ebert die Begegnung, habe er den Mann von der IdK angesprochen. Er habe sich auf das IdK-Abzeichen bezogen, das sein Gegenüber getragen habe. Es handelt sich um die Darstellung zerbrochener Gewehre; Symbol der Pazifisten. Offenbar in der Annahme, Ebert sei „Genosse“, habe der Pazifisten-Chef erklärt, er wisse wohl „ein gutes Gewehr“, das die Ziele des Proletariats verteidigt, von dem zerbrochenen zu unterscheiden. Ein solches „gutes“ Gewehr würde auch er in die Hand nehmen, zitiert Ebert seinen Gesprächspartner. Auf die Frage nach der zu erwartenden Beteiligung am Ostermarsch habe „Alois“ geantwortet, seine Organisation stehe mit allen „fortschrittlichen Kräften“ in Verbindung, so mit der DFU, der Naturfreundejugend, Gewerkschaftlern und christlichen Gruppen. Die einzigen, die jedoch organisatorische Arbeit leisteten, seien Anhänger der IdK, und er versichere, „der Ostermarsch ist bei uns in den besten Händen“.

Kontakttreffen jetzt verlegt

Als Alois Stoff nach der Rückkehr in Bochum den Interzonenzug verließ, erwartete ihn ein Observierungskommando des polizeilichen Staatsschutzes, der inzwischen informiert worden war. Die Beamten verschafften sich einen Überblick, wer zum engsten Ost-West-Kontaktkreis gerechnet werden mußte. Schon bei den ersten Ostermarsch-Veranstaltungen sei zu erkennen gewesen, meint Ebert, daß plötzlich traditionelle Prinzipien des Pazifismus tagespolitischen Parolen und Aktionen geopfert worden seien. Die meisten der damals observierten Personen sind den Memoiren zufolge heute, wie der DFG/VK-Ehrenvorsitzende, in der Ostermarsch-Bewegung tätig. Kontakttreffen wurden jedoch inzwischen verlegt. Statt in Ost-Berlin oder Leipzig traf man sich in diesem Frühjahr im benachbarten Ausland.

Datenschützer: Präzisere Regelungen bei Diensten

Volkszählung künftig nur noch als reine Statistik?

dpa, Bonn

Die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern fordern präzise gesetzliche Regelungen für die Informationsverarbeitung im Bereich der Strafverfolgung und der Nachrichtendienste. Sie erwarten, daß die Bundesregierung bald einen Entwurf zur Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes vorlegt, um dem Volkszählungsurteil des Verfassungsgerichts gerecht zu werden.

Der Hamburger Datenschutzbeauftragte, Claus Henning Schapper, erläuterte vor der Presse in Bonn die Entschließung der Konferenz der Datenschutzbeauftragten am 27. März in Hamburg zu den Auswirkungen des Volkszählungsurteils. Schapper, der gegenwärtig Vorsitzender der Konferenz der Datenschutzbeauftragten ist, erklärte, die Strafprozeßordnung sowie die Polizeigesetze und die Verfassungsschutzgesetze des Bundes und der Länder müßten novelliert werden. Für den Militärischen Abschirmdienst und den Bundesnachrichtendienst seien gesetzliche Grundlagen zu schaffen.

Zweifel vieler Experten

Schapper betonte, auf keinen Fall dürfe im Erlaßwege die Verpflichtung des Bundesgrenzschutzes zur Amtshilfe gegenüber Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst erweitert werden, wie es beabsichtigt sei. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sei bei jeder Erhebung und jeder weiteren Verwendung personenbezogener Daten zu beachten. Dabei spiele es keine Rolle, welche personenbezogenen Daten berührt seien, ob die Verarbeitung manuell oder automatisiert erfolge, ob die Daten in Dateiform oder auf andere Form verarbeitet werden.

Eine Volkszählung dürfe künftig nur noch als reine Statistik verwirklicht werden. Übermittlungen von Einzelangaben aus der Volkszählung zu anderen als statistischen Zwecken sollen in Zukunft ausgeschlossen sein.

Schapper verwies auf Zweifel vieler Experten, ob es geboten sei, den Personalausweis maschinenlesbar zu gestalten. Die Datenschutzbeauftragten empfehlen deshalb eine weitere Prüfung, ob auf den neuen Personalausweis nicht doch verzichtet werden könne.

Zustimmung von der SPD

Für den Fall, daß der Gesetzgeber sich dazu nicht entschließen könne, wird gefordert, die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises so lange zurückzustellen, bis die geforderten gesetzlichen Regelungen für den Sicherheitsbereich in Bund und Ländern in Kraft getreten sind.

Angesichts der Gefährdung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung durch die umfassenden Kontrollmöglichkeiten moderner Personalinformationssysteme bedarf nach Meinung von Schapper auch die Verarbeitung von Arbeitnehmerdaten einer speziellen gesetzlichen Schutzregelung.

Für die Sozialdemokraten begrüßte Harald Schäfer die Forderungen der Entschließung der Datenschutzbeauftragten. Die SPD habe ihnen in wichtigen Punkten bereits auch die Einbringung eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes und zur Aufhebung des Personalausweisgesetzes Rechnung getragen. Die SPD werde weitere Initiativen vorbereiten, um das geltende Recht entsprechend den verfassungsrechtlichen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts sowie den Forderungen der Konferenz der Datenschutzbeauftragten anzupassen.

Elbgrenze und Fischfang „nicht verquicken“

Bonner Reaktionen auf Jansens Erklärungen

DW. Kiel/Bonn

Die „DDR“ ist nach Darstellung des schleswig-holsteinischen SPD-Vorsitzenden Günther Jansen bereit, Fischern aus der Bundesrepublik Deutschland Fangrechte vor der mecklenburgischen Ostseeküste einzuräumen, wenn die Bundesregierung – wie von Ost-Berlin gewünscht – dem Verlauf der Elbgrenze in der Flußmitte zustimmt. Im NDR sagte Jansen, in diesem Sinne habe sich SED-Chef Erich Honecker im Gespräch mit dem Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Bahr vor wenigen Wochen in Ost-Berlin geäußert.

Jansen argumentierte, weltweit werde die Grenze zwischen Ländern in der Mitte von Flüssen gelegt. Zwischen den beiden deutschen Staaten sei die Situation dehalb „festgefahren“, weil nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein alliierter Offizier „mit einem vielleicht zu dicken Bleistift“ über Grenzbereiche gefahren sei. Der SPD-Politiker fügte hinzu, Fangrechte vor der „DDR“-Küste könnten für die schleswig-holsteinischen Ostseefischer existenzsichernde Bedeutung gewinnen.

Das für Fischereifragen zuständige Bundesernährungsministerium reagierte mit der Bemerkung, es sei über die angeblichen Honecker-Äußerungen bisher nicht informiert worden. Ein Sprecher wies jedoch darauf hin, daß über Fangrechte in der Ostsee auf EG-Ebene verhandelt werde. Die Bundesrepublik Deutschland und Dänemark seien zur Zeit bemüht, ihre Interessen abzustimmen. Aus jetziger Sicht habe von den in Frage kommenden Fanggebieten die polnische Küste Vorrang.

Die Bundesregierung zeigte sich gestern nicht bereit, über eine Verlegung der Elbgrenze in der Strommitte mit sich reden zu lassen, wenn die „DDR“ dafür vor ihrer Ostseeküste Fischern Fangrechte einräumt. Staatssekretär Boenisch: „Dies ist kein Thema für uns“.

Der schleswig-holsteinische SPD-Vorsitzende Jansen bemüht sich zur Zeit, auf Parteiebene Kontakte zu den SED-Bezirken Rostock und Neubrandenburg zu verstärken. Vom 26. bis 28. April wird in Malente ein gemeinsames Seminar, veranstaltet von der Landes-SPD und den beiden SED-Bezirksleitungen „über gemeinsame Sicherheitsinteressen angesichts der Stationierung von Pershing II und SS-20-Raketen-Systemen“ stattfinden.

Über das Zustandekommen des Seminars wurde seit Monaten verhandelt. Jansen: „Wir wollen mit diesem Schritt, dessen Risiken uns durchaus bewußt sind, sowohl, was die zentralistischen Strukturen unserer Gesprächspartner, als auch, was die Mißinterpretationsmöglichkeiten unserer konservativen Medien angeht, ein praktisches politisches Beispiel geben, das den Rahmen resolutionierender Friedenspolitik und Friedensbewegung durchbricht“. Jansen plädiert auch für ein Entgegenkommen in der von der „DDR“ immer wieder geforderten Auflösung der zentralen Erfassungsstelle zur Aufklärung von Gewaltakten an der innerdeutschen Grenze. „Man muß einfach sehen, wenn zwei Staaten sich miteinander begegnen, dann müssen sie ihre volle Selbständigkeit und Souveränität achten, und der eine Staat kann nicht sozusagen in die politische Arbeit des anderen Staates mit staatsanwaltlichen Methoden hineinregieren“.

Kompromiß im Kruzifix-Streit

rtr, Garwolin

Die Landwirtschaftliche Oberschule von Garwolin in Polen hat gestern den normalen Unterricht wieder aufgenommen. Die meisten Schüler kehrten in ihre Klassen zurück, nachdem der seit über einen Monat andauernde Kruzifix-Streit durch einen Kompromiß beigelegt worden war: Es bleibt bei Klassenräumen ohne Kreuze. Statt dessen hängt jetzt ein kleines Kruzifix in der Schul-Bücherei. Jeder Schüler darf eigene Votivstücke tragen und braucht auch nicht die ursprünglich von Direktor Ryszard Domanski geforderte Gehorsamserklärung zu unterzeichnen.

Europäer sollen Anstoß geben

rtr, Zürich

Die 1982 von dem ehemaligen Bundeswehrgeneral Wolf Graf von Baudissin und dem früheren schweizerischen Außenminister Willy Spühler ins Leben gerufene „Zürich Initiative für eine kooperative europäische Sicherheitspolitik“ hat die Regierungen der Welt zu verstärkten Abrüstungsbemühungen und vertrauensbildenen Maßnahmen aufgerufen. Nach Auffassung von Professor Klaus von Schubert von der Bundeswehrhochschule in München muß die Sprach- und Ratlosigkeit der beiden Supermächte durch den Anstoß der Europäer überwunden werden.

Protest gegen Khomeini

AFP, Paris

Ein ehemaliger Mitarbeiter des iranischen Revolutionsführers Ayatollah Khomeini, Ayatollah Cheik Ali Teherani, hat Iran verlassen und im Ausland um Exil nachgesucht. Der Geflohene ist ein Schwager des iranischen Staatspräsidenten Seyed Ali Khamenei. Mit seiner Entscheidung wolle Teherani „gegen das diktatorische khomeinistische Regime und gegen die Fortsetzung des iranisch-irakischen Krieges“ protestieren, sagte Rouhani, geistliches Oberhaupt der Schiiten in Europa. Er rief alle religiösen Würdenträger Irans auf, dem Beispiel Teheranis zu folgen.

Krise in der Sowjetunion wird zu neuen Machtkämpfen führen

Dritte deutsch-amerikanische Konferenz des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung / Entwicklung in Moskau

Von MANFRED NEUBER

Die Sowjetunion steckt in einer tiefen Krise. Dessen ist sich auch die Kreml-Führung bewußt. Weil aber das sowjetische System nicht fähig ist, seine immanenten Schwierigkeiten zu überwinden, so prognostizieren westliche Experten, wird sich die Krise verschärfen. Als Folge werden in Moskau neue Richtungs- und Machtkämpfe ausbrechen.

Insoweit stimmen die Wissenschaftler überein, die auf der dritten deutsch-amerikanischen Konferenz des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung zwei Tage lang in Bonn die Frage behandelten „Wohin entwickelt sich die Sowjetunion?" Unterschiedlich werden die langfristigen Perspektiven für einen Wandel bewertet.

Auf seiten europäischer Sowjetologen hält man bescheidene Reformen in Gesellschaft und Wirtschaft der UdSSR unter dem Zwang der inneren Verhältnisse für möglich. Sie würden auch im Kreml als erforderlich erachtet. Skeptischer sehen amerikanische Beobachter diese Entwicklung. In ihrer Einschätzung ist das Sowjet-System nicht einmal graduell anpassungsfähig.

Nach Prof. Conquest (Stanford/Kalifornien) hält der Kessel, in den die Völker der Sowjetunion eingeschlossen sind, stärksten Druck aus. Wenn sich nichts ändere, werde die UdSSR auf den Entwicklungsstand der Dritten Welt zurückfallen, meint Prof. Byrnes (Indiana University/Bloomington). „Und es wird sich nichts ändern!"

In den zunehmenden sozialen und gesellschaftlichen Widersprüchen im sowjetischen System erkennt Prof. Kux (Zürich) künftige Bruchstellen. Der neue Machthaber Tschernenko müsse sich auf zwei Fraktionen im Rücken einrichten, und eine potentielle Spaltung der Führung könne in der derzeitigen Konstellation bis in die ideologischen Grundfesten reichen.

Für Prof. Leonhard (Yale) gibt es „zwingende Gründe" für Reformen. Dazu zählt er die Jugend, die der Propaganda überdrüssig ist, die Arbeiter, die selbstbewußter auftreten, und die technische Intelligenz, die mehr Mitsprache verlange. Stark ins Gewicht fallen auch die nationalen Widerstände gegen die Russifizierung der Union.

Von allen Kennern der Sowjetunion in diesem Forum gesteht er noch am ehesten Moskau die Fähigkeit zu, Kurskorrekturen vorzunehmen. Allerdings läßt er nicht unerwähnt, wie starr der Parteiapparat seit Stalin im gesellschaftlichen Bereich und wie unflexibel die Bürokratie im Wirtschaftssystem der Sowjetunion geblieben ist.

Bei dem Versuch, technologisch Anschluß an den Westen zu finden, sind die Sowjets praktisch Gefangene ihres eigenen Systems. Denn die paranoide Geheimhaltung neuester Forschungs- und Fertigungsresultate, ob aus dem Westen oder aus eigenen Laboren, hemmt eine zügige Weitergabe in alle Sektoren der Wirtschaft.

Bei der Erörterung der Bedeutung des Technologietransfers aus dem Westen in die Sowjetunion erfährt der transatlantische Disput eine Neuauflage: Die Europäer sehen wenig Sinn in einem Embargo oder anderen Beschränkungen, während die Amerikaner an konkreten Beispielen auf den Nutzen hinweisen, den Moskau daraus für seine Hochrüstung zieht.

Umstritten ist auch die These, ob der Kreml in der nächsten Runde des Wettrüstens mittels der Microchips ausgestochen werden könnte. Wenn es um Spitzentechnik im militärisch-industriellen Komplex geht, so die überwiegende Ansicht, halten die Sowjets – wenn auch mit Verzögerungen – durchaus mit. Aber der Abstand zum allgemeinen Leistungsniveau der sowjetischen Wirtschaft wird ständig größer und damit fragiler.

Weit auseinander gehen die Auffassungen der Fachleute über die Rolle des Militärs in der sowjetischen Politik. Staatsssekretär Lothar Ruehl aus dem Verteidigungsministerium konstatiert einen „offensiven Einfluß" der Streitkräfte auf die Außen- und Sicherheitspolitik, was sich immer wieder bei den Abrüstungsverhandlungen zeige. Einige Diskussionsredner halten den Verteidigungsrat in Moskau schon für mächtiger als das Politbüro.

Weit gefehlt, repliziert Bernd Nielsen-Stokkeby, das sowjetische Militär sei an die Grenzen seiner Macht gestoßen. Der Kreml lasse nicht die Bedrohung eines Bonapartismus aufkommen. Auch andere Beobachter meinen, der Primat der Politik über die Armee werde in der Sowjetunion eisern gewahrt wie in allen kommunistischen Staaten – mit Ausnahme Polens.

Unverkennbar ist jedoch eine schleichende Militarisierung der Sowjet-Gesellschaft, wird eingeräumt. Ob die Partei diesen Prozeß, vor allem in der Wirtschaft, noch in der Hand hat, gilt als fraglich. Prof. Kux sieht in der radikalen Verjüngung der Armee-Kader (im Gegensatz zur Partei- und Regierungsspitze) und ihr Vordringen zu den Schaltstellen der Industrie eine künftige Machtverlagerung.

Amnon Sella von der Hebräischen Universität in Jerusalem führt das in jüngster Zeit höhere Prestige der Roten Armee auf den wachsenden Anteil der Streitkräfte am Bruttosozialprodukt und auf die steigende Kriegsfurcht im Lande zurück. In den Entscheidungsgremien stellen Generale jedoch nur eine verschwindende Minderheit dar, dort sind sie unterrepräsentiert.

Diskussionsredner heben hervor, daß der Abschuß des koreanischen Jumbos schwere Mängel in der Kommunikation zwischen militärischen und politischen Kommandostellen aufgedeckt habe. Zwar wurde nach außen hin der Anschein von Geschlossenehit gewahrt (wie jetzt auch durch die Ehrung des Piloten als „Held der Sowjetunion"), tatsächlich habe die Kreml-Führung nach dem Zwischenfall die Militärs „vorgeführt".

Ein Schlüsselsatz für die Einordnung der Streitkräfte im Sowjetstaat ist nach Experten-Meinung die Versicherung des Generalsekretärs der KPdSU, sie würden so viele Mittel „wie benötigt" erhalten. Was als notwendig zu gelten hat, darüber befindet die Parteiführung. Die Marschälle bekommen also nicht das, was sie aus ihrer Sicht verlangen.

Der frühere US-Botschafter Richard Staar (Stanford/Kalifornien) stuft die sowjetische Propaganda als wesentliches Herrschaftsinstrument ein. Für gezielte Beeinflussung des Auslandes und Desinformations-Kampagnen (z. B. gegen die Nachrüstung der NATO) werden jährlich – niedrig geschätzt – mehr als acht Milliarden Mark ausgegeben. In dem weltweiten Propaganda-Netz spielen kommunistisch gelenkte Frontorganisationen eine wichtige Rolle.

Seit August 1980 werden Sendungen westlicher Radiostationen für die Sowjetunion wieder gestört – ein eklatanter Verstoß gegen die KSZE-Schlußakte von Helsinki. Derselbe Vorwurf von Botschafter Staar richtet sich gegen Bulgarien und die CSSR. Hauptgrund dürfte das Bestreben sein, Informationen über den Krieg in Afghanistan und die polnische Arbeiter-Bewegung „Solidarität" zu unterbinden.

Konnte Moskau in der Vergangenheit nationale Minderheiten an der Peripherie des Sowjet-Imperiums als Werkzeug für die Ausdehnung seines Einflusses über die Grenzen hinaus benutzen, droht in Zukunft nach dem Urteil der Amerikanerin Gale Lapidus (Columbia University/New York) die Nationalitäten-Frage zu einem gefährlichen Zündstoff in der UdSSR zu werden. Die demographische Entwicklung kehrt sich gegen die Russen; die asiatischen und transkaukasischen Völker wachsen schneller. Aus dieser Diskrepanz könnte eine größere Herausforderung für das Sowjet-System entstehen als aus der latenten Unzufriedenheit mit der Wirtschaftslage.

verlassen. Sie war wegen angeblicher ... 1989 regieren. (SAD) ... das Geschehene überprüfen. ... „zum Sieger zu erklären". Dadurch ... unterstützt werde.

Politische Union für Europa nur ohne London

Deutsch-britische Wahrheiten bei Konferenz in Cambridge

BERNT CONRAD, Cambridge

Kann Europa noch auf Großbritannien zählen? Diese kritische Frage bestimmte drei Tage lang die Diskussionen der 34. deutsch-britischen Königswinter-Konferenz in Cambridge. Die „Eiserne Lady" Margaret Thatcher schien solche Zweifel gar nicht zu verstehen. Ohne auf ihre harte Haltung beim letzten Brüsseler Europagipfel auch nur mit einem Wort einzugehen, ließ sie den Teilnehmern aufmunternd mitteilen: „Wir haben schon viel erreicht in Europa. Wir wollen weiter daran arbeiten, Europa von innen zu gestalten und seine Rolle in der Welt zu definieren."

Außenminister Sir Geoffrey Howe ging noch weiter. Bei einem Abendessen im St. Catharine's College unterstrich er die „entscheidende Bedeutung" der EG. Für ihre Zukunft propagierte er einen „gemäßigten Optimismus".

Wie paßte das zu dem unerbittlichen Nein, mit dem die Premierministerin in Brüssel alle Kompromißvorschläge vom Tisch gewischt hatte? Die Antworten waren vielfältig: „Frau Thatcher sagte nein, weil das gesamte Finanzierungssystem der Gemeinschaft geändert werden muß", versicherte die Planungschefin des Foreign Office, Pauline Neville-Jones. Ein britischer Journalist gab deutscher „Unverantwortlichkeit" die Mitschuld. Der Wahrheit am nächsten kam wohl ein Engländer, der feststellte: „Wenn Frau Thatcher etwas auf Europagipfeln erklärt, dann interessiert sie nur, was die britische Öffentlichkeit dazu sagt."

Sinn für die richtigen Proportionen verloren

CDU-Politiker Kurt Biedenkopf zeigte dafür durchaus Verständnis. „In Demokratien müssen die Wähler überzeugt werden. Dadurch kommen lokale und nationale Elemente in die Europapolitik", meinte er wahlkampfbewußt. Doch das ändert nichts daran, daß die Premierministerin zumindest im europäischen Umgangsstil „etwas den Sinn für Proportionen verloren" hat, wie CDU-Schatzmeister Walter Leisler Kiep höflich formulierte. Das unabstreitbare Ergebnis: „Großbritannien ist heute isolierter denn je seit dem Beitritt zur EG" (Professor Karl Kaiser).

Kein Wunder, daß die Meinungen über die durchaus entstandene Krise auseinandergingen: Bezeichneten deutsche Teilnehmer sie als sehr ernst, so spielten die Briten sie herunter. „Wir sollten nicht von der Krise reden, sondern von einer Gelegenheit, das System zu ändern", bemerkte der Diplomat Geoffrey Denton. Unter dem viel kritisierten „System" verstanden die Briten auch den immer noch hochsubventionierten gemeinsamen Agrarmarkt.

Dem stimmten Bonner Politiker, wie der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt, zwar grundsätzlich zu. Aber gerade die britischen Reform-Forderungen provozierten die deutsche Gegenfrage: Worauf will Londons Europapolitik langfristig hinaus? Der Hamburger Bankier Eric Warburg formulierte es so: „Wir wollen wirklich die Vereinigten Staaten von Europa. Wollen Sie das auch oder vielleicht nur eine Freihandelszone?"

„Eher Kommunisten in Downing Street Nr. 10"

Die Reaktion war eine kalte Dusche: „Eine Politische Union wird es mit Großbritannien nicht geben", lautete die vorherrschende Meinung. Ein Brite meinte sogar unumwunden: „Unsere Bevölkerung würde eher eine kommunistische Regierung akzeptieren als die Vereinigten Staaten von Europa." Dagegen protestierte allerdings der konservative Unterhausabgeordnete Sir Bernard Braine sehr energisch. Immerhin bemerkte auch er: „Wir sollten mit Nachdruck gegen die Arbeitslosigkeit vorgehen. Und das geht ohne die Vereinigten Staaten von Europa."

Genau in diese Richtung zielte Richard von Weizsäcker – nicht mehr Regierender Bürgermeister und noch nicht Bundespräsident – mit seinem Vorschlag, „mittelfristige europäische Probleme zu lösen und nicht über langfristige Zukunftsprobleme zu reden". Die Politische Union liege jenseits der gegenwärtigen Reichweite. Darum sollte man jetzt das tun, was möglich sei.

Das kam dem angelsächsischen Pragmatismus sehr entgegen. Und auf diesem Feld des „Machbaren" ergab sich dann auch eine bemerkenswerte Skala konkreter Ziele, die von beiden Seiten – wenn nicht in jedem Detail, so doch im Prinzip – übereinstimmend bejaht werden konnten. Das reichte vom Abbau der Handelshemmnisse und Grenzkontrollen in der EG über eine gemeinsame Förderung neuer Technologien bis hin zu einer engeren Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik. Diese Perspektive versöhnte mit mancher Frustration dieser Tage.

Umstritten war nur, ob die europäische Verteidigungskooperation mittels der Westeuropäischen Union (WEU) oder im NATO-Rahmen verstärkt werden sollte. Staatsminister Alois Mertes befürchtete von einer WEU-Aufwertung amerikanische Mißverständnisse. Dies entsprach der fast durchgehenden Übereinstimmung: „Wir dürfen nichts tun, um den amerikanischen Schutz zu riskieren" (Shirley Williams).

Felipe Gonzalez gerät unter den Druck der Linken seiner Partei

Spaniens Mitgliedschaft in der NATO wird immer unpopulärer / Zweifel in Madrid

ROLF GÖRTZ, Bonn

„Ich bin mir bewußt, daß 75 Prozent unserer Landsleute instinktiv gegen die NATO eingestellt sind", meinte Spaniens Ministerpräsident Felipe Gonzalez in einem Informationsgespräch vor Journalisten. Aus letzten Umfragen geht in der Tat hervor, daß sich die Meinung der Spanier in den letzten anderthalb Jahren über die Zugehörigkeit Spaniens zur NATO erheblich verschlechtert hat. Nur jeder vierte Spanier tritt noch für die NATO ein. Ministerpräsident Gonzalez gehört zu dem Flügel der Regierungspartei, der sich mehrfach offen für den Verbleib bei der NATO aussprach: „Aus Gründen der internationalen westlichen, aber auch der nationalen Sicherheit."

Spanien gehört seit Sommer 1982 der Verteidigungsgemeinschaft an. Die negative Tendenz der öffentlichen Meinung, propagiert von den Medien, allen voran das staatliche Fernsehen sowie den kommunistischen Gewerkschaften und dem linken Flügel der Regierungspartei, veranlaßte unter anderem den deutschen Verteidigungsminister Manfred Wörner bei seinem Besuch in Madrid zu besorgten Äußerungen. Bei seinen Kontakten mit Offizieren und Soldaten hatte er eine sehr positive Haltung zur westlichen Verteidigungsgemeinschaft feststellen können. Besonders der derzeitige Chef des Verteidigungsstabes Admiral Licino, sehe seine Aufgabe ganz im Rahmen der europäisch-atlantischen Gesamtverteidigung. Wenn jedoch über den Verbleib Spaniens in der NATO eine Volksbefragung abgehalten werden soll – daran will die Regierung festhalten – dann müsse vorher eine ausgewogene Aufklärungskampagne über das einsetzen, was die NATO unter ihrer Friedensaufgabe versteht. Diese Kampagne müsse von der Regierung ausgehen.

Abgesehen von mehr positiven als negativen Äußerungen von Regierungsmitgliedern zur NATO geschieht zur Aufklärung der Bevölkerung bisher so gut wie nichts. Felipe Gonzalez möchte den Parteikongreß abwarten. Dieser jedoch findet erst im Dezember statt. An der negativen Haltung wird auch die bevorstehende Zulassung privater Fernsehgesellschaften, die Gonzalez ebenfalls ankündigte, kaum etwas ändern. Sollte das Referendum tatsächlich im Jahre 1985 abgehalten werden – dieses Datum wird offiziell genannt – bleibt deshalb wenig Zeit für eine wirksame Korrektur der öffentlichen Meinung. Ausschlaggebend über Zustimmung oder Ablehnung der NATO bleibt nach wie vor die Aufnahme Spaniens in die europäische Gemeinschaft. Hier liegt auch die Schwierigkeit von Ministerpräsident Gonzalez, der aus taktischen Gründen so lange auf eine Aufklärungskampagne verzichten dürfte, wie das Beitrittsdatum (vorgesehen ist Anfang 1986) nicht ganz sicher feststeht.

Indirekt wird die NATO-Frage beeinflußt durch das höchst gespannte Sozialklima bei einem Arbeitslosenanteil von etwa 16 Prozent. Will die Regierung an ihrem Plan zur Sanierung und Modernisierung der Industrie festhalten, läßt sich die Entlassung von weiteren Arbeitermassen, vor allem der Metallindustrie, nicht verhindern. Die unpopuläre Restriktionspolitik der Regierung hatte eine spürbare Aufwertung der kommunistischen Gewerkschaft Comisiones Obreras zur Folge, die jetzt etwa gleich stark wie die sozialistische Gewerkschaft UGT ist. Ihr massiver Widerstand mittels Streik oder Demonstrationen auf offener Straße gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung führte bereits zu erheblichen finanziellen Verlusten. Deswegen sieht sich die Regierung bereits zu erheblichen Konzessionen veranlaßt.

Die Comisiones Obreras, in deren Schlepptau die Kommunistische Partei praktisch nur noch ein Anhängsel bildet, beschränken sich längst nicht mehr auf sozialwirtschaftliche Themen. Mit dem üblichen Schlenker über die Rüstungsausgaben, die in Spanien jedoch weit unter dem westeuropäischen Durchschnitt liegen, greifen sie offen die NATO an und fordern lautstark die Volksbefragung. Hierin offen unterstützt vom linken Parteiflügel der PSOE. „Was ist die NATO? Eine Offensive der Vereinigten Staaten gegen Europa, bezahlt von den Europäern. Yanquis raus!" stand auf einem Spruchband, das über einer Menschenmenge schwebte, die neulich in Medina del Campo König Juan Carlos begrüßte.

Schon befürchten politische Beobachter, daß die Regierung, um ihren notwendigerweise restriktiven Wirtschaftskurs aufrecht erhalten zu können und um den inneren Frieden zu retten, Zugeständnisse in der Außenpolitik machen könnte. Das könnte denn die NATO-Frage sein. (SAD)

Machtkampf in Syrien geht weiter

Rifaat Assad will Nachfolger des Präsidenten werden / Sicherung der Alawitenherrschaft

DW. Beirut

Der Machtkampf um die Nachfolge des syrischen Staatschefs Hafiz el Assad geht, trotz der im vergangenen Monat getroffenen Ernennung von drei Vizepräsidenten, unvermindert weiter. Nach Informationen gut unterrichteter Kreise aus Damaskus versucht der im März zum Zweiten Vizepräsidenten ernannte Bruder Assads, Rifaat, den Staatspräsidenten durch massive Interventionen dazu zu bringen, ihn zu seinem offiziellen Nachfolger zu bestimmen.

Bei einem Treffen am 25. März fordert Assad seinen Bruder Rifaat zu einem baldigen Entschluß auf. Rifaats Begründung: der frühere Außenminister Abdel Halim Khaddam habe durch das Amt des Ersten Stellvertretenden Staatspräsidenten erhebliches außen- und innenpolitisches Prestige gewonnen und so einen Vorsprung bei dem Rennen um die Nachfolge des gesundheitlich angeschlagenen Staatschefs erlangt.

Entscheidend sei jedoch die besondere Position der alawitischen Glaubensgemeinschaft in Syrien.

Obgleich sie nur ein Zehntel der Bevölkerung stellen, bekleiden Alawiten heute die wichtigsten Schlüsselpositionen in Staat und Armee. Die modern bewaffneten „Verteidigungsbataillone" werden ausschließlich von Alawiten gestellt. Der Präsident und sein Bruder sind ebenfalls Alawiten. Abdel Halim Khaddam hingegen gehört der sunitischen Bevölkerungsmehrheit an.

Rifaat habe bei dem Gespräch, so heißt es, nachdrücklich darauf hingewiesen, daß bei einem plötzlichen Ableben des Präsidenten die Macht automatisch an Khaddam übergehen würde. Dies würde eine existenzielle Gefahr für die Alawiten bedeuten, meint Rifaat. Der neuernannte Kommandeur der Verteidigungsbataillone, Oberstleutnant Nazif, habe ihm drastisch diese potentielle Bedrohung der alawitischen Glaubensgemeinschaft dargelegt und mit einseitigen Aktionen gedroht. Bis zu seiner Ernennung zum Zweiten Vizepräsidenten war Rifaat selbst Chef dieser 25 000 Mann umfassenden Prätorianergarde des Baathregimes.

Hafiz el Assad, so heißt es, habe seinem Bruder prinzipiell zugestimmt und diesem die baldige Ernennung zu seinem Erben im Präsidentenamt zugesagt. Er habe jedoch aus innenpolitischen Rücksichten gebeten, dies nicht öffentlich bekannt zu machen. Der Präsidentenbruder habe sich damit jedoch nicht zufrieden gegeben und eine baldige offizielle Ernennung gefordert.

Spur der Aquino-Mörder führt zu den Militärs

Zeugen verschwunden / Aus der Arbeit der Kommission

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Sieben Monate sind seit dem tödlichen Schuß vergangen, der aus dem philippinischen Oppositionsführer Benigno Aquino einen politischen Märtyrer machte. Noch immer ist der Mord nicht aufgeklärt. Fest steht nur eines: Die Version der Regierung, daß der Täter Rolando Galman und Galman ein Agent der Kommunisten war, ist unglaubwürdig.

Wenigstens vo viel Licht in die mysteriösen Umstände des Aquino-Mordes gebracht zu haben, ist der Verdienst der Untersuchungskommission unter Vorsitz der ehemaligen Berufungsrichterin Rosie Agrava. Frau Agrava ist von Präsident Marcos persönlich mit der Aufklärung der Mordumstände beauftragt worden. Galman selbst ist tot. Erschossen von Sicherheitssoldaten.

Hat Galman sein Leben geben müssen, um die wahren Mordumstände zu vertuschen? Er war erst im Februar 1983 aus dem Gefängnis entlassen worden, wo er wegen Diebstahl- und Mordverdacht gesessen hatte. Seitdem, so bezeugten seine beiden Kinder, sei er wiederholt von Militärs und Regierungsagenten besucht worden, darunter Oberst Arturo Custodio, der einer der vier Männer gewesen sein soll, die Galman vier Tage vor dem Aquino-Mord zu Hause abgeholt haben. All das spricht gewiß nicht für die Regierungsversion, daß Galman ein Handlanger der Kommunisten war.

Auch soll Galman gar nicht in der Lage gewesen sein, den tödlichen Schuß abgefeuert zu haben. Dazu liegen der Agrava-Kommission gewichtige Aussagen vor. Ramon Balang, Mechaniker bei der „Philippine Airlines", erklärte, er habe gesehen, wie Aquino, der „Mann in Weiß", von zwei Militäreskorten gestützt, die Flugzeugtreppe herunterkam. Sein Kopf habe schief nach links gehangen, ehe er von der letzten Stufe herunterfiel. Galman habe zu diesem Zeitpunkt drei Meter entfernt im Kreise von Soldaten gestanden.

Der tödliche Schuß kam von hinten

Daß Aquino von der Treppe stürzte, bestätigten zwei weitere Zeugen. Das ist deshalb eine entscheidende Enthüllung, weil Aquino von hinten erschossen wurde. Hinter Aquino befanden sich aber nur die zu seinem Empfang entsandten Militäreskorten. Keiner dieser Zeugen hat sehen können, wer den Todesschuß gefeuert hat. Zwei Frauen, die hierzu vielleicht belastende Aussagen machen könnten, sind spurlos verschwunden. Verstecken sie sich, oder sind sie versteckt worden, wie offenbar zwei mit Galman befreundete Schwestern und die Galman-Ehefrau Lina. Die Mutter der beiden Schwestern erklärte, ihre beiden Töchter, die in einem Nachtclub arbeiteten, seien am 4. September in einem Auto mit Funkausrüstung weggefahren worden. Niemand habe sie seitdem gesehen. Verschwunden sei auch die Freundin ihrer Töchter, die die Nummer des Autos notiert hatte.

Lina Galman fehlt seit dem 29. Januar. Wenige Tage später hätte sie vor der Agrava-Kommission erscheinen sollen. Tränenüberströmt berichtete die 16jährige Tochter Gigi, zwei Männer hätten ihre Mutter abgeholt. Einen will sie als einen der Regierungsagenten erkannt haben, der vor dem Aquino-Mord mit ihrem Vater sprach. Ehe sie gegangen sei, habe ihre Mutter ihr anvertraut, sie werde zu General Ver gebracht.

Belastungsmaterial auch aus dem Ausland

Fabian Ver ist der Kommandeur der Streitkräfte, Chef aller nationalen Geheimdienste und der wohl engste Vertraute von Präsident Marcos. Ver hat die Behauptung der Galman-Tochter dementiert.

Weiteres Belastungsmaterial gegen die Militärs kommt aus dem Ausland. In Amerika hat Jose Santos, ein ehemaliger Leibwächter von Aquino, unter Eid erklärt, er sei zwei Mal vom Geheimdienstchef des präsidentialen Sicherheitskommandos, Brigadegeneral Luther Custodio, aufgefordert worden, Aquino während dessen Aufenthalts in Amerika umzubringen. Am Tag vor Aquinos Rückkehr nach Manila habe er eine detaillierte Karte vom Flughafen in Custodios Büro gesehen.

Belastend ist auch die Stimmenanalyse, die der japanische Tonexperte Suzuki aus einem Tonband machte, das während der Flugzeuglandung lief. Suzuki meint, die Stimmen von mindestens zwei Soldaten identifiziert zu haben, die Aquino aus der Maschine brachten. Einer soll gesagt haben, „Hier ist er" und kurz danach „Schieß". Ein anderer „Ich tu es". Die Eskorten werden die letzten sein, die die Agrava-Kommission vor Abschluß ihrer Untersuchung befragen will. Bisher hat sie mehr als hundert Zeugen vernommen. Viel Verwirrendes und Widersprüchliches wurde ausgesagt. Doch die Fährte zeigt auf eine Verwicklung der Militärs. Beweise aber fehlen.

DIE WELT (uspa 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07651 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Volk und Nation

„Lieber Hammer als Amboß"; WELT vom 29. März

Die natürlichsten Möglichkeiten zur Identifikation bilden seit jeher Volk und Nation. Weiß man sich identisch mit seiner Nation, verwurzelt in der nationalen Geschichte, so fühlt man sich nicht mehr nur als einsames Partikelchen einer industriellen Konsum- und Wohlstandsgesellschaft. National sein heißt, zu allererst einmal – unter Hintansetzung von Partei-, Standes- und wirtschaftlichen Interessengegensätzen – zu dem eigenen Volke zu stehen, in guten wie in schlechten Tagen. Dies ist eine sittlich gebotene Forderung zum Bekenntnis zu der Gemeinschaft, in die wir hineingeboren wurden. Es ist gleichzeitig eine Kampfansage gegen den Opportunismus.

National sein heißt aber nicht nur das eigene Volk lieben, sondern auch jedes andere Volk achten und ehren. Niemand in Deutschland predigt Chauvinismus. Das andere Extrem, der Nationalmasochismus, ist aber ebenso verderblich.

Die Nationalität gehört nun einmal auch zum Menschsein. Ernst Jünger hat einmal gesagt: „Das Vaterland gehört zu unserem Schicksalskostüm. Man kann es nicht umtauschen."

Wilfried Walz, Jettingen

Staatsdiener?

In Ihrer Ausgabe vom 15. März 1984 wird unter der doppelbödigen Überschrift „Keine Wende in der Personalpolitik" über einen Vermerk berichtet, den die Unionsfraktion dem Bundeskanzleramt zugeleitet haben soll. In dem Vermerk soll unter anderem kritisiert werden, daß die CDU/CSU bei den Unterabteilungsleiterposten im Bundeswirtschaftsministerium unterrepräsentiert sei und verschiedene wichtige Referate in diesem Ministerium und im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit noch in der Hand von SPD- oder FDP-Beamten seien.

Als parteilose Beamte in einem Bonner Ministerium hätten wir uns gefreut, wenn der Vermerk der Unionsfraktion wie folgt geendet hätte: „Unterabteilungsleiter und Referatsleiter sind keine politischen Beamten. Sie haben wie alle Beamten jedem Minister einer demokratischen Regierung in gleicher Loyalität zu dienen. Eine parteipolitische Einflußnahme auf die Besetzung dieser Posten ist verfassungswidrig, beamtenrechtswidrig und schon wegen der verhängnisvollen Rückwirkungen auf das Vertrauen in den öffentlichen Dienst personalpolitisch verfehlt. Die jetzige Bundesregierung macht sich unglaubwürdig, wenn sie die gleiche Personalpolitik betreibt, die sie ihrer Vorgängerin anlastet. Das Parlament sollte nach gesetzgeberischen Wegen suchen, wie es der Gefahr der Ämterpatronage wirkungsvoller als bisher begegnen kann".

In dem Vermerk hat das offensichtlich nicht gestanden. Schade.

Mit freundlichem Gruß
Für den Kreis der Unabhängigen im Bundesministerium der Justiz,
Dr. Johann-Friedrich Staats

Nötige Hilfe

Sehr geehrte Herren,

Ihre Zeitung hat den in vieler Hinsicht gegenüber den Bürgern der Bundesrepublik benachteiligten Menschen in der DDR große Beachtung geschenkt.

Bei der täglichen Lektüre hat es mich aber gewundert, daß Sie überhaupt nicht auf den Aufruf des Bundesministeriums für „Innerdeutsche Beziehungen" eingegangen sind, wonach die Bürger hier zu einer großherzigen Spende für die jetzt aus der DDR eintreffenden Übersiedler aufgerufen sind, um diesen Menschen die langersehnte Freiheit auch durch eine materielle Unterstützung unserer Bevölkerung nicht zu einer neuen Enttäuschung werden zu lassen.

Sie haben z. B. vor einigen Tagen einen Aufruf zu Spenden für die Flüchtlinge aus Afghanistan veröffentlicht und dabei Bank und Konto genannt.

Wäre es nicht angebracht, die Aktion „Deutsche helfen Deutschen", und das Konto 12 12 12 Stadtsparkasse 5300 Bonn, BLZ 380 500 00, für unsere eigenen Landsleute zu erwähnen?

Ich habe festgestellt, daß man in diesem Land für viele z. T. weniger förderungswürdige Zwecke zu Spenden aufruft, nur weil hier bestimmte „Aktivisten" am Werk sind.

Wie viel wichtiger wäre es da, erst einmal unseren eigenen Landsleuten zu helfen, die es oft nötiger haben.

Mit freundlichen Grüßen
R. W. Marcks, Göttingen-Geismar

Wort des Tages

❝ Man muß wissen, daß alles Urteilen und Richten über andere ein gefährliches Unternehmen ist, das sich sofort gegen den Urteilenden selber kehrt. Man kann kein Urteil aussprechen, ohne sich selbst den Maßstäben zu unterwerfen, nach denen hier gerichtet wird. Indem wir uns zu Richtern über andere aufwerfen, sind wir schon unsere eigenen Ankläger vor Gott geworden. ❞

Wilhelm Stählin, ev. Theologe (1883 – 1975)

Aus Verbitterung über Ronald Reagans Berater reitet Alexander Haig gegen den Präsidenten an

In seinen Memoiren beklagt der ehemalige Außenminister der USA die Ignoranz und die Disziplinlosigkeit der gegenwärtigen Administration

Von TH. KIELINGER

Wenn im September dieses Jahres der eigentliche Präsidentschaftswahlkampf seinen Auftakt nimmt, wird man im Köcher der Demokratischen Partei manche Pfeile finden, die ein Reagan-Verehrer – so sieht er sich jedenfalls – dort hineingezaubert hat. Das sind die Pfeile mit den vergifteten Spitzen, und sie sollen die Kamarilla um den Präsidenten treffen, diese smarten Großgrundbesitzer aus Kalifornien, die von der Außenpolitik der USA so viel oder wenig verstehen wie von der sozialen Frage, aber sich allemal anmaßen, das Geschäft der auswärtigen Beziehungen nach den Maßregeln ihrer Ignoranz zu betreiben.

Doch dürften die Pfeile von den intendierten Objekten abgleiten und dort ins Ziel treffen, wo sie hingehören, wenn es mit der Verantwortlichkeit für die amerikanische Politik seine Richtigkeit hat: Im Weißen Haus, bei Präsident Reagan selber.

„Die Notwendigkeit, in der Außenpolitik mit einer Stimme zu sprechen, hat sich unter den Reagan-Beratern einfach nie durchgesetzt", schreibt besagter Autor und Reagan-Fan in seinem unfreiwillig nützlichen Wahlkampfstil. Das Befehls- und Koordinationssystem des Nationalen Sicherheitsrats unter diesem Präsidenten nennt er schlicht „unzusammenhängend", und er befürchtet, daß aus der Vision des Präsidenten, wenn sie weiter mit solcher Zuchtlosigkeit gehandhabt werde, nur „Tagträumerei" werden könne.



Die Bekenntnisse des „Vikars" liefern den Demokraten Munition im Kampf ums Weiße Haus FOTO: POLY-PRESS

Hinsicht, 31 Jahre lang vorbereitet wurde", wie er in seinem Erinnerungsbuch schreibt. Er nahm das Angebot „in frohen und hoffnungsvollen Geiste an", – nur um sein Amt achtzehn Monate später, am 25. Juni 1982, unter chaotischen Begleitumständen wieder zu verlieren.

Mit besonderer Fürsorge beschreibt dieser kenntnisreiche Mann die Gestalt des Pentagon-Chefs Caspar Weinberger, eines Prominenten unter den „dramatis personae". „Ich betete zu Gott, daß Caspar Weinberger seine Neigung, als Politik verbrämte Umkleideraum-Meinungen auszusprudeln, einmal zähmen würde", schreibt dieser Chronist in Erinnerung seiner Kabinettserfahrungen mit dem auch anderorts Vielgeschmähten. „Aber wenn Gott mich erhörte, so blieb seine Antwort für mich doch gänzlich unverständlich. Die anstrengende Arbeit, aus Cap Weinbergers öffentlichen Äußerungen den Sinn zu filtern, war eine ständige Belastung unserer Zeit und Geduld."

Es ist die Rede von einem Buch, das – nach Teilvorabdrucken in der ganzen Welt – nun seit fünf Tagen auf dem amerikanischen Markt ist, Alexander M. Haigs „Caveat – Realism, Reagan and Foreign Policy". Caveat – Vorsicht: Das könnte über dem ganzen Unternehmen und seiner brisanten Wirkung stehen. Haig selber will hier seine Warnungen vor den Fehlern der ersten Reagan-Amtszeit unters Volk bringen, damit Schaden von der Republik abgewendet werde, sollte es zu einer Wiederwahl Ronald Reagans kommen.

Doch was dieses Buch wirklich anzeigt, sind die Umrisse einer modernen Tragödie, eingegraben in die politische Physiognomie Washingtons und beispiellos in der jüngeren amerikanischen Geschichte.

Alexander Meigs Haig Jr., 56 Jahre alt, erhielt im Dezember 1980 von einem soeben gewählten Präsident Reagan, mit dem er in seinem Leben erst ganze drei Stunden (im Herbst 1978) zusammengewesen war, das ehrenhafte Angebot, Außenminister zu werden, Chef des State Departments – ein „Job, auf den ich, in mancher

Auch unter ironischen, wie man hinzufügen muß. Denn Präsident Reagan, überdrüssig geworden der ununterbrochenen Reibereien zwischen seinem Außenminister und seinem Hofstaat (dem Stab des Weißen Hauses) legte Haig den Entwurf eines Demissionsgesuches vor, ehe der Secretary of State selber ein solches formell eingereicht hatte. Sodann verkündete das Weiße Haus in aller Öffentlichkeit die Ablösung des Generals a. D., während dieser in seinem Büro noch am Text seines eigenen Abschiedsbriefes herumfeilte.

Was auf die Betrachter schon damals wie eine Komödie der Irrungen wirkte, erschließt sich der Haigschen Analyse im Nachhinein als reinste Dämonie: Kulmination des Rachefeldzugs der Reagan-Berater gegen ihn, den Außenseiter, den Kenner und „Vikar" der amerikanischen Außenpolitik.

Die Tragödie hat einen Doppelaspekt. Einmal schildert sie den Sturz dieses begabten Mannes von der Höhe der Macht – aber hatte er sie überhaupt jemals erklommen, muß man sich im Nachhinein fragen? Zum andern beschreibt sie das Nachspiel: Dieses Buch, eine nackte Abrechnung mit Leuten, die noch immer im Amt sind und ihre Verantwortung gegen die Unbill der Zeit – und gegen ihre eigene Unerfahrenheit – weiter ausüben müssen. Wer ist Alexander Haig, so fragt sich das entsetzte Washington, um seinen Chef, dem er bis vor 20 Monaten noch diente, ans Messer der Kritik auszuliefern?

Unter der politischen Memoirenliteratur steht Haigs Buch in jüngster Geschichte ziemlich einmalig da. Nicht nur, was die Schnelligkeit der Publikation angeht: Diese politische Vivisektion an einer sich auf Wiederwahl Hoffnung machenden Administration. Auch, was den Antrieb des Unternehmens ausmacht: diese Bitterkeit, diese Verwundung aus Schlachten, die gerade Revue passiert sind. Amerikanische Außenminister oder außenpolitische Experten pflegen aus nobleren Motiven zur Feder zu greifen, auch wenn Kissingers Erinnerungen die Grenze zur Maliziösität bereits mehrfach überschritten.

Doch in der Regel obwaltet die zurückgelehnte Prüfung einer vergangenen Epoche. George Kennan, Dean Acheson kamen mit ihren Erinnerungen erst an den Tag, als sie bereits zehn oder mehrere Jahre die Bühne verlassen hatten. Kissinger ließ sich wenig Zeit, ebenso Cyrus Vance, Zbigniew Brzezinski und die Präsidenten Nixon, Ford und Carter. Aber allen diesen Versuchen, der abgelegten Geschichte Herr zu werden, eignet eine gewisse abgeklärte Resignation: der Blick des Protagonisten von einst über eine abgeschlossene Ära.

In diese Kategorie hätte sich Alexander M. Haig spielend einordnen können, würde er nur jenes Buch schreiben, auf das die Zeitgenossen mit brennender Neugier – aber gänzlich vergeblich – harren: Den Bericht über das letzte Jahr der Nixon-Regierung, als Haig, damals Stabschef des Weißen Hauses, die Geschicke der Exekutive mehr und mehr überantwortet bekam, bis er schließlich, im Chaos des Watergate-Niedergangs, wie Atlas den Berg der Verantwortung allein über die Klippen tragen mußte. Haig schweigt über diese ebenso schreckliche wie auf dunkle weise heroische Epoche mit der Beharrlichkeit des getreuen Eckeharts. Um so schärfer sticht davon seine Indiskretion ab, die er gegenüber dem letzten Präsidenten, dem er gedient hat, gegenüber Ronald Reagan, an den Tag legt.

Nicht zum erstenmal drängt sich dem Betrachter der Gedanke auf, daß der Haig der Jahre unter Nixon und der Haig von 1980–1982 nicht mehr ein und dieselbe Persönlichkeit waren. Die Eingeweihten schieben dies auf die Umstände der großen Herz-(Bypass-)Operation, der sich Haig Ende 1979 unterziehen mußte. Das ist indessen eine zu deterministische Interpretation. Entscheidend ist, daß die Präsidentschaften Nixons und Reagans sich nicht mehr glichen, ja, daß Haig sich im Weißen Haus unter Ronald Reagan nicht mehr auskannte, wo er den gleichen Apparat unter Richard Nixon bis in die kleinsten Verästelungen beherrschte.

Nur mit Erschütterung kann man das folgende Bekenntnis lesen: „Mir kam", so schreibt Haig über seine zwei Jahre unter Ronald Reagan, „das Weiße Haus so geheimnisvoll wie ein Geisterschiff vor; man hörte das Knarren in der Takelage, das Ächzen der Holzbohlen, ja, manchmal erhaschte man auch die Mannschaft an Bord. Aber wer davor stand eigentlich am Steuer?"

Den Mann, der dorthin gehört, Ronald Reagan, hätte der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber seinen eigenen Worten nach gerne in die Anfangsgründe außenpolitischer Strategie eingeweiht. Aber wie kläglich muß Haig den Kalifornier und seine Nibelungen verkannt haben, daß er annehmen konnte, sie wollten irgendwie systematisch mit dem historischen Würzelwerk der Weltlage vertraut gemacht werden und eine Art Oberseminar in Zeitgeschichte absolvieren. In Reagan regiert allemal der Instinkt über das Expertentum, die Vision über die Summe der Details, die Gutgelauntheit über das angestrengte Bemühen. Seine Umgebung, im Verwalten erfahren, spiegelt getreulich dieses Primat der Bonhommie, während Alexander Haig, ganz der teleologisch eingestellte Denker und Soldat, permanent im Mark der Erkenntnis und Entscheidungen vorzudringen suchte, eine ununterbrochene Herausforderung für die ihrer außenpolitischen Sache nicht sicheren Stabsleute.

Aber war Haig immer so sicher, wie er in den Seiten seines Buches wirkt? Er bekennt freimütig seine Schwächen: Seine allzu fordernde Direktheit gegenüber dem Präsidenten, aus der die Umgebung untunliches Auftrumpfen habe schließen können. Seine Gereiztheit am 30. März 1981, nach dem Attentat auf Reagan, als er schwitzend vor die Fernsehkameras im Weißen Haus trat, um ohne jede Glaubwürdigkeit zu bekennen: „Im Moment habe ich hier das Heft in der Hand."

Ob El Salvador, wo er früh bis „an die Quelle" gehen wollte (das heißt Kuba), ob Falkland-Konflikt, Libanon-Krise, Kriegsrecht in Polen, Pipeline-Streit mit den Verbündeten – Haigs Sicht der Welt verriet nicht nur die scharfsichtige Analyse eines außenpolitisch trainierten Kopfes, – es kam auch immer wieder die Kehrseite hervor: Eine zu Dramatik neigende, die Dramatik geradezu suchende Impulsivität. Für diesen in Befehl und Ausführung als zwei Kernkategorien aufgewachsenen Soldaten ist schon das Denken eine geistige Form der Aktion. In jeder Krise – siehe den Falkland-Konflikt – sieht er leicht die persönliche Herausforderung an sich, den potentiellen Schlichter, jedes Problem scheint auf die Florettspitze zuzulaufen, der man sich wie im heroischen Duell zu stellen hat. Und die Bedrohungen wachsen, Gefahr ist im Verzug.

Dies ist eine Art Geschichte zu erleben, die besser in Shakespeares Historien paßt als in das Weiße Haus Ronald Reagans. Dort mag zuweilen Konfusion und der brave Eifer korrektiver Versuche vorherrschen, aber in keinen Fall verbreitet sich die Aufgeregtheit entscheidungshungriger Gefühlslagen. Haig war sich selbst sein schlimmster Feind, und der Präsident ließ ihn wohl auch deshalb immer weniger an sich heran, weil ihm die oft in Katastrophenfarben gemalten Denkbilder Haigs zu überzeichnet, vielleicht zu „europäisch", zu konfliktgeladen vorkamen.

Ronald Reagan besitzt ein deutliches Bild der Bedrohung, der sich die USA in der Welt gegenübersehen. Aber er lebt gleichzeitig von einem enormen Bestand der Sicherheit, ja, der „désinvolture": Der Morgen könnte keine Niederlagen, und wenn Rückschritte eintreten, ist dies nicht die letzte Botschaft. Im Machtfragen unschuldig, fast „naiv", muß der Kalifornier in Haig den „sentimentalen" Menschen gewittert haben, den Laokoon, der sich in Konflikten verstrickt. Um diesen Typus macht Reagan einen weiten Bogen, was Haig als sein eigenes „tödliches Handikap" zu spüren bekam: den mangelnden Zugang zum Präsidenten, zur Quelle der administrativen Entscheidungen.

Was bleibt, ist die unerklärliche Indiskretionsfreudigkeit Haigs, – unerklärlich, wo sein Buch voll zur Anklage gegen die Unsitte des „leaking", der Preisgabe von Vertraulichkeiten ist, was er mit Recht als ein beängstigendes Symptom des Niedergangs der amerikanischen politischen Kultur ausmacht. Unter dem löblichen Vorwand, sich gegen manche lügenhafte Legende aus seiner Amtszeit als Außenminister reinzuwaschen und der Reagan-Administration ein Bild ihrer außenpolitischen Disziplinlosigkeit vorzuhalten, wird Haig selber ein Opfer der Krankheit, die er bekämpft. Die politischen Voyeure werden nach dem Buch greifen, in dem seine Freunde die notwendige Vollendung der Tragödie erblicken.

Personalien

AUSZEICHNUNG

Der 1949 in Saarbrücken geborene Maler **Max Neumann** ist der erste Träger des mit 5000 Mark dotierten Förderpreises der Stadt Siegen zum Rubens-Preis. An Rubens Geburtstag, dem 28. Juni, wird die Auszeichnung in Siegen an den heute in Berlin lebenden Maler vergeben. Der 1955 zur Erinnerung an den im Jahre 1577 in Siegen geborenen Maler **Peter Paul Rubens** gestiftete und mit 10 000 Mark dotierte „Rubens-Preis der Stadt Siegen" wird alle fünf Jahre vergeben. Erster Preisträger war 1957 **Hans Hartung**, ihm folgten **Giorgio Morandi** aus Italien 1962, 1967 **Francis Bacon** aus England; 1972 **Antoni Tapies** aus Spanien, 1977 **Fritz Winter** und 1982 **Emil Schumacher**. Die Förderpreise sollen nach dem Siegener Ratsbeschluß auch künftig immer in der Zwischenzeit der „großen" Preise verliehen werden.

THEATER

Gelsenkirchens Musiktheater wird in der nächsten Spielzeit mit einem in loser Form dargebotenen Bilderbogen des Lebens von **Claire Waldoff** gedenken. In diesem Jahr ist ihr 100. Geburtstag. Die Kabarettistin, die vor allem in den bewegten zwanziger Jahren zu den Größen der einschlägigen Berliner Szene gehörte, stammt aus Gelsenkirchen. Ihr Vater war dort Zechensteiger. Texte für die Waldoff schrieben unter anderem auch **Ringelnatz** und **Tucholsky**. Der Gelsenkirchener „Bilderbogen" unter dem Titel ei- nes ihrer bekanntesten Lieder – „Wer schmeißt denn da mit Lehm?" – soll am 29. August Premiere haben.

VERNISSAGE

Nach eineinhalbjähriger Pause – erzwungen durch Sanierungsarbeiten – nimmt die Neue Sammlung in München ihre Ausstellungsaktivitäten wieder auf. Am 12. April wird im Staatlichen Museum für angewandte Kunst als erstes die Ausstellung „System Design – Bahnbrecher: Hans Gugelot 1920–1965" eröffnet, die bis zum 3. Juni dauert. Gleichzeitig gelangen mit der Übernahme einer „Donation Agip" erstmals in der Geschichte Tankstellenteile wie Zapfsäulen und Lichtzeichen in ein Museum für angewandte Kunst und werden damit unter gestalterischen Aspekten in der Öffentlichkeit gewürdigt. Die Ausstellung ist mit **Hans Gugelot** einem bekannten Dozenten der Hochschule für Gestaltung in Ulm gewidmet. Von ihm stammen die bereits legendären ersten Braun-Geräte, das Möbelsystem „M 125" oder die Form der Hamburger U-Bahn. Alle diese Objekte wurden in den 50er Jahren entwickelt.

VERÄNDERUNG

13 Jahre lang hat **Barbara Nottmeyer** in Bonn den Ibero-Club als Präsidentin geleitet. Jetzt wurde sie aus ihrem Amt verabschiedet. Ihre großen Verdienste um den Ausbau des Clubs würdigten die 500 Mitglieder mit der Würde einer „Ehrenpräsidentin". Vor allem auf dem kulturellen Gebiet widmet sich der Ibero-Club der Vertiefung der Beziehungen zu allen iberischen Ländern. In Ausstellungen, Konzerten und Vorträgen können sich die Staaten der iberischen Welt, außerdem Jamaika und Haiti hier präsentieren. Die Botschafter in Bonn benutzten gerne das Forum, um sich und ihre Länder vorzustellen. Neuer Präsident des Clubs ist Botschafter a. D. Dr. **Norbert Berger**. Er war zuletzt von 1973 bis 1978 Botschafter in Peru.

KIRCHE

Der in Deutschland geborene Bischof von Coroata in Brasilien, Dr. **Reinhard Pünder**, ist zum Apostolischen Administrator des Erzbistums Sao Luis do Maranhao, Brasilien, ernannt worden. Der bisherige Bischof der Erzdiözese, der 71jährige **Joao Jose da Motta e Albuquerque**, ist zurückgetreten.

Pinochet ersetzt Politik der Öffnung durch Härte

Unliebsame Personen abgeschoben / Innenminister warnt

WERNER THOMAS, Miami

Die chilenische Regierung hat am Wochenende sieben unliebsame Personen abgeschoben, um sich Luft zu verschaffen, aber auch um Warnsignale zu setzen. Drei Linienmaschinen brachten die Deportierten nach Quito, Rio de Janeiro und Paris.

Das größte Aufsehen erregte das abrupte Ende des 83tägigen Dramas von zwei Frauen und zwei Männern in der Nuntiatur. Die Regierung hatte sie als linke Terroristen bezichtigt, die an der Ermordung des Militärgouverneurs von Santiago im Sommer 1983 beteiligt gewesen sein sollen. Die vier saßen seit dem 16. Januar in der diplomatischen Vertretung des Vatikans. Die Regierung weigerte sich hartnäckig, die Asylsuchenden ausreisen zu lassen, auch nach einem Appell des Papstes. Angelo Sodano, der Nuntius, kritisierte daraufhin öffentlich Präsident Pinochet und provozierte dadurch einen Konflikt zwischen der Kirche und dem Staat.

Als die vier Personen nun nach Quito, der Hauptstadt Ecuadors, fliegen durften, urteilte Sodano anders. Er dankte der Regierung „für diese noble Höflichkeitsgeste gegenüber dem Heiligen Stuhl".

Die Vizekonsulin der Französischen Botschaft in Santiago, Yvonne Legrand, mußte ebenfalls das Land verlassen. Sie war wegen angeblicher Kontakte zur marxistischen Guerilla-Organisation „Bewegung der revolutionären Linken" (MIR) zur „Persona non grata" erklärt worden.

Schließlich mußten zwei Funktionäre der verbotenen kommunistischen Partei ein Flugzeug nach Rio de Janeiro besteigen: Jaime Insunza, Generalsekretär der oppositionellen „Demokratischen Volksbewegung", und Leopoldo Ortega, ein Arzt der chilenischen Menschenrechtskommission. Innenminister Onofre Jarpa warnte die Opposition, die Regierung werde „andere Schritte dieser Art" ergreifen, „wenn die Anarchie und das Chaos anhalten, die Personen provozieren, die den Weg zur Demokratie torpedieren wollen".

Die Regierung Pinochet hat wieder die Zügel gestrafft und damit die im Sommer 1983 eingeleitete Phase der politischen Öffnung vorerst gestoppt. Sie proklamierte erneut den Ausnahmezustand und die nächtlichen Ausgehverbot (zwei Uhr bis fünf Uhr).

Politische Beobachter in Santiago scheinen mittlerweile Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Präsidenten und der vier Mitglieder umfassenden Militärjunta zu erkennen. Ein Indiz: Die Junta hat General Pinochets Pläne abgelehnt, 1987 ein Parlament wählen zu lassen. Der General kann aufgrund der Verfassung bis 1989 regieren. (SAD)

Gipfelkonferenz der OAU doch in Conakry?

AP, Dakar

Die nächste Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) könne trotz des Machtwechsels in Conakry stattfinden. Auf seiner ersten Pressekonferenz nach der Machtergreifung erklärte gestern der neue Staatschef Oberst Lansana Conte, diese Entscheidung liege jedoch nicht bei ihm, sondern bei der OAU.

Conte, der den Interimsstaatschef Louis Lansana Beavogui am vergangenen Dienstag gestürzt hatte, wollte keinen Zeitpunkt nennen, zu dem das Militär die Macht wieder in die Hände von Zivilisten legen will. Er kündigte an, einige der verantwortlichen politischen Führer würden sich wegen Mißwirtschaft und bürokratischer Fehler zu verantworten haben. Doch werde man niemanden zum Tode verurteilen.

Conte betonte, es werde keine politischen Prozesse geben. Der gestürzte Ministerpräsident Louis Lansana Beavogui werde zusammen mit anderen Mitgliedern der alten Regierung an einem geheimen Platz festgehalten, „wo sie nicht von der Bevölkerung angegriffen werden können". Es gehe ihnen gesundheitlich gut. Man könne nicht behaupten, daß alle Mitglieder der früheren Regierung schlechte Guineer sein, doch wolle man bei jedem einzelnen von ihnen den Grad ihrer Verantwortung für das Geschehene überprüfen.

Kreml setzt auf Mondale trotz Interesses für Hart

US-Vorwahlen finden in den Medien nur geringes Echo

FRIED H. NEUMANN, Moskau

In den sowjetischen Medien hat der amerikanische Vorwahlkampf bisher kaum ein Echo gefunden. Was eine richtige Wahl ist, hat Moskau Anfang März vorgeführt: 99,9 Prozent für den „Block der Kommunisten und Parteilosen" gelten nicht nur als Beweis für die Einheit von Partei und Volk, sondern auch als demokratisches Meisterstück.

In den USA hingegen, so fand die Parteizeitung „Prawda", werde die Macht von zwei Parteien monopolisiert, und das Wahlsystem lasse weder dem „einfachen Amerikaner" noch anderen Parteien irgendeine Chance. Davon unbeeindruckt, rühmen sowjetische Zeitungen den unverdrossenen Kampf der amerikanischen Kommunisten. Angela Davis bewirbt sich um den Posten des Vizepräsidenten. Die von der sowjetischen Propaganda einst zur Heldengestalt verklärte farbige Bürgerrechtlerin äußerte sich gegenüber einem sowjetischen Reporter: „Unser Ziel ist der Zusammenbruch des politischen Kurses der Republikaner, nicht nur die Verhinderung einer Wiederwahl Reagans."

Der „Prawda" war aufgefallen, daß angesichts des Mehrheitswahlrechts praktisch eine Minderheit von Stimmen genügt, um einen Kandidaten „zum Sieger zu erklären". Dadurch werde der Wählerwille verfälscht. Im übrigen spiele während der Kampagne nicht nur die millionenschwere Finanzkraft der Anwärter die entscheidende Rolle, sondern auch die „ideologische Bearbeitung der Massen". Über das eine wie das andere verfüge nur die herrschende Elite.

„Sowjetskaja Rossija", das Blatt für die russische Föderation, beschäftigte sich gleich zweimal ausführlich mit der Person und den Ansichten Gary Harts, der inzwischen auch ein paar Sekunden lang in den Fernsehnachrichten auftauchte. Bei allem Wohlwollen für den Überraschungssieger der ersten Vorwahlen, „dessen Ansichten über eine atomare Abrüstung und die Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen interessant und sympathisch sind", hielten die Berichte kritische Distanz zu ihm. Hart wolle seinen Konkurrenten Mondale sowohl links wie rechts überholen und sei „durch aus kein Pazifist". Die Zeitung ließ durchblicken, daß letztlich wohl doch Mondale das Rennen machen werde.

Nüchterne Töne schlug auch die Regierungszeitung „Iswestija" an, als sie die wichtigen Vorwahlen im Staate New York erläuterte. Dort habe sich gezeigt, wie stark der frühere Vizepräsident Carters von seiner Parteiführung und den Gewerkschaften unterstützt werde.

Bonn warnt vor Wettlauf der Rüstung im All

BERNT CONRAD, Bonn

Zwischen der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung scheinen sich ernsthafte Differenzen über die Rüstung im Weltraum zu entwickeln. Darauf deutet eine gestern von Staatssekretär Peter Boenisch verlesene offizielle Bonner Erklärung hin, in der es hieß, die Bundesregierung sei daran interessiert, daß sich die beiden Weltmächte nicht nur bei den chemischen Waffen, sondern auch über die Kontrolle der Rüstung im Weltraum einigten. „Uns liegt daran, daß hier kein neues Feld für einen Rüstungswettlauf eröffnet wird", betonte Boenisch.

Demgegenüber hatte der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger am Wochenende noch einmal bekräftigt, Washington ziehe derzeit die Schaffung eines neuen weltraumgestützten Raketenabwehrsystems gegen sowjetische Nuklearraketen-Verhandlungen vor, weil die Sowjets auf diesem Gebiet schon einen Vorsprung erreicht hätten. Bedenken dagegen hatte Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner schon bei den Beratungen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO im türkischen Izmir geäußert. Am Wochenende meinte er, die geplante neue Weltraumrüstung könnte eine Destabilisierung des Ost-West-Gleichgewichts und eine Abkoppelung Westeuropas von den USA zur Folge haben.

Politische Beobachter bezeichneten es als bemerkenswert, daß die Bundesregierung diesen Warnungen, denen auch der CSU-Vorsitzende Strauß zustimmte, gestern noch eine besondere, zu Verhandlungen mit Moskau drängende Erklärung nachfolgen ließ. Darin wurde allerdings ausdrücklich auf die sowjetischen „Killersatelliten" hingewiesen. Weiter hieß es: „Bei der Entwicklung amerikanischer Gegenmaßnahmen kommt es uns darauf an, daß diese auf Verteidigung ausgerichtet sind, die strategische Einheit des Bündnisgebietes bewahren, den Schutz aller Bündnispartner sicherstellen und möglichst frühzeitig in die Rüstungskontrollpolitik beider Seiten Eingang finden." Boenisch bestritt, daß daraus Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Washington abgeleitet werden könnten.

SPD-Spitze will Weizsäcker wählen. Dank an Carstens

dpa, Bonn

Der SPD-Vorstand hat den sozialdemokratischen Mitgliedern der Bundesversammlung empfohlen, bei der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai in Bonn auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten. Nach Angaben eines Parteisprechers kündigten der SPD-Vorsitzende Willy Brandt und seine beiden Stellvertreter Johannes Rau und Helmut Schmidt sowie der Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel ferner in einer gemeinsamen Erklärung an, sie würden ihre Stimmen dem Kandidaten der Union, Richard von Weizsäcker, geben.

In einer Situation, in der verschärfte soziale Konflikte zu erwarten seien, ist aus der Sicht des SPD-Vorstandes ein Bundespräsident notwendig, „der als Mann des Ausgleichs gelten und der von unterschiedlichen Strömungen unseres Volkes getragen werden kann". Die bisherige politische Arbeit von Weizsäckers lasse es als möglich erscheinen, daß er diese Rolle in einer schwierigen Situation übernehme. Die SPD wolle mit ihrer Entscheidung bewußt einen Beitrag dazu leisten, daß Konfrontationen abgebaut werden und das Amt des Bundespräsidenten aus zu erwartenden konfliktreichen Auseinandersetzungen herausgehalten werde.

Gleichzeitig dankte der sozialdemokratische Parteivorstand Bundespräsident Karl Carstens für seine „untadelige Amtsführung". Carstens habe in der Tradition seiner Vorgänger zu einem Verständnis der Aufgabe seines Amtes gefunden, das auch von unterschiedlichen Ausgangspositionen her habe akzeptiert werden können.

In der Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten wählt, haben CDU und CSU absolute Mehrheit.

Bei der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1979 hatte die Vizepräsidentin des Bundestages, Annemarie Renger, gegen Karl Carstens kandidiert. Sie trat buchstäblich in letzter Minute an. Im sozialdemokratischen Lager hatte es damals Überlegungen gegeben, die Herausgeberin der Wochenzeitschrift „Die Zeit", Marion Gräfin Dönhoff, oder den Wissenschaftler Carl Friedrich von Weizsäcker, einen Bruder Richard von Weizsäckers, ins Rennen zu schicken.

Acht Partner in der NATO wollen eine Fregatte bauen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Erstmals in der Geschichte der NATO wird von acht Ländern der Versuch gestartet, zur Ausstattung ihrer Marine in den neunziger Jahren gemeinsam einen Typ Fregatte zu bauen. Eine entsprechende Vereinbarung (Memorandum of Unterstanding) ist jetzt im Brüsseler Hauptquartier von Vertretern der USA, Kanadas, Spaniens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet worden.

Die getroffene Vereinbarung sieht die Ausarbeitung einer Konzeptstudie vor, mit deren Entwurf bereits im kommenden Juli begonnen werden soll. In eineinhalb Jahren soll diese Studie darstellen, welche militärischen Forderungen der Fregattentyp einheitlich für alle acht Marinen erfüllen soll. Technisches Ziel dieser Arbeit ist die Standardisierung, die die Baukosten für die Schiffe senken helfen kann; taktisches Ziel ist die Vereinheitlichung der Ausrüstung des Schiffes, damit die mit der Fregatte ausgestatteten Marine-Einheiten ihre Verteidigungsaufgaben nach dem Prinzip der Interoperabilität im Seegebiet Nordatlantik und den angrenzenden Randmeeren mit der größtmöglichen militärischen Wirksamkeit erfüllen können. Eine erste bereits fertige Vorstudie hat ergeben, daß die Verwirklichung der Ziele möglich sein müßte. In ihr wurde ein Bedarf von rund hundert Schiffen für die acht Marinen projektiert.

Die Fregatte soll eine Wasserverdrängung von drei- bis viertausend Tonnen haben, eine standardisierte Bewaffnung und Ausrüstung erhalten sowie durch Modulbauweise schnell verschiedenartigen Aufgaben angepaßt werden können.

Die Arbeiten für die im Juli beginnende Konzeptphase der „Fregatte 90" sollen in einem in Hamburg zu eröffnenden Büro abgewickelt werden. Dort werden neben den Vertretern der acht Regierungen auch die der Industrie tätig sein. In dem von den Unternehmen gebildeten internationalen Konsortium werden neben einer US-amerikanischen und einer kanadischen Firma die europäischen Unternehmen in einem Zusammenschluß vertreten sein.

Bischof ermutigt die Katholiken in der „DDR"

DW./KNA, Erfurt/Bonn

Die Katholiken in Mitteldeutschland sind vom Apostolischen Administrator in Erfurt und Meiningen, Bischof Joachim Wanke, aufgefordert worden, „sich als Christen nicht zu verstecken". In seinem Hirtenbrief zur osterlichen Bußzeit ermutigte Wanke die Gläubigen, sich in Zweifelsfällen des täglichen Lebens „nicht unbedingt nach der Mehrheit zu richten". Seine Empfehlung: „Entschiedenheit, wenn es um Gottes Gebot geht, doch gegenseitige Toleranz, wenn verantwortlich unterschiedliche Gewissensurteile denkbar sind". Das Hirtenschreiben wurde vom bischöflichen Ordinariat in Mainz veröffentlicht. Zwischen Erfurt und Mainz bestehen seit dem Mittelalter enge Beziehungen. Erfurt war ein Regionalbistum, da es zur Erzdiozöse Mainz gehörte.

Der Brief Bischof Wankes signalisiert, daß die katholischen Oberhirten in der „DDR" die Gläubigen in verstärktem Maße auffordern, in der Auseinandersetzung mit dem SED-Regime klare Positionen zu beziehen. Der Bischof von Berlin, Kardinal Joachim Meisner, hatte kürzlich in seinem Fastenhirtenbrief den Atheismus aller Schattierungen scharf angegriffen. Meisner: Viele politische und soziale Fragen seien letztlich theologische Fragen. Es sei töricht, die Botschaft der Kirche als Opium für das Volk zu bezeichnen. Aufsehen hatte ein Hirtenbrief vom Januar 1983 zum Thema Friedensfragen erregt. Darin wandten sich die katholischen Bischöfe scharf gegen die Militarisierung der Erziehung und Berufsausbildung. Ost-Berlin reagierte auf die Erklärung mit dem Vorwurf, die Aktion der Bischöfe sei „vatikanisch gesteuert".

Die rund 1,2 Millionen Katholiken in Mitteldeutschland leben in einer Art doppelter Diaspora – gegenüber dem atheistischen Staat und der protestantischen Mehrheit der Bevölkerung. Die Seelsorge in der „DDR" ruht stärker als in der Bundesrepublik Deutschland auf den Schultern von Laien, wie der Sprecher des Berliner Ordinariats, Wolfgang Knauft, kürzlich hervorhob. Gespräche zwischen Kirche und Staatsführung brachten auch in jüngster Zeit keine Annäherung der Standpunkte.

FDP-Spitze wehrt sich gegen den Vorwurf der Führungslosigkeit

WELT-Interview mit Cronenberg: Schwierigkeiten bei Profilierung in der Koalition

DW. Bonn

Kritik hat der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher am Wochenende auf verschiedenen Landesparteitagen der Liberalen geerntet. Vor allem aus Hessen kamen kritische Anmerkungen. Der nordhessische FDP-Bezirkschef Alfred Schmidt forderte eine Partei mit „mehr Ecken und Kanten", und den Mut, „unbequem" zu sein. Kritik am Führungsstil von Genscher wies der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Dieter Julius Cronenberg, in einem Interview mit der WELT zurück. Mit Cronenberg sprach Evi Keil.

WELT: Kracht es nicht doch bei den Liberalen im Gebälk?

Cronenberg: Die Fraktion steht erfreulich geschlossen hinter Parteichef Genscher. Die FDP in Bonn zeigt eindeutiges Profil. Wir haben eine klare Linie in unseren politischen Inhalten. Krach jetzt suchen darf nicht Selbstzweck werden, um sich zu profilieren.

WELT: Es gibt Kritik über mangelnde Programme.

Cronenberg: Wir haben eine Vielzahl von Programmen zu den einzelnen Sachgebieten. Es wird notwendig sein, diese einmal sinnvoll zusammenzufassen, damit sie für den Normalbürger lesbar und verständlich werden. Hinzu kommt eine erfreuliche Kontinuität in unseren Programmaussagen. Die FDP bleibt in vielen Bereichen programmatischer Vordenker. So Genscher jetzt bei der Diskussion über das Thema „Elitebildung". Aber unbestritten versucht zum Beispiel die CDU, wenn auch mit einem anderen Ansatz, solche Felder anschließend zu besetzen. Wir dürfen nicht vergessen, Diskussionen, wie sie jetzt bei uns auftauchen, haben wir auch im Verhältnis zu den Sozialdemokraten 1969 bis 1972 gehabt.

WELT: Mangelt es Genscher nicht doch an Führungsqualität, wenn in Baden-Württemberg vor der Wahl von der Partei eher schädliche Sachaussagen gemacht wurden?

Cronenberg: Die Landesverbände sollen selbständig sein. Sicher sind von der FDP dort Fehler gemacht worden. Die Forderung nach einem türkischen Bürgermeister, mit Blick auf das Ausländerwahlrecht, kam nicht an. Detailaussagen machten es dem Konkurrenten leicht, die FDP in eine Ecke zu drängen, in die sie nicht gehört. Aber das Verhalten des Ministerpräsidenten Lothar Späth gegenüber der FDP war auch nicht durch Fairneß gekennzeichnet. Die Genossen, das Gehorchen vom Ortsverband her gewöhnt, haben vor allem in der ersten Phase der früheren Bonner Koalition mehr Solidarität gegenüber uns demonstriert. Das ist heute bei verschiedenen Teilen der CDU nicht der Fall. Aber Späth hat ja nicht nur einen entschiedenen Wahlkampf gegen die FDP geführt, sondern auch gegen Positionen der Regierung in Bonn. Dies heute dem Bundesvorsitzenden Genscher anzulasten, ist lächerlich.

WELT: In der FDP geht die Angst um, es komme bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen zum nächsten Fiasko für die Partei. Wäre es nicht besser, der Parteivorsitzende wäre nicht gleichzeitig auch Außenminister?

Cronenberg: Ein Wahlfiasko sehe ich nicht. Ich glaube, daß wir in NRW eine realistische Chance haben, so wie der Landesvorsitzende Jürgen Möllemann das jetzt anpackt. Und die Personalunion zwischen dem Parteivorsitz und einem wichtigen Amt in der Regierung halte ich für durchaus vernünftig. Dies stärkt das Profil.

WELT: Der FDP und Genscher werden vorgeworfen, man ziehe nicht genügend junge Leute an.

Cronenberg: Daß die Grünen eine überdurchschnittliche Zustimmung bei den jungen Leuten gefunden haben, ist außerordentlich bedauerlich. Man muß aber auch sehen, daß die FDP ihre Jugendorganisation, die Judos, verloren hat und daß sich die Jungen Liberalen ihrerseits in relativ kurzer Zeit organisatorisch beachtlich aufgebaut haben.

WELT: Wäre die Arbeit für den Parteivorsitzenden nicht leichter, wenn er sich „Kronprinzen" aufbauen würde?

Cronenberg: Der gezielte Aufbau von Kronprinzen, das gilt sogar für die Wirtschaft, ist meistens schief gegangen. Würde man Jürgen Möllemann als eine Art Kronprinz bezeichnen, würde ich nicht „nein" sagen. Aber wir haben eine Reihe tüchtiger junger Vorsitzender in den Ländern, die sich bewähren müssen. Das ist der beste Einstieg in das Kronprinzenamt. Jemanden mit Gewalt hochloben zu wollen, setzt voraus, was ich nicht sehe: die Notwendigkeit der Nachfolge. Hans-Dietrich Genscher wird eine sehr ordentliche Zustimmung beim Parteitag Anfang Juni in Münster bekommen.

Alle Vollmachten für Kardinal Casaroli

Papst besetzt Spitzenpositionen im Vatikan neu

dpa, Vatikanstadt

Papst Johannes Paul II. hat zahlreiche Spitzenämter der Kurie neu besetzt. Als wichtigste Entscheidung wurde gestern bekanntgegeben, daß Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli alle päpstlichen Vollmachten zur Verwaltung der Vatikanstadt erhalten hat.

Johannes Paul teilte ferner aus, wie es hieß, „pastoralen Gründen" die Kongregation für die Sakramente und den Gottesdienst in zwei selbständige Kongregationen. An die Spitze beider vatikanischen Ministerien wurde der aus Altötting stammende Augustin Mayer als Propräfekt ernannt. Es wird damit gerechnet, daß Mayer bei nächster Gelegenheit zum Kardinal ernannt wird.

Die Übergabe der päpstlichen Verantwortung für alle inneren Angelegenheiten des Vatikans an Casaroli wurde vielfach als Absicht des Papstes interpretiert, sich von der praktischen Verwaltung der Kirchenstadt zurückzuziehen, um sich verstärkt den pastoralen Aufgaben der Kirchenführung zu widmen.

An die Spitze der Kongregation für die Ordensleute und Säkularinstitute wurde der Belgier Jean Jerome Hamer als Propräfekt berufen. Kardinal Eduardo Pironio, der bisher diese Position innehatte, wurde Präsident des Rats für die Laien. Neuer Präsident der päpstlichen Kommission für die Massenmedien wurde der aus Philadelphia stammende John Foley, der auch den Titel eines Erzbischofs erhielt. Er wird Nachfolger des Polen Andreas Maria Deskur, der aus Gesundheitsgründen zurücktrat und Ehrenpräsident der Kommission bleibt.

Zum Sekretär, also zweiten Mann, der Kongregation für die Ordensleute ernannte der Papst den italienischen Erzbischof Vincenzo Fagiolo. Diese Position wurde bisher von Augustin Mayer verwaltet. Neuer Sekretär der Kommission für die Sakramente und den Gottesdienst wurde der aus Budapest stammende Erzbischof Lajos Kada. Der Italiener Alberto Bovone wurde dagegen Sekretär der Kongregation für die Glaubenslehre und erhielt den Erzbischof-Titel.

Der Erzbischof von Marseilles, Roger Etchegaray, wurde anstelle von Gantin zum Präsidenten von „Justitia et Pax" sowie des päpstlichen Rats „Cor unum" berufen. Der in New York geborene italienische Kardinal Opilio Rossi, der Präfekt für die Kongregation für die Glaubensverbreitung war, wurde Vorsitzender der Kardinalskommission für die Wallfahrsorte Loreto, Pompeji und Bari.

Der Italiener Luigi Dadaglio, der bisher Sekretär der Sakramentenkongregation war, wird künftig für das Ablaßwesen zuständig sein. Der bisherige Amtsinhaber, der Kardinal Giuseppe Paupini, trat aus Altersgründen zurück.

Fragezeichen hinter neuem „Vorwärts"-Plan

PETER PHILIPPS, Bonn

Das ehrgeizige Projekt der sozialdemokratischen Führung, mit einer lesernahen neuen Wochenzeitung unter dem alten Namen „Vorwärts" auf den Markt zu kommen, ist mit einem neuen Fragezeichen versehen worden: Offenbar durch die äußerst kontrovers geführte Diskussion auf der Organisationskonferenz der SPD-Funktionäre vom Wochenende beeindruckt, hat der Parteivorstand seinen Vorschlag zurückgezogen, die neue Zeitung durch eine gebundene Beitragserhöhung zu finanzieren. Wenn die Delegierten im Mai auf dem Parteitag über die Medienpolitik abstimmen, wird im Leitantrag stehen, daß „eine von allen Ebenen getragene Risikoverteilung" gefunden werden muß.

Der Parteivorstand hat gestern außerdem seine Vorschläge verabschiedet, wer neu in den Bundesvorstand gewählt werden soll. Danach sind erwartungsgemäß Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel als neuer stellvertretender Vorsitzender (für Helmut Schmidt) und Hans-Jürgen Wischnewski als Schatzmeister (für Friedrich Halstenberg) vorgesehen. Für die ausscheidenden Inge Donnepp, Heinrich Junker, Hans Matthöfer, Helmut Rohde und Erika Wagner werden als Nachfolger vorgeschlagen Ilse Brusis (DGB-Vorstand), Karl-Josef Denzer (Fraktionschef in Düsseldorf), Rudolf Dreßler (AfA-Vorsitzender), Björn Engholm (Oppositionsführer in Kiel), Willi Görlach (Hessen-Süd), Magdalene Hoff und Heidemarie Wieczorek-Zeul.

FDP sammelt Eindrücke in der „DDR"

Ausreise: Will sich Ost-Berlin unbequemer Mitglieder der Friedensbewegung entledigen?

S. HEYDECK, Brandenburg

Die für die Deutschlandpolitik zuständigen FDP-Bundestagsabgeordneten und Fachreferenten wollen künftig regelmäßig Informationsfahrten in die „DDR" unternehmen und dort auch Gespräche unterhalb der offiziellen Ebene führen. Dies sei aus zwei Gründen „wichtig", meinte das Mitglied im Innerdeutschen Ausschuß des Parlaments, Uwe Ronneburger, in einem WELT-Gespräch. Einerseits könne jede Unterredung, jeder Kontakt „eine Hilfe mehr" auf dem Weg sein, im Interesse der Menschen in Deutschland die bestehenden Verhältnisse positiv zu verändern. Ronneburger: „Das müssen nicht immer unbedingt hochpolitische Gespräche sein." Andererseits könnten die „DDR"-Bewohner angesichts solcher Besuche sehen, daß sich Bonner Politiker sich um sie kümmern und Interesse für deren Probleme haben.

Das haben die Liberalen kurz vor der turnusmäßigen Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion im Berliner Reichstag demonstriert. Eine Gruppe fuhr nach Brandenburg und Havelberg, um sich speziell über Fragen des Denkmalschutzes in der „DDR" zu unterrichten und in persönlichen Gesprächen Eindrücke und Anregungen für die politische Arbeit zu sammeln. Neben diesem Schwerpunkt-Thema erfuhren sie, daß es gegenüber der Friedensbewegung in der „DDR" nicht nur bei offiziellen SED-Repräsentanten Vorbehalte gibt und die gegenwärtig von Ost-Berlin genehmigten zahlreichen Umsiedlungen mit Skepsis gesehen werden. So vertrat ein Gesprächspartner die Ansicht, daß es Mitgliedern der Friedensbewegung in Wirklichkeit nur darum gehe, in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Ihre Mitarbeit dort auch „unter Ausnutzung der Kirche" sei nur ein „Vorwand", um in den „Genuß ökonomischer Vorteile" zu gelangen. Wörtlich: „Sollen sie doch alle raus." Unter Hinweis auf die gegenwärtig praktizierten großzügigeren Ausreisemöglichkeiten wurde nicht ausgeschlossen, daß es einen Zusammenhang mit den Kommunalwahlen am 6. Mai gibt. Ein anderer „DDR"-Bewohner meinte, in der Bevölkerung werde über die Hintergründe gerätselt. Möglicherweise wolle sich Ost-Berlin von als renitent eingestuften Mitgliedern der Friedensbewegung trennen. In diesem Zusammenhang wurde gleichzeitig auf den existierenden Facharbeitermangel hingewiesen. Inzwischen kursiert wie in der Bundesrepublik Deutschland die Nachricht, daß quasi als Ersatz für Ausgebürgerte Wolgadeutschen von Moskau die Umsiedlung in die „DDR" erlaubt würde. Dazu hieß es, daß einige bereits in Dresden eingetroffen seien.

Aus Kirchenkreisen war zu hören, daß die Friedensbewegung ideologisch noch zu befangen sei. Als positiv wird aber angesehen, daß es in letzter Zeit wieder eine stärkere Hinbewegung auch und gerade jüngerer Menschen zur Kirche zu geben scheint.

Der deutschlandpolitische Experte der FDP-Bundestagsfraktion, Helmut Schäfer, auf dessen Vorschlag die jetzt beginnenden regelmäßigen Besuche stattfinden, meinte gegenüber der WELT: Die Besuchsbeschränkungen für „DDR"-Bewohner seien ein „unerträglicher Zustand". Damit werde sich Ost-Berlin noch lange „herumquälen" müssen. Er habe aber auf Grund zahlreicher Gespräche die Überzeugung, daß bei einer großzügigeren Handhabung von Reisemöglichkeiten schon allein auf Grund ihrer Bindungen der größte Teil von möglichen Besuchern nicht in der Bundesrepublik bleiben würde.

Bei Gesprächen mit zwei Ratsmitgliedern der knapp 95 000-Einwohner-Stadt Brandenburg informierten sich die Freien Demokraten über die Restaurierung und Rekonstruktion historischer Gebäude. Auf den Denkmalschutzlisten stehen dort rund hundert teilweise aus etlichen Häusern bestehende Komplexe. Wie großen Wert die „DDR" auf die deutsche Geschichte inzwischen legt, wurde durch den Hinweis deutlich, daß jedes alte Gebäude erhalten werden soll, wenn dessen Standfestigkeit gegeben ist. Denn die Stadt wurde vor gut eintausend Jahren teilweise auf einer meterdicken Moorschicht erbaut. Für die Renovierung und Modernisierung gibt die „DDR" privaten Eigentümern Zuschüsse.

Vierfaches Stimmrecht

fu (London) – Boykott-Drohungen kennt man im Sport zur Genüge und auch im politischen Bereich. Doch in einer gut funktionierenden Marktwirtschaft sind derartige Maßnahmen nur selten anzutreffen. Um so erstaunlicher ist es, daß ausgerechnet in der Londoner City in zwei Fällen Boykott-Drohungen ausgesprochen wurden. Sie richten sich gegen die im kommenden Monat anstehende Börsen-Notierung der Presseagentur Reuters und gegen die für den Sommer geplante Einführung von Aktien der Zeitungsgruppe Mirror. Ausgesprochen wurden die Drohungen vom Verband der britischen Pensionsfonds sowie vom Versicherungs-Verband des Landes.

Die Mitglieder wurden aufgefordert, keine Aktien von Reuters und der Mirror-Gruppe zu zeichnen, falls die beiden Unternehmen bis zum Gang an die Börse ihre Pläne zur „diskriminierenden Einführung von Zwei-Klassen-Aktien" nicht aufgegeben haben. So beabsichtigt Reuters, Anlegern sogenannte „B-Aktien" mit einfachem Stimmrecht zur Zeichnung anzubieten, während die jetzigen Eigentümer, die überregionalen und regionalen britischen Zeitungsverlage, für ihre verbleibenden „A-Aktien" ein vierfaches Stimmrecht erhalten.

Bei allem Verständnis dafür, daß die Unabhängigkeit der Nachrichtenagentur gewahrt werden soll (was im übrigen bereits durch eine sogenannte „Gründer-Aktie" geschieht, die als Veto-Aktie in Händen des überwachenden Reuters-Kuratoriums bleibt), ist die Zulassung von Zwei-Klassen-Aktionären alles andere als wünschenswert.

Erfolge

Rei. – Seit fünf Jahren, so der Kommissionsvorsitzende Ulrich Pfeiffer, von der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen (Gewos) ist auf die Ungerechtigkeit bei der Besteuerung von Eigenheimen und „unechten" Zweifamilienhäusern hingewiesen worden. Eine Änderung war politisch nicht durchsetzbar. Doch nun, nach jahrelangen Wiederholungen, ist die Zeit reif für Änderungen, wie die Pläne des Bundesbauministers zeigen. Ähnlich könnte es mit der sogenannten Unternehmens- oder Solidarmiete gehen: Auf die Möglichkeit, Mietverzerrungen zwischen zinsgünstig erstellten und in die Hochzinsphase geratenen Neubauten abzubauen, hat die Gewos schon vor zwei Jahren hingewiesen. Nun haben die Überlegungen inzwischen die Fachebene im Ministerium erreicht. Das läßt hoffen. Denn an diesem Beispiel wird deutlich, daß nicht alle Kommissionen nach der Arbeit melden müssen: Außer Spesen nichts gewesen. Hier scheint ein Gremium an der Arbeit zu sein, das hin und wieder ein richtiges Erfolgserlebnis verbuchen kann.

EG-EFTA / Ministerkonferenz spricht sich für einen Ausbau der Beziehungen aus

Bemühungen um Freizügigkeit im Handel sollen intensiviert werden

WILHELM HADLER, **Luxemburg**

Die EG und die Europäische Freihandels-Assoziation (Efta) wollen ihre Beziehungen ausbauen. In einer Gemeinsamen Erklärung, die gestern von Ministern beider Gruppierungen in Luxemburg verabschiedet wurde, äußerten die Regierungen der 17 westeuropäischen Länder die Absicht, „weitere Schritte auf dem Wege zur Konsolidierung und Stärkung der Zusammenarbeit zu tun" mit dem Ziel, einen „dynamischen europäischen Wirtschaftsraum" zu schaffen.

Anlaß für die Erklärung war eine „Bestandsaufnahme" der Beziehungen nach der Abschaffung der letzten Zollschranken und mengenmäßigen Beschränkungen im Handel zwischen der Gemeinschaft und der Efta (Österreich, Finnland, Island, Norwegen, Portugal, Schweden und Schweiz). Entsprechende Freihandelsabkommen waren 1973 in Kraft getreten. Sie haben in Europa einen zollfreien Raum für Industrieerzeugnisse ermöglicht, von dem über 300 Millionen Verbraucher profitieren und in dem rund ein Viertel des Welthandels abgewickelt wird.

In ihrer Erklärung bekennen sich die Regierungen zu dem Ziel, „weiterhin protektionistischen Tendenzen entgegenzuwirken und ihre Bemühungen um eine größere Freizügigkeit für gewerbliche Waren fortzusetzen". Genannt werden in diesem Zusammenhang eine Harmonisierung der Normen, die Beseitigung technischer Hemmnisse, eine Vereinfachung der Grenzabfertigung und der Ursprungsregeln, der Kampf gegen unlautere Handelspraktiken und staatliche Beihilfen sowie die Schaffung eines Zugangs zu öffentlichen Aufträgen.

Darüber hinaus kamen EG und Efta überein, ihre Zusammenarbeit im Bereich von Forschung und Entwicklung zu intensivieren und die Mobilität der europäischen Forscher zu fördern. „Sie wünschen, daß bestimmten, für die Zukunft wichtigen industriellen und technologischen Bereichen wie Fernmeldewesen, Informationssysteme oder die neuen audiovisuellen Medien besonderer Aufmerksamkeit geschenkt wird".

In Aussicht genommen werden sollen aber auch Konsultationen über Fragen der Arbeitsbedingungen, des Verbraucher- und Umweltschutzes sowie des Fremdenverkehrs. Um das offene multilaterale Welthandelssystem zu verstärken, ist ein ständiger Informationsaustausch mit den wichtigsten Handelspartnern in den internationalen Gremien geplant.

Trotz der weitgehend unverbindlichen Formulierungen wurde der gemeinsamen Deklaration in EG-Kreisen erhebliche Bedeutung beigemessen. Zum ersten Mal, so hieß es am Rande der Konferenz, hätten beide Wirtschaftsgruppen ihre Absicht geäußert, zu einem wirklichen europäischen Binnenmarkt zusammenzuwachsen. Der Konferenz waren fast zweijährige Vorbereitungen vorausgegangen. Dabei zeigten sich auch Länder wie Frankreich und Italien gegenüber einer engeren Kooperation mit der Efta durchaus aufgeschlossen.

Frankreichs Außenminister Claude Cheysson sagte als einer von 24 Rednern, vieles an den gegenseitigen Handelsbeziehungen bleibe noch unvollkommen. Auch die EG selbst bemühe sich noch immer um die Vertiefung ihres gemeinsamen Marktes. Eine „Aktion in kontinentalem Maßstab" sei unerläßlich, um zum Beispiel unfairen Wettbewerb im Stahlsektor zu verhindern. Zum ersten Mal sei Europa seit einigen Jahren nicht mehr Urheber der wichtigsten wissenschaftlichen und technologischen Innovationen. Dies müsse alle europäischen Länder veranlassen, ihre Bemühungen zu koordinieren.

Für die Efta hob der schwedische Außenhandelsminister Mats Hellström das Ziel eines „echten Binnenmarktes für industrielle Erzeugnisse" hervor.

Nach Unterlagen der Brüsseler Kommission sind die Exporte der EG in die Efta-Länder von 47,8 Milliarden DM im Jahre 1973 auf 146,9 Milliarden DM 1982 angestiegen. Im gleichen Zeitraum nahmen die Einfuhren der Gemeinschaft aus der „kleinen Freihandelszone" von 35,7 Milliarden auf 131,6 Milliarden DM zu. Der Efta-Handel bringt für die Gemeinschaft traditionell Überschüsse.

LUFTREINHALTUNG

Bundeskabinett berät über marktwirtschaftliche Lösung

HEINZ HECK, **Bonn**

Das Bundeskabinett faßt morgen erstmals Beschlüsse zum „Einsatz marktwirtschaftlich orientierter Instrumente in der Luftreinhaltepolitik". Ziel und Bedingung der geplanten Kompensationsregelung sind mehr Luftreinhaltung und eine verbesserte Luftqualität im Vergleich zur Anwendung des geltenden Rechts.

Im Rahmen scharfer nachträglicher Anordnungen der zu novellierenden TA Luft (Teil 3) soll den Unternehmen Spielraum gewährt werden, die Auflagen auch dadurch zu erfüllen, daß einige mit günstiger Kostenstruktur die Bestimmungen gleichsam übererfüllen, während andere mit hohen spezifischen Umweltschutzkosten ihre Anstrengungen reduzieren dürfen.

Der Innenminister soll vom Kabinett beauftragt werden, eine entsprechende Änderung der TA Luft vorzubereiten. Darin wird ein entscheidender Beitrag zur kostengünstigen und zugleich umfassenden Altanlagensanierung gesehen. Die zu erwartenden Beschlüsse gehen auf einen Prüfauftrag des Kabinetts vom 14. Juni 1983 zurück. Inzwischen hat eine interministerielle Arbeitsgruppe einen ersten Teilbericht über marktwirtschaftliche Instrumente fertiggestellt, der der morgigen Kabinettsentscheidung zugrunde liegt. Ein zweiter Bericht, der sich mit Möglichkeiten und Grenzen von Umweltabgaben und vergleichbaren Vorschlägen in der Luftreinhaltepolitik befaßt, soll dem Kabinett im Herbst vorgelegt werden.

Ein wesentlicher Vorzug der flexiblen Kompensationsregelung wird darin gesehen, daß die Unternehmen innerhalb des ordnungsrechtlichen Rahmens größere Entscheidungsspielräume für eigene Initiativen zur Luftverbesserung erhalten. Bei den weiteren konzeptionellen Überlegungen, heißt es im Bericht, könne es nicht Aufgabe der Kompensationslösungen sein, das bestehende ordnungsrechtliche Regelwerk ganz oder teilweise zu ersetzen.

Ziel müsse vielmehr sein, Kompensationen auf der Basis des vorhandenen Immissionsschutzrechts ergänzend wirksam werden zu lassen. Der Anlagenbetreiber erhalte damit nur eine Option. Ihm sei freigestellt, diese Möglichkeit zu nutzen „oder die bereits heute geltenden Anforderungen ohne Abstriche zu erfüllen". Austauschvorgänge sollen nur zwischen solchen Anlagen zugelassen werden, „deren Einwirkungsbereiche sich im wesentlichen decken".

Die Vorschläge zur Einführung eines Handels mit „Verschmutzungsrechten" werden im Bericht wegen „erheblicher Mängel" und „ökologischer Risiken" nicht empfohlen. Vor allem der Widerstand des Innenministeriums gegen dieses Modell ist bekannt. Er fürchtet, daß dadurch prinzipiell Altanlagenbetreiber gegenüber neuen und expandierenden Unternehmen bevorzugt werden.

Schulden ohne Ende

Von E. ANTONAROS, Belgrad

Die jugoslawische Wirtschaft hat sich schon wieder eine Verschnaufpause verschafft. Voraussichtlich in den nächsten Tagen wird Belgrads Zentralregierung einen neuen „letter of intent" mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über einen Beistandskredit in Höhe von 500 Millionen Dollar unterzeichnen. Auch zahlreiche westliche Regierungen, die zu Jugoslawiens größten Kreditgebern zählen, haben sich inzwischen im Prinzip dazu bereit erklärt, Schulden in Höhe von 800 Millionen Dollar, die in diesem Jahr fällig geworden wären, umschulden zu lassen. Vorbedingung für die Anwendung dieses Abkommens ist die Unterzeichnung des IWF-Beistandkredits.

Für diese Entlastung ihrer Staatskasse haben die devisenarmen Jugoslawen einen relativ hohen Preis zahlen müssen: Das Bundesparlament in Belgrad hat nach einem langen Tauziehen ein Gesetz verabschiedet, das ein neues Programm zur Sanierung der jugoslawischen Wirtschaft und die wichtigsten Empfehlungen der IWF-Experten beinhaltet. Unter anderem haben sich die Jugoslawen verpflichtet, ihre Landeswährung kräftig abzuwerten, die Zinssätze für Spareinlagen auf das Niveau der jährlichen Inflationsrate anzuheben und unrentable Staatsbetriebe zur Rechenschaft zu ziehen.

Mit Hilfe des neuen IWF-Kredits werden Jugoslawiens Staatsplaner in diesem Jahr Gesamtkredite in Höhe von zirka 3,5 Milliarden Dollar zusammentrommeln können. Zur Rückzahlung der in diesem Jahr fälligen Beträge reichen freilich diese neuen Kredite nicht aus: Ausländische Banken und Regierungen erwarten aus der jugoslawischen Staatskasse in diesem Jahr etwa 5,5 Milliarden Dollar. Aus Belgrad liegt eine konkrete Zusage vor, wonach die Jugoslawen ihren finanziellen Verpflichtungen pünktlich nachkommen wollen. Damit wollen sie vermeiden, daß ihre Kreditwürdigkeit, die trotz der desolaten Lage ihrer Wirtschaft nach wie vor als relativ gut gilt, in Frage gestellt wird.

Allein mit neuen Krediten ist die jugoslawische Wirtschaft, zur Zeit mit mehr als 20 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet, jedoch nicht aus den roten Zahlen zu bringen. Nach Angaben des früheren Außenministers Milos Minic muß ein Ausweg aus diesem Teufelskreis gefunden werden. Belgrad hat bisher so viele Kredite aufgenommen, daß 1987 die Rückzahlungen etwa sieben Milliarden Dollar betragen werden. Im Jahr 1990 sollen sogar zwölf Milliarden fällig werden, wenn der jetzige Verschuldungsrhythmus fortgesetzt wird. Frau Planinc hat bereits im letzten Jahr – ebenfalls dem Druck aus dem Ausland folgend – durchgesetzt, daß alle Devisenbestände von der zentralen Nationalbank kontrolliert werden sollen, damit die Aufnahme von Auslandskrediten besser koordiniert wird.

Der Regionalismus und das Selbstverständnis der Teilrepubliken konnte Belgrad bis heute nicht erfolgreich zügeln. General Petar Matic, der die Teilrepublik Vojvodina im Spitzengremium der jugoslawischen KP vertritt, hat während einer Plenarsitzung des Zentralkomitees Ende Februar die Zentralregierung unüberhörbar beschuldigt, nicht imstande zu sein, die regionalen Parteifürsten zu disziplinieren.

In der Tat haben Titos Nachfolger fast vier Jahre nach seinem Tod deutlicher denn je gezeigt, wie führungsschwach sie sind. Der verstorbene Partisanenführer hatte zwar selbst dieses zentralisierte System entwickelt und den Teilrepubliken weitreichende Entscheidungsfreiheiten eingeräumt. Sein Wort hatte jedoch Gesetzeskraft. Mit der Parteiapparatschiks, die seither die Macht im Kollektiv besitzen, ist es anders: Niemand hat die Autorität, Entscheidungen durchzusetzen. Das Ergebnis ist das Fehlen einer konsequenten Politik in fast allen Gebieten. Am deutlichsten zeigt sich das Manko im Wirtschaftsbereich: Die Inflation läuft mit jährlich 50 Prozent davon, der Schuldenberg wächst, die Deviseneinnahmen schrumpfen, weil die Überweisungen der Gastarbeiter zurückgegangen sind und die Exporte stagnieren.

Im Mai soll das neunköpfige Staatspräsidium, zum ersten Mal seit Titos Tod, fast vollständig neu besetzt werden. Eine Verjüngung der führenden Mannschaft wird es allerdings nicht geben. Alte Köpfe rotieren in den wichtigsten Ämtern. Ein Mentalitätswandel scheint nicht bevorzustehen. Eine Durststrecke liegt vor Jugoslawien.

AUF EIN WORT



„Es hat keinen Sinn, Berlin dauernd nur ins Nachtgebet einzuschließen und sich dann, wenn für die Stadt etwas getan werden muß, im Stuhl zurückzulehnen."

Ernst Pieper, Vorstandsvorsitzender der Salzgitter AG, Hannover
FOTO: JUPP DARCHINGER

„Preisprüfung berechtigt"

rtr, **Düsseldorf**

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister, Reimut Jochimsen, befürchtet die Aufweichung der Preisdisziplin in der Bauwirtschaft durch die jüngst vorgenommene teilweise Aufhebung der Baupreisverordnung. In einer Erklärung vom Montag bezeichnete er die Preisprüfung insbesondere auf Märkten als berechtigt, in denen die Preise wegen des zu geringen Wettbewerbs überhöht seien. In der Vergangenheit sind öffentliche Aufträge oft zu überhöhten Preisen angeboten worden. Die nun aufgehobene Preisüberwachung habe zu jährlichen Einsparungen in Millionenhöhe geführt. Die jetzige Regelung aber könne zu „unvernünftigen" Ergebnissen in Bereichen führen, wo der Wettbewerb gering sei.

FINANZMÄRKTE

Nach US-Diskonterhöhung hat sich Lage beruhigt

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die amerikanische Diskonterhöhung von 8½ auf neun Prozent hat an den internationalen Finanzmärkten nicht die von manchen Propheten vorausgesagten Schockwellen ausgelöst. Im Gegenteil. Die Zinsmärkte haben sich – auch in der Bundesrepublik – beruhigt, wie oft, wenn ein schon lange befürchtetes Ereignis endlich eintritt. Es war sogar eine gewisse Erleichterung zu spüren, nachdem man vorher nicht ausgeschlossen hatte, daß der Diskontsatz um einen vollen Prozentpunkt erhöht wird. Der Abstand zwischen diesem Notenbankzins und den Marktzinsen ist auch jetzt noch relativ hoch. Die Notenbank ließ den Markt wissen, daß sie mit ihrem Schritt der Marktentwicklung lediglich folgen und weniger ein Zinssignal setzen wollte. Auch das wirkte beruhigend.

Die Marktzinsen waren dem Notenbankdiskont während der letzten Wochen weit vorausgeeilt. Sie gingen am Freitag in New York und gestern auch in Europa etwas zurück. Der vom Markt stark beachtete US-Tagesgeldsatz ermäßigte sich von knapp elf Prozent auf 10⅛ Prozent, und am Euromarkt sanken die Dollarzinsen gestern um 3/16 Prozentpunkte und die D-Mark-Zinsen um etwa ⅛ Prozent. Aus der Verringerung des Dollar-Zinsvorsprungs gegenüber der Mark resultierte eine leichte Abschwächung des Dollars, dessen amtlicher Kurs um 1,4 Pfennig auf 2,6159 DM nachgab.

Am deutschen Rentenmarkt entfaltete sich daraufhin gestern eine freundlichere Tendenz. Die Kurse stiegen bis um 25 Pfennig, und die Bundesbank verkaufte Anleihen zur Befriedigung der Nachfrage.

IWF-TAGUNG

Brasilien kündigt harte Kritik an US-Zinspolitik an

AFP/dpa/VWD, **Washington**

Die Vereinigten Staaten „spielen mit dem Feuer". Dies erklärte der brasilianische Finanzminister Ernane Galveas nach der Erhöhung der Zinssätze in den USA.

Der brasilianische Finanzminister wird diese Warnung am 12. April in Washington auf der Tagung des Interimausschusses des Internationalen Währungsfonds (IWF) wiederholen. Er vertrat die Auffassung, daß die Entwicklungsländer inzwischen „Kapitalexporteure" in die Vereinigten Staaten wurden und setzte hinzu, die wirtschaftliche Erholung in den USA erfolge auf „Kosten der restlichen Welt". Dies sei der ernsteste Aspekt der Weltwirtschaftskrise. Die Erhöhung der Zinssätze wird Brasilien 1984 nach den Angaben des Ministers 700 Millionen Dollar zusätzlich kosten.

Offiziell wollen sich der IWF-Interimausschuß (12. April) und der gemeinsame Entwicklungsausschuß (13. April) mit der verbesserten Lage der Weltwirtschaft, Finanzierungsfragen der Weltbank und dem Wunsch der Entwicklungsländer nach Zuteilung neuer Sonderziehungsrechte (SZR) befassen.

Die Mehrzahl der Industrieländer ist gegen die Zuteilung neuer SZR, dem Papiergeld des IWF. Sie fürchten, eine Ausweitung der internationalen Geldversorgung könnte die Inflation wieder antreiben.

Vor den offiziellen Beratungen der 22 Finanzminister und Notenbankchefs, die 146 Mitgliedsländer vertreten, kommen die Industriestaaten in der Zehnergruppe und die Entwicklungsländer in der „Gruppe 24" (beide 11. April) zu internen Gesprächen zusammen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Termingeschäft an deutschen Börsen?

Frankfurt (cd.) – Gegen die Schaffung eines „vierten Marktes" an der Börse und für eine Fortentwicklung des geregelten Freiverkehrs hat sich die Börsensachverständigenkommission beim Bundesfinanzministerium ausgesprochen. Sie empfiehlt eine entsprechende Änderung des Börsengesetzes und weist darauf hin, daß technische Veränderungen der Marktstrukturen allein zur Verbesserung der Eigenkapitalversorgung der Wirtschaft nicht ausreichen. Abgelehnt hat die Kommission Vorschläge, GmbH- und Kommanditanteile umlauffähig zu machen und an die Börse zu bringen. Eine von der Kommission eingesetzte Arbeitsgruppe soll untersuchen, ob ein Terminhandel in der klassischen Form sinnvoll und wünschenswert ist.

Übernahme genehmigt

Paris (dpa/VWD) – Die französische Regierung hat der japanischen Sumitomo Rubber Industries die Genehmigung für die Übernahme der in Konkurs gegangenen Dunlop-France gegeben. Sumitomo hat sich verpflichtet, außer der Lkw-Reifen-Fertigung sämtliche Aktivitäten der Dunlop-France (Pkw-Reifen, Matratzen, Sportartikel, Präzisionsdichtungen) zu übernehmen. Damit würden 3600 von insgesamt 5600 Arbeitsplätzen bei Dunlop erhalten bleiben.

Höhere Kapitalimporte

Frankfurt (cd.) – Die Bundesrepublik hat im Februar netto 3,3 Mrd. Mark langfristiges Auslandskapital importiert nach 2,4 Mrd. Mark im Januar. Dazu haben vor allem Auslandskäufe deutscher Wertpapiere mit einem Betrag von 2,1 Mrd. Mark beigetragen. Deutsche Anleger kauften für eine halbe Milliarde Mark ausländische Aktien und verkauften im gleichen Umfang DM-Auslandsanleihen, berichtet die Bundesbank. Die Netto-Auslandsaktiva der Notenbank erhöhten sich vor allem infolge von Interventionen im EWS im März um 2,6 Mrd. Mark.

Venezuela will Moratorium

Caracas (VWD) – Venezuela, dessen jüngstes Moratorium am 30. April ausläuft, trifft Vorbereitungen, um ein neues Moratorium zu erreichen. Wie Finanzminister Manuel Azpurua erklärte, würde ein neues Moratorium einen definitiven Fortschritt zur Schuldenumstrukturierung darstellen. Venezuela sucht seine Auslandsverbindlichkeiten neu zu strukturieren, deren Volumen auf 35 Mrd. Dollar veranschlagt wird. 18,4 Mrd. Dollar werden in diesem Jahr fällig.

Einlagen zurückgezahlt

Bonn (VWD) – Die Hema Beteiligungsgesellschaft mbH und Co. Verwaltungs-KG, Frankfurt, hat alle Aktiva und Passiva des Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst International S. A., Luxemburg, übernommen. Die Firma in Luxemburg ist inzwischen gelöscht worden. Nach Angaben der Hema sind die Einlagen der SMH Luxemburg im wesentlichen zurückgezahlt worden.

Budget aufgestockt

Bonn (VWD) – Das Programmbudget 1984 der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF) ist um gut 100 Mill. Mark höher dotiert als der Gesamtetat des Vorjahres. Für dieses Jahr liegt der Etat der in der AGF zusammengeschlossenen 13 Zentren bei 2,091 Mrd. Mark.

KWU erwartet Auftrag

Hannover (dpa/VWD) – Wie die Kraftwerk Union (KWU) auf der Hannover-Messe auf Anfrage mitteilte, befinden sich die seit mehreren Monaten laufenden Vertragsverhandlungen über das erste türkische Kernkraftwerk kurz vor dem Abschluß. Die KWU erwartet die Entscheidung der zuständigen türkischen Stellen bis Ende April.

DEUTSCHE AUSLANDSINVESTITIONEN

Dritte Welt konnte ihren Anteil deutlich ausweiten

dpa/VWD, **Bonn**

Die deutsche Wirtschaft hat 1983 rund 7,8 Mrd. DM im Ausland investiert, davon allein mehr als ein Drittel in den USA. Amerika war damit für deutsche Kapitalanlagen wesentlich bedeutender als die EG-Länder, in die nur etwa 20 Prozent der deutschen Investitionen flossen. Nach einer in Bonn veröffentlichten Statistik des Bundeswirtschaftsministerums, gingen im letzten Jahr etwa 70 Prozent (1982: knapp 78 Prozent) der deutschen Direktinvestitionen in Industrieländer, nahezu 30 Prozent in Entwicklungsländer. Letztere konnten damit ihren Anteil gegenüber dem Vorjahr (22 Prozent) erheblich verbessern.

Zweitwichtiges Land für deutsche Direktinvestitionen war Großbritannien. Während in den USA rund 2,8 (1982: 3,7) Mrd. DM investiert wurden, gingen nach Großbritannien rund 1,1 (1,1) Mrd. DM. Es folgten Belgien/Luxemburg mit 622 (749) Mill. DM und die Schweiz mit 614 (307) Mill. DM.

Von den gesamten deutschen Nettotransfers 1983 in Höhe von 7,8 Mrd. DM entfielen rund 4,5 Mrd. DM auf Beteiligungen. Vorrangig wurde in bestehenden Unternehmen im Ausland investiert. Den zweitgrößten Block bildeten Darlehen (2,2 Mrd. DM) und Zuschüsse (1,2 Mrd. DM). Den größten Anteil an den deutschen Direktinvestitionen tätigten mit mehr als 1,7 (0,9) Milliarden DM die Kreditinstitute.

Im gleichen Zeitraum legte die US-Wirtschaft mehr als 1,2 (1,2) Mrd. DM in der Bundesrepublik, die Briten 223 (663) Mill. DM, die Schweizer rund 902 (490) Mill. DM und Belgien/Luxemburg 124 (201) Mill. DM.

WOHNUNGSBAU / Private Vermögensanlagen werden zu großzügig behandelt

Mietverzerrungen dringend beheben

GISELA REINERS, **Bonn**

Nach Ansicht der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen (Gewos) werden private Vermögensanlagen im Mietwohnungsbau zu großzügig behandelt. In dieser Kommission, die für 1984 ein Gutachten zum Thema „Wohnungswirtschaft im Spannungsfeld der Anforderungen von Staat und Bewohnern" erarbeitet hat, werden dabei der Sofortabzug von Disagien und zahlreiche Modernisierungsinvestitionen, die hohe degressive Abschreibung und vor allem die steuerfrei realisierbaren Wertsteigerungen genannt. Dies widerspreche einer Besteuerung nach Leistungsfähigkeit.

Die Kommssion, der Wissenschaftler, Verwaltungsfachleute, Wohnungswirtschaftler und Politiker angehören, ist sich jedoch darüber im klaren, daß Änderungen nicht einfach durchzusetzen sind. Es sei die Konjunkturlage zu berücksichtigen. Auch dürften die Steuervorteile in den Mieten weitergegeben sein. Eine Empfehlung zur Problemlösung konnte die Kommission nicht einheitlich verfassen.

Die Gewos, die sich als Bindeglied zwischen Praxis und Wissenschaft betrachtet, geht davon aus, daß in Zukunft der Mietwohnungs-Neubau an Bedeutung verlieren und die Wohnungsbestands-Politik an Wichtigkeit gewinnen wird. Der Nachfragedruck werde sinken, wobei sich regionale Unterschiede verstärken. In Gebieten, aus denen die Menschen abwandern, bleibe dann die Durchschnittsqualität zurück.

Dringend muß laut Gewos-Gutachten etwas gegen die Mietverzerrungen getan werden. Diese würden sich für Wohnungsbauunternehmen wie Mieter noch verschärfen durch wachsende Instandhaltungsaufgaben, aber unzureichende -pauschalen und -rücklagen. Die Gewos befürwortet hier die sogenannte Unternehmensmiete, über die inzwischen auch im Bundesbauministerium nachgedacht wird. Hierbei soll für verschiedene Wohnungseinheiten eines Unternehmens, eine durch Mischkalkulation errechnete Miete erhoben werden dürfen. Es könnten billige Bestände mit teuren Neubauten zusammengerechnet werden.

Bei einer Neuordnung der Besteuerung für eigengenutzten Wohnraum spricht sich die Gewos für die Privatgutlösung aus, wenn sie die Investitionsgutlösung auch für sachgerechter hält. Diese sei jedoch aus politisch-praktischen Gründen kaum durchsetzbar. Im Unterschied zu den Plänen von Bauminister Schneider (CSU) plädiert die Gewos für eine gänzliche Abschaffung der Nutzungswertbesteuerung, die Schneider auf niedrigem Niveau beibehalten möchte.

BLEIFREIES BENZIN

Widerstand der Autohersteller

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der Verband der Automobilindustrie e.V. hat anläßlich einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Luftreinhaltung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft" erneut seine Skepsis zum Termin 1. Januar 1986 angemeldet, zu dem nach dem Willen von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann bleifreies Benzin und Katalysatoren für Kraftfahrzeuge eingeführt werden sollen. Die Anhörung unter Teilnahme von Industrie, Fachverbänden, Rat und Kommission der Europäischen Gemeinschaften wurde von der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages in Bonn durchgeführt.

In seiner Stellungnahme weist der Verband der Automobilindustrie darauf hin, daß es mehr noch als etwa bei stationären Emissionserzeugern zur weiteren Verringerung von Kraftfahrzeugabgasen eines einheitlichen Vorgehens in Europa bedürfe. Der Kabinettsbeschluß vom Juli 1983, nach dem ab 1986 Personenkraftwagen mit Benzinmotoren nur noch mit katalytischen Abgasreinigungsanlagen zugelassen werden sollen, habe den Standpunkt der Regierung der übrigen EG-Mitgliedsländer zunächst unberücksichtigt gelassen. Zur Situation in den übrigen Mitgliedsländern sei festzuhalten, daß zum Beispiel in Großbritannien für 1990 die Einführung von bleifreiem Benzin, nicht jedoch die Katalysatortechnologie vorgesehen sei. In Frankreich „scheint man geneigt, bleifreies Benzin zu dulden", und auch in Italien sei von ausschließlicher Anwendung der Katalysatortechnologie keine Rede.

Die Autohersteller wiesen vor den Politikern darauf hin, daß der internationale Kraftfahrzeughandel „unter gleichen Wettbewerbsbedingungen für alle Herstellerländer" ablaufen müsse.

METALLGESELLSCHAFT / Gewinnzone wurde wieder erreicht - Die Reserven konnten etwas aufgefüllt werden

Vorsichtige Stellungnahme zur Dividendenfrage

INGE ADHAM, Frankfurt

Karl Gustaf Ratjen, der mit der Hauptversammlung am 4. Mai sein Vorstandsamt an Dietrich Natus abtritt, gibt sich gewohnt vorsichtig. Auf die Frage, wann die im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) wieder in die Gewinnzone gekommene Metallgesellschaft AG (MG) wieder dividendenfähig sei, erinnert er daran, daß man in den beiden Vorjahren schließlich Reserven aufgelöst habe. Sie seien zwar schon etwas aufgefüllt worden, hätten aber den gewohnten Stand noch nicht erreicht. Auch „gewisse Wertberichtigungen" (kanadischer Bergbau, Oki Tedi) seien für die traditionell vorsichtig bilanzierende MG „denkbar".

Trotz der nach wie vor bestehenden Schwachstellen in Sachen Nikkeltechnologie (VDM wird mit knapp 20 Mill. DM Verlust abschließen) geht es bei der Metallgesellschaft in diesem Jahr bisher unverkennbar weiter aufwärts: Der Umsatz der ersten fünf Monate des neuen Geschäftsjahres liegt um 15 Prozent über dem Vorjahresstand; auch bei der Gewinnentwicklung sieht es freundlich aus. Für das ganze Jahr wird mit einer Verdoppelung des Jahresüberschusses gerechnet.

Als Gründe für den neuen Optimismus der 1981/82 in die Verlustzone gefahrenen Metallgesellschaft – was den Aktionären zwei dividendenlose Jahre eingebracht hat – nennt der designierte neue Vorstandsvorsitzende Dietrich Natus (bisher Lurgi) neben einem festeren Metallmarkt und der Konjunkturbelebung vor allem interne Strukturmaßnahmen.

Dabei kommt es in den fünf Unternehmensbereichen der Metallgesellschaft zu durchaus unterschiedlichen Entwicklungen. So bereite im Unternehmensbereich Rohstoffe vor allem der Handel Freude, betonte Natus; ein Bereich, den die MG mit neuen Aktivitäten (Financial Instruments, Countertrade) und regionaler Ausdehnung nach Südostasien weiter investieren will. Ein Trend weg von kapitalintensiven Arbeitsgebieten zugunsten der Dienstleistungsaktivitäten ist deutlich sichtbar. Bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr, in dem der Bereich Rohstoffe seinen Umsatz um 12 Prozent auf 5926 (5287) Mill. DM steigerte, erwiesen sich die Handelsaktivitäten als besonders gewinnträchtig, während der Bergbau aufgrund der Belastung durch die kanadischen Gruben noch Schwierigkeiten hat.

Der Anlagenbau (Lurgi) mit 1,8 (2) Mrd. DM Umsatz brachte trotz der weltweit schwierigen Auftragssituation einen stabilen Gewinnbeitrag; auch bei der deutlichen Verlagerung zu kleineren Aufträgen (Auftragseingang 1,15 nach 2,7 Mrd. DM) wird es nach Angaben von Natus gelingen, den befürchteten „großen Einbruch" abzufangen.

Sorgen hat MG nach wie vor im Bereich Verarbeitung – Umsatzbeitrag 1,6 (1,9) Mrd DM –, zu dem neben der erfolgreichen Kolbenschmidt AG auch der Geschäftsbereich Nickeltechnologie zählt, für dessen Umstrukturierung in den letzten beiden Jahren 50 Mill. DM aufgewendet wurden. Mit den Unternehmensbereichen Chemie (687 Mill. DM Umsatz) und Transport (230 Mill. DM) zeigt sich der Vorstand zufrieden.

Das im Geschäftsjahr 1982/83 erzielte Ergebnis, das, wie Finanzchef Busch betont, im Gegensatz zum Vorjahr ohne einen positiven Beitrag des außerordentlichen Bereichs darstellbar war, reicht aus, um den Verlustvortrag aus dem Vorjahr abzudecken. Am deutlichsten zeigt die Berechnung des Ergebnisses je Aktie nach DVFA den Fortschritt: Nach einem Verlust von 10,12 DM pro Aktie wurde für das abgelaufende Jahr ein Ergebnis von 7 DM pro Aktie erzielt und damit wieder an das Jahr 1980/81 angeknüpft. Obwohl grundsätzlich die Notwendigkeit einer Verbreiterung der Kapitalbasis gesehen wird, sind Kapitalmaßnahmen vorerst nicht geplant.

Metallgesellschaft	1982/83	±%
Umsatz (Mill. DM)		
Welt	10 980	+ 3,1
Konzern	9 791	+ 0,5
dav. Ausland (%)	54	(59)
AG	7 850	0
Jahresüberschuß		
(i.V. Fehlbetrag)	25	(19)
i. Proz. v. Umsatz	0,26	(- 0,20)
cash flow[1]	239- 11,	+ 52,5
Sachinvestitionen	171	- 25,6
Abschreibungen	185	- 3,6
Mitarbeiter	22 123	- 6,9

[1] Nach Angaben des Unternehmens

BAYER / Bruttogewinn reichlich verdoppelt

Weltweiter Aufschwung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Erwartung des Börsenpublikums, daß die Bayer AG, Leverkusen, für 1983 ihren vorjährigen Dividendensturz auf 4 (7) DM komplett wiedergutmachen wird, bekräftigt diese mit 2,53 Mrd. DM Aktienkapital größte deutsche Publikumsgesellschaft nun mit der Vorlage des vierten Quartalsberichts 1983. Zur Dividende wird zwar traditionsgemäß noch nichts gesagt. Aber der 1983er Gewinn vor Steuern ist bei der AG um 56 Prozent auf 1,15 Mrd. DM gestiegen und hat sich im Weltbereich mit einer Zunahme um 123 Prozent auf 2,16 Mrd. DM auf eine bislang noch nie erreichte Höhe sogar reichlich verdoppelt.

Der Aufschwung im Geschäft ist weltweit im vierten Quartal stärker geworden. Beim AG-Umsatz (1983: plus 10,2 Prozent auf 14,65 Mrd. DM) brachte dieses letzte Quartal sogar ein Plus von 20,6 Prozent, darunter plus 8,1 Prozent im Inland und plus 28,9 Prozent im Export. Der Weltumsatz erhöhte sich 1983 um 7,2 Prozent auf 37,34 Mrd. DM mit einer Wachstumsrate von 14,9 Prozent im 4. Quartal.

Für den AG-Bereich führt der Vorstand den Umsatzanstieg „fast ausschließlich" auf höhere Absatzmengen zurück. Die damit erzielte Kostendegression und die Erfolge der „Konsolidierungsmaßnahmen" seien die Hauptgründe des trotz Rohstoffpreisanstiegs im 4. Quartal erzielten „guten Ergebnisse". Die Belegschaftszahl sank 1983 um weitere 2,4 (1) Prozent auf 61 341 mit einem um 2,5 (1,8) Prozent auf 3,73 Mrd. DM gesteigenen Personalaufwand.

Die Investitionen wurden 1983 bei der AG mit 514 (683) Mill. DM in Sachanlagen und 258 (4) Mill. DM in Beteiligungen fortgesetzt. Die Sachanlageabschreibungen betrugen noch 763 (807) Mill. DM. Im Weltbereich investierte der Konzern 1983 noch 1,87 (2,1) Mrd. DM in Sachanlagen. Für 1984 sollen die AG-Sachinvestitionen auf etwa 700 Mill. DM steigen; sie werden damit erstmals wieder an die Abschreibungshöhe herankommen. Im Weltbereich läßt die geplante Sachanlagen-Investitionssumme von 1,9 Mrd. DM noch kein neues Wachstums-Signal erkennen.

SCHWEDEN / Illegaler Export kostet Telekommunikationskonzern Ericsson vermutlich eine Million Dollar

Software-Schmuggel nach Osteuropa aufgedeckt

R. GATERMANN, Stockholm

Gleichzeitig mit der Bekanntgabe, daß der schwedische Telekommunikationskonzern Ericsson vermutlich gemeinsam mit dem Staat an die USA ein Bußgeld von eine Mill. Dollar wegen des illegalen Exports amerikanischer hochwertiger Elektronikausrüstung in die Sowjetunion bezahlen muß, deckten schwedische Polizei und Zoll einen umfassenden Schmuggel von widerrechtlich kopierten Computerprogrammen über Schweden nach Osteuropa auf. Nach Angaben der Polizei seien mehr als 10 000 Programme beschlagnahmt worden. Auftraggeber dieser Bestellungen sei ein kommunistisches Land gewesen; jedoch nicht die Sowjetunion.

Der Fall Ericsson ist eigentlich ein Fall Datasaab oder Stansaab. In den Jahren 1977 bis 1980 lieferte die damals halbstaatliche Computergesellschaft Stansaab für mehrere sowjetische Flugplätze die Flugleitsysteme, in denen sich amerikanische mit Exportverboten für Osteuropa belegte Elektronikkomponenten befanden. Stansaab ging 1978 voll in den Besitz von Saab-Scania über, hieß seitdem Datasaab und wurde schließlich 1981 von Ericsson übernommen. Erst da wurde der Fall aufgedeckt; der damalige Industrieminister Nils G. Aasling hatte ihn über Jahre verschwiegen.

Nach jahrelangen Verhandlungen, an denen auch das Stockholmer Außen- und Industrieministerium beteiligt waren, kam es jetzt zum Vergleich der allerdings noch von einem Gericht in Washington akzeptiert werden muß. Demnach müssen die Schweden eine Mill. Dollar zahlen und der Name Datasaab kommt auf die Sperrliste. Den Schweden ist die Sache äußerst peinlich. Schließlich ist Ericsson und nicht zuletzt die Luftwaffe des Landes von bedeutenden amerikanischen elektronischen Zulieferungen abhängig. Man befürchtet, diese Angelegenheit könne die USA veranlassen mit ihren Exportlizenzen für Schweden noch restriktiver zu werden, obgleich man in Stockholm der Ansicht ist, schon heute härter kontrolliert zu werden als die meisten übrigen westeuropäischen Staaten. Der Telekommunikationskonzern stellt immer wieder heraus, daß man im Prinzip mit der Sache nichts zu tun habe, sondern sie lediglich geerbt habe.

Aber auch der jetzt aufgedeckte Schmuggel von Computerprogrammen nach Osteuropa könnte das Mißtrauen der Amerikaner wachsen lassen. Es ist erst ein paar Monate her, daß durch ihr Eingreifen der Transport hochentwickelter Computer über Schweden nach Osten gestoppt werden konnte. Der schwedische Kriegsmaterialinspekteur klassifizierte sie als militärisch von großer Bedeutung. In Zusammenhang mit dieser Affäre stießen die Fahnder auch auf die Software.

Nach Ansicht des Reichspolizeiamtes seien in erster Linie in den USA, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Norwegen auf Bestellung einzelne Computerprogramme sowie vollständige CAD/-CAM-Systeme, die mehr militärischen als zivilen Charakter hätten, kopiert worden. Noch nicht eindeutig aufgedeckt ist die Rolle der in diesen Fällen verwickelten Schweden. Nach Ansicht der Polizei habe es den Verdächtigten keine Schwierigkeiten bereitet, die Order ihres kommunistischen Auftraggebers in den westlichen Unternehmen zu plazieren.

Die Ermittlungsbehörden stehen vor einem Kuriosum: Im schwedischen Strafgesetzbuch gibt es keinen Paragraphen der diese Art von Diebstahl umfaßt – zumal wenn er im Ausland geschieht. Zwar steht das illegale Eindringen in Datenverarbeitungsanlagen unter Strafe; aber damit haben die sich in Verdacht stehenden Schweden wahrscheinlich nicht direkt befaßt. Nach Ansicht von Rechtsexperten können sie vermutlich nur wegen Warenschmuggels belangt werden, weil Computerware importlizenzpflichtig ist.

STADTSPARKASSE DÜSSELDORF

Bisher bestes Ergebnis

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Stadtsparkasse Düsseldorf hatte 1983 ihr bestes Ergebnis in ihrer fast 160jährigen Geschichte,ein Ergebnis mit dem man vollauf zufrieden wäre, würde man es auch 1984 erzielen können. Rekordhöhen erreichten die Zinsmarge mit 3,74 (3,5) Prozent und das auf knapp 122 (102) Mill. DM gestiegene Betriebsergebnis. Vorstandsvorsitzender Fritz Kulins hob hervor, daß die Höhe des Zinsüberschusses (275 nach 230 Mill. DM) zu solchen Rekordhöhen geführt hat. Wie gut die Sparkasse verdient hat, unterstreicht auch der auf 71 (50) Mill. DM gestiegene gewinnabhängige Steueraufwand.

Nach ausreichender Risikovorsorge für das Kreditgeschäft werden aus dem Jahresüberschuß von 20,2 (18,2) Mill. DM 18,2 (16,4) Mill. DM den Sicherheitsrücklagen zugeführt, die mit 256 Mill. DM rund 3,8 Prozent der auf 6,81 (6,51) Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme oder 4,5 Prozent der Verbindlichkeiten aus Einlagen und Sparkassenbriefen ausmachen.

Trotz rückläufiger Sparquote übertraf die Gesamtersparnis der Kunden (Sparkapital, befristete Einlagen und Wertpapieranlagen) mit 254 Mill. DM das Vorjahresergebnis um 8,1 Prozent. Kulins betonte jedoch bei geringfügig auf 3,31 (3,3) Mrd. DM gesunkenen Spareinlagenbestand den starken Zuwachs der sparkasseneigenen Wertpapiere. Ihr Bestand wuchs auf 1,23 (1,02) Mrd. DM. Inzwischen werden 41 Prozent der Gesamtersparnis von börsenfähigen Wertpapieren bestritten. Die Gesamtkundeneinlagen erreichten 5,71 (5,45) Mrd. DM.

Im Kreditgeschäft gingen von der gewerblichen Wirtschaft kaum nennenswerte Impulse aus. Die Gesamtausleihungen an Kunden stiegen auf knapp 4,8 (4,75) Mrd. DM, was nicht zuletzt der zunehmenden Nachfrage aus der Privatkundschaft und wachsendem Interesse an Baukrediten (Bestand 1,04 Mrd. nach 936 Mill. DM) zu verdanken war. Langfristige Darlehen stiegen auf 3,24 (3,06) Mrd. DM. Im laufenden Jahr wurden 353 (306) Mill. DM neu zugesagt.

WIRTSCHAFT

VMF–STORK

Genesungskurs fortgesetzt

J. G. Düsseldorf

Nach verlustreichen Jahren der Umstrukturierung hat Hollands führender Maschinenbaukonzern Verenigde Maschinefabrieken Stork N. V. (VMF), Amsterdam, 1983 mit 9,9 (7,1) Mill. hfl Gewinn seinen Genesungskurs fortgesetzt. In Relation zur Konzern-Gesamtleistung von 1,86 (1,73) Mrd. hfl blieb dieser wiederum zur Rücklagenstärkung bestimmte Gewinn zwar noch mager. Aber 1984 soll er sich weiter verbessern, nachdem schon 1983 der wiederum zu 71 Prozent aus dem Export stammende Auftragseingang von 1,82 (1,96) Mrd. hfl eine „verbesserte Gewinnmarge" hatte.

Die Konzern-Belegschaftszahl wurde 1983 auf 12 373 (13 545) Mitarbeiter abgebaut. Aus der staatlichen Stützungsaktion früherer Jahre wird die holländische Regierung nun ihr nachrangiges Darlehen von 24 Mill. hfl in eine Beteiligung von 20 Prozent an künftig 120 (96) Mill. hfl Aktienkapital umwandeln. Vereinbart sei, daß ein Verkauf dieses Staatsanteils nur „nach und nach" geschehe.

Cassella erhöht auf zehn Mark

VWD, Frankfurt

Eine Dividende von 10 DM je 100-DM-Aktie wird der Hauptversammlung der Cassella AG, Frankfurt, am 28. Mai für das Geschäftsjahr 1983 vorgeschlagen. Im Vorjahr war die Ausschüttung von 9 auf 7 DM zurückgenommen worden. Wie das Unternehmen mitteilt, stieg der Nettoumsatz der AG im Berichtsjahr um 6 Prozent auf 460 (435) Mill. DM. Im Inland nahm der Umsatz nur um 1 Prozent zu, während der Auslandsumsatz um 14 Prozent stieg. Dadurch erhöhte sich der Auslandsanteil auf 42 (39) Prozent. Zusammen mit den in- und ausländischen Beteiligungsgesellschaften wird ein um 4 Prozent auf 835 (800) Mill. DM erhöhter Gruppenumsatz ausgewiesen. Das Grundkapital von 34,1 Mill. DM liegt zu 75,6 Prozent bei der Hoechst AG.

NAMEN

Dr. Heinrich Freiherr von Siegler, Begründer und Herausgeber des „Archiv der Gegenwart", vollendet am 11. April sein 85. Lebensjahr.

Dr. **Rudolf von Steiner-Haldenstätt,** Leiter des Direktionsbüros von Klöckner, Bonn, wird am 10. April 60 Jahre alt.

Gerd Vogt ist als geschäftsführender Gesellschafter in die Salzer und Partner Rationalisierungen GmbH, Offenbach a. M., eingetreten.

Otto Hinz, Mitglied des Vorstandes der Lehnkering AG, Duisburg, ist mit Wirkung vom 31. März in den Ruhestand getreten.

Georg Thonet, Inhaber der Thonet GmbH, Frankenberg, und Mitglied des Vorstandes des Hauptverbandes der Deutschen Holzindustrie, vollendet am 12. April das 75. Lebensjahr.

Dr. **Karl-Heinz Kühl,** Vorstandsvorsitzender der Stinnes Reederei AG, ist als Vorsitzender der Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort wiedergewählt worden. Stellvertretender Vorsitzender wurde **Helmut Wilps.** Er löst **Reinhold Trapp** ab, der zum Ehrenmitglied ernannt wurde. Vorstandsmitglieder wurden **Jürgen Cichowicz** und **Werner Wagner.**

Rolf Lürig, Vorstandsvorsitzender der Hamburger Bank von 1861 Volksbank eG, wird am 10. April 60 Jahre.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Pitz & Kogel Intern. Spedition u. Lagerung. Zollagentur, Inh. Siegfried Pitz; **Arnsberg:** August Heimes Bauunternehmung oHG, Bestig-Ramsbek; Gebr. Teichmann GmbH; **Augsburg:** ZF-Ziegelfertighaus u. Komplettbau GmbH; **Bad Iburg:** Heitz GmbH, Georgsmarienhütte; **Bergisch Gladbach:** Bruno Foitzik Ges. f. Sanitär- u. Heizungsbau mbH; **Bielefeld:** Manfred Schlieper; **Essen:** WTE Ingenieurges. f. Warmbehandlung u. Werkstoffprüfung mbH; **Freudenstadt:** Thierig Tiefbau GmbH, Horbach; **Hannover:** TECH-LUX Ges. f. Technische Leuchten mbH; Reimann Drogerie-Markt Verwaltungsges. mbH; Parfümerie-Kraatz GmbH; **Kassel:** Elementbau Auell GmbH & Co. KG; Metallbau Auell GmbH & Co. KG; **Köln:** Hans Werner Egeling; Bau- und Putzgeschäft Betz GmbH; **Lehrte:** Nachl. d. Günther Jozwowiak; **Nürnberg:** Leonhard Kraußer, Inh. d. Fa. Leonhard Kraußer, Bauunternehmung, Röthenbach/Pegn.; **Pirmasens:** Ehret GmbH; **Rendsburg:** Georg Heeschen, Flintbek; **Siegburg:** Wilfried Lohmberg, Eitorf-Hombach; **Stadthagen:** Alma Müller geb. Petri, Kauffrau, Inh. d. Fa. Gaststätten Betriebe Wilhelm Müller u. Frau, Bad Nenndorf; **Weilheim:** Nachl. d. Franz Hittenkofer, Garmisch-Partenkirchen; **Wesel:** Waltraud Müller, Voerde; **Wiesbaden:** Delta-Verkaufsförderungs- u. Werbeagentur mbH; **Wuppertal:** ABI Fleisch- u. Wurstwaren-Handels GmbH.

Vergleich eröffnet: Düsseldorf: Heinrich Schneegans, Kaufmann, Inh. d. Fa. Heinrich Schneegans Export-Import; **Wetzlar:** Akustik-Vertriebs GmbH, Braunfels.

Vergleich beantragt: Bergisch Gladbach: Cubus Bau- u. Verwaltungs GmbH, Rösrath; **Düsseldorf:** HAMETA Werkzeugfabrik GmbH, Berlin; HAMETA Werkzeugfabrik GmbH & Co. KG, Berlin; **Peine:** Post Bürotechnik.

Aktien verbreitet nachgebend

Streikgefahr hält in- und ausländische Anleger zurück

DW. – Während die Diskonterhöhung in den USA kaum Wirkung auf die Aktientendenz am Wochenbeginn zeigte, wird die sich im Bereich der Metallindustrie verstärkende Streikgefahr ein immer bedeutsamerer Faktor der Kursbildung. Jedenfalls begründen die Ausländer damit ihre gegenüber den deutschen Aktien geübte Zurückhaltung. Die inländischen institutionellen Anleger nehmen immer nur dann Material auf wenn die Kurse überdurchschnittlich nachgeben. Überall bröckelten die Notierungen ziemlich gleichmäßig ab.

Mercedes, wo der Kursverlust zum Schluß zweistellig war, blieb die Ausnahme. Grundsätzlich schien die Neigung vorzuherrschen, Kursgewinne dort sicherzustellen, wo die Notierungen in jüngster Zeit überdurchschnittlich gestiegen waren. So auch bei den Lufthansa-Vorzügen. In der Großchemie zeigten Bayer-Aktien eine bemerkenswerte Stabilität. Die für 1983 zu erwartenden Ergebnisse erweisen sich bislang noch als wirkungsvolle Stütze. Stabil auch weiterhin Aachen Münchner-Beteiligung, wo auf der jetzt erreichten Kursbasis das Angebot flott vom Markt absorbiert wird, während Allianz-Aktien ihren Abstieg immer noch nicht beendet haben.

Düsseldorf: Kochs Adler erhöhten sich um 10 DM auf 660 DM, Leffers zogen um 10 DM auf 470 DM an und Neckermann konnten sich um 6 DM auf 135 DM verbessern. Dyckerhoff St. verminderten sich um 5 DM auf 250 DM, Rheag sanken um 6 DM auf 455 DM und Schiess gaben um 3 DM auf 112 DM nach.

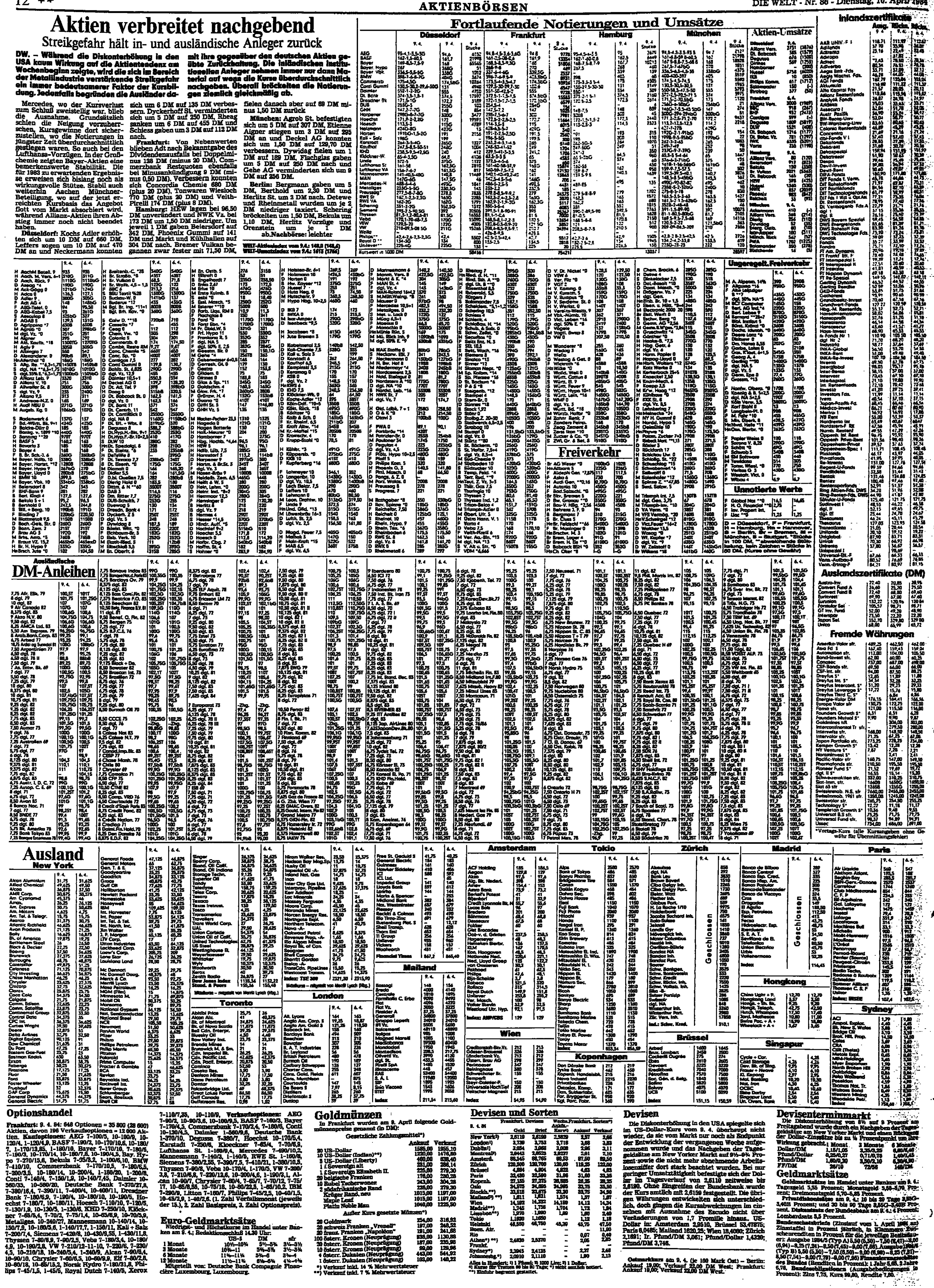
Frankfurt: Von Nebenwerten blieben Adt nach Bekanntgabe des Dividendenausfalls bei Doppelminus 128 DM (minus 20 DM). Commerzbank Restquoten ebenfalls bei Minusankündigung 9 DM (minus 0,50 DM). Verbessern konnten sich Concordia Chemie 680 DM (plus 20 DM), Tonwaren Wiesloch 770 DM (plus 20 DM) und Veith-Pirelli 174 DM (plus 8 DM).

Hamburg: HEW lagen bei 96,50 DM unverändert und NWK Vz. bei 173 DM um 1,50 DM niedriger. Um jeweil 1 DM gaben Beiersdorf auf 342 DM, Phoenix Gummi auf 141 DM und Markt und Kühlhallen auf 304 DM nach. Bremer Vulkan begannen zwar fester mit 71,50 DM, fielen danach aber auf 69 DM minus 1,50 DM zurück.

München: Agrob St. befestigten sich um 5 DM auf 307 DM, Etienne Aigner stiegen um 3 DM auf 295 DM an und Deckel AG konnten sich um 1,50 DM auf 129,70 DM verbessern. Dywidag fielen um 1 DM auf 189 DM, Flachglas gaben um 5 DM auf 250 DM nach und Gehe AG verminderten sich um 9 DM auf 256 DM.

Berlin: Bergmann gaben um 5 DM, Berthold um 2,30 DM und Herlitz St. um 2 DM nach. Detewe und Rheinmetall wurden um je 2 DM niedriger taxiert. Schering bröckelten um 1,50 DM, Bekula um 1,10 DM, Herlitz Vorzüge und Orenstein um je 1 DM ab. Nachbörse: leichter

WELT-Aktienindex vom 9.4.: 148,0 (148,6)
WELT-Umsatzindex vom 9.4.: 1615 (1766)



Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 9. 4. 84: 648 Optionen = 35 800 (28 600) Aktien, davon 196 Verkaufsoptionen = 12 000 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-100/5, 10-100/9, 10-120/4, 1-120/4,9, BASF 7-190/2, 10-170/10,6, 10-180/7, 1-170/13,85, 1-180/10, Bayer 7-170/10, 7-180/5, 7-190/3, 10-170/14, 10-180/7,8, 10-190/4,5, Bay. Hypo 7-270/15,6, Bekula 7-95/3,2, 1-100/6,10, BMW 7-410/10, Commerzbank 7-170/10,5, 7-180/6,5, 7-200/3,5, 10-180/14, 10-200/4, 1-180/20, 1-200/8, Conti 7-140/4, 7-150/1,9, 10-140/7,45, Daimler 10-560/35, 10-580/20, Deutsche Bank 7-370/27,8, 7-380/16,4, 7-390/11, 7-400/4, 10-400/11, Dresdner Bank 7-180/6,9, 7-190/4, 10-180/10, 10-190/5, Hoechst 7-180/7, 10-180/11, Hoesch 7-110/10, 7-120/5, 7-130/1,9, 10-130/5, 1-130/6, KHD 7-250/10, Klöckner 7-65/5,4, 7-70/2, 7-75/1,4, 10-65/6,9, 10-70/5,9, Metallges. 10-240/27, Mannesmann 10-140/14, 10-150/7,8, 10-160/5,6, 1-140/17,7, 1-150/11, Kali + Salz 7-200/7,4, Siemens 7-420/8, 10-430/9,55, 1-430/11,8, Thyssen 7-80/6,9, 7-90/2,5, Veba 7-180/3,4, 10-180/4,9, 10-190/2,8, VW 7-210/12-11-10, 7-220/6, 7-230/4,5, 10-210/18, 10-240/5,4, 1-240/9, Alcan 7-90/6,4, 10-90/10, Chrysler 7-60/6,5, 10-60/9,9, Elf 7-80/2,8, 10-80/18, 10-65/15,2, Norsk Hydro 7-180/31,8, Philips 7-45/1,5, 1-45/5, Royal Dutch 7-140/5, Xerox 7-110/7,25, 10-110/9. **Verkaufoptionen:** AEG 7-90/2, 10-90/3,6, 10-100/9,5, BASF 7-160/3, Bayer 7-170/4,5, Commerzbank 7-170/2,4, 7-180/6, Conti 10-130/4,5, Daimler 1-560/9,6, Deutsche Bank 1-370/10, Degussa 7-380/7, Hoechst 10-170/5,4, Karstadt 7-250/6, Kloeckner 7-65/4, 7-70/6,9, Lufthansa St. 1-160/9,4, Mercedes 7-490/10,2, Mannesmann 7-140/3, 1-140/5, RWE St. 1-160/8, Siemens 7-380/2,55, 7-390/7,5, 7-410/21, 1-380/10,5, Thyssen 7-90/8, Veba 10-170/4, 1-170/5, VW 7-200/3,8, 7-210/6,8, 7-220/12,6, 10-200/4,6, 1-190/3,1, Alcan 10-90/7, Chrysler 7-60/4, 7-65/7, 7-70/12, 7-75/17, 10-65/8,55, 10-75/18, 10-80/22,5, 1-65/10,2, IBM 7-290/9, Litton 7-160/7, Philips 7-45/2,5, 10-40/1,5, 10-45/2,9, 1-40/2,6. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 9. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10½–10¾	5½–5¾	3¼–3½
3 Monate	10⅞–11	5⅝–5⅞	3½–3¾
6 Monate	11⅛–11¼	5¾–6	3¾–4
12 Monate	11½–11¾	6⅛–6¾	4¼–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 9. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1585,00	1955,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1220,00	1476,60
5 US-Dollar (Liberty)	460,00	638,40
1 £ Sovereign alt	231,00	286,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	225,00	279,30
20 belgische Franken	176,00	230,28
10 Rubel Tscherwonez	243,00	304,28
2 südafrikanische Rand	226,00	279,30
Krüger Rand, neu	1015,00	1197,00
Maple Leaf	1015,00	1197,00
Platin Noble Man	1040,00	1225,50

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	254,00	316,92
20 schweiz. Franken „Vreneli“	197,00	248,52
20 franz. Franken „Napoléon“	191,00	241,68
100 österr. Kronen (Neuprägung)	936,00	1130,88
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,00	235,98
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	443,00	544,92
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

9. 4. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York²)	2,6119	2,6199	2,5829	2,57	2,65
London¹)	3,739	3,753	3,718	3,68	3,83
Dublin¹)	3,054	3,068	3,008	2,96	3,11
Montreal²)	2,0443	2,0523	2,0237	2,01	2,10
Amsterd.	88,545	88,765	88,53	87,50	89,50
Zürich	120,500	120,700	120,60	119,25	122,00
Brüssel	4,884	4,904	4,822	4,63	4,83
Paris	32,430	32,590	31,86	31,60	33,35
Kopenh.	27,155	27,275	26,885	26,25	28,25
Oslo	34,575	34,695	34,365	33,75	35,50
Stockh.**)	33,515	33,675	33,20	32,75	34,50
Mailand³) **)	1,611	1,621	1,574	1,57	1,67
Wien	14,192	14,232	14,189	14,12	14,34
Madrid**)	1,745	1,755	1,704	1,72	1,84
Lissabon**)	1,970	1,990	1,80	1,80	2,40
Tokio	1,1620	1,1650	–	1,12	1,18
Helsinki	46,550	46,760	45,39	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	11,90
Rio	–	–	–	0,07	0,40
Athen*) **)	2,4830	2,5370	–	2,06	2,85
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3045	2,4135	–	2,37	2,48
Johannesbg.*)	2,0010	2,1110	–	1,90	2,15

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar.
⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die Diskonterhöhung in den USA spiegelte sich im US-Dollar-Kurs vom 9. 4. überhaupt nicht wieder, da sie vom Markt nur noch als Endpunkt der Entwicklung der vergangenen Woche aufgenommen wurde und das Nachgeben der Tagesgeldsätze am New Yorker Markt auf 9½–9¾ Prozent sowie die nicht mehr abnehmende Arbeitslosenziffer dort stark beachtet wurden. Bei nur geringer Umsatztätigkeit befestigte sich der Dollar im Tagesverlauf von 2,6110 zeitweise bis 2,6190. Ohne Eingreifen der Bundesbank wurde der Kurs amtlich mit 2,6159 festgestellt. Die übrigen Währungen entwickelten sich unterschiedlich, doch gingen die Kursabweichungen im einzelnen mit Ausnahme des Escudo nicht über Veränderungen von 1,7 Promille hinaus. US-Dollar in: Amsterdam 2,9510, Brüssel 53,47875; Paris 8,0485; Mailand 1620,25; Wien 18,4060; Zürich 2,1691; Ir. Pfund/DM 3,061; Pfund/Dollar 1,4320; Pfund/DM 3,746.

Ostmarkkurs am 9. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Diskonterhöhung von 8½ auf 9 Prozent am Freitagabend wurde durch ein Nachgeben der Tagesgeldsätze am New Yorker Markt und einen Rückgang der Dollar-Zinssätze bis zu ¼ Prozentpunkt um ihre Wirkung gebracht.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,15/1,05	3,35/3,25	6,60/6,40
Pfund/Dollar	0,25/0,27	0,71/0,75	1,40/1,45
Pfund/DM	1,60/0,20	3,30/2,10	6,30/4,90
FF/DM	26/10	72/56	148/124

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9. 4.: Tagesgeld 5,55 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 9. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,98) – 8,25 (7,21) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,78. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,80, Rendite 7,80.

BHF-BANK / Zinsmarge sinkt – Bonus für die Aktionäre – Eigenkapitalquote erhöht

Erfolg im internationalen Geschäft

INGE ADHAM, Frankfurt

„Positiv gestimmt, aber nicht euphorisch" gibt sich die Berliner Handels- und Frankfurter Bank (BHF-Bank) für dieses Jahr. Geschäftsinhaber Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth, der mit Ablauf der diesjährigen Hauptversammlung am 22. Mai aus dem aktiven Geschäft ausscheidet, rechnet zwar mit einer weiter sinkenden Zinsmarge (i. V. 2,14 Prozent), aber gleichzeitig mit steigenden Provisions- und Handelserträgen.

Ein Rückgang der Zinsmarge trifft das Institut, das sich vor drei Jahren aus dem Mengengeschäft zurückgezogen und stärker in der Merchant-Banking entwickelt hat, freilich weniger stark als andere Banken. Das nicht bilanzwirksame Geschäft gewinnt zunehmend an Bedeutung; auch im vergangenen Jahr wurde die Internationalisierung, „ein Grundelement der von uns gewünschten Struktur" weiter vorangetrieben, was sich vor allem in der starken Ausweitung der Interbankengeschäfte (überwiegend mit Adressen in westliche Industrieländer) niedergeschlagen hat.

Besonders bei den für eine Merchant-Bank typischen Dienstleistungsgeschäften sei man vorangekommen; nach Angaben von Schroeder-Hohenwarth entfallen bereits 60 Prozent der Provisions- (100 nach 80 Mill. DM) und ausgwiesenen Handelserträge (60 Mill. DM) auf diesen Bereich. Dabei ist zu berücksichtigen, daß von der Kompensationsmöglichkeit „ausgiebig Gebrauch gemacht" wurde, sowohl für Einzelwertberichtigungen im Inlandsgeschäft als auch für Länderrisiken, wo 423 Mill. DM Forderungen in 29 Ländern als risikobehaftet gelten.

Nach Einstellng von 3 Mill. DM in die offenen Rücklagen schließt die Erfolgsrechnung der BHF-Bank mit einem Bilanzgewinn von 49,3 (24,3) Mill. DM, von dem 20 Mill. DM aus der Umwandlung von stillen in offene Rücklagen stammen. Mit diesem Schritt wollte man, so Schroeder-Hohenwarth, die „angemessene" Reservensituation sichtbar machen, ein Schritt, der die Eigenkapitalquote auf 5,1 Prozent erhöht, was als „hilfreich im internationalen Geschäft" gekennzeichnet wird.

Dahinter steht aber auch die Notwendigkeit, „Luft" für Umlaufgrenze und Großkredite (nach KWG) zu schaffen. Diesem Ziel diente auch die Kapitalerhöhung um 19,65 Mill. DM im Februar dieses Jahres.

Die Aktionäre der BHF-Bank partizipieren an dem guten Ergebnis 1983 mit einem Bonus von 1,50 plus 9 DM Dividende je Aktie. Die Spaltung begründet Schroeder-Hohenwarth mit der „vorsichtigen Philosophie" seines Hauses: 1983 war geprägt von einer Vielzahl positiver Faktoren, das muß sich nicht unbedingt wiederholen.

BHF-Bank	1983	±%
Bilanzsumme (Mill. DM)	10 527	+ 15,7
Eigenkapital	443	+ 0,9
i. % d. Verbindlichk.	4,4	(5,1)
Gelder von Banken	4 026	+ 26,7
Gelder von Kunden	5 184	+ 7,5
Schuldverschr.	309	+ 56,9
Forderungen a. Banken	3 767	+ 34
Forderungen a. Kunden	4 440	+ 11,1
Rentenwerte	951	- 16,2
Teilbetriebsergebnis aus lfd. Gesch.[1]	115,51	+ 11,7
a.o. Ergebnis[2]	- 14,5	(- 38)
Gew. von EEV-Steuern	101	+ 55,4
EEV-Steuern	49	+ 20,9
Jahresüberschuß	52	+115,2

[1] Zins- u. Provisionsüberschuß abz. Personal- u. Sachaufwand sowie Afa und Sachanlagen. [2] Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Kredite und Wertpapiere abzgl. Saldo aus sonstigem a.o. Ertrag (darunter Eigenhandelsgewinn) und Aufwand.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

PWA zahlt noch nicht

Raubling (VWD) – Eine deutliche Verbesserung des Betriebsergebnisses als Folge der Geschäftsbelebung im zweiten Halbjahr 1983 meldet die Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, Raubling. Dennoch werde der Hauptversammlung die Ausschüttung einer Dividende noch nicht wieder vorgeschlagen. Der Ertrag soll zunächst für Vorsorgemaßnahmen und Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen verwandt werden. Im laufenden Jahr sei mit einer weiteren Verbesserung der Ertragslage zu rechnen. PWA hatte zuletzt für 1981 eine Dividende von 2,50 DM je 50-DM-Aktie gezahlt.

Stuttgarter Börser wächst

Stuttgart (nl) – An der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart wurden in 1983 mit insgesamt 3,65 Mrd. DM um 50,4 Prozent höhere Börsenumsätze als im Vorjahr registriert. Dabei ergab sich bei den Aktien ein Plus von 138,9 Prozent, wogegen bei den Rentenpapieren ein Minus von 7,1 Prozent verbucht wurde.

Berg-Auftrag aus UdSSR

Düsseldorf (J. G.) – Der Mittelstandsunternehmer Gunther Berg, größter deutscher Produzent von Mantelprofilen für die Möbelindustrie, hat für seine Firmengruppe aus der Sowjetunion den Auftrag erhalten, zwei Fabrikanlagen für folienummantelte Möbelprofile zu liefern. Der Gesamtwert des Auftrags liegt bei 4,5 Mill. DM.

Wieder neun Mark

München (dpa/VWD) – Die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, schlägt der Hauptversammlung am 30. Mai die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 9 DM je 50-DM-Aktie vor. Der Jahresüberschuß stieg im vergangenen Jahr auf 111,2 (105,7) Mill. DM. Die Bilanzsumme erhöhte sich in der AG auf 64 (60,4) Mrd. DM und im Konzern auf 97,1 (92,0) Mrd. DM.

Stuttgarter Bank: Bonus

Stuttgart (VWD) – Die Verwaltung der Stuttgarter Bank AG schlägt der Hauptversammlung am 17. Mai vor, für das Geschäftsjahr 1983 neben einer unveränderten Bardividende von 4,50 DM je 50-DM-Aktie zusätzlich einen Bonus von 1 DM zu verteilen. Dazu steht ein auf 4,4 (3,6) Mill. DM erhöhter Bilanzgewinn zur Verfügung. Nach früheren Angaben der Stuttgarter Bank soll außerdem im ersten Halbjahr 1984 das Grundkapital im begrenzten Umfang durch Ausnutzung des genehmigten Kapitals erhöht werden.

KERAMAG / Für 1984 ist eine Wiederaufnahme der Dividendenzahlung geplant

Verluststrähne konnte überwunden werden

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Im Einklang mit der schon im letzten Sommer gebotenen Vorstandsprognose hat die Keramag Keramische Werke AG, Ratingen, 1983 den in den beiden Vorjahren aufgelaufenen Verlustvortrag von 3,3 Mill. DM aus gleich hohem und „echt verdientem" Jahresüberschuß getilgt. Die verläßliche Basis sei nun da, sagt der Vorstand im Anschluß an die Bilanzfeststellung durch den Aufsichtsrat, um für 1984 zur Dividende zurückzukehren. Die gab es zuletzt für 1980 mit 8 DM plus 2,50 DM Bonus je Aktie für 18 Mill. DM Aktienkapital, das zu 87 Prozent der Pariser Lafarge-Gruppe gehört und mit dem Rest in Streubesitz liegt.

Zwei Hauptgründe nennt der nach Villeroy & Boch zweitgrößte deutsche Sanitärkeramik-Produzent für diesen Umschwung ins Positive. Erstens die vom Rückzug aus Billigprodukten begleitete und nun beendete Radikalkur der Konzentration verkleinerter Kapazitäten aus einst drei Betrieben auf das moderne Werk Wesel mit dem Resultat, daß im Berichtsjahr 686 (755) Beschäftigte 94,6 (90) Mill. DM Umsatz brachten; 1979 waren es noch 1284 Beschäftigte mit 107 Mill. DM Umsatz.

Zweiter Grund: Bei leicht sinkendem Absatz spiegelte das Plus im 1983er Umsatz, der noch zu 13 (14) Prozent aus dem Export kam, weitere Erfolge einer konsequent auf Höherwertiges zielenden Produktpolitik. Das sei auf mehr oder weniger stagnierendem Heimatmarkt auch die einzige Rettung vor der Konkurrenz weit billigerer und auf altgewohnte Standardprodukte konzentrierter Importware. Die kommt „zu politischen Preisen" aus Ostblockländern, neuerdings verstärkt auch aus Niedriglohnländern wie Spanien und Türkei. Dem Wert nach bestritten die Importe 1983 rund 20 Prozent vom Heimatmarkt, der Menge nach bereits 40 Prozent.

Komplett freilich hat sich Keramag aus den Billigprodukten nicht zurückgezogen. Mit diesen betreibt man daheim in Kooperation mit einer französischen und vor allem aus Spanien belieferten „Schwestergesellschaft" aus der Lafarge-Gruppe ein blühendes Handelsgeschäft.



WELT-Korrespondenten berichten aus Hannover

Indien – Berlin – Pitney Bowes – Sperry – Stielow



Die Hannover-Messe '84 rüstet zum Endspurt. Zwei Tage lang noch haben Aussteller und Besucher der größten Investitionsgüterschau der Welt Gelegenheit, die rekordverdächtigen Ergebnisse zu bestätigen. Nach dem Besucheransturm am Wochenende dominierte gestern wieder das Geschäft, wie die Aussagen verschiedener ausländischer Ausstellergruppen belegen. Immer wieder wird auf die hohe Qualität der Fachbesucher hingewiesen. Die Messebeteiligung lohne sich nicht nur vor dem Hintergrund der internationalen Kontaktpflege, sondern schlage sich auch in gut gefüllten Auftragsbüchern nieder. Die Sprecher der Messe-AG sehen in dem Erfolg der Veranstaltung eine Art „Motor" für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. (dos)

Mit BIG werden Innovationen gefördert

Viel vor hat der Berliner Senat, um der Technologie in der alten Reichshauptstadt wieder zu dem ehemals angestammten Platz zu verhelfen. Die Fehler der Vergangenheit habe man erkannt und jetzt ausgeräumt, meinte der Berliner Senator für Wirtschaft und Verkehr, Elmar Pieroth. „Die Nachteile dieser Stadt können wir nicht nur mit Geld ausgleichen", meinte der Senator, „deshalb haben wir die Struktur verändert, um neuen Gesellschaften einen Anreiz zu bieten bei uns innovativ tätig zu werden".

Daß dies gelungen ist, konnte Pieroth mit eindrucksvollen Zahlen belegen: Erst vor vier Monaten hat der Senat zusammen mit der Technischen Universität das Berliner Innovations- und Gründerzentrum (BIG) eingerichtet, das jungen technologieorientierten Firmen den Unternehmensstart erleichtern soll. In dem ehemals von der AEG genutzten Gebäude in Berlin-Wedding nahmen Ende letzten Jahres 15 Gründerunternehmen auf fast 3000 qm Fläche ihre Arbeit auf. 1984 sollen nochmals zehn Firmen hinzukommen.

„Das Drei-Etagen-Haus", wie Wissenschaftssenator Wilhelm A. Kewenig das BIG nannte, biete einiges. In der ersten Etage ist die bereits existierende Grundlagenforschung im Bereich Technologie untergebracht. „Die zweite Etage versteht sich als Geburtsklinik für Unternehmer", meinte Kewenig, und komme Berlin dann zugute, „wenn es uns gelingt, die neuen Firmen zum Bleiben und Produzieren zu überzeugen". Die dritte Etage schließlich bilde der im Entstehen begriffene Forschungspark. Hier sollen die produzierenden Unternehmen untergebracht werden. Für Gelände und Gebäude wolle der Senat in diesem Jahr rund 2,7 Mill. DM investieren.

An der Brunnenstraße wird auch die Nixdorf AG ihr neues Berliner Werk ansiedeln. „Wir freuen uns, daß unsere Nachbarn aus der gleichen Welt sind", meinte Heinz Nixdorf. Dies sei auch einer der wesentlichen Gründe für den Entschluß gewesen, nach Berlin zu kommen. „Das Temperament, mit dem alle Beteiligten an die Sache herangehen, hat uns überzeugt". HENNER LAVALL

Nach Ausgliederung bestes Ergebnis

Die Sperry GmbH, Sulzbach, Tochter des gleichnamigen US-Mischkonzerns mit Schwergewicht im Bereich Computer, hat nach ersten Schätzungen ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1983/84 (31. 3.) um 20 Prozent auf rund 800 Mill. DM gesteigert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die ausgeschiedenen Hydraulik-Bereiche (Sperry Vickers) nur noch über neun Monate beteiligt waren.

Kostendämpfungsmaßnahmen und guter Umsatz haben zum besten Ergebnis geführt, „das Sperry in Deutschland je erzielen konnte", so Geschäftsführungssprecher Walter Haemmerle. Nach vorläufigen Angaben wurde ein Gewinn vor Steuern von 122 Mill. DM erzielt, von denen 114 Mill. DM allein aus dem Computer-Geschäft stammten. Dieser Bereich beschäftigt auch 1600 der insgesamt 1740 GmbH-Mitarbeiter. (wb.)

Noch Reserven bei Postbearbeitung

Die Telekommunikation und hier besonders der Teletex-Dienst werden zumindest mittelfristig keinen negativen Einfluß auf den Bedarf an Postbearbeitungsmaschinen ausüben", erklärte Jörn P. Stielow, Inhaber des gleichnamigen Unternehmens. Stielow, ursprünglich einer der führenden Hersteller mechanischer Adressiermaschinen, hatte 1983 auf diesem Markt einen erheblichen Einbruch erlitten, als neue elektronische Geräte an Boden gewannen. Man stellte jedoch selbst schnell auf die neue Technik um und dehnte außerdem seine Aktivitäten auf die Postbearbeitung aus. Der Jahresumsatz 1983 lag bei 36,5 Mill. DM und das mit deutlichem Gewinn. „Solange wir mit unserem System im Preis-Leistungs-Verhältnis richtig liegen, werden wir auch im Wettbewerb mit universellen Bürocomputern unseren Markt finden", sagt Stielow. (hdt.)

Neue Märkte erschließen

Die Pitney Bowes USA ist zwar weltweit größter Anbieter von Postbearbeitungsmaschinen, die Tochtergesellschaft Pitney Bowes Deutschland, Heppenheim, ist auf dem hiesigen Markt jedoch nur mit Abstand Zweiter. Sie konnte allerdings im letzten Jahr neue Nutzerkreise erschließen. So hat sich das telefonische Portovorgabesystem nach einjährigem Test durchgesetzt und wurde inzwischen von der Bundespost zugelassen. Für den privaten Paketversand United Parcel Service wurde ein Paketregistrierer entwikkelt. Neue Anwendungsbereiche wurden auch mit dem Dorsymed-Arztcomputer erschlossen. Sein Ausbau ist in drei Stufen möglich, beginnend mit der Patientendatenverwaltung über Abrechnung von Einzelleistungen bis hin zu kompletten Quartalsabrechnungen. (hdt.)

Unbürokratische Initiativen

Den Ansturm auf Lehrstellen im Blick – der Bildungsbericht der Bundesregierung geht 1984 von 735 000 Bewerbern aus –, fordert der Bundesverband Junger Unternehmer (BJU) neue, „unbürokratische" Initiativen:

- Unternehmen, die über den Bedarf hinaus Lehrlinge einstellen, sollen die Vergütung des einzelnen Auszubildenden so kürzen dürfen, daß die zusätzlichen Einstellungen kostenneutral bleiben.
- Betriebe, die allein nicht die Ausbildungsanforderungen erfüllen, sollen im Verbund mit anderen Firmen ausbilden; so wie in Hamburg schon erfolgreich praktiziert.

Darüber hinaus versucht der BJU mit der Aktion „Wie bewerbe ich mich richtig?" in 16 Städten allen Anfängern auf die Sprünge zu helfen. Erste Station ist Hannover und die Messe. (K.S.)

Höhere Auslands-Investitionen erhofft

Einen Augenblick lang läßt der Besucher allen Messe-Trubel hinter sich: Die rotgemusterten Saris der Hostessen, die Sitar-Musik – die Kulisse in Halle 21 mutet recht exotisch an. Nur eine wandernde Leuchtschrift oben an der Wand stört. „Indien ist das neuntgrößte Industrieland der Welt", ist da zu lesen. Eine Aussage, die für das Selbstbewußtsein stehen kann, mit dem die 377 indischen Aussteller nach Hannover gekommen sind. Sie wollen das Bild ihres Landes in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit zurechtrücken und auf ihre industrielle Leistungsfähigkeit aufmerksam machen. So heißt es zumindest in den offiziellen Äußerungen.

Zwar hat Indien in der Industrialisierung in den letzten Jahren einen großen Schritt nach vorn gemacht, im Außenhandel hat sich dies jedoch bisher kaum niedergeschlagen. Die traditionellen Exportgüter wie Baumwolltextilien, Jute und Tee dominieren auch weiterhin. Auf Industriegüter entfielen 1982/83 nur 5,5 Prozent der gesamten Ausfuhr von 88 Mrd. Rupien (etwa 22,9 DM).

Die Bestandsaufnahme des deutsch-indischen Warenaustausches fällt für den Subkontinent nicht sehr günstig aus. Seit zwei Jahren stagniert das Handelsvolumen bei 3,3 Mrd. DM. Den Löwenanteil mit 2,1 Mrd. DM im vergangenen Jahr machten die deutschen Exporte aus. Die Bundesrepublik rangiert damit unter den wichtigsten Importländern Indiens (ebenso wie bei den Exporten) an fünfter Stelle. Vor diesem Hintergrund ist verständlich, daß die indische Seite an die Messe in Hannover einige Hoffnung knüpft. Die Bundesrepublik dürfe in Indien nicht länger nur ein Exportland sehen, betonte Industrieminister Tiwari in Hannover gleich mehrfach. Derzeit beziehe die Bundesrepublik mit jährlich etwa 70 Mill. DM nicht einmal 0,1 Prozent der eingeführten technischen Produkte aus Indien.

Die Aussteller selbst geben sich in der Einschätzung ihrer Exportchancen in Europa betont vorsichtig. Eine Reihe von Anfragen europäischer Firmen, die Importvertretungen übernehmen möchten, seien eingegangen, heißt es bei Larsen & Toubro Ltd., Bombay, einem Mischkonzern (15 000 Beschäftigte, 315 Mill. Dollar Jahresumsatz), dessen Angebotspalette von elektrischen Schaltgeräten bis zu Anlagen für Zement- und Papierfabriken und Kernreaktorteilen reicht. Für Reifenvulkanisierpressen sieht Exportmanager J. R. Lamech in Europa durchaus einen Markt. Daß es aber möglich sein wird, den Absatz in den westeuropäischen Ländern wesentlich über die bisherige „nicht nennenswerte" Größenordnung hinaus zu erhöhen, glaubt er nicht.

Die indische Industrie hat vor allem ihre traditionellen Exportmärkte in Südostasien, aber auch in Afrika im Blick. Um sie weiter zu erschließen, ist sie an deutschem Know-how interessiert. Auf deutscher Seite besteht das Interesse an verstärkter Kooperation in gleichem Maße. Winkt so für manches Unternehmen doch gleich eine doppelte Chance: der Zugang zum großen indischen Markt sowie zu Drittländern, die sich einem Schwellenland wie Indien leichter öffnen.

Indien selbst hat zwar seit zwei Jahren die Wirtschaftspolitik zunehmend liberalisiert. Es besteht jedoch nach wie vor ein ausgeklügeltes System von Einfuhrverboten, das den Aufbau der eigenen Industrie erleichtern soll. Die eleganteste Möglichkeit, diese Hürden zu überspringen, ist die Produktion im Lande selbst. Für ausländische Beteiligungen gibt es zwar zahlreiche Anreize und Steuererleichterungen, allerdings auch gewisse Obergrenzen. Im Normalfall darf der fremde Kapitalanteil 40 Prozent nicht übersteigen. Ausnahmen sind möglich, wenn das Gemeinschaftsunternehmen sich mit Hochtechnologie beschäftigt oder seine Produkte überwiegend exportiert.

Die bisherige Bilanz der Zusammenarbeit zeigt den Nachholbedarf: Von 1957 bis 1983 wurden 1351 Kooperationsverträge (auch Lizenzverträge) zwischen deutschen und indischen Firmen abgeschlossen. Im vergangenen Jahr waren es 110. Von den 563 fortbestehenden Verträgen sind jedoch nur 149 echte Joint Ventures mit einer recht bescheidenen Investitionssumme von zusammen 200 Mill. DM. HEINZ STÜWE

Warenpreise – Termine

Etwas fester lagen die Gold- und Silbernotierungen am Montag an der New Yorker Comex kurz vor Sitzungsschluß. Uneinheitlich präsentierten sich bis dahin Kaffee und Kakao. Mit deutlichen Verlusten schloß Kupfer.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	9. 4.	6. 4.
Mai	370,00	366,50
Juli	352,25	348,00
Sept.	353,00	349,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	9. 4.	6. 4.
St. Lawrence 1 CW	242,17	245,97
Amber Durum	214,15	244,62

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	137,40	138,50
Juli	141,40	141,50
Okt.	143,40	143,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	133,40	132,90
Juli	128,10	127,80
Okt.	121,30	121,20

Hafer Chicago (c/bush)	9. 4.	6. 4.
Mai	187,75	188,00
Juli	183,75	182,75
Sept.	178,50	177,50

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	360,50	358,75
Juli	356,75	354,75
Sept.	325,25	322,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	9. 4.	6. 4.
Mai	133,70	133,50
Juli	133,40	133,50
Okt.	127,10	126,90

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	9. 4.	6. 4.
Terminkontr. Mai	150,15	150,90
Juli	145,35	145,53
Sept.	141,20	141,30

Kakao New York ($/t)	9. 4.	6. 4.
Terminkontr. Mai	2424	2415
Juli	2446	2440
Sept.	2444	2434
Umsatz	–	3858

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,29	6,27
Juli	6,83	6,88
Sept.	7,26	7,30
Okt.	7,51	7,52
Jan.	8,20	8,20
Umsatz	–	12 378

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	9. 4.	6. 4.
	6,09	6,11

Kaffee London (£/t) Robusta-	9. 4.	6. 3.
Kontrakt Mai	2082–2083	2093–2094
Juli	2025–2026	2030–2033
Sept.	1980–1981	1985–1987
Umsatz	2048	4659

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1765–1766	1758–1760
Juli	1772–1773	1761–1767
Sept.	1761–1763	1746–1747
Umsatz	1962	4469

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	167,80–168,00	169,20–169,40
Aug.	183,00–183,20	184,20–184,40
Okt.	194,60–194,80	195,80–196,00
Umsatz	2370	2233

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	9. 4.	6. 3.
schw. Sarawak spez.	325,50	325,00
weißer Sarawak	610,00	610,00
weißer Muntok	617,50	617,50

Orangensaft New York (c/lb)	9. 4.	6. 4.
Mai	183,80	180,00
Juli	181,00	178,00
Sept.	178,75	176,60
Nov.	176,95	173,30
Jan.	174,30	171,25
Umsatz	–	–

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	9. 4.	6. 4.
Südstaaten fob Werk	51,00	51,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,25	30,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	30,90	31,55
Juli	30,80	31,45
Aug.	29,70	30,30
Sept.	28,80	29,24
Okt.	27,50	27,50
Dez.	26,50	26,80
Jan.	26,20	26,40

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,25	32,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	13,00	29,50
Choice white hog 4% fr. F.	19,25	19,25

Talg New York (c/lb)		
top white	20,50	20,50
fancy	20,25	20,25
bleichfähig	18,50	18,50
yellow max. 10% fr. F.	17,00	17,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Apr.	49,50	49,25
Juni	58,85	56,85
Juli	59,55	59,50

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	73,50	72,20
Juli	72,55	71,60
Aug.	71,25	69,80

Häute Chicago (c/lb)	9. 4.	6. 4.
Ochsen einh. schwere River Northern	51,00	51,00
Kühe einh. schwere River Northern	56,00	56,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	803,00	806,00
Juli	813,00	814,50
Aug.	803,00	803,00
Sept.	764,00	764,50
Nov.	734,50	730,50
Jan.	746,50	743,00
März	758,50	756,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	204,00	203,20
Juli	209,20	208,20
Aug.	210,70	209,60
Sept.	207,00	206,50
Okt.	201,00	200,00
Dez.	202,00	201,50
Jan.	202,00	202,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	9. 4.	6. 4.
Mai	357,50	359,50
Juli	363,50	366,00
Okt.	365,60	368,00

Kokosöl New York (c/lb)	9. 4.	6. 4.
Westküste fob Werk	48,00	49,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	9. 4.	6. 4.
jegl. Herk. cif	1150,00	1150,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	500,00	500,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	745,00	800,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	230,00	226,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1115,00	1140,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	298,00	295,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	9. 4.	6. 4.
Mai	80,66	80,20
Juli	80,20	79,80
Okt.	77,65	79,70
Dez.	75,45	77,40
März	–	75,25
Mai	–	76,40

Kautschuk New York (c/lb), Händlerpreis		
loco RSS-1	56,50	56,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	9. 4.	6. 4.
Mai	418–430	418–428
Aug.	444–448	443–444
Okt.	450–456	446–447
Umsatz	109	113

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	9. 4.	6. 4.
Mai	49,20	49,20
Juli	49,20	49,20
Okt.	50,10	50,10
Dez.	50,10	50,10
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	9. 4.	6. 4.
Mai	579,00–584,00	581,00–586,00
Juli	580,00–581,00	585,00–590,00
Okt.	589,00–590,00	571,00–574,00
Umsatz	14	14

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	9. 4.	6. 4.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	9. 4.	6. 4.
April	13 903	13 885
Mai	13 873	13 858

Kautschuk London (p/kg)	9. 4.	6. 4.
Nr. 1 RSS loco	78,00–81,00	77,00–80,00
Mai	77,00–81,00	85,00
Juni	78,00–81,50	78,50
Juli/Sept.	81,80–82,00	80,50–80,70
		Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	9. 4.	6. 4.
April	254,50–255,00	244,50–245,50
Mai	258,00–258,50	252,00–252,25
Nr. 2 RSS April	248,00–249,00	243,50–244,50
Nr. 3 RSS April	244,50–245,50	240,00–241,00
Nr. 4 RSS April	237,50–238,50	233,00–234,00
		Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	9. 4.	6. 3.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 78 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	9. 4.	6. 4.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	132,67–132,86	368,89–369,08
drittfolg. Monat	132,67–132,88	376,39–376,57
Zink: Basis London		
laufend. Monat	258,71–259,90	256,86–286,04
drittfolg. Monat	257,64–257,83	280,79–280,98
Produz.-Preis	285,57	287,10
Reinzinn 99,9%	3654–3690	3636–3672

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	9. 4.	6. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	413,39–415,27	413,11–414,98
Blei in Kabeln	140,50–141,50	136,75–137,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,90
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	9. 4.	6. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	394–402	393–402
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	438–440	438–440
MS 63	434–439	434–439

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	9. 4.	6. 4.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	9. 4.	6. 3.
Leg. 225	456–473	456–473
Leg. 226	458–475	458–475
Leg. 231	488–505	488–505
Leg. 233	498–515	498–515

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	9. 4.	6. 3.
Platin (DM je g)	35,30	35,06
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 600	32 600
Rücknahmepr.	31 850	31 850
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 440	32 400
Rücknahmepr.	31 930	31 890
verarbeitet	34 050	34 000
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 220	32 150
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	785,70	782,60
Rücknahmepr.	769,80	768,80
verarbeitet	820,50	817,30

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	9. 4.	6. 4.
London 10.30	381,50	378,75
15.00	382,40	380,25
Zürich mittags	–	378,40–378,90
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	98 300	98 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	641,55	640,40
3 Monate	655,55	654,05
6 Monate	669,30	668,45
12 Monate	699,25	698,45

Platin (£-Feinunze) London	9. 4.	6. 4.
fr. Markt	273,50	271,65
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	111,50	111,05

New Yorker Preise	9. 4.	6. 4.
Gold H & H Ankauf	382,40	380,5
Silber H & H Ankauf	820,50	812,50
Platin fr. Händlerpr	385,00–388,00	–
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr	159,00–160,00	160,00–160,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
April	925,00	918,30
Mai	928,00	922,50
Juli	945,00	931,80
Sept.	962,00	938,00
Dez.	979,00	960,00
Jan.		983,80
März	–	994,20
Umsatz	–	28 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	9. 4.	6. 4.
April	69,70	70,50
Mai	69,90	70,45
Juni	69,85	71,20
Juli	70,30	71,80
Sept.	71,70	73,25
Dez.	73,60	75,25
Jan.	74,35	75,90
Umsatz	–	6 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	9. 4.	6. 4.
Kasse	951,50–952,50	981,00–982,00
3 Monate	972,00–972,50	1001,0–1001,5
Blei (£/t) Kasse	342,00–343,00	344,50–345,50
3 Monate	344,00–344,50	346,50–347,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1080,0–1080,5	1089,5–1090,5
3 Monate	1103,5–1104,0	1104,0–1104,5
abends Kasse	1081,5–1082,5	1085,0–1086,5
3 Monate	1096,5–1097,0	1099,0–1099,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1075,0–1077,0	1082,0–1083,0
3 Monate	1087,0–1089,0	1092,0–1094,0
Zink (£/t) Kasse	690,0–691,0	712,00–713,00
3 Monate	681,50–682,00	697,00–697,50
Zinn (£/t) Kasse	8680–8685	8675–8680
3 Monate	8705–8706	8705–8706
Quecksilber ($/Fl.)	310–320	318–320
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	84–86	84–86

Am 4. April 1984 entschlief im 69. Lebensjahr Herr

Josef Viehoff

Ehrenvorsitzender des Landestierschutzverbandes Nordrhein-Westfalen e. V.

Träger der höchsten Auszeichnung des Deutschen Tierschutzbundes

Der Verstorbene war fast zwei Jahrzehnte Vorsitzender unseres Verbandes, um dessen Aufbau und Leitung er sich dank seiner hohen Integrationsfähigkeit große Verdienste erworben hat.

Die stete Sorge um das Wohl der Tiere nahm ihn neben anderen Pflichten sein Leben lang in Anspruch.

In tiefer Trauer nehmen wir von Herrn Viehoff Abschied und werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Bochum, 6. April 1984

Landestierschutzverband Nordrhein-Westfalen e. V.
Vorstand

Unser geliebter Vater

Jürgen »Tommy« Blunck

* 11. Okt. 1923 † 7. April 1984

ist von allen seinen Leiden erlöst.

Für die Familie und alle, die ihm nahestanden

Maximilian Blunck
Morena Blunck

Südstrand 16
2105 Seevetal 2
(Bullenhausen)

Oberneulander Landstr.
2800 Bremen 33

Trauerfeier am Freitag, dem 13. April 1984, um 12 Uhr in der Kapelle von Over-Bullenhausen, Alter Elbdeich.

Statt zugedachter Blumen bitten wir die Alsterdorfer Anstalten in Hamburg zu bedenken. Konto bei der Hamburgischen Landesbank Nr. 720 904 (BLZ 200 500 00).

Wir nehmen Abschied von unserem Bruder, Schwager und guten Freund

Kaufmann

Josef Viehoff

Träger des Bundesverdienstkreuzes

der im Alter von 68 Jahren sanft entschlafen ist.

Seine überaus großzügige, selbstlose Hilfe und Unterstützung gegenüber Menschen und Tieren wird uns immer in Erinnerung bleiben.

Es trauern um ihn:

Emmy Obst geb. Viehoff
Hilde Viehoff
Werner Viehoff
Lieselotte Viehoff geb. Rathje
Michael Duda
im Namen aller Angehörigen und Freunde

4400 Münster, den 4. April 1984
Adlerhorst 1

Das Seelenamt und die Trauerfeier zur Einäscherung haben im engsten Kreise stattgefunden.

Im Sinne des Verstorbenen wäre anstelle von evtl. zugedachten Kränzen und Blumen eine Spende an den Landes-Tierschutzverband Nordrhein-Westfalen e. V., Postscheckkonto Essen 426 00-432, sinnvoll.

FINANZANZEIGEN

Wegen der Arbeitsruhe am Karfreitag fehlt uns wichtige Zeit bei der Vorbereitung unserer Wochenendausgabe vom 21. April.

Wir bitten deshalb unsere Inserenten:

Schicken Sie Anzeigenaufträge für die Samstag-Ausgabe vom 21. April möglichst frühzeitig an uns ab

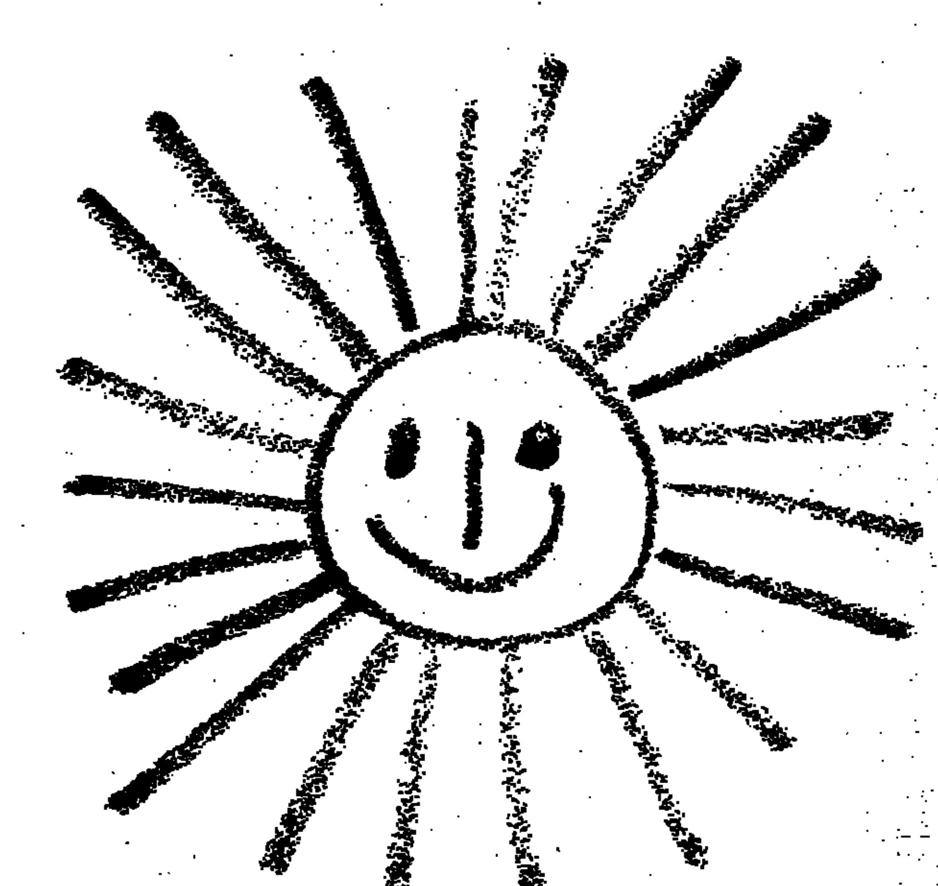
Sie helfen uns damit, Ihre Aufträge mit üblicher Sorgfalt ausführen zu können.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

4300 Essen 18/Kettwig
Im Teelbruch 100
Telefon (0 20 54) 10 11
Telex 08-579 104

1 Berlin 61, Kochstraße 50
Telefon (0 30) 2 59 11
Telex 01-84 611

2 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1
Telefon (0 40) 34 71
Telex 02-17 001 777



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten, Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44
Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61
Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Bundesanleihen

		9. 4.	6. 4.
F 5 Bund 78	5/84	99,90	99,95G
8 dgl. 78 III	9/84	99,95	99,95
8¼ dgl. 78	9/84	100,8G	100,8G
6 dgl. 78 IV	12/84	99,95	99,95
6¼ dgl. 79	1/85	99,95	99,95
8½ dgl. 73 I	3/85	101,95	101,85G
7 dgl. 79	4/85	100,7	100,7
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,9	100,85bG
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,55	101,6
8 dgl. 76 IV	10/85	101,75	101,75
5½ dgl. 78 II	3/86	98,15	98,15
5¾ dgl. 78	5/86	97,1	97
7¼ dgl. 76 I	12/86	100,45	100,46
6½ dgl. 79	1/87	98,5	98,5
7¼ dgl. 76 II	1/87	100,35	100,25bG
6¾ dgl. 77	4/87	99,05	99,05G
6½ dgl. 77	7/87	97,95bG	97,95
6 dgl. 77	10/87	96,2	96,25
6 dgl. 78 I	1/88	95,85	95,85
6½ dgl. 78 I	9/88	97,15	97,15G
6½ dgl. 78 II	12/88	96,86	96,8
6¾ dgl. 79	1/89	97,35	97,35
7¼ dgl. 79 I	4/89	98,7	98,7
10 dgl. 81	4/89	108,55G	108,55
7½ dgl. 79 I	6/89	99,1	98,95
8 dgl. 79 I	7/89	101,3	101,3
8 dgl. 79 II	8/89	101,2	101,2
7½ dgl. 79 II	9/89	99,1	99,1
7¾ dgl. 79 II	11/89	100	99,9
7¾ dgl. 80 I	1/90	100,05	99,95
10 dgl. 80	4/90	108,85	108,75
5¾ dgl. 78	5/90	92,05	91,9
8¼ dgl. 80 I	7/90	101,35	101,25
8¼ dgl. 80 II	11/90	101,3	101,25
7¾ dgl. 82	11/90	99,25	99,15
9 dgl. 81	2/91	104,45	104,45
10½ dgl. 81	7/91	110,8	110,7
10¾ dgl. 81	9/91	113,6	113,5
10 dgl. 81 II	12/91	109,75	109,65
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,55	108,45
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,65	108,6
6 dgl. 78 II	3/93	90,1	90bG
9,5 dgl. 82	4/92	107,4	107,35
9 dgl. 82	5/92	104,55bG	104,5
8½ dgl. 82	6/92	101,85	101,75
9 dgl. 82	8/92	104,65bG	104,55bG
8¾ dgl. 82	9/92	103,2bG	103,15bG
7¾ dgl. 82	12/92	97,75	97,7
7½ dgl. 83	1/93	96,05	95,85
7½ dgl. 83 II	3/93	96,15bG	96
7½ dgl. 83 III	5/93	97,3bG	97,1
8¼ dgl. 83	6/93	100,4	100,3
8 dgl. 83	7/93	99,4	99,25
8¼ dgl. 83 II	8/93	100,4	100,35
8¼ dgl. 83 III	10/93	100,4bG	100,3
8¼ dgl. 83 IV	11/93	100,4	100,3
8¼ dgl. 83 V	12/93	100,4	100,3
8¼ dgl. 84	1/94	100,4	100,3
8¼ dgl. 84 II	2/94	100,4	100,3
8 dgl. 84	3/94	99,5	99,5
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	101	101
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,3	101,3
8½ dgl. 80 S.3	2/85	101,5G	101,5
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,45	102,45
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	102,2	102,2
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,8	101,8G
8 dgl. 80 S.7	6/85	101,65	101,65bG
7½ dgl. 80 S.8	8/85	101,15	101,15bG
8½ dgl. 80 S.9	10/85	102,15	102,15
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	103,2G	103,2
9 dgl. 81 S.11	1/86	103,45	103,35
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	105,2	105,2G
10 dgl. 81 S.13	3/86	105,5	105,5
9½ dgl. 81 S.14	4/86	104,9G	104,9G
10 dgl. 81 S.15	4/86	105,75	105,75G
10½ dgl. 81 S.16	6/86	107,1	107,1
11 dgl. 81 S.17	8/86	108,5	108,5
10½ dgl. 81 S.18	10/86	107,85	107,85G
10 dgl. 81 S.19	10/86	106,75	106,75
9½ dgl. 81 S.20	11/86	105,55G	105,55bG
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	107,3	107,3
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,75G	106,75
9½ dgl. 81 S.23	12/86	105,65bG	105,65
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	105,85	105,85
9½ dgl. 82 S.25	3/87	105,55G	105,55G
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	105	105
9 dgl. 82 S.27	4/87	104,4	104,4
8½ dgl. 82 S.28	5/87	102,85	102,85
9½ dgl. 82 S.29	7/87	105,75	105,75
9 dgl. 82 S.30	8/87	104,2bG	104
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	103,5	103,25
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	102,05	101,85
8 dgl. 82 S.33	11/87	100,2	101,1
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	100,6	100,45
7½ dgl. 82 S.35	12/87	99,8	99,7bG
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	98,75	98,6
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	97,05	97,05
7 dgl. 83 S.38	5/88	97,75	97,75
7¾ dgl. 83 S.39	8/88	98,8	98,6
7½ dgl. 83 S.40	6/88	99,55	99,45
8 dgl. 83 S.41	6/88	100,8	100,65
8 dgl. 83 S 42	8/88	100,75	100,65
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,75	100,7
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,65	101,65
8 dgl. 84 S.45	3/89	100,55	100,4
7½ dgl. 84 S.46	4/89	98,85	98,85
F 5½ dgl. 79	2/85	100,15	100,15
8½ dgl. 73	2/85	101,55	101,55
7 dgl. 77	2/87	99,5	99,55
6 dgl. 77	9/87	96,05	95,85G
6 dgl. 78 II	7/88	94,75	94,75
6½ dgl. 77	5/89	95,65G	95,65
8 dgl. 79 I	7/89	101,35	100,9
6 dgl. 78 I	2/90	92,4	92,4
8 dgl. 80 II	7/90	100,5	100,5
9 dgl. 81	3/91	104,4	104,35
10½ dgl. 81	8/91	112,25	112,2
10¼ dgl. 81	11/1	111,25G	111,25G
8 dgl. 80 I	2/92	99,6	99,6
10 dgl. 82	2/92	110,15	110,05
9½ dgl. 82	7/92	107,6	107,5
8 dgl. 82	11/92	99,45	99,35
7¾ dgl. 83	1/93	97,55	97,3bG
8¼ dgl. 83	10/93	100,35	100,25

Bundesbahn

		9. 4.	6. 4.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,7	100,7
8¼ dgl. 76	8/84	100,75	100,75
6 dgl. 78 III	11/84	99,85	99,85

Bundespost

		9. 4.	6. 4.
F 6½ Bdpost 68	6/88	98,9G	98,9
8 dgl. 72 I	9/87	101,36	101,3
10 dgl. 81	3/89	108,4	108,4
10¼ dgl. 81	6/89	109,2	109,15
8 dgl. 80	3/90	100,5bG	100,45
7¾ dgl. 80	9/90	99,4	99,35
8¾ dgl. 80	12/90	103,9	103,8
10½ dgl. 81	10/91	112,25	112,25
9¾ dgl. 82	2/92	108,75	108,65
8¾ dgl. 82	6/92	103,3	103,15G
8½ dgl. 82	10/92	101,85	101,75bG
7¾ dgl. 83	2/93	97,45	97,45
8½ dgl. 83	9/93	101,8	101,7bG
8¼ dgl. 84	2/94	100,4	100,3

Länder – Städte

		9. 4.	6. 4.
S 6½ Bd.-Wtbg. 78	86	97,9	98
8¼ dgl. 82	92	100,45	100,45
M 7 Bayern 66	86	101G	101G
8½ dgl. 67	87	101,5G	101,5G
5 dgl. 68	85	99,5	99,5G
6 dgl. 78	88	94,8	94,75
8¾ dgl. 80	90	103	103G
8¾ dgl. 82	90	103	102,8
7½ dgl. 83	93	95,6	95,6
B 8½ Berlin 70	85	102,6G	102,6G
8 dgl. 72	85	101,6G	101,6
7 dgl. 77	85	100,8	100,8
6½ dgl. 78	88	97G	97G
8¾ dgl. 80	88	104,35	104,35
Br 7¾ Bremen 71	87	101G	101G
8 dgl. 72	87	101,5G	101,5G
7½ dgl. 83	93	95,6G	95,6
H 8½ Hamburg 70	85	101,25G	101,25G
6¼ dgl. 77	92	96G	96,25G
8 dgl. 80	92	100	100,1G
9¾ dgl. 82	92	108G	108G
7½ dgl. 83	92	95,7G	95,7G
8¼ dgl. 84	94	100,15	100,1
F 8 Hessen 71	86	100,75G	100,75
6¼ dgl. 78	88	94,6	94,6
Hn 8½ Nieders. 70	85	101,3G	101,3
7½ dgl. 72	87	100,5	100,5
8 dgl. 72	87	101,6G	101,6
7½ dgl. 79	87	99,8	99,8G
7¾ dgl. 82	92	97,25G	97,25G
8 dgl. 83	93	98,5	98,8G
D 7½ NRW 83	93	95	95,25
7¾ dgl. 83	93	96,95	96,7G
8½ dgl. 83	93	101,1	101,1G
8¼ dgl. 83	93	99,9G	99,9G
8¼ dgl. 84	92	99,8G	100,15G
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	100,15	99,8G
8 dgl. 71	86	100,5	100,5G
F 8½ Saar 70	85	100,8G	100,8G
7 dgl. 72	87	99,6G	99,6G
6 dgl. 78	88	94,7	94,7
H 6 Schl.-H. 64 II	84	99,8G	99,8G
7¼ dgl. 72	87	100,25G	100,25G
8½ dgl. 73	85	101,5	101,5
8 dgl. 84	94	99,5	99,6
D 7 Essen 72	85	100,25G	100,25G
M 6 München 64	84	100G	100G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,8G	100,8
7¾ dgl. 72	87	100,8G	100,8
8 dgl. 83	93	99	99G

Bankschuldverschreib.

	9. 4.	6. 4.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82G	82G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100,5G	100,5G
F 7½ Bakola Pf 104	100,75G	100,75G
8 dgl. Pf 106	103,4G	103,4G
10 dgl. Pf 108	107,75G	107,75G
7 dgl. KS 132	95,75G	95,75G
8 dgl. KS 155	99,35G	99,35G
9 dgl. KS 169	102,9G	102,9G
M 5½ Bayer.Hdbk Pf 14	92,5TG	92,5TG
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	95,75G	95,75G
7 dgl. Pf 3	95,25bG	95,25bG
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
8½ dgl. KS 14	97,5G	97,5G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	125G	125G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G
6 dgl. Pf 34	75bG	75bG
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	81,75G	81,75bG
8 dgl KS 1	99,4G	99,4bG
M 6 Lda Aufb. IS 15	97,75G	97,75G
6 dgl. IS 16	96,5bG	96,5bG
6 dgl. IS 17	95,25G	95,25G
8½ dgl. KO 49	102,25G	102,25G
8½ dgl. KO 48	102,25G	102,25G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	100G	100G
9½ dgl. Pf 105	100,7G	100,7G
10 dgl KS 307	100,5G	100,5G
9¾ dgl. IS 726	102,25G	102,25G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	120G	120G
5½ dgl. Pf 28	75G	75G
6 dgl. Pf 4	91G	91G
6½ dgl. Pf 3	85,5G	85,5G
8¼ dgl. Pf 12	86G	86G
7 dgl. Pf 20	97G	97G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103bG	103bG
7 dgl. Pf 31	99,75G	99,75
6 dgl. Pf 34	94,5T	94,5T
6½ dgl. Pf 37	99bG	99bG
8 dgl. Pf 51	101G	101G
HaS BrHam. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl Pf 80	87,75G	87,75G
7½ dgl. Pf 87	93G	93G
6 dgl. KS 28	80,5G	80,5G
7 dgl. KS 30	99,1G	99,1G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120G	120G
5 dgl. Pf 54	116,5G	116,5G
6 dgl. Pf 109	80bG	80G
6½ dgl. Pf 129	87,5G	87,5G
6½ dgl. Pf 141	86,5G	86,5G
7 dgl. Pf 143	92G	92G
7 dgl. KO 113	100,5G	100,5G
9 dgl. KO 217	101,75G	101,75G
9 dgl. KO 215	101,75G	101,75G
9¼ dgl. KO 218	101,75	101,75
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	118G	118G
5½ dgl. Pf 50	73,5G	73,5G
8 dgl. Pf 84	–	–
9 dgl. KS 139	103,9G	103,9G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	101,7	101,7
9 dgl. Pf 239	104G	104G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	109G	109G
7 dgl. KS 35	99,8G	99,8G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	92,65T	92,65T
6 dgl. IS 71	99,8G	99,8G
6¼ dgl. IS 73	97,8G	97,8G
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	83G	83G
6 dgl. KO 45	79G	79G
7 dgl. KO 97	100,35G	100,35G
7½ dgl. KO 185	97G	97G
9 dgl. KO 129	102,25G	102,25G
10 dgl. KO 125	100,3G	100,3G
Ha6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,85G	99,85G
10 dgl. KS 134	102G	102G
8¾ dgl. KS 140	101,2G	101,2G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 129	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	80G	80G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	74G	74G
5½ dgl. Pf 59	80G	80G
6 dgl. Pf 162	79G	79G
B 9 Dt.Pf.Wl. Brl. 482	104,5G	104,5G
Br 8 Dt. Schiffbk. Pf 46	100,3G	100,3G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	99,65G	99,65G
6¼ dgl. Pf 60	95,85G	95,85G
6¾ dgl. Pf 74	98,35G	98,35G
6¼ dgl. Pf 76	98G	98G
Br 6½ dgl. Pf 77	94,1G	94,1G
8 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	102,6G	102,6G
F 5 Ft. Hypobk. Pf 66	70,5T	70,5T
5½ dgl. Pf 53	78G	78G
6 dgl. Pf 79	78G	78G
6 dgl. Pf 130	92,35G	92,35G
6½ dgl. Pf 133	98,75G	98,75G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
6 dgl. 14	90,6G	90,6G
6 dgl. 47	79	79,5
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,4	94,4G
8 dgl. Pf 73	101,3G	101,3G
4 dgl. KO 5	102G	102,5G
H 6 Hyp.L.Hbg. Pf 96	81,75	81,75G
6½ dgl. Pf 80	90,15	90,15
8 dgl. Pf. 248	100,8	100,8
8 dgl. KO 125	–	–
8 dgl. KO 175	102	101,55G
9 dgl. KO 259	103,1	103,1G
9¾ dgl. KO 262	101,15G	101,15G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	114,5G	114,5G
5 dgl. Pf 12	70G	70G
7 dgl. Pf 25	95G	95G
10 dgl. Pf 40	101,5	101,5
6 dgl. KO 30	99,95G	99,95G
9¾ dgl. K 84	102G	102G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100G	100G
5½ dgl. Pf 11	88G	88G
7 dgl. Pf 12	91,5G	91,5G
4½ dgl. KO 6	100G	100G
7½ dgl. KO 80	100G	100G
8½ dgl. KO 81	100,5G	100,5G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101,75bG	101,75bG
6 dgl. Pf 28	89G	89G
6 dgl. Pf 49	86G	86G
8¼ dgl. KS 8	101,75G	101,75G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	80,5G	80,5G
7 dgl. Pf 97	90,75	90,75
10 dgl. Pf 33	102,5G	102,5G
6½ dgl. KS 78	97,75G	97,75G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 98	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	86G	86G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	103G	103G
6½ dgl. Pf 42	99G	99G
Ha7 Nord. Lbk. Pf 1	95,2G	95,2G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101,5G	101,5G
9 dgl. KO 53	102,5G	102,5G
7½ dgl. IS 6	100,25G	100,25G
10 dgl. IS 37	100,9G	100,9G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	118G	118G
6 dgl. Pf 58	101,5G	101,5G
6 dgl. Pf 95	80G	80G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	125G	125G
5½ dgl. K	110G	110G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	93,75G	93,75G
6½ dgl. Pf 67	86G	86G
5½ dgl. KO J+E	125G	125G
9¾ dgl. KO 58	101,5G	101,5G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 69	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	71,25G	71,25G
7 dgl. Pf 125	97,5G	97,5G
7 dgl. Pf 128	90G	90G
8 dgl. Pf 177	104,25G	104,25G
6 dgl. KS 77	79G	79G
6½ dgl. KS 80/1	–	–
8¼ dgl. KS 110	102,5G	102,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	84,75G	84,75G
5½ dgl. Pf 43	84,15G	84,15G
8 dgl. Pf 58	78,75G	78,75G
7 dgl. Pf 61	89G	89G
8 dgl. Pf 70	102,25G	102,25G
9 dgl. Pf 68	101,9G	101,9G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,75G	98,75G
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,5G
M 6 Südboden Pf 41	89,5G	89,5G
5¼ dgl. Pf 57	77G	77bG
6½ dgl. Pf 143	94,5bG	94,5bG
7 dgl. Pf 87	95bG	95bG
7½ dgl. Pf 104	97,25G	97,25G
7 dgl. KS 49	94G	94G
7½ dgl. KS 81	101bG	101G
8 dgl. KS 133	99G	99G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25bG
9 dgl. KS 185	103,5G	103,5G
9½ dgl. KS 171	104,5G	104,5G
M 5 Vachank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78G	78bG
7 dgl. Pf 100	100,4G	100,4bG
D 8 WestLB Pf 350	101,4G	101,4G
6¾ dgl. Pf 403	97,75G	97,75G
9½ dgl. Pf 1007	106,2G	106,2G
8 dgl. Pf 1015	99,45G	99,45G
7 dgl. KO 556	100,45G	100,45G
6¾ dgl. KS 420	96,25bG	96,25bG
9¼ dgl. KO 1301	105,2G	105,2G
8½ dgl. KS 1278	101,85G	101,85G
8 dgl. IS 1512	100,2G	100,2G
9¼ dgl. IS 1520	102,5bG	102,5G
6½ dgl. IS 679	94,45	94,4bG
7½ dgl. IS 1509	100,5G	100,5G
D 4 Westf. Land. Pf 4	100G	100G
6 dgl. Pf 16	95,5G	95,5G
6½ dgl. Pf 19	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 20	90G	90G
D 6¼ Westf.Hypo. Pf 550	101,5G	101,5G
9¾ dgl. Pf 564	103,9G	103,9G
9¾ dgl. KS 294	102,9G	102,9G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	77,5G	77,5G
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 6½ Wür. Kolu Pf 1	88,5G	88,5G
7 dgl. Pf 5	100,15G	100,15G

Ausländer kaufen Renten

DW. – Zur allgemeinen Überraschung hatte die jüngste Diskonterhöhung in den USA keine Folgen für den deutschen Rentenmarkt. Das wird darauf zurückgeführt, daß in den USA selbst die Bondskurse am Wochenende eher erholt waren, und daß der Dollar gegenüber dem Wochenschluß nachgebend notierte. Im öffentlichen Bereich wurden namentlich Emissionen mit mittleren und längeren Laufzeiten bis zu 0,20 Prozentpunkte heraufgesetzt. Die Inländer halten sich zurück, besonders zu merken bei den Pfandbriefen, wo die Umsätze minimal waren.

Sonderinstitute

	9. 4.	6. 4.
D 6 DSLB Pf 28	85G	85G
6 dgl. Pf 47	81G	81G
7 dgl. Pf 63	90G	90G
7½ dgl. Pf 99	90bG	90bG
8 dgl. Pf 104	100G	100G
8 dgl. Pf 165	100,25G	100,25G
5½ dgl. RS 45	98,25G	98,25bG
6 dgl. RS 73	97G	97G
8 dgl. RS 120	-Zhg.	-Zhg.
8½ dgl. RS 153	102,5G	102,5G
7 dgl. RS 162	98,75G	98,75G
9½ dgl. RS 172	104,25bG	104,25bG
9 dgl. RS 186	105,5G	105,5G
10 dgl. RS 193	105,5G	105,5G
11¼ dgl. RS 195	108,5G	108,5G
D 6½ IKB 69	100G	100G
F 7½ KFW 70	100,9	100,9
8 dgl. 70	101,3G	101,3
7¾ dgl. 79	99,75	99,75
F 10 Kredit 81	109,75	109,75
F 8½ Kd.Wied.aufb. 82	100,4	100,3G
7½ dgl. 83	96,45	96,45
8¼ dgl. 83	100,3	100,3
F 6 Lanwl.Rentbk. RS 14	99,85G	99,85G
6 dgl. RS 15	97,75	97,75G
6 dgl. RS 16	97,65	97,6
6 dgl. RS 19	98,65	96,65G
6 dgl. RS 20	99,9G	99,9G
6 dgl. RS 21	99,7G	99,7
6 dgl. RS 26	99,8G	99,8G
7½ dgl. RS 27	100,25G	100,25G
6¾ dgl. RS 60	97,25G	97,25G
7 dgl. 94	95,75G	95,75G
7 dgl. 99	100,5	100,5
8 dgl. 101	99,8G	99,8
7½ dgl. 102	98G	98
8½ dgl. 126	104,5G	104,5G
D 8 LAG TS 76	101,7G	101,7G
8½ dgl. TS 77	97,5G	97,5G
5½ dgl. 78	93,9G	93,9
7 dgl. 78	99,3	99,3

Industrieanleihen

	9. 4.	6. 4.
F 6 Badenwerk 64	99,65G	99,65G
6 dgl. 78	Zhg.	Zhg.
5 BASF 59	99,5G	99,25G
5 Bayernw. 59	98,75G	98,75G
F 6 Chem. Hüls 71	Zhg.	99,7
7¾ Conti. Gum. 71	99,25	99,25G
6 Dt. Texaco 64	99,75G	99,75G
5¾ HEW 62	97	96,75G
7½ dgl. 71	100,25G	100,1G
4½ Harpen 59	198bG	198bG
6 Hoechst 64	99,75G	99,75G
6 Hoesch 64	99,5T	99,5T
7½ dgl. 71	98,5G	98,5G
7½ Karstadt 71	99,5G	99,5
7½ Kaufhof 71	100	99,5G
7¾ dgl. 71	100	100
7½ dgl. 76	99,7G	99,7G
7½ Klöckner W. 71	98,7G	98,7G
8 dgl. 72	99,8	98,75G
5 Mannesmann 59	98,75	99,3
6 NWK 61	99,36	99,3G
6 dgl. 62	99	99G
8 OstDon. Krwk. 64	95T	95G
F 6 Rh.Braw. 63	95,5T	95,5bG
6 dgl. 65	95,5G	95,5G
6 RWE 63	95T	96,25T
6 dgl 65	95G	95G
7¾ dgl. 71	99,75T	99,75G
7 dgl. 72	98,9T	98,9G
6 Rh.-M.-Don. 62	97,25G	97,25G
6½ dgl. 68	99T	99T
8 Schleswag 71	99,9T	99,9T
5 STEAG 59	99G	99G
7½ Thyssen 71	99,5T	99,5bG
8 dgl. 72	99,75G	99,75G
7¼ dgl. 77	96,5	96,75G
8 VEW 71	100bG	100T
6¾ dgl. 77	96T	95,75G
7 VW 72	98,75	98,9

Optionsscheine

	9. 4.	6. 4.
F 11 BASF Over Zee 82	62	63,2
7¼ Bayer Fin. 78	65,2	66,9
10½ Bayer Fin. 82	76,5	77,4
7½ BHF Bk. Int. 83	109,8	113,5
5¾ Ciba-Geigy 75	985	989
3½ Commerzbk. 78	59	64,8
7 Combk. Int. Lux. 83	72	74
4½ Dt. Bk. Comp 77	137,4	144
3½ Dt. Bk. Int 83	133,4	136,2
8¼ Degussa 83	150	153
4 Dresdner Bk. Int. 83	60,1	63,5
4 dgl. 83 II	65	69,8
10 Hoechst 75	320	335
6¾ dgl. 79	73,8	75
8 Hoechst 83	85	86,9
7½ Jap.Syn Rubber 82	–	2150
5¾ Jusco 83	–	3455
Mitsui 82	265	–
7¾ Siemens 83	192,5	196,5
6,875 Schering 83	113	113
4 Veba 83	51	55,1
8½ Wells F. 73	335	335bG
F 8½ BASF 74	64,8	66
Stumpf 78	80,2bG	83bG

Optionsanleihen

	9. 4.	6. 4.
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	118G	118G
7½ dgl. 83 oO	79	79
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	119G	121
F 3½ dgl 78 oO DM	89,5bG	90bG
4½ C F DT Bk 77 mO $	130	133G
4½ dgl. 77 oO $	83,75	83,5
3¾ Dt. Bk. 83 mO	125,5T	126,25
3¾ dgl. 83 oO	84,6	84,6
6¼ Dt. Bk. 83 mO	108,5	110
6¼ dgl. 83 oO	74	73,5T
4 Dresd Bk. 83 mO	108,5	109,5
4 dgl. oO	85,85	85,25
7½ Jap. Synth. 82	186G	184G
7½ dgl. 82 oO	101,75G	101,75G
5¾ Jusco 83 mO	148,75G	151,75
5¾ dgl. 83 oO	94,5	94,5
F 6½ Wells F. 73		
4 Veba 84 mO	119	121,5
4 Veba 84 oO	77,75	77,75
mO DM	129G	129G
8½ dgl. 73 oO DM	96,3G	96,3G
F 8½ BASF 74 m O	147bG	–Zhg
8½ BASF 74 oO	101exD	–Zhg
3¼ Bayer 84 mO	120,5	120,9
5 Conti 84	61	64,6
5 Conti 84 mO	141	144,75
5 Conti 84 oO	80,25	80,25
M 3½ Stumpf 88 mO	174G	174G
M 3½ Stumpf oO	86G	86G

Währungsanleihen

	9. 4.	6. 4.
6¼ Kopenhagen 72	95,5G	95,5
8¼ Norwegen 79	99G	99G

Wandelanleihen

	9. 4.	6. 4.
F 5 Bayer 69	101,95	101,95
H 8 Beiersdorf 82	167T	167G
D 9 Girmes 74	370	370
6½ KSB 83	126,25	126,25

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	9. 4.	6. 4.
F 4¾ AKZO 69	97T	97T
F 5 Acus Corp. 83	111G	111
F 3½ Air Nippon 78	96,5	98,5
F 3½ Asahi Opt. 78	121G	121
F 4¾ Canon Inc. 77	400	408G
F 3½ Cas. Comp 78	280G	281G
F 5¾ Daei Inc 80	133,75	135G
F 4¾ Fujitsu Lim. 78	723G	720G
F 5 dgl. 79	483G	482G
F 5½ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	131G	133G
F 3½ Jusco Co 78	108	108G
F 6 Komatsu 76	155,5G	155,5G
F 6 Konishiroku Pho 81	132,5G	132,5G
F 6¾ dgl. 82	126	126G
F 3½ Korakuen 78	100T	103,5
F 7½ Kraft Inc. 70	114,5	114
F 3½ Marudai F 78	103G	104,5
F 6 Michelin Int. 70	95G	95G
F 5¾ Minolta 77	215T	215T
F 4 dgl. 79	161G	182
F 6½ Mitsub. Ch. 76	234T	236
F 6,75 Mitsub. H 81	149G	149G
F 6 dgl. 81	112,5	111
F 6 Nichii Co Ltd 80	128G	129G
F 3¾ Nippon Sh. 78	169G	169G
F 3½ Nissan Mot 78	96,5	96,5
F 4 Nisshin Steel 78	215	215G
F 6½ Oce v d Gr 69	100G	100G
F 3½ Olympus 78	231G	233G
F 3¾ Omron Tat 79	455G	450G
F 4¾ Onoat Fin 79	256	255G
F 3½ Ricoh Comp. 78	228	230
F 6¼ Rorvin Int 72	100bG	152,1
F 3¾ Sanden Corp 78	116G	116
F 3¼ Sanyo Elec. 78	205T	205T
F 6½ Sekisui 76	143,5	143G
F 3¼ Stanley 78	148T	151T
F 6 Taiyo Yuden 82	137	142
F 5 Texaco Int 66	36,75	97
F 3½ Tok. Elec 78	490	490G
F 4 Tokyu Land 79	–	115
F 3½ Trio Kenw 78	–	104,750G
F 6½ Uny Ltd 79	235T	235T

Ausländische Aktien in DM

	9. 4.	6. 4.		9. 4.	6. 4.		9. 4.	6. 4.
F L'Air Liquide	175G	175G	F General Electric	137	134	F Pakhoed	55	56T
D Alcn	86	87	F General Foods	122T	120G	F Pakhoed Z.	55	53,5T
F Alcan	83,5	84	F General Mining	58G	58G	M PanAm	[illegible]	[illegible]
F Alcoa	100	100	D General Motors	169	165	D Parker Drilling	29,7	29,5
F Alg.Bk.Nedld.	352	350	D Gen. Shopping	331G	331	F Peko Wallsend	13,3	13,25
F All Nippon Air	4,2G	4,3G	D Gevaert	147G	150G	M Pepsi	98,4	98,2
M ALPS El	30	29,2	F Goodyear	68	67	F Pernod-Ricard	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]



Aktivseite — Konzern-Bilanz zum 31. Dezember 1983 — Passivseite

Aktivseite

	DM	DM	DM	31. 12. 1982 in 1000 DM
1. Kassenbestand			43 087 817,71	34 387
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			905 556 541,21	831 101
3. Postscheckguthaben			4 943 500,75	1 850
4. Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere			147 672 702,81	156 201
5. Wechsel			103 877 198,63	115 643
darunter: a) bundesbankfähig ...... DM 30 039 672,26				
b) eigene Ziehungen ..... DM 8 269 875,30				
6. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		253 888 442,83		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten	648 484 035,37			
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	1 597 999 917,54			
bc) vier Jahren oder länger	459 752 917,29	2 706 236 870,20	2 960 125 312,83	3 348 406
7. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen				
a) des Bundes und der Länder		-,-		
b) sonstige		-,-	-,-	–
8. Anleihen und Schuldverschreibungen				
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren				
aa) des Bundes und der Länder	141 042 421,95			
ab) von Kreditinstituten	150 531 664,73			
ac) sonstige	273 872,86	291 847 959,54		
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank DM 261 082 125,02				
b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren				
ba) des Bundes und der Länder	708 356 524,99			
bb) von Kreditinstituten	418 407 903,71			
bc) sonstige	48 991 642,35	1 175 736 071,05	1 467 604 030,59	1 288 066
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank DM 1 082 689 418,20				
9. Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind				
a) börsengängige Anteile und Investmentanteile		79 799 366,95		
b) sonstige Wertpapiere		1 641 652,89	81 441 019,84	85 129
darunter: Besitz von mehr als dem zehnten Teil der Anteile einer Kapitalgesellschaft oder bergrechtlichen Gewerkschaft ohne Beteiligungen .... DM 1 300 985,89				
10. Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
a) weniger als vier Jahren		5 200 232 571,42		
b) vier Jahren oder länger		2 695 792 862,92	7 896 025 434,34	6 017 922
darunter: ba) durch Grundpfandrechte ges. DM 2 483 716,70				
bb) Kommunaldarlehen .... DM 514 712 546,82				
11. Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand			21 452 176,55	23 227
12. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			99 345 858,13	39 707
13. Beteiligungen			85 014 200,22	123 878
darunter: an Kreditinstituten .... DM 43 818 457,55				
14. Grundstücke und Gebäude			182 991 625,27	162 628
15. Betriebs- und Geschäftsausstattung			58 327 608,91	39 566
16. Ausstehende Einlagen auf das Grundkapital			-,-	–
17. Eigene Aktien			-,-	–
Nennbetrag: DM -,-				
18. Anteile an einer herrschenden oder mit Mehrheit beteiligten Gesellschaft			-,-	–
Nennbetrag: DM -,-				
19. Eigene Schuldverschreibungen			-,-	–
Nennbetrag: DM -,-				
20. Sonstige Vermögensgegenstände			30 463 365,13	23 345
21. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) Unterschiedsbetrag gem. § 156 Abs. 3 S. 2 AktG		2 770 898,56		
b) sonstige		1 159 251,21	3 930 149,77	1 059
22. Konzernverlust			-,-	–
Summe der Aktiven			14 091 760 542,69	12 259 115
23. In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den unter der Passivseite vermerkten Verbindlichkeiten sind enthalten				
a) Forderungen an verbundene Unternehmen			30 614 775,12	61 507
b) Forderungen aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des Gesetzes über das Kreditwesen fallenden Krediten, soweit sie nicht unter a) vermerkt werden			89 384 193,75	77 882

Passivseite

	DM	DM	DM	31. 12. 1982 in 1000 DM
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		882 415 341,29		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten	993 104 211,24			
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	2 151 246 920,19			
bc) vier Jahren oder länger	337 706 355,13	3 482 057 486,56		
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 233 567 661,73				
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		38 755 912,45	4 183 228 740,30	3 573 519
2. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern				
a) täglich fällig		1 717 957 938,85		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten	3 586 623 847,62			
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	779 221 186,78			
bc) vier Jahren oder länger	245 405 715,46	4 611 250 749,86		
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 185 501 567,67				
c) Spareinlagen				
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	948 038 983,74			
cb) sonstige	886 019 348,02	1 834 058 331,76	8 163 267 020,47	7 325 753
3. Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von				
a) bis zu vier Jahren		359 948 558,20		
b) mehr als vier Jahren		365 904 891,80	725 853 450,00	493 478
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 206 743 851,39				
4. Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf			203 168 707,69	146 212
5. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			99 245 858,13	29 707
6. Rückstellungen				
a) Pensionsrückstellungen		85 223 148,05		
b) andere Rückstellungen		101 111 128,27	186 334 276,32	175 189
7. Wertberichtigungen				
a) Einzelwertberichtigungen		-,-		
b) vorgeschriebene Sammelwertberichtigungen		-,-	-,-	–
8. Sonstige Verbindlichkeiten			15 282 451,72	12 906
9. Rechnungsabgrenzungsposten			59 357 360,81	51 293
10. Sonderposten mit Rücklageanteil				
a) gem. § 52 Abs. 5 EStG		32 772,00		
b) gem. § 6b EStG		1 870 385,00	1 903 157,00	3 608
11. Grundkapital			119 300 000,00	119 300
12. Offene Rücklagen				
a) gesetzliche Rücklage		186 558 750,00		
b) andere Rücklagen				
Stand 31. 12. 1982	103 441 250,00			
Einstellung aus dem Jahresüberschuß	5 000 000,00	108 441 250,00	295 000 000,00	290 000
13. Konzerngewinn			28 952 061,14	30 463
Unterschiedsbetrag gemäß § 331 Abs. 1 Ziffer 3 AktG			10 875 030,51	7 675
Ausgleichsposten gemäß § 331 Abs. 1 Ziffer 2 AktG für Anteile in Fremdbesitz				
a) Anteile am Kapital		5 300,00		
b) Anteile an den Rücklagen		6 651,60		
c) Anteile am Gewinn		477,00	12 428,60	12
Summe der Passiven			14 091 760 542,69	12 259 115
14. Eigene Ziehungen im Umlauf			3 790 871,22	338
darunter: den Kreditnehmern abgerechnet .... DM 3 790 871,22				
15. Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln			340 130 230,30	376 082
16. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen			989 874 321,69	841 399
17. Verbindlichkeiten im Falle der Rücknahme von in Pension gegebenen Gegenständen, sofern diese Verbindlichkeiten nicht auf der Passivseite auszuweisen sind			-,-	–
18. Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-,-	–
19. Sparprämien nach dem Sparprämiengesetz			9 571 397,13	15 720
20. In den Passiven sind an Verbindlichkeiten (einschließlich der Verbindlichkeiten unter 14 bis 18) gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten			875 304,96	5 396

Aufwendungen — Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. 1. – 31. 12. 1983 — Erträge

Aufwendungen

	DM	DM	1982 in 1000 DM
1. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		692 476 762,31	855 665
2. Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte		16 511 325,16	11 532
3. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		140 181 583,77	88 086
4. Gehälter und Löhne		211 762 751,01	189 404
5. Soziale Abgaben		32 313 482,77	28 879
6. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		21 479 329,50	17 112
7. Sachaufwand für das Bankgeschäft		96 120 583,83	75 853
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung		21 863 827,52	17 981
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen		1 352 203,91	1 689
10. Steuern			50 384
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	31 374 412,70		38 670
b) sonstige	355 395,18	31 729 807,88	11 714
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme		-,-	–
12. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		1 870 385,00	3 932
13. Sonstige Aufwendungen		17 579 725,76	13 796
14. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- und eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		-,-	–
15. Jahresüberschuß		25 559 343,14	29 251
Summe der Aufwendungen		1 310 801 111,58	1 363 564

Erträge

	DM	DM	1982 in 1000 DM
1. Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		992 717 121,13	1 106 977
2. Laufende Erträge aus			107 720
a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	102 666 254,85		92 322
b) anderen Wertpapieren	2 779 624,28		3 310
c) Beteiligungen	12 342 417,85	117 788 296,98	12 088
3. Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften		138 101 657,38	112 011
4. Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		56 783 901,28	30 461
5. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		-,-	–
6. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter 4 auszuweisen sind		1 835 235,73	6 070
7. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		3 574 899,08	325
8. Erträge aus Verlustübernahme		-,-	–
9. Jahresfehlbetrag		-,-	–
Summe der Erträge		1 310 801 111,58	1 363 564

	DM	DM	1982 in 1000 DM
1. Jahresüberschuß		25 559 343,14	29 251
2. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		8 548 195,00	6 339
		34 107 538,14	35 590
3. Entnahmen aus offenen Rücklagen			
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-,-		
b) aus anderen Rücklagen	-,-	-,-	–
		34 107 538,14	35 590
4. Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen			
a) in die gesetzliche Rücklage			
aa) aus dem Jahresüberschuß der Obergesellschaft	-,-		–
ab) aus dem Jahresüberschuß der Untergesellschaften	-,-		–
	-,-		–
b) in andere Rücklagen			
ba) aus dem Jahresüberschuß der Obergesellschaft	5 000 000,00		5 000
bb) aus dem Jahresüberschuß der Untergesellschaft	155 000,00		127
	5 155 000,00	5 155 000,00	5 127
		28 952 538,14	30 463
5. Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn		477,00	–
6. Konzerngewinn		28 952 061,14	30 463

Der Konzernabschluß und der Konzerngeschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.

Hamburg, 6. Februar 1984

Deutsche Warentreuhand- und Kontinentale Treuhand-Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Günter Bock, Wirtschaftsprüfer

Dr. Middendorf, Wirtschaftsprüfer

Graepel, Wirtschaftsprüfer

Vermerk der Pensionszahlungen gemäß § 159 Aktiengesetz

Im Geschäftsjahr wurden DM 12 682 649,63 Pensionszahlungen einschließlich Zahlungen an rechtlich selbständige Versorgungskassen geleistet.
Für die folgenden fünf Geschäftsjahre rechnen wir mit Versorgungszahlungen in Höhe von je 104%, 110%, 115%, 121%, 129% dieses Betrages.

Hamburg, im Februar 1984

VEREINS-UND WESTBANK
Aktiengesellschaft

Bandow · Bechtolf · Luckey
Meincke · v. Pannwitz · Wascheck

Die Beteiligungen der Vereins- und Westbank enthielten zum 31. Dezember 1983 im wesentlichen folgende Unternehmen:

	Kapital in Mill. DM	Beteiligung in %	Dividenden der Kapitalgesellschaften in % 1980	1981	1982
1. Konsolidierte Unternehmen					
Beteiligungs- und Handelsgesellschaft in Hamburg mbH, Hamburg	1,0	100	150	200	608
Boden-GmbH in Hamburg, Hamburg	1,0	100	18	18	18
Conrad Hinrich Donner, Hamburg	30,0	100			
Eiderhof Grundstücks-GmbH, Hamburg	0,5	100	Ergebnisabführungsvertrag		
Grundstücksgesellschaft Holstenbrücke GmbH Kiel, Kiel	0,1	100	50	50	50
Hamburger Datenverarbeitungs-Gesellschaft mbH, Hamburg	0,1	74	20	20	20
26 % liegen bei der Tochtergesellschaft Beteiligungs- und Handelsgesellschaft in Hamburg mbH					
HKV Hanseatische Kreditbank GmbH, Hamburg	8,0	100	14	14	14
Nicolai AG, Hannover	2,0	100	7	7	4
Kreditbank Hameln Nicolai & Co, Hameln	2,7	99,8			
NORDINVEST Norddeutsche Investment-Gesellschaft mbH, Hamburg	2,0	100	–	5	–
VEREINS- UND WESTBANK INTERNATIONALE Société Anonyme, Luxemburg *)	37,5	100	8	–	–
Verwaltungsgesellschaft Katharinenhof mbH, Hamburg	1,0	100	Ergebnisabführungsvertrag		
Verwaltungsgesellschaft Katharinenhof mbH & Co KG Westerland, Hamburg	1,0	100			
2. Sonstige Beteiligungen von 25% und mehr am Grund- bzw. Stammkapital von Kreditinstituten					
Bankhaus Neelmeyer AG, Bremen	18,0	27,9	10	10	10+2
Deutsche Schiffsbeleihungs-Bank Aktiengesellschaft, Hamburg	35,0	28,5	8	10	10
Deutsche Schiffspfandbriefbank Aktiengesellschaft, Berlin	1,0	26,2	10	10	10
HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mbH, Hamburg	4,0	25,0	18	18	30
Hanseatische Investitions-Bank GmbH, Hamburg	5,0	66,7	12	–	–
SKV KREDIT-BANK GMBH, Kiel	5,1	66,7	14	14	14
3. Sonstige Beteiligungen von 25% und mehr am Grund- bzw. Stammkapital von anderen Unternehmen					
Bavaria-St. Pauli-Brauerei Aktiengesellschaft, Hamburg	27,1	26,3	12	12	6
Holsten-Brauerei AG, Hamburg	30,0	25,1	12	12	12
Conrad Scholtz AG, Hamburg	7,5	51,0	10	10	10
UNION Verwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft mbH, Hamburg	0,6	100	–	–	–

4. Beteiligungen an Personengesellschaften von 25% und mehr des Gesellschaftskapitals	Kapital in Mill. DM	Beteiligung in %
Bankgeschäft Heinrich Alten, Uelzen	1,8	33,3
Bankhaus C. L. Seeliger, Wolfenbüttel	8,0	25
Grundstücksgesellschaft Moorweide mbH & Co, Hamburg	10,0	45
5. Sonstige Beteiligungen		
ADIG Allgemeine Deutsche Investment-Gesellschaft mbH, München	4,8	2,1
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main	40,0	0,4
Deutsche Schiffahrtsbank Aktiengesellschaft, Bremen	35,0	6,3
Gesellschaft für Zahlungssysteme mbH, Frankfurt/Main	50,0	1,5
Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH, Frankfurt/Main	1,0	0,4
Liquidations-Casse in Hamburg Aktiengesellschaft, Hamburg	1,1	5,3
Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt/Main	250,0	0,7
Lombardkasse Aktiengesellschaft, Berlin, Frankfurt/Main	9,0	2,1
Niedersächsischer Kassenverein Aktiengesellschaft, Hannover	0,5	1,2
Norddeutscher Kassenverein Aktiengesellschaft, Hamburg	1,0	14
Noreco Finanz AG, Zürich	Mill. sfrs. 20,0	7
Privatdiscont-Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main	100	2,4

*) Rücklagendotierung 1980 19,0 Mill. lfrs.
1982 20,4 Mill. lfrs.
50,0 Mill. lfrs. Agio aus Kapitalerhöhung

VEREINS-UND WESTBANK
Aktiengesellschaft

Neben den unter Ziffer 1. aufgeführten Beteiligungsgesellschaften wurden die nachstehenden Unternehmen, an denen mittelbare Beteiligungen bestehen, in den Konzernabschluß 1983 einbezogen:

AURUM Beteiligungs- und Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Hamburg

„idema" Gesellschaft für Information, Design und Marketing mbH, Hamburg

MERKURHOF Grundstücksgesellschaft mbH, Hannover (Tochtergesellschaften der Beteiligungs- und Handelsgesellschaft in Hamburg mbH, Hamburg)

Banco Promotor del Comercio Latinoamericano S. A., Panama (Tochtergesellschaft der VEREINS- UND WESTBANK INTERNATIONALE S. A., Luxemburg)

„NORD" Grundstückstreuhand-, Beteiligungs- und Wirtschaftsberatungsgesellschaft mbH, Flensburg (Tochtergesellschaft der Verwaltungsgesellschaft Katharinenhof mbH, Hamburg)

Die Gesellschaft ist außerdem an verschiedenen regionalen Bürgschaftsgemeinschaften beteiligt.

Am 31. Dezember 1983 bestanden Einzahlungsverpflichtungen auf nicht voll eingezahlte Aktien und GmbH-Anteile in Höhe von DM 1 078 000,-.

Haftungsverhältnisse bestanden am 31. 12. 1983 im Rahmen der Beteiligung an der im Jahre 1974 gegründeten Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt/Main. Die Gesellschaft ist an dem DM 250 Mill. betragenden Stammkapital, von dem die Mitgliedsinstitute des Bundesverbandes deutscher Banken e. V. insgesamt DM 75 Mill. übernommen haben, mit DM 1 675 000,- beteiligt. Es besteht für die Gesamtheit der Gesellschafter eine Nachschußpflicht in Höhe von insgesamt DM 750 Mill. Davon entfällt auf die Gesellschaft ein Anteil von DM 5 025 000,-. Die Einzahlung der Nachschüsse, die nur aufgrund eines Gesellschafterbeschlusses gefordert werden kann, hat nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile zu erfolgen. Für die Erfüllung der Nachschußverbindlichkeit eines Gesellschafters, von dem die Zahlung ggfs. nicht erlangt werden kann, stehen die übrigen, demselben Verband angehörenden Gesellschafter im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile als selbstschuldnerische Bürgen ein.

In den Konzernabschluß einbezogene Gesellschaften haben aufgenommene Darlehen in Höhe von DM 140 603,13 grundpfandrechtlich besichert.

Ferner hat die Gesellschaft sich gem. § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von in ihrem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen.

Die ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres verliefen zufriedenstellend.

Hamburg, im April 1984

VEREINS-UND WESTBANK
Aktiengesellschaft

Aufgrund des vorstehenden Prospekts sind

DM 15 000 000,-

neue, auf den Inhaber lautende Aktien aus der Kapitalerhöhung 1984 mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1984

300 000 Aktien zu je DM 50,-, Nr. 4598001–4898000

der

VEREINS-UND WESTBANK
Aktiengesellschaft

Hamburg

an den Wertpapierbörsen zu

Hamburg, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hannover und München

zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen worden.

Hamburg, Berlin, Bremen, Bochum, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hannover, Lübeck, München, *Stuttgart*

im April 1984

VEREINS- UND WESTBANK AKTIENGESELLSCHAFT

DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

BAYERISCHE VEREINSBANK AKTIENGESELLSCHAFT

DEUTSCHE BANK BERLIN AKTIENGESELLSCHAFT

BADEN-WÜRTTEMBERGISCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT

BANKHAUS NEELMEYER AKTIENGESELLSCHAFT

BAYERISCHE HYPOTHEKEN- UND WECHSEL-BANK AKTIENGESELLSCHAFT

BERLINER BANK AKTIENGESELLSCHAFT

BERLINER COMMERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT

BERLINER HANDELS- UND FRANKFURTER BANK

COMMERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT

DELBRÜCK & CO.

DRESDNER BANK AKTIENGESELLSCHAFT

EFFECTENBANK – WARBURG AKTIENGESELLSCHAFT

HANDELSBANK IN LÜBECK AKTIENGESELLSCHAFT

METALLBANK GMBH

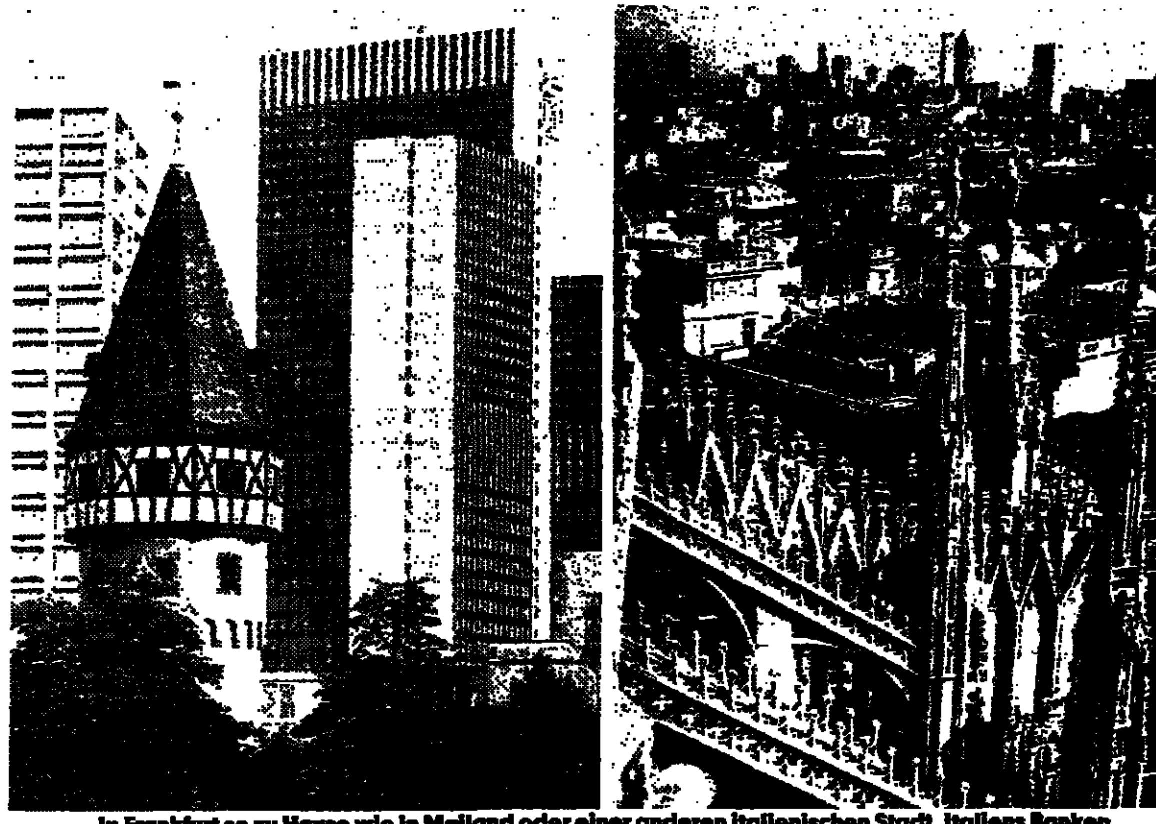
B. METZLER SEEL. SOHN & CO.

M. M. WARBURG-BRINCKMANN, WIRTZ & CO.

WESTFALENBANK AKTIENGESELLSCHAFT

ITALIENS BANKEN IN DEUTSCHLAND

Wirtschaftliche Beziehungen ohne die Mitwirkung von Banken und Sparkassen sind undenkbar. Das Ausmaß ihres Engagements auf fremdem Boden liefert auch einen verläßlichen Parameter für das Klima zwischen den Staaten.



In Frankfurt so zu Hause wie in Mailand oder einer anderen italienischen Stadt, Italiens Banken FOTO: DW

Bilanz ist wieder im Gleichgewicht

Von SIGRID ESSER

Zwischen 1979 und September 1983 verhielt sich der Gesamtsaldo der italienischen Zahlungsbilanz ausgesprochen zyklisch: 1979 und 1981 verzeichnete er einen Überschuß von 1824,1 bzw. 1533 Mrd. Lire, und schon nach den ersten neun Monaten 1983 wurde ein positiver Saldo von über 4209 Mrd. Lire registriert. Dagegen schloß die Zahlungsbilanz 1980 und 1982 mit einem Defizit von 6297,9 bzw. 2521 Mrd. Lire ab.

Seit 1980 weist vor allem die Leistungsbilanz Defizite auf; jedoch hat sich dieser Trend in den ersten neun Monaten 1983 abgeschwächt (minus 357 Mrd. Lire gegenüber minus 6354 Mrd. im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres). Entscheidend war dabei hauptsächlich die auf die Entwicklung des Warenverkehrs zurückzuführende negative Außenhandelsposition Italiens. So war die Handelsbilanz zwischen 1979 und 1983 ständig defizitär. Ihren Tiefpunkt mit minus 13 991 Mrd. Lire erreichte sie während der zweiten Erdölkrise 1980. Erst seit 1981 ist ein leichter Erholungstrend festzustellen.

Der dank der Einkünfte aus dem Fremdenverkehr traditionell positive Saldo der Dienstleistungsbilanz hat seit 1981 deutlich abgenommen. Grund dafür war im wesentlichen die starke Zunahme der privaten und öffentlichen Auslandsverschuldung Italiens. Dies bestätigte sich in der Kapitalverkehrsbilanz, die das Ansteigen ausländischer Kredite von 2749 Mrd. Lire 1980 auf 11 386 Mrd. 1981 auswies.

Da jedoch aufgrund dieser besorgniserregenden Entwicklung im Laufe des Jahres 1982 einige währungspolitische Maßnahmen getroffen wurden, die darauf ausgerichtet waren, mit einer Verschärfung der Bedingungen für die Außenhandelsfinanzierung und einer Beschränkung der Lira-Kredite die Privatverschuldung im Ausland einzudämmen, konnte noch im selben Jahr der Saldo der Kapitalbilanz auf 3687 Mrd. Lire abgebaut werden. Auch in den ersten neun Monaten von 1983 beschränkte er sich auf 4386 Mrd. Lire.

Der italienische Handelsaustausch mit den EG-Ländern verlief, was den Warenverkehrssaldo anbetrifft, im wesentlichen parallel zum Gesamtwarenverkehr mit dem Ausland. Der Passivsaldo von 5687 Mrd. Lire im Jahre 1980 konnte 1982 bis auf 1976 Mrd. Lire abgebaut werden. Auch hier ist die Verbesserung der Bilanzsituation fast ausschließlich auf den drastischen Rückgang der Importe zurückzuführen, deren Zuwachsrate zwischen 1981 und 1982 15,1 Prozent gegenüber 25,8 Prozent auf der Exportseite betrug.

Der Anteil der italienischen Exporte in die Bundesrepublik ist im Zeitraum 1980–82 gesunken: Während ihr Anteil an den Gesamtausfuhren in die EG-Länder 1980 noch 38,5 Prozent betrug, gingen sie 1981 auf 36,0 und 1982 schließlich auf 34,0 Prozent zurück.

Dagegen sind die Importe aus der Bundesrepublik leicht angestiegen. Die deutsch-italienische Zahlungsbilanz erbrachte in den Jahren 1979–1983 immer ein positives Ergebnis für Italien. Dieser Aktivsaldo ist ausschließlich auf den Bereich Dienstleistungen und Übertragungen zurückzuführen, insbesondere auf den Devisenzufluß aus dem Fremdenverkehr und auf die Überweisungen der italienischen Arbeitnehmer in Deutschland in ihre Heimat.

Doch neben diesen beiden stabilen Faktoren haben sich andere Bilanzposten wesentlich variabler und vor allem uneinheitlich entwickelt und verdeutlichen die Verschlechterung der italienischen Außenhandelsposition. 1978 und 1979 registrierte man noch einen Aktivsaldo von 3,5 Mrd. DM bzw. 920 Mill. Mark. Das Jahr 1980 brachte jedoch mit einem Defizit von 3,1 Mrd. Mark eine Tendenzwende, die sich 1981 mit minus 4 Mrd. DM und 1982 mit minus 3,9 Mrd. Mark fortsetzte.

Nahezu im Gleichgewicht (minus 0,5 Mrd. DM) konnte die deutsch-italienische Handelsbilanz erst wieder 1983 abgeschlossen werden, was auf einen positiven Trend in den italienischen Außenhandelsbeziehungen schließen läßt, der sich auch in den Steigerungsraten der letzten beiden Monaten des vorigen Jahres und dem Januar 1984 (+22,8, +25,5, +16,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr) niederschlägt.

Der Export von Industriegütern war im allgemeinen stark von den Erzeugnissen bestimmt, die für die italienische Wirtschaftsentwicklung der letzten 30 Jahre tragend war. In den letzten Jahren ist jedoch, besonders auf seiten einiger italienischer Regionen, die Tendenz festzustellen, technologisch hochwertige Produkte verstärkt in die EG und speziell nach Deutschland auszuführen.

Zu den wichtigsten Erzeugnissen, die Italien aus der Bundesrepublik importiert, zählen Steinkohle, Aluminium, Kupfer, Maschinen, Motoren, Elektroanlagen, Kraftfahrzeuge, Pharma- und chemische Produkte. Darüber hinaus führt Italien deutsches Rindfleisch und andere tierische Produkte wie Käse usw. ein.

Im Gegensatz zur beobachteten negativen Entwicklung der italienischen Exporte in die Bundesrepublik zeichnete sich bei dem Anteil der Importe aus Deutschland, gemessen an den Importen aus dem gesamten EG-Raum, zwischen 1980 und 1982 eine allgemein deutliche Steigerungstendenz ab. Dies macht deutlich, daß die plötzliche Abschwächung der italienischen Importe nicht die deutschen Produkte betroffen hat. Quantitav blieb die Einfuhr aus der Bundesrepublik mit 3,1, 3,2 und 3,2 Mrd. DM 1981, 1982 und 1983 recht konstant. Die Steigerungsrate von 18,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr im Januar 1984 läßt jedoch hoffen, daß sich die allgemeine wirtschaftliche Belebung 1984 positiv auf den deutsch-italienischen Handel auswirken wird.

Aus dem starken Gewicht, das die deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen für die Produktionsstruktur der beiden Länder haben, ergibt sich die zentrale Rolle, die die Kreditinstitute in der Förderung und Durchführung dieser Beziehungen haben.

Auf die Eröffnung der Filialen Frankfurt und München von seiten des Istituto Bancario San Paolo di Torino im Jahre 1979 und 1980 folgten Niederlassungen mehrerer italienischer Banken in der Bundesrepublik.

Ihre Hauptaufgabe sehen die Filialen italienischer Banken in der aktiven Unterstützung des deutsch-italienischen Handelsverkehrs. Sie finanzieren Warengeschäfte durch Bereitstellung kurz- und mittelfristiger Kredite, wickeln Akkreditive und den allgemeinen Zahlungsverkehr ab und übernehmen Kurssicherungsgeschäfte. Die Filialen in Frankfurt sind an der dortigen Devisenbörse tätig.

Natürliche Zielgruppen sind hauptsächlich die in Deutschland ansässigen Firmen, die mit Italien Import- und Exportgeschäfte betreiben und deutsche oder auch internationale Firmen, die auf dem italienischen Markt mit eigenen Niederlassungen präsent sind. Außerdem betreuen die Banken Tochtergesellschaften italienischer Firmen in Deutschland.

Sigrid Esser ist leitende Mitarbeiterin der Sanpaolo Bank, Frankfurt

KAPITALVERKEHR / Beschränkungen behindern Investitionen

Abbau der Schutzmaßnahmen ist jetzt vordringlich

Achtzehn italienische Banken haben in der Bundesrepublik ihre Repräsentanzen. Dies spricht dafür, wie intensiv der Wirtschaftsaustausch zwischen beiden Ländern ist.

Italien ist, wie es Botschafter Ferraris unlängst auf einem Seminar der Banco di Sardegna in Köln betonte, „eine wirtschaftliche Kraft ersten Ranges und steht, auch in anderen Bereichen, auf der gleichen finanziellen Ebene wie die Bundesrepublik. Auch wenn es da einige Schwierigkeiten gibt." Über Schwierigkeiten wurde in Köln in Anwesenheit deutscher und italienischer Banker und Fachleute der verschiedenen Ministerien gesprochen.

Ausgemacht wurden sie in bezug auf den Kapitalfluß, bei der Kreditaufnahme für italienische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und für ihren Geldtransfer nach Italien, wenn sie die Bundesrepublik auf Dauer verlassen.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand natürlich die Frage des deutsch-italienischen Kapitalverkehrs. Hier spielt die Freizügigkeit eine entscheidende Rolle, wenn man berücksichtigt, daß Waren im Werte von 32 Milliarden Mark nach Italien exportiert und aus Italien fast der gleiche Betrag, nämlich 31 Milliarden, importiert werden.

Das zeigt, zu welcher wirtschaftlichen Verflechtung es innerhalb der europäischen Gemeinschaft schon gekommen ist. Aber sind auch die drei Grundfreiheiten des Vertrages verwirklicht, nämlich die Freiheit des Warenverkehrs, die Freiheit des Personenverkehrs und das Niederlassungsrecht, hat es bei der Freiheit des Kapitalverkehrs innerhalb der Gemeinschaft kaum Erfolge gegeben, und das macht sich auch im deutsch-italienischen Verhältnis bemerkbar.

Wirtschaftspolitik harmonisieren

Der Kapitalverkehr in der Gemeinschaft ist nach wie vor durch einen sehr unterschiedlichen nationalen Liberalisierungsprozeß gekennzeichnet. In der Bundesrepublik ist der Kapitalfluß, insbesondere gegenüber Drittländern, völlig frei.

Hier geht man, wie es Rudolf Morawitz vom Bundeswirtschaftsministerium formulierte, nach der Devise vor: „Alles ist im Kapitalverkehr zulässig, was nicht verboten ist. In Italien ist es leider nicht so, wie in anderen Ländern; dort gilt die Devise, alles ist verboten, was nicht ausdrücklich erlaubt ist."

So bestehen in Europa nach wie vor vielfältige dirigistische Regelungen und Kontrollmaßnahmen mit der Folge, daß die Kapitalmärkte innerhalb der europäischen Gemeinschaft weitgehend gegeneinander abgeschottet sind.

Erfolge hinsichtlich einer weitergehenden Liberalisierung werden auch solange ausbleiben, solange die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten nicht ausreichend harmonisiert sind. Denn in vielen Mitgliedsländern wird die Kontrolle des Kapitalmarktes als Steuerungsinstrument auch für die Wirtschaftspolitik angesehen.

So werden zum Beispiel in Italien die Auslandsanleihen ziemlich genau von der jeweiligen Zahlungsbilanz abhängig gemacht.

Das steht mit den römischen Verträgen insofern in Einklang, als sie den Mitgliedsländern die Möglichkeit gaben, nach Artikel 108/109 des EWG-Vertrages Schutzmaßnahmen einzuführen. Davon haben Frankreich, aber auch Italien, Gebrauch gemacht.

Einen Hoffnungsschimmer sieht man in Bonn, wie es Morawitz formulierte, in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes.

Dieser hat Ende Januar 1984 entschieden, daß Zahlungen für grenzüberschreitende Dienstleistungen zwischen den Mitgliedstaaten nicht beschränkt werden dürfen. Diese Entscheidung hat primär Konsequenzen für den Fremdenverkehr, für Geschäfts- und Studienreisen, aber darüber hinaus auch für die übrigen Dienstleistungen. Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, daß die Bezahlung und damit auch die Ausfuhr von Devisen frei sein muß.

Wenn man in der Zukunft alle Dienstleistungen, auch im Versicherungs- und im Bankenbereich, innerhalb der Gemeinschaft frei kaufen kann, ist diese Entscheidung als wesentlicher Fortschritt zu betrachten. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat diese Entscheidung gerade deswegen ausdrücklich begrüßt und die Hoffnung geäußert, daß der Europäische Gerichtshof auf diesem Weg weitergehen werde.

Denn immerhin enthält ja der EWG-Vertrag in seinem Artikel 67 die Verpflichtung zur schrittweisen Beseitigung aller Beschränkungen im Kapitalverkehr. Das Ausmaß der Liberalisierung wird durch die Erfordernisse des Gemeinsamen Marktes abgesteckt.

Eigentlich hätten die Kapitalverkehrsbeschränkungen schon bis 1970 abgebaut sein müssen. Aber auch insoweit sind die EG-Partner säumig. Es existieren lediglich zwei Richtlinien aus dem Jahre 1960 und 1963, die zu einer größeren Freizügigkeit der Direktinvestitionen, der Käufe und Verkäufe von Börsen- und Wertpapieren geführt haben. Es ist auch der Immobilienerwerb liberalisiert worden, aber gerade in diesem Bereich haben Italien und Frankreich von Schutzklauseln Gebrauch gemacht.

Speziell Italien hat italienische Investitionen im Ausland seit 1975 in der Form beschränkt, daß 50 Prozent der Investitionssumme bei der italienischen Staatsbank zinslos hinterlegt werden müssen. Davon sind nicht nur Direktinvestitionen im Ausland betroffen, sondern auch der Erwerb von Wertpapieren. Lediglich für Anleihen der Gemeinschaft und der europäischen Investitionsbanken gibt es Ausnahmen. Hinzu kommt die Beschränkung, daß nur Importe mit einem Zahlungsziel bis zu fünf Jahren von einer Genehmigung frei sind.

Morawitz zu diesen Beschränkungen: „Das sind alles nach wie vor Maßnahmen, die natürlich auch die Entscheidungen, Investitionen in Italien zu tätigen, beeinträchtigen. Denn selbstverständlich wird ein ausländischer Investor von diesen Regelungen betroffen."

Positiv wurde auf dem Seminar der Banco di Sardegna vermerkt, daß es in Italien keinerlei Beschränkungen bei dem Re-Transfer von Kapital gibt.

Aber unter dem Strich nehmen sich die deutschen Investitionen in Italien mit rund 2,7 Milliarden Mark, die italienischen in der Bundesrepublik mit 600 bis 700 Millionen Mark nicht sehr beeindruckend aus; selbst wenn man berücksichtigt, daß die gesamte Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren wegen der weltweiten Rezession niedrig war. Aber die Europäische Kommission rechnet für Europa immerhin mit einem Wachstum von über 2 Prozent in diesem Jahr, so daß in der gesamten Gemeinschaft die Investitionstätigkeit steigen wird.

Immer noch Gefälle innerhalb Italiens

Zu den rechtlichen Schwierigkeiten, die ganz Italien betreffen, kommt ein erhebliches wirtschaftliches Gefälle zwischen dem Norden und dem Süden des Landes hinzu. Es ist heute noch so, daß das Schwergewicht aller ausländischer Unternehmensgründungen in Norditalien mit dem Schwerpunkt Mailand liegt. Die Gründe sind für den Süden negativ zu formulieren: Die Entfernung zu den europäischen Wirtschaftszentren ist von Catania rund 100 km weiter als von Mailand, und die Infrastruktur ist im Mezzogiorno noch nicht auf dem Stand der Lombardei.

Es ist deshalb notwendig, daß die Infrastruktur in Süditalien entscheidend verbessert wird. Es wird von seiten der Europäischen Gemeinschaft viel getan, es gibt den Regionalfond und die europäische Investitionsbank, die etwa vierzig Prozent ihrer Mittel nach Süditalien vergibt. Und Erfolge sind nicht ausgeblieben. Hinzu kommen Mechanismen der italienischen Währungspolitik, so wird etwa das Währungsrisiko für den Mezzogiorno abgesichert.

Im industrialisierten Europa sieht man dieses Instrument nicht so gerne, weil dadurch erhebliche Wettbewerbsverzerrungen geschaffen werden, aber soweit es Infrastruktur-Finanzierungen betrifft, ist Kritik noch nicht laut geworden. Bedenken bestehen dagegen im Industriebe- reich, wie sie auch in Köln von der Bundesbank geäußert wurden. Nach ihren Berechnungen, so Kurt Andreas, Hauptabteilungsleiter Kredit der Deutschen Bundesbank, „bedeutet etwa eine Wechselkursgarantie für ein achtjähriges Darlehen zu acht Prozent auf acht Jahre angelegt, im-

● Fortsetzung Seite 19

SIZILIEN / Weg vom Öl

Die Region setzt auf Elektronik

Sizilien, Italiens südlichste Region und größte Insel des Mittelmeeres, sucht den Anschluß an das technologische Niveau Nordeuropas.

Mit umfangreichen Investitionsanreizen der Region wirbt man um moderne Industrie. Wichtigste Mittel im Kampf um die Gunst der Investoren sind Zuschüsse zu den Zinszahlungen bei Kreditaufnahme und Steuererleichterungen.

Hier mit bankmäßigen Service-Leistungen zu helfen, ist die zentrale Aufgabe der Banco di Sicilia, wie ihr Deutschland-Direktor Leonardi betont.

Die Förderung erfolgt für alle Branchen gleich, besonders positiv ist jedoch die Entwicklung, so Leonardi, im Bereich der Verarbeitungsindustrie landwirtschaftlicher Produkte. Hier gibt es eine ganze Reihe neuer Firmen, die erfolgreich ein Engagement auf Sizilien eingegangen sind.

Zukunfts-Sektoren sind neben dem agroalimentären Bereich der Tourismus, der mit neuen Anlagen (zum Beispiel Ciacca Mare) wieder auf die Insel aufmerksam macht, Elektronik und der gesamte Komplex der Kommunikation.

Sizilien hat eine relativ lange Erfahrung mit staatlicher Investitionsförderungspolitik – und die ist nicht durchweg positiv. So hat es sich als Fehler mit Langzeitwirkung herausgestellt, daß man in den 50er Jahren, etwa in Sirakus, voll auf die Petro-Industrie setzte. Die arbeitsmarktpolitischen Momente waren gering, der Schaden für die Ökologie, mithin auch für so wichtige Bereiche wie den Tourismus und die Landwirtschaft dagegen enorm. S. H.

Immer noch strukturelles Gefälle zwischen Mezzogiorno und Mailand

● Fortsetzung von Seite 18

merhin ein Subventionsäquivalent von fast 50 Prozent. Wenn man im Verlauf dieser acht Jahre die Wechselkursveränderungen berücksichtigt, ist das ein Subventionsäquivalent, das im Grunde genommen für Industrie-Investitionen nicht akzeptabel ist."

Als weiteres Handicap für Süditalien wird in Fachkreisen bemängelt, daß das Ausbildungssystem noch nicht auf dem Stand der Gemeinschaft ist. Auch hier hofft man auf einen Beschluß der Europäischen Gemeinschaft, demzufolge jeder Jugendliche nach Absolvierung seiner Schulzeit noch mindestens ein Jahr weiterführende Ausbildung erfahren soll.

Allerdings hat in Italien gerade im Währungsbereich eine Entwicklung eingesetzt, deren Ziel eine größere Liberalisierung ist. Antonio Spallanzani, Leiter der Rechtsabteilung des Italienischen Amtes für Devisenhandel: „Es gibt Verwaltungsakte und Gesetzentwürfe, die Italien dazu bringen werden, sich in das internationale Finanzsystem einzuordnen. Das ist unser Ziel. Dieses Ziel wird natürlich nur in Etappen erreicht werden können und immer auch im Hinblick auf die Entwicklung der Zahlungsbilanz."

Für Italien ist eine derartige Entwicklung überfällig. Denn immerhin betrifft das Geschäft mit dem Ausland 52 Prozent des nationalen Bruttosozialproduktes. Es gibt in Italien eine reale, europäische Verflechtung, der sich die gesetzliche Wirklichkeit anpassen muß.

Ein erster Schritt wurde mit einem Gesetz getan, das es Italien gestattet, mit Ausländern in Bezug auf Export und Import von Waren und in Bezug auf Tourismus und Dienstleistungen Verträge abzuschließen, die die italienische Seite in eine Schuldnerposition bringen, was früher nicht so einfach möglich war. Es ist auch die Möglichkeit geschaffen worden, Verträge abzuschließen, deren Ziel Kapitalinvestitionen in Italien sind.

Auch in der entgegengesetzten Richtung, was den Kapitalfluß von Italien ins Ausland betrifft, sind eine Reihe von Transaktionen liberalisiert worden. Zum Beispiel Direktinvestitionen von Unternehmen, der Kauf von Wertpapieren die im Ausland ausgegeben oder bezahlt sind, der Kauf von Immobilien innerhalb der EG und der Kauf von Teilen gemeinsamer Investitionsfonds.

Für diese Verträge gilt aber nach wie vor die Bardepotpflicht in Höhe von 50 Prozent, und diese Maßnahme hindert eine größere Bereitschaft der Italiener, dort zu investieren. Antonio Spallanzani: „Durch diese Maßnahme hat sich Italien von ausländischen Finanzmärkten abgekapselt und den italienischen Sparer dann daran gehindert, im Ausland zu investieren."

Ungehindert hat sich dagegen die Internationalisierung italienischer Unternehmen entwickelt, weil diese Unternehmen das Bardepot nicht erstellen müssen. Sie müssen lediglich dem italienischen Devisenamt nachweisen, daß diese Investitionen für die italienische Wirtschaft vorteilhaft sind. Diese Anträge werden regelmäßig bewilligt.

Aber die italienischen Banken haben vorgeschlagen, daß Genehmigungserfordernis gänzlich abzubauen.

So spricht vieles dafür, daß sich Italien in einen liberalisierten internationalen Finanzmarkt mittelfristig komplett eingliedern wird – zu seinem eigenen Nutzen.

H. B.

Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

AUF EINEN BLICK

Banca Commerciale Italiana
Große Gallusstr. 9
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 0611/28 73 63-5
Telex 4 11 752

Banca D'Italia
Brentanostr. 18
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 0611/72 70 44-5
Telex 4 12 452

Banca Nazionale Dell'Agricoltura
Roßmarkt 9
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 0611/28 47 03, 28 19 15
Telex 4 14 324

Banca Nazionale Del Lavoro
Bockenheimer Landstr. 2
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 0611/72 61 54
Telex 4 12 703

Banca Popolare Di Milano
Gutleutstr. 5
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 0611/23 62 65, 23 61 65
Telex 4 11 434

Banco Di Napoli
Ulmenstr. 23–25
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 0611/72 34 41
Telex 4 11 679

Banco Di Roma
Roßmarkt 12
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 0611/29 50 65
Telex 4 12 078

Banco Di Sicilia
Schillerstr. 2
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 0611/71 220

Cassa Di Risparmio Delle Provincie Lombarde
Große Gallusstr. 9
6000 Frankfurt/M. 1
Telefon 0611/28 07 56
Telex 4 12 862

Cassa Di Risparmio Di Firenze
Roßmarkt 21
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 0611/28 72 51-3
Telex 4 12 613

Cassa Di Risparmio Di Genova E Imperia
Roßmarkt 21
6000 Frankfurt/M. 1
Telefon 0611/28 72 51-3
Telex 4 12 613

Cassa Di Risparmio Di Torino
Roßmarkt 21
6000 Frankfurt/M. 1
Telefon 0611/28 72 51-3
Telex 4 12 613

Cassa Di Risparmio Di Verona, Vicenza E Belluno
Roßmarkt 21
6000 Frankfurt/M. 1
Telefon 0611/28 72 51

Credito Italiano
Großer Hirschgraben 15
6000 Frankfurt/M. 1
Telefon 0611/28 34 51-2
Telex 4 12 101

Instituto Bancario San Paolo Di Torino
Schillerstr. 26
6000 Frankfurt/M. 1
Telefon 0611/29 51 84

Banco Di Sardegna
Am Kattenbug 2
5000 Köln 1
Telefon 0221/12 04 28/29

RADSPORT / Konstellation eines Star-Teams und welche Konsequenzen sich daraus ergeben können

Gregor Brauns Jagd nach einem Klassikersieg – bei Paris–Roubaix war er nur die Lokomotive

KLAUS BLUME, Bonn

„Selbstverständlich will ich einen Klassiker gewinnen. Wenn es nicht klappt, kann ich mich deshalb auch nicht aufhängen." Gregor Braun aus Neustadt, mittlerweile im achten Jahr Berufs-Radrennfahrer, hat das zu Beginn der Saison der schweren Frühjahrsrennen gesagt. Am Sonntag, beim französischen Super-Klassiker Paris – Roubaix, hat er es erneut versucht – vergeblich. Fünfter ist Braun geworden, doch die französischen Zeitungen flochten ihm gestern Kränze, nannten ihn die „Lokomotive des Rennens."

Was wäre gewesen, wenn Braun am Ende wirklich ohne Reifenschaden durchgekommen wäre? Dann hätte er wohl auf der Radrennbahn von Roubaix seinem französischen Teamkollegen Alain Bondue den Vortritt lassen müssen. Bondue, der am Sonntag 25 Jahre alt geworden ist, war gemeinsam mit Braun zuvor 100 Kilometer lang allein vor dem Feld hergefahren.

Alain Bondue, in Hem zu Hause, einem kleinen Ort in der Nähe der Radrennbahn von Roubaix, war der große Favorit. „Der Mann aus Roubaix muß endlich den Klassiker von Roubaix gewinnen", schrieben die französischen Radsport-Journalisten. Niemand kennt das Kopfstein-Pflaster von Roubaix besser als Bondue, niemand trainiert dort so oft wie er. Mit Brauns Assistenz sollte es also gelingen...

Doch Bondue stürzte, Braun wurde im entscheidenden Moment durch einen Reifendefekt vom Rad geholt. Aber er war der Star des großen Klassikers Paris-Roubaix, den er vor zwei Jahren schon einmal als Dritter beendet hatte. Solche kräftezehrenden Rennen bei ständigem Gegenwind, bei kräftigen Regen und auf Straßen, die diesen Namen gar nicht verdienen, liegen Braun. Deshalb tritt er in diesem Jahr auch für die Rennomier-Equipe „La Redoute" aus Roubaix in die Pedalen. Jene Mannschaft, die der frühere französische Tour-Sieger Bernard Thevenet als neuer „Directeur sportive" vom Begleitauto aus leitet, hat es besonders auf Klassiker-Siege abgesehen: Mit Alain Bondue, dem Belgier Jean-Luc Vandebroucke – und Gregor Braun.

Jene Konstellation im Team ist zugleich auch die Crux des Gregor Braun. Wenn nämlich gleich drei Fahrer in einem Team in der Lage sind, große Eintagsrennen zu gewinnen, müssen sich stets zwei unterordnen, müssen trotz ihrer großen Klasse für den am günstigsten im Rennen liegenden Kollegen den Wasserträger spielen. Was wäre also gewesen, wenn? Wäre Braun gemeinsam mit Bondue, dem Mann aus Roubaix, auf der Radrennbahn von Roubaix eingetroffen, hätte er sich Endspurt zurückhalten müssen. Das ist das ungeschriebene Gesetz dieser Branche.

Wenn Braun am Donnerstag gemeinsam mit seinem belgischen Freund und Kollegen Jean-Luc Vandenbroucke die Zielgerade des belgischen Traditionsrennens „Wallonischer Pfeil" in Huy erreicht, wird er Vandenbroucke den Vortritt lassen müssen. Erstens ist Vandebroucke Belgier und zweitens tritt er bei „La Redoute" schon ein paar Jahre länger in die Pedalen als Braun.

Die Situation für Braun ist also die: Er soll zwar eines der großen internationalen Eintagsrennen gewinnen, doch er soll dabei keinem seiner berühmten Mannschaftskollegen in die Quere kommen. So jedenfalls hat sich das sein Sportdirektor Bernard Thevenet gedacht – ein Seiltanz. Außerdem: Es gibt nur sieben wirkliche klassische Rennen, zwei in Frankreich, zwei in Belgien, zwei in Italien sowie eins, das in wechselnder Reihenfolge in den Rang eines Klassikers erhoben wird. Diesmal ist es das Henninger-Rennen in Frankfurt. Für diese sieben wichtigsten Rennen gibt es etwa 35 Favoriten, die sich den Kuchen untereinander aufteilen müssen. Braun muß ihn sich obendrein mit den Kollegen im eigenen Team teilen.

Weil das sehr schwierig ist, plant Braun stattdessen ein geradezu abenteurliches Rennen. Er will bei der beinahe 600 Kilometer langen Fahrt von Bordeaux nach Paris starten – hinter Motorrädern als Windfang. Annähernd dreizehn Stunden sitzt man dabei auf dem Fahrrad, und Braun hofft deshalb auf weniger Konkurrenz. Doch inzwischen hat auch Alain Bondue, der Mann aus Roubaix, sein Interesse bekundet...

Auf Schotterwegen fühlt sich Gregor Braun (rechts) am wohlsten. FOTO AP



Revolutionär mit Millionen: Alexander Helphand

Parvus, der Drahtzieher

Er war ein Riese, wog knapp drei Zentner und nannte sich als Drahtzieher der russischen Revolution „Parvus" – der Kleine. Sein bürgerlicher Name lautete Alexander Helphand, sein Aktionsfeld war Rußland und die Länder Europas, vor allem Deutschland. 1917 verewigte er sich in der Geschichte durch einen folgenschweren Handstreich, der die Welt veränderte: Er organisierte die Reise Lenins im versiegelten Waggon durch das mit Rußland noch im Krieg stehende kaiserliche Deutschland nach Leningrad. Das war das Todesurteil für das Zarentum und der Sieg des Bolschewismus. Doch Lenin verwehrte seinem konspirativen „Reisemarschall" später die Rückkehr in die Heimat. 1923 starb er, 46 Jahre alt, einsam in Berlin.

Ein Mann namens Parvus – ZDF, 19.30 Uhr

Daß der Name Helphand später fast unerwähnt blieb, wo die Geschichte der revolutionären Phase des sozialistischen Aufbruchs in Europa geschrieben wurde, liegt an der Maßlosigkeit, mit der sich „Parvus" zeit seines Lebens allen bürgerlichen und revolutionären Normen entzog. Er führte auf der Havelinsel Schwanenwerder das ausschweifende Luxusleben eines Plutokraten, und er schrieb als fanatischer Theoretiker der sozialistischen Revolution geschliffene Essays gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung.

Niemand weiß bis heute, wie der Berufsrevolutionär aus Odessa (der als Aktiver die gescheiterte Revolution von 1905 mit Verbannung nach Sibirien bezahlt hatte) zu seinen Millionen kam. Man weiß nur eines: Helphand, nach abenteuerlicher Flucht aus Sibirien bei Ausbruch des Weltkrieges längst wieder in Deutschland, war während der Balkankriege (1912/13) und danach in der Türkei. Als skrupelloser Geschäftsmann raffte er innerhalb kurzer Zeit ein riesiges Vermögen zusammen. Als Revolutionär favorisierte der sozialistische Multimillionär von Schwanenwerder die gemäßigten „Menschewiki". Die Gräben zwischen ihm und dem bolschewistischen Lenin waren so tief, daß Lenin sich strikt weigerte, mit „Parvus" in der Schweiz zusammenzutreffen.

Der Wahl-Berliner Dr. Alexander Helphand tritt aus der konspirativen Anonymität revolutionärer Agitation heraus, als der Krieg zwischen Deutschland und dem zaristischen Rußland ausbricht. Die russischen Sozialisten, zur Revolution entschlossen, werden für die deutsche Diplomatie des Auswärtigen Amtes zum Spekulationsposten. Die Revolutionäre behaupten, sie würden – erst einmal an der Macht – sofort den Krieg beenden. Des deutschen Kaisers Diplomaten befürworten finanzielle Hilfe für die Umstürzler.

Dies ist Helphands Stunde. 1915, inzwischen mit deutschem Paß versehen, wird „Parvus" Verbindungsmann zwischen den russischen Revolutionären und dem Auswärtigen Amt in Berlin. Helphand hat inzwischen ein Handelsunternehmen im neutralen Kopenhagen eröffnet. Über die Konten der dänischen Niederlassung fließen getarnt viele Millionen Subsidien auf die Konten der Revolutionäre in Petersburg.

Im Februar 1917 wird in Rußland der Zar gestürzt. Doch entgegen den Erwartungen geht der Krieg gegen Deutschland weiter. Da entwickelt Helphand seinen Plan, mit deutscher Hilfe Lenin aus seinem Schweizer Exil nach Rußland zu schaffen. Lenin wird, das hat er zugesagt, an der Spitze der Revolution den Krieg sofort beenden. Gegen schwere Bedenken stimmt der Kaiser schließlich zu. In einem versiegelten Waggon unternimmt Lenin mit 30 Begleitern am 12. April 1917 seine Reise durch Deutschland. Im Oktober 1917 verwandelt Lenin Rußland in die Sowjetunion. Doch Alexander Helphand alias „Parvus" wartet in Berlin während der folgenden Jahre vergebens auf seine Belohnung. Lenin gibt zu verstehen, der „Verräter" Helphand habe in der Sowjetunion nichts mehr zu suchen.

Regisseur Rudolf Nußgruber hat die „Parvus"-Story sparsam mit historischem Fotomaterial angereichert. Die Besetzung ist erstrangig: Neben Günther Lamprecht als Helphand spielen Christine Wodetzky, Wolfgang Preiß, Jörg Pleva, Hans Putz und Iris Berben.

H. H. KANNENBERG

STUDIO

Der Hörfunk, mahnt Helmut Heißenbüttel, müsse nach Wegen suchen, die die Grenzen des Mediums überschreiten, wenn er sich gegen die zunehmende Übermacht des Fernsehens behaupten wolle. Auf neuen Pfaden bewegt sich jetzt das **Hörspiel des Westdeutschen Rundfunks** mit seiner Produktion „Metropolis", einem Zyklus von vorerst vier Sendungen. „Metropolis" ist ein „Film ohne Bilder". Allein mit Stimmen, Geräuschen, Klängen und Lauten versucht die Reihe, internationale Großstädte hörbar zu machen, ihre spezielle Farbe akustisch zu dokumentieren.

Den Auftakt zu der Reihe, die ohne Parallele im internationalen Hörfunk ist, bildete am 3. April Alfred Döblins historisch gewordenes Hörspiel „Die Geschichte von Franz Biberkopf" nach seinem Roman „Berlin Alexanderplatz" mit Heinrich George in der Titelrolle.

Eine Hommage an den Regisseur Walther Ruttmann und seinen Film „Berlin, Sinfonie einer Großstadt" aus dem Jahr 1927 nennt Pierre Henry seine Klangkomposition „La Ville – Die Stadt", eine Paris-Collage, die als zweiter „Metropolis"-Beitrag heute abend im WDR 3 gesendet wird. Das Rattern der Metro, Klangfetzen aus einem Lokal, Schritte in einem Treppenhaus – der Franzose erzählt „eine Geschichte ohne Text". Bestechend ist der Rhythmus, aber auch der Witz dieser heutigen Sinfonie einer Großstadt, die aus den millionenfachen Stimmen einer vibrierenden Metropole komponiert wurde.

Als nächsten Termin in der „Metropolis"-Reihe gibt es am 17. April New York City von Richard Kostelanetz und am 24. April Kalkutta von Klarenz Barlow. Alle Klangbilder werden im Anschluß an ihre Ausstrahlung von Helmut Heißenbüttel kommentiert.

„Metropolis" wird fortgesetzt. Kompositorische Klanggemälde von London und Rom werden zur Zeit vorbereitet; in der Planung sind Porträts der Stadt San Francisco und des Ruhrgebietes – vielleicht die wahre Metropole der Bundesrepublik.

E. W.

Norwegen ist Weltmeister

Duluth (UPI) – Mit einem 8:5 über die Schweiz sicherte sich Norwegen zum zweiten Mal nach 1979 die Curling-Weltmeisterschaft. Die Skandinavier gewannen das Halbfinale mit 5:3 gegen Schweden, während die Schweizer nach dem 9:8 gegen den Titelverteidiger Kanada ins Endspiel ging. Die deutsche Mannschaft kam über die Vorrunde nicht hinaus.

Ustorf wechselt Verein

Schwenningen (sid) – Trainer Peter Ustorf verläßt nach Saisonschluß den Eishockey-Bundesligaklub Schwenninger ERC und wechselt zum Schweizer Verein Ambri-Piotta. Von 1979 bis 1981 führte Ustorf die Schwenninger in die Bundesliga.

Prinz Philips Unfall

London (sid) – Prinz Philip von Edinburgh, Präsident der Internationalen Reiterlichen Vereinigung (FEI), verunglückte bei einem Gespannwettbewerb im Windsorpark. Der von Prinz Philip gesteuerte Viererzug blieb an einem Baum hängen, wobei die Kutsche umschlug. Der Prinz zog sich Stauchungen und Quetschungen zu.

Bold zu Kaiserslautern

Kaiserslautern (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub 1.FC Kaiserslautern hat den früheren Karlsruher Gerhard Bold für die nächste Saison verpflichtet. Über die Ablösesumme für Bold, der zuletzt in der Schweiz beim FC Zürich spielte, wurde Stillschweigen vereinbart.

EISHOCKEY

Junioren-Europameisterschaft in Bayern, 2. Spieltag: Gruppe A: in Füssen: UdSSR – Deutschland 9:3, in Garmisch-Partenkirchen: Schweden – Holland 18:0. – Gruppe B: in Rosenheim: CSSR – Schweiz 13:0, in Bad Tölz: Finnland – Frankreich 4:1. – **Europapokal, Viertelfinale:** Djugarden Stockholm – EV Landshut 5:1 (0:1, 4:0, 1:0). – **Deutsche Meisterschaft**, Spiel um Platz fünf: Rosenheim – Freiburg 15:4 (Hinspiel: 3:6), Rosenheim Fünfter, um Platz sieben: Schwenningen – Düsseldorf 7:5 (4:7), Düsseldorf Siebter.

GEWINNQUOTEN

„6 aus 45": 1, 6, 24, 25, 33, 41, Zusatzzahl: 7. – **Rennquintett**, Rennen A: 2, 13, 8. – Rennen B: 21, 23, 34. (Ohne Gewähr)

HANDBALL / Essen neuer Tabellenführer – Erfolgstrainer Ivanescu sagt:

„Leichteres Arbeiten als in Gummersbach"

sid, Essen

Mit dem VfL Gummersbach gewann er in vier Jahren acht Titel. Jetzt geht Petre Ivanescu in der ersten Saison mit TUSEM Essen schon wieder auf Trophäenjagd. Innerhalb von nur neun Monaten formte der 46 Jahre alte Trainer aus Rumänien aus einem Abstiegskandidaten einen Meisterschaftsanwärter im deutschen Handball.

TUSEM Essen, erst 1979 in die Bundesliga aufgestiegen, stürmte am Sonntag abend durch einen 24:14-Sieg über den TuS Hofweier und die gleichzeitige 21:22-Schlappe des eigentlichen Topfavoriten TV Großwallstadt beim Neuling TuRA Bergkamen erstmals an die Spitze.

„Diese Mannschaft kann mit diesem hervorragenden Trainer und Taktiker Ivanescu die Vorherrschaft des VfL Gummersbach und des TV Großwallstadt schon in dieser Saison brechen. Spätestens in der nächsten Spielzeit heißt der deutsche Meister TUSEM Essen. Diese Mannschaft hat die größten Perspektiven für die Zukunft", sagte der Ex-Nationalspieler, Weltmeister und heutige Spielertrainer Arno Ehret nach der Niederlage seines Teams in der Grugahalle.

Petre Ivanescu bewerkstelligte als Perfektionist am Regiepult das Handball-Wunder im Revier. Der Sportlehrer an einem Essener Gymnasium setzte auf Spielkultur statt Krafthandball und ließ Spieler wie Torhüter Stefan Hecker oder Linksaußen Jochen Fraatz (135 Tore) zu Persönlichkeiten reifen.

Die Spieler sind von Ivanescu hellauf begeistert. „Petre ist der beste Trainer in der Bundesliga. Er sprüht vor Ideen, arbeitet wie ein Besessener und versteht es wie kein anderer, die Mannschaft zu motivieren", sagt Jochen Fraatz über den Diplomsportlehrer, der 1961 und 1964 mit Rumänien Weltmeister und mit seinem Verein Dinamo Bukarest 13mal nationaler Meister wurde. Freilich soll der Erfolgstrainer in Essen bleiben. Die nächste Saison ist mit ihm bis ins kleinste Detail geplant. Abteilungsleiter Klaus Schorn: „Petre muß bleiben. Er soll seine erfolgreiche Tätigkeit fortsetzen."

Er selbst signalisierte Bereitschaft und möchte mit der Mannschaft die Früchte seiner Arbeit ernten. „Die Mannschaft hat Charakter, keine Starallüren, mit ihr kann man phantastisch arbeiten, besser als mit dem VfL Gummersbach", erklärte Ivanescu. Von der Meisterschaft in dieser Saison will er nichts wissen: „Wir verfolgen den zweiten Platz und die Teilnahme am IHF-Pokal."

Doch trotz aller Tiefstapelei, TUSEM Essen muß als stärkste Heimmannschaft (24:0 Punkte) mit der besten Abwehr (349 Gegentore in 23 Spielen) als heißer Titelanwärter gehandelt werden.

Auf jeden Fall verspricht das Bundesliga-Finale spannend wie selten in den letzten Jahren zu werden. Drei Runden vor Saisonende führt Essen mit 34:12 Punkten vor Großwallstadt (34:12) und dem MTSV Schwabing (32:14). Diese drei Klubs haben noch folgende Spiele zu absolvieren: **TUSEM Essen:** FA Göppingen (A), Schwabing (A), GW Dankersen (H). **TV Großwallstadt:** Schwabing (H), TV Hüttenberg (A), Gummersbach (H). **MTSV Schwabing:** Großwallstadt (A), TUSEM Essen (H), Gummersbach (A).

OLYMPIA

Boykott nicht mehr unmöglich

sid, Colorado Springs

Peter Ueberroth, Chef des Organisationskomitees der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles, wird nach Moskau reisen, um Ursachenforschung über die in letzter Zeit sich häufenden Boykottgerüchte zu betreiben. Ueberroth erklärte in Colorado Springs: „Ich bin zwar der Überzeugung, daß sowjetische Sportler in Los Angeles starten, doch ganz sicher bin ich eben nicht."

Eine Absage der UdSSR hätte auch finanzielle Folgen für die Organisatoren. Denn in dem mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC für 225 Millionen Dollar geschlossenen Kontrakt wurde ausdrücklich die Klausel aufgenommen, dieser Betrag sei nur im Falle der Teilnahme sowjetischer und anderer osteuropäischer Sportler zu entrichten. Andernfalls verringert sich die Summe um 80 Millionen Dollar.

SPORTPOLITIK

Gesprächsrunde schnell geplatzt

dpa, Seoul

Ein erbitterter politischer Schlagabtausch zwischen nord- und südkoreanischen Sportfunktionären hat gestern in der ersten Gesprächsrunde über die Bildung einer gemeinsamen koreanischen Mannschaft für die Olympischen Spiele in Los Angeles zu einem jähen Ende geführt. Die Delegation aus Pjöngjang verließ nach zweieinhalb Stunden unter Protest den Konferenzsaal. Sie ließ offen, ob und wann sie an den Verhandlungstisch zurückkehrt.

Nach Augenzeugenberichten begann das Treffen in gereizter Atmosphäre. Der Wortwechsel erreichte seinen Höhepunkt, als der südkoreanische Delegationsleiter Kim von Pjöngjang eine Entschuldigung für das Bombenattentat von Rangun und das Versprechen verlangte, daß Nordkorea künftig auf Gewalt- und Terrorakte verzichte.

GALOPP

Nach einem Sturz droht Lähmung

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Deutschlands Galopprennbahnen gleichen allmählich Kriegsschauplätzen: An drei Renntagen hintereinander kam es in Neuss, Düsseldorf und Köln zu schweren Unfällen. Deutschlands erfolgreichster weiblicher Jokkey, Petra Faulstich (26) aus Dortmund ist nach ihrem Sturz in Düsseldorf noch schwerer verletzt als ursprünglich angenommen: Zu den Brüchen von Schulterblatt, Kiefer- und Schlüsselbein wurde in der Düsseldorfer Uniklinik der Bruch des 2. Halswirbels und ein Leberriß diagnostiziert. Noch besteht die Gefahr einer Lähmung. Das Bewußtsein hat sie nur zeitweise wiedererlangt.

Jockey Ralf Suerland (33) hat sich bei dem Sturz am Sonntag in Köln (der Wallach Sonnenwind mußte mit gebrochener Schulter eingeschläfert werden) einen Schlüsselbein-Abriß zugezogen.

KRITIK

Hilferufe aus dem Wattenmeer

Auf 450 Kilometer Luftlinie erstreckt sich der deutsche Teil des Wattenmeeres, von Denhelder in Holland bis Esbjerg in Dänemark. Peter Gatter, Panorama-Chef beim NDR, umriß die Gefahren, die diesem 4500 Quadratkilometer großen biologischen Klärbecken der Natur drohen: **Erst stirbt der Seehund, dann der Mensch** (ARD).

Deutlich und beklemmend wird die Aussage des Films dort, wo er die Not gefährdeter Tierarten zeigt. So zwingen bösartige Hauterkrankungen von Seehunden zum Abschuß der Tiere, und Wasservögel kommen in Ölrückständen um. Eine bittere Anklage auch der Wohlstandsmüll, der auf Vogelschutzinseln angetrieben wird. Nicht ohne Dramatik die Greenpeace-Aktion, die ein Verklappen von Dünnsäure vor Helgoland verhindert – für diese eine Filmsequenz. Bestürzende und ernüchternde Aussagen von Schiffsoffizieren: Es sei für die Reedereien allemal billiger, Ölrückstände auch bei Bestrafung ins Meer abzulassen, als in den Häfen zu entleeren. Es gibt nur zwei Anlagen an der Nordsee. Warum das so ist, wurde nicht gefragt.

Hier wird auch die Schwäche des Films deutlich, er bleibt vordergründig. Warum kein Gespräch mit den betroffenen Reedern, mit verantwortlichen Behörden? Zwar werden Flugüberwachung und Noteinsatz auf See demonstriert. Aber das reicht nicht. Das Wattenmeer bedarf einer umfassenderen und gründlicher ausgearbeiteten Argumentation. Schade, Gatters vom Thema her so notwendiger Film blieb uns die umfassende Aussage zum Naturschutz an der deutschen Nordseeküste schuldig.

SIEGFRIED IHLE

Ein Gesicht wird zur Landschaft

Der Reinecker schreibt und schreibt, und wenn es nicht so viele große und wichtige Darsteller in Deutschland gäbe, müßte der Autor einen Reißwolf für sich allein in Betrieb halten. So aber geriet ein Stückchen Einfall in die Werkstatt des (bald 80jährigen) Paul Dahlke, und siehe: Aus der beknackten Geschichte von dem alten Mann, der in der Jugend ein Mädchen umgebracht hat und das nun seinem Altersgenossen erzählt, entwickelt dieser Dahlke ein Drama, ein Binnen-Drama, wenn es diesen Begriff gäbe, bitte schön.

Da verwandelt sich das müde Gesicht eines Greises zu einer Landschaft, in der Not und Hilflosigkeit die Topographie bestimmen. Da spricht einer seine Schuld aus, um sie loszuwerden, findet aber nicht den Mut, die gesellschaftliche Konsequenz zu übernehmen. Dahlke läßt die grausame Einsamkeit ahnen, die auf ihn zukommt, er wehrt sich mit trotziger Greisengebärde, aber letztlich flüchtet er in den Tod.

Wir haben schon lange nicht soviel dramatische Zuspitzung in einem so knappen Minutenspiel erlebt wie hier bei den **Freundschaften** (ZDF). Die anderen Darsteller (auch im zweiten Spiel) mögen es verzeihen, daß ich bei Dahlke verblieben bin.

VALENTIN POLCUCH

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Der Glücksritter
11.05 Wie Hunger gemacht wird
11.50 Umschau
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wendepunkte
Zwei Frauenschicksale
„Nach dem Überleben leben lernen"
„Diagnose Brustkrebs – ich lebe bewußter"
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Stefanie und Frank
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke
21.00 Panorama
Egon Franke und der Mann mit dem Koffer / Der Fall Flebelkorn / Zigeuner in Darmstadt / Abschreibungs-Dschungel Berlin / Zivilfahnder / Der letzte Flug der KAL 007
Moderation: Peter Gatter
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Revolution im Ballsaal
Komödie im Stil des französischen Rokoko
Von Richard Blank
Mit Hannelore Schroth, Otto Stern u. a.
Ein junges Paar entdeckt durch Zufall in einer Halle Kostüme, Möbel, Puppen aus der Zeit des Rokoko. Sie verkleiden sich, und aus diesem Jux wird unvermittelt ernst, denn plötzlich befinden sich die beiden in der Zeit der französischen Revolution. Ein raffiniertes Intrigenspiel nimmt seinen Lauf: Das Mädchen, das an einen Adligen verkuppelt werden soll, verliebt sich in einen Revolutionär.
0.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Die große Familie des kleinen Bauern
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ravioli
7. Teil: Auf und davon
Großer Krach im Hause Düwell
Branca mit ihrem analytischen Verstand und den vielen elektronischen Denksklaven geht ihren Geschwistern nicht nur wegen des besseren Notendurchschnitts schon lange auf den Wecker.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: die Gruppe Koreana
17.50 Waldheimat
Als ich Robinson im Schneiderhäusel war
Ein reisender Handwerksbursch
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Ein Mann namens Parvus
Agent zwischen Kaiser und Revolution
21.02 Tierporträt
Kleines Raubtier im Großformat
Der Siebenpunkt
21.15 WISO
Vor Ort: Nachrichtentechnik auf neuen Wegen – Bildtelefon für jedermann / Umwelt: Asbest auf dem Rückzug / Zur Person: Arbeitskampf bei Metall – Ernst Eisenmann am Drücker / Tip: Autohandel – Zinsen als Lockvogel
Moderator: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Zeugnis aus der grünen Hölle
Fernsehfilm von Serge Patient und François Porcile
anschl.: Ratschlag für Kinogänger
23.40 heute

III.

WEST
20.15 Auslandsreporter
20.45 Rückblende
21.00 Formel Eins
21.45 Mehr Hoffnung als Umsatz
Stirbt die Eckkneipe?
22.15 Drei vor Mitternacht
anschl. Letzte Nachrichten

NORD
20.15 Berliner Platz
21.15 Strumpet City – Stadt der Verlorenen
22.05 Frauen unter einem Himmel
23.05 Nachrichten

HESSEN
20.00 Tatort
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Heute in Lörrach
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Transparent
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Picknick am Valentinstag
23.05 Avanti! Avanti!

BAYERN
19.00 Die Wahrheit über unsere Ehe
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Sperrfrist
22.35 Im Gespräch

STAND ● PUNKT / *Julian Roosevelt und die Katzbuckelei*

Das erbärmliche Verhalten von Julian Roosevelt in Sarajevo beweist nicht unbedingt, daß bei Sportlern der politische Verstand oder Anstand grundsätzlich in umgekehrtem Verhältnis zur physischen Leistungsfähigkeit steht. Wohl aber weist der Vorgang auf die politische Problematik weltweiter Organisationen auch auf dem Gebiet des Sports hin. Der amerikanische Segel-Olympiasieger von 1952 hat als Mitglied des IOC bei den Olympischen Winterspielen dafür gestimmt, die Sender Radio Free Europe und Radio Liberty von der Berichterstattung auszuschließen, wie es die UdSSR gefordert hatte. Roosevelts eigene Begründung: Die Sender seien „ein Spionagewerkzeug der amerikanischen Regierung."

Welche Art von Spionage können Rundfunkreporter bei den Winterspielen treiben – sowjetische Skiflugtechniken ausbaldowern oder einen „DDR"-Schlitten klauen? Aber der Ausdruck „Spionagewerkzeug" für Rundfunksender, die in den Ostblock ausstrahlen und dort der kommunistischen Propaganda entgegenwirken, stammt aus dem östlichen Propagandaarsenal; Roosevelt hat ihn sich – man muß wohl sagen: anstands-los – zu eigen gemacht.

Als nun das Olympische Komitee der USA seinen Hinauswurf aus dem IOC forderte, erwiderte Roosevelt, daß er niemandem daheim Rechenschaft schuldig sei. In der Tat ist er kein Vertreter der USA im IOC. Diese seltsame Körperschaft kooptiert vielmehr ihre Mitglieder nach eigenem Belieben. Was für Mitglieder? Man erinnert sich, wie Willi Daume, als er IOC-Präsident werden wollte, gegen den Afghanistan-Boykott auftrat. Der Ostblock ist eine sportliche Supermacht; wer in internationalen Sportgremien was werden will, wird es nur schwer gegen den östlichen Willen.

Nun sind die Amerikaner auch eine sportliche Supermacht. Das Problem ist eben, und darauf spekulieren die Funktionäre im Ostblock: Daß es keinen Westblock gibt. Eines immerhin könnten die Amerikaner tun: Das IOC so unter Druck setzen, daß es erstens Roosevelt – wie auch immer – hinausdrängt, und daß es zweitens, ohne Auswahlrecht, nur solche Mitglieder aufnimmt, die das amerikanische Olympische Komitee benennt.

Sie sollten darauf drängen. Denn das Verhalten Roosevelts wird ihnen unweigerlich angerechnet, ob sie es nun unmittelbar verdienen oder nicht. Solche Katzbuckelei gegenüber den sowjetischen Interessen ist man bei Europäern gewohnt; bei US-Amerikanern hingegen könnte ein Politikum – ein falscher Eindruck vom Lande selber – daraus werden.

ENNO v. LOEWENSTERN

Der Blick aufs Konto

Bth. – Auf die Posse folgt die Apotheose, jedenfalls in Köln. Monatelang haben dort Stadtrat, Kulturdezernent und diverse Theaterleute ein wahrlich lachhaftes Schauspiel aufgeführt: um die Nachfolge Jürgen Flimms als Intendant. Auf ein gutes Ende war schon gar nicht mehr zu hoffen. Doch nun wirft man sich in die Brust. Die Doppelspitze mit Flimms bisherigem Co-Direktor Volker Canaris und Hans Neuenfels (zu denen für bestimmte Projekte noch Robert Wilson stoßen soll) ist ja eine viel bessere, prominentere, glanzvollere Lösung als alles, was man bisher so stümperhaft verkündigt hatte. Sagt man in Köln.

Wir fürchten allerdings, die Kölner haben Essig für Wein gekauft. Es ist ja erst ein paar Monate her, daß Hans Neuenfels mit großem Aplomb Abschied vom Theater genommen hat, sämtliche geplanten Inszenierungen in Oper und Schauspiel absagte und damit einige Häuser im Regen stehenließ. Er wollte auf längere Zeit nur filmen und schreiben, erklärte er, eine Sache seiner kreativen Befindlichkeit sozusagen, das Theater biete ihm keine Perspektive mehr.

Die Perspektive hat sich schnell geändert. Das Leben ist teuer, wenn man sich erst einmal daran gewöhnt hat, zigtausend Mark für eine Inszenierung einzustreichen. Und Filme zu drehen kostet Geld, und zu schreiben, ohne zu veröffentlichen, ist eine brotlose Kunst. Da ändert die Perspektive aufs Bankkonto auch die Perspektive, unter der man die Theaterarbeit sieht. Das gutdotierte Kölner Angebot kam da wohl gerade recht.

Wir zweifeln nicht daran, daß Neuenfels sich am Riemen reißen wird und den Kölnern ein paar Regietaten von seiner unverwechselbaren Handschrift vermacht. Wir bezweifeln aber sehr, daß ihn die Leitung des Hauses interessiert. Der Intendant in Köln wird Volker Canaris heißen. Aber den hätte man schon längst haben können.

Frankfurt: „Kampf des Negers und der Hunde"

Michel Leiris stand Pate

Das Stück „Kampf des Negers und der Hunde" des jungen, in Frankreich äußerst erfolgreichen Bernard-Marie Koltès ist eine frappante doppelgleisige Leistung. Für unvorbereitete Zuschauer rollt im Frankfurter Kammerspiel als deutsche Erstaufführung eine harte Story ab zwischen dümmlich „verstehenden", gewalttätigen Weißen und selbstbewußt widerstehenden Schwarzen, für Intellektuelle sind die starken Bilder Zeugnisse der Entleerung sämtlicher Kulturen.

Die Weißen sind durch Geld, Macht und Stumpfsinn sich selbst entfremdet, die Schwarzen leben noch in scheinbar intakten Sozialstrukturen, die in Wahrheit im Untergang begriffen sind. Verständnis füreinander ist unmöglich, die einzige, aber zweideutige Verbrüderung besteht im Kampf zwischen der uralten Wildheit der Schwarzen und der modernen Verwilderung der Weißen, und das geht auf Leben und Tod beider Seiten. Hier steht die pessimistische Ethnologie des Michel Leiris Pate, und selbstverständlich hat Jean Genet einiges vorgegeben.

Ein Schwarzer (Brooks McKay) kommt zu einer Baustelle, die von weißen Franzosen für die schwarze Regierung geleitet wird, und will den Körper seines verunglückten, in Wirklichkeit ermordeten und ins Meer geworfenen Bruders abholen. Der Baustellenleiter (Gerd Kunath) sucht ihn mit Geld, später auch mit Whisky und verständnisvollem Gerede, mit „Lügen", wie der Schwarze sagt, abzuspeisen. Den zweiten Weißen (Matthias Scheuring), den Mörder, erklärt der Leiter beim Whisky mit dem Schwarzen im Vertrauen für vogelfrei, dann ist alles erledigt. Der großsprecherische, verzweifelt bibbernde Mörder fällt am Ende tatsächlich unter den Kugeln der schwarzen Baustellenwache.

Auch für Humor ist gesorgt. Die Braut (Christiane Lemm) des Baustellenleiters kommt afrikasüchtig aus Paris an, ihre unbrauchbaren Sandaletten hat sie dort in der „Boutique Afrique" gekauft, und sie wirft sich sofort dem Schwarzen an den Hals, denn er ist „so tief", sie liebt „Tiefe". Als sie sich ihm hysterisch als Ehefrau anbietet, spuckt er sie an, und im selben Augenblick weicht ihre romantische Autosuggestion der ehrlichen, weißen, hochmütigen Wut.

Die kleine Bühne (Raimund Bauer) ist mit einfachen Mitteln hergerichtet: links ein wenig Gesträuch, der Busch, aus dem der Schwarze anfangs unsichtbar mit seinen Kontrahenten verhandelt, in der Mitte der Bühne ein quadratisches Loch, aus dem einige Fundamente aufragen, rechts hinten der Aufgang zu einer Wohnung, an einer Seite ein in den Zuschauerraum verlängerter Gang für Szenen ohne Zeugen.

Die Leistung der vier unter der Regie von H.-Dieter Jendreyko agierenden Darsteller ist grandios. Christiane Lemm überzeugt als oberflächlich gefühliges Mädchen aus Paris, Brooks McKay gibt den verschlossenen Schwarzen meist statuarisch, Gerd Kunath als Baustellenleiter ist ein gelassener, illusionsloser Routinier in älteren Kolonial- und neueren Francophonländern, Matthias Scheuring spielt den anstrengenden, alle Gemütslagen fordernden Part erschütternd. Es gab großen, verdienten Beifall.

Ein Wort an den Autor zum Schluß. Das Stück ist zwar auf der Höhe der modernsten, desillusionierten Ethnologie und insofern allgemein eingängig, aber es ist zweifelhaft, ob die neue Ethnologie besser ist als die alte. Sie klagt, sie klagt an, sie macht sich lustig, aber man wird den Verdacht nicht los, daß auch dies alles pure Romantik ist. Welcher Gallier von heute weint eigentlich den keltischen Göttern Lug und Brigit nach, welcher Deutsche dem Odin und der Frigg?

Noch wichtiger ist ein meist übersehenes Faktum: die unaufhörlich fortschreitende Islamisierung Afrikas. Schon vor 20 Jahren waren 40 Prozent der afrikanischen Bevölkerung Moslems. Der kriegerische Islam vergewaltigt die Afrikaner nicht, er gibt ihnen im Gegenteil das Selbstbewußtsein zurück, das die Kolonialherren mit ihren Kirchen ihnen auszutreiben suchten, und mächtige islamische Regime sind brüderliche Verbündete. Das kriegerische afrikanische Erbe erlebt eine Renaissance, und die bedauerten „Schwarzen" sind noch für manche Überraschung gut. RUDOLF KRÄMER-BADONI

Symposium in München: „Kultur und Politik"

Identität fängt im Klassenzimmer an

Nach München, in das Foyer des Prinzregententheaters, lud der rührige Generalintendant August Everding zu einem dreitägigen Symposium „Kultur und Politik". Das Gespräch, zu dem Kulturpolitiker aller Parteien sowie Künstler und Literaten zusammentrafen, war trotz der eher intimen Atmosphäre schwierig, mitunter konfus, manchmal voluminös. Dennoch hat es sich gelohnt.

Ein gutes Fundament für eine fruchtbare, interessante Debatte legte nämlich der Erlanger Historiker Michael Stürmer. Seinen Auftakt-Vortrag nannte er im Untertitel „einen Dialog der Schwerhörigen", und so malte er denn auch ein recht düsteres Bild der kulturellen Verhältnisse hierzulande. Jeglicher Konsens über die wünschenswerten Beziehungen zwischen Kultur und Politik sei uns abhanden gekommen, meinte Stürmer. Besserung sei nicht in Sicht, denn „manche, die Kulturpolitiker heißen, sind Teile des Problems, nicht Teil der Lösung".

Unser derzeitiges Schul- und Hochschulwesen mochte der Professor nicht einmal mehr als „Bildungssystem" bezeichnen. Denn System setze, so Stürmer, Sinn und Zusammenhang voraus, aber niemand, der die Dinge kenne, werde im Ernst behaupten, daß unser „Bildungssystem" noch zusammenhängenden Sinn aufweise. Ausgelöst worden sei die Misere vor 15 Jahren, als man sich die Unruhe an den Universitäten leichtfertig durch nahezu unbegrenzte Subventionierung vom Halse schaffen wollte und die Hochschulen damit faktisch lahmlegte.

„Der gegenwärtige Zustand unseres Landes", sagte Stürmer, „bleibt stark bestimmt durch die beabsichtigten und noch mehr unbeabsichtigten Folgen der Reform-Ära, die technokratisch anfing und ideologisch endete." Seitdem bestehe ein in jeder Hinsicht, vom Arbeitsrecht bis zur Architektur, von den Lehrplänen bis zu den Stellenplänen, zementiertes Anti-System. Die absurd hohen Studentenzahlen sicherten zwar „physisch" den Fortbestand der Universitäten, gefährdeten jedoch „ihr geistiges Überleben".

Stürmer forderte u. a., daß die höheren Schulen wieder einen festen Kern kultureller Kenntnisse vermitteln sollten. „Die große Suche nach Identität fängt im Klassenzimmer an, und sie hört in der Weltpolitik auf." Außerdem schlug er vor, drei Universitäten („nennen wir sie die intelligentesten zwischen Alpen und Nordsee") müßten das Privileg erhalten, außerhalb der Kapazitätsverordnung zu operieren, den besten der unbeschäftigten jungen Wissenschaftler einen Arbeitsplatz über die Planstellen hinaus zu bieten und dazu sich ihre Studenten selbst auszusuchen. Zum Schluß verlangte der Gelehrte eine Akademie der Wissenschaften, die den Sprachverlust zwischen den Disziplinen überwinden sollte und der Politik ein respektabler Dialogpartner sein könne.

Die anschließende Diskussion bewegte sich im Niveau leider beträchtlich unter dem Vortrag von Stürmer. PEN-Präsident Martin Gregor-Dellin jammerte darüber, daß die Schriftsteller heute viel zu viel mit ihrer Verteidigung zu tun hätten, als daß sie noch wirklich zum Schreiben kämen. Als Beispiele für „konkrete Eingriffe in die Kunst" nannte er den Mißbrauch des Pornographie-Paragraphen zur Beschlagnahme von Büchern, die Kürzung des Etats der Bibliotheken und eine allgemeine Angst und Selbstzensur.

Als ein „Stenogramm für den Zustand unserer Gesellschaft" bezeichnete es der Präsident der Bayerischen Architektenkammer, Ernst Maria Lang, daß nur zwei Prozent der Bausumme für Kunst am Bau ausgegeben würden; außerdem wies er auf die Dauermisere um die geplanten Regierungsbauten in Bonn hin. Erfrischend unter all diesen düsteren Wehklagen die kecke Feststellung des Filmemachers Peter Schamoni („Preußen-Serie"), er sei als „gebranntes Kind" gegen die staatliche Förderung der Kunst. „Denn die demokratischen Zweidrittelmehrheits-Entscheidungen durch graue Kulturfunktionäre bringen doch nur Mittelmaß."

Als am dritten Tag dann die professionellen Kulturpolitiker zusammentraten und diskutierten, ging jeder Konsens verloren, klafften die nur allzu bekannten Partei-Schründe auf. So warf die Hamburger Kultursenatorin Helga Schuchard der CDU/CSU vor, sie knüpfe mit ihrer Kulturpolitik am Mehrheits- und Massengeschmack an, „um bestehende Vor-Urteile zu stabilisieren". Ihr Ex-Kollege Gerhart Baum plädierte hilflos und zum wiederholten Male für „Vielfalt, die man sich entfalten lassen müsse".

Barthold Witte, Leiter der Abteilung für auswärtige Kulturpolitik im AA, und Klaus von Bismarck, Präsident des Goethe-Instituts in München, zogen sich ebenfalls auf ihre gewohnte Standardformel zurück, die da lautet: „Aufgabe der Kulturpolitik ist es, dem Ausland das ganze Bild unserer kulturellen Wirklichkeit zu vermitteln", was, wie man ja aus der jüngsten Vergangenheit weiß, oft nur heißt: dem Ausland deutsche Innenpolitik aus linker Perspektive zu vermitteln. Der Unterschied zwischen Liberalen und Konservativen in der Kulturpolitik, so die offensichtlich von Fachwissen weitgehend verschonte gebliebene Frau Schuchardt, sei, daß die Liberalen am „Freiraum" festhielten, während die Konservativen die „Grenzen" dieses Freiraums diskutierten. Beispiele dafür wurden nicht angeboten, es sei denn, man nähme den abgedroschenen Hinweis auf den dubiosen Film „Das Gespenst" von Achternbusch als konkretes Beispiel. Baum sprach in diesem Zusammenhang vom „Angriff auf die Toleranzschwelle". Demgegenüber konterte der CSU-Landtagsabgeordnete Thomas Goppel mit einem „Angriff auf das religiöse Empfinden". Er machte sich für das Subsidiaritätsprinzip stark und wehrte sich gegen hemmungslose Subventionen, wie von SPD und FDP gefordert.

An dem Münchner Symposium wurde wieder einmal sichtbar, welche Schwierigkeiten die Kultur mit den Parteien hat und umgekehrt. Trotz einiger guter Arrangements sind wir weit davon entfernt, eine sachliche Kulturpolitik zu haben, und das liegt nicht zuletzt daran, daß sich die Parteien in der Kulturpolitik auf billige Weise zu profilieren versuchen, indem sie den jeweils anderen als schwarzes Schaf hinstellen. „Wo bleibt die Moral?" fragte ein Herr aus dem Publikum. Die Frage blieb natürlich unbeantwortet.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Reportage vom Großstadtmilieu: „Hausvogteiplatz" von Rudolf Schlichter (Aquarell, um 1926), aus der Berliner Ausstellung FOTO. BINDER/THIELE

Staatliche Kunsthalle Berlin zeigt Rudolf Schlichter

Tanz der Flagellanten

Er stammte, wie Hermann Hesse, aus Calw. Sein künstlerischer Werdegang verlief zunächst in akademischen Bahnen. Er war, in Karlsruhe, Meisterschüler bei Trübner. Das Studium bezahlte ihm sein Bruder Max, ein Koch, der später in der Berliner Martin-Luther-Straße das Speiserestaurant „Schlichter" zu beträchtlichem Ruhm brachte. Auch Brecht muß da gegessen haben. Als Kahnweiler vor zwanzig Jahren nach Berlin kam, wollte er noch „zum Bruder des Malers" essen gehen.

Rudolf Schlichter (1890 bis 1955) trat der „Novembergruppe" bei. Erst KPD-Mitglied, stand er an der Wende von den zwanziger zu den dreißiger Jahren vorübergehend eher rechten, wohl auch nationalsozialistischen Kreisen nahe. 1932 zog er bewußt wieder in die Provinz. Er war bei DADA dabei. In der berühmten „DADA-Messe" in der Kunsthandlung Burchard, 1920, baumelte unter der Decke jener ausgestopfte Soldat mit der Maske eines Schweinekopfes; die von links und rechts attackierte Puppe des „preußischen Erzengels" hatte Schlichter gemeinsam mit John Heartfield gebastelt.

Arbeiten von Rudolf Schlichter waren, wie auch die Werke von Christian Schad, sowohl in Wieland Schmieds Londoner Ausstellung „Neue Sachlichkeit and German Realism of the Twenties" wie bei der Berliner Europarats-Schau „Tendenzen der 20er Jahre" zu sehen. Vermutlich erhoffte man sich in der Staatlichen Kunsthalle Berlin mit der jetzigen Retrospektive wie seinerzeit mit „Schad" eine „Wiederentdeckung". Aber der Vergleich ist schief.

Schlichter war ein blendender Illustrator. Schon als Kind hat er am liebsten Bilder der biblischen Geschichte nachgezeichnet, wenn darin reichlich Schlachten und Greuel vorkamen. Er malte wenig „in Öl". Es gibt eine Reihe prominenter Portraits (darunter das Bertolt Brechts) – immer dann am besten gelungen, wenn der Abgebildete genug Typus und Ungewöhnlichkeit mitbrachte, die sich in Schlichters Realismus prägnant heraussteigern ließen.

Sein eigentliches Metier aber waren Aquarell und Zeichnung. Mit rund 500 Nummern tut diese Veranstaltung freilich zuviel des Guten. Nicht umsonst haben sich einige wenige Arbeiten Schlichters immer wieder eingeprägt; man wird jetzt nichts Spektakuläres neu entdecken. Zu den herausragenden Werken gehören das schöne „DADA-Dachatelier" und das Menschengedränge vom Hausvogteiplatz – hinter den Manns- und Weibsbildern werden die Straßenlaternen unversehens zu Galgen.

Schlichter hatte einen lustvollen Hang zur Trivialszenerie mit sexuellen und kriminellen Ausschweifungen. Geknöpfte hohe Stiefel waren ihm verehrungs- und erniedrigungswürdig. Die reizvolle Speedy, die er 1928 heiratete, trug exakt diese fetischistischen Accessoires. In einem Aquarell setzt sie unverkennbar die dekadente Spitze des aufregenden Leders dem genußvoll Leidenden in den Nacken. Titel: „Die Eroberung". Auf einer Zeichnung daneben gräbt der Mann, wieder auf den Knien, seinen Kopf in den dominanten Schoß – „Liebende".

Schlichter ist immer da am besten, wo das illustrativ Milieuhistorische einen Stich zur Karikatur hat. Auch in der endlosen und schließlich ermüdenden Reihe der „sachlichen" Portraits haben jene das meiste Interesse, deren Modelle körperlich versehrt oder physiognomisch leicht sonderbar sind.

Schon vor der Zeit der „inneren Emigration" werden die Bilder dünner. Allzu dekorative, süßliche Fransenshawls konnten das süße Gift des spitzen Stiefels nicht ersetzen. Keine Spur mehr von den sexuellen Erregungen der Voyeure und Flagellanten in Puffs und Boudoirs, die Schlichter früher kenntnisreich als graphischer Reporter niedergeschrieben hatte.

PETER HANS GÖPFERT

Bis 16. 5., Stuttgart: 23. 5. bis 1. 7., Katalog 29 Mark, im Buchhandel (Frölich & Kaufmann) 39,80 Mark.

JOURNAL

Riesenkunstsammlung geht nach Texas

AFP, Dallas

Eine auf 30 Millionen Dollar geschätzte Kunstsammlung ist dem Museum von Dallas von der aus Texas stammenden Wendy Reves vermacht worden. Die Stiftung – rund 1400 Objekte – enthält Werke der bedeutendsten französischen Maler des 19. und 20. Jahrhunderts, darunter von Renoir, Cézanne, Pissaro, Gauguin, Bonnard, Toulouse-Lautrec und Manet. Dem Publikum kann die Reves-Sammlung allerdings erst im kommenden Jahr gezeigt werden, wenn ein Anbau fertig ist, der die umfangreiche Kollektion aufnehmen soll.

Ältestes menschliches Fossil gefunden

dpa, Nairobi

Wissenschaftler des kenianischen Nationalmuseums und der amerikanischen Harvard-Universität haben in Nordkenia die Versteinerung eines Kiefers gefunden, der nach Ansicht der Experten „sehr wahrscheinlich das älteste bislang bekannte menschliche Fossil" ist. Das zu Tage geförderte Fragment eines Unterkiefers mit zwei Backenzähnen hat nach vorläufiger Datierung ein Alter von fast fünf Millionen Jahren.

Seefehlner Interimschef der Wiener Staatsoper

DW. Wien

Egon Seefehlner wurde vom österreichischen Unterrichtsminister Zilk als interimistischer Direktor der Wiener Staatsoper berufen. Der designierte Intendant Claus Helmut Drese tritt seinen Vertrag 1986 an. Seefehlner hatte das Haus am Ring vor dem derzeitigen Chef Lorin Maazel zehn Jahre lang erfolgreich geleitet, ehe er 1982 in den Ruhestand trat. Die Interimslösung war nötig geworden, nachdem Maazel letzte Woche erklärt hatte, er werde seinen noch zwei Jahre laufenden Vertrag nicht mehr erfüllen, sondern seine Wiener Tätigkeit am 30. Juni dieses Jahres beenden.

Theater der Nationen in Lothringen

AFP, Nancy

Das „Theater der Nationen 1984" findet vom 13. bis 27. Juni in den lothringischen Städten Nancy, Metz und Épinal statt. 28 Truppen aus 25 Ländern werden erwartet. Das Festival ist mit rund zwei Mio. Mark veranschlagt. Neben Asien und Afrika nehmen die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Italien, Großbritannien, Finnland sowie die USA, Kanada, Argentinien und Brasilien teil. Aus Osteuropa kommen die UdSSR, die „DDR", Ungarn, Jugoslawien und Polen. Frankreich als Gastland ist nicht vertreten.

Modellprojekt zum Thema Geschichte

dpa, Trier

„Geschichte zum Anfassen" will die Stadt Trier im Rahmen ihrer 2000-Jahr-Feier jungen Menschen in einem Modellprojekt anbieten: In 18 Jugendseminaren sollen die Teilnehmer „durch praktisches Tun" an die „Geschichte der ältesten Stadt Deutschlands" herangeführt werden. Das Modellprojekt wird 180 000 Mark kosten und aus Mitteln der Europäischen Gemeinschaft, des Auswärtigen Amtes, des Bundes und mit Hilfe von Spenden finanziert werden. Während der 14 Tage dauernden Seminare sollen die Teilnehmer unter anderem im keltischen Tempelbezirk am Trierer Altbachtal unter Anleitung von Archäologen „historische Befunde" freilegen, mit antiken handwerklichen Techniken ein altrömisches Wohnhaus errichten und einen römischen Streitwagen nachbauen.

Tierdarstellungen von Joseph Beuys

DW. Koblenz

Die Tierdarstellungen von Joseph Beuys werden jetzt erstmals in einer Ausstellung des Mittelrhein-Museums in Koblenz als geschlossene Werkgruppe vorgestellt. Es handelt sich dabei um Zeichnungen und plastische Beispiele aus den Jahren 1948 bis 1961. Zu der Ausstellung, die noch bis zum 13. Mai zu sehen ist, ist ein Katalog erschienen, der alle Zeichnungen abbildet (18 Mark).

Neue Bibliographie für Eisenbahn-Literatur

DW. Mainz

Als „kritischen Wegweiser zu lieferbaren, angezeigten und empfehlenswerten Büchern 'rund um die Eisenbahn'" versteht sich das „Jahrbuch für Eisenbahnliteratur 1984", das im Dumjahn Verlag, Mainz, Postfach 1746, erschienen ist. Anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Verlages ist das Jahrbuch gegenüber früheren Ausgaben erheblich erweitert worden. Es ist mit seinen begleitenden Aufsätzen und der Auflistung der einschlägigen Literatur zum unverzichtbaren Nachschlagewerk für Eisenbahnfreunde aller Art geworden (144 S., 5 Mark).

Ein Film aus dem Leben der Italo-Amerikaner: „Monti der Millionenerbe"

Ein Jahr keine einzige Pizza mehr

Wie kommt man am schnellsten zu Geld? Durch Bankeinbrüche oder Diebstahl, durch Arbeit oder durch einen Lotteriegewinn? Nun, die beste Art ist immer noch, jemanden zu beerben. Das jedenfalls glaubt Monti, seines Zeichens Fotograf von Babies in allen Lebenslagen. Ihm stockt vor Aufregung und Freude fast der Atem, als er erfährt, daß seine ungeliebte Schwiegermama überraschend das Zeitliche gesegnet und ihrer einzigen Tochter zehn Millionen Dollar hinterlassen hat. Das scheint in der Tat „leichtes Geld" oder besser „Easy Money" zu sein, wie der englische Titel dieser US-Komödie von James Signorelli heißt.

Aber Schein und Sein klaffen auch im Fall von Monti und der Erbschaft weit auseinander. Denn die liebe Schwiegermutter hat an ihre Erbschaft einige Bedingungen geknüpft. Ein Jahr lang nämlich soll er alle seine „Hobbies" aufgeben, als da sind: Rauchen, Glücksspiel, Alkohol und ein enormer Konsum von Pizzas aller Sorten und Preislagen.

Das ist selbst für Monti zuviel der Opfer. Da er eigentlich mit seinem bescheidenen Dasein zufrieden ist, würde er gerne auf Schwiegermamas Erbe verzichten. Doch Frau und Tochter haben Geld geschnuppert, und „Monti der Millionenerbe" – so der deutsche Titel des Films – nimmt auf Drängen seiner Tochter tatsächlich zwölf Monate Verzicht auf sich. Als die Leidenszeit um ist, sind Monti und Frau zwar reich, doch jetzt beginnen erst recht die mühevollen Zeiten.

„Easy Money" gehört zu der Sorte amerikanischer Komödien, die mehr aussagen über den Alltag der Amerikaner als mancher gute Dokumentarfilm. Der Film spielt im Milieu der Italo-Amerikaner, die man bei uns meist nur als Negativhelden aus Mafia-Thrillern wie etwa dem „Paten" kennt. So ist es erfreulich, auch mal eine andere Seite im Leben der italienischen Einwanderer in Amerika kennenzulernen.

Obwohl Montis Kampf ums Millionenerbe schon den Rahmen des Alltäglichen sprengt, erscheinen seine Reaktionen doch sehr vertraut und verständlich, so daß sich in den USA viele Leute mit dem Glupschauge Monti (gespielt von Rodney Dangerfield) begeistert identifizieren. Den größten Teil des Films nehmen Szenen ein, die den guten Monti als eine Art Otto Normalverbraucher zeigen – beim Zechen und beim Essen, beim Familienkrach und bei seinen Versuchen, die kapriziöse Tochter gut an den Mann zu bringen.

„Monti der Millionenerbe" hat aber nicht das Zeug zu einer großen Komödie. Dafür verpuffen zu viele Gags im Wortschwall Dangerfields. Schade, daß es nicht mehr Szenen gibt, in denen Monti auf seine Grimassen zugunsten der liebevollen Momentaufnahmen aus dem Leben italo-amerikanischer Kleinbürger verzichtet, die diesem Film ein paar launige Momente bescheren.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF



An das „leichte Geld" nur unter Opfern: Rodney Dangerfield als Glupschauge „Monti der Millionenerbe" FOTO: ORION

„Die Friedenmacher": Eine szenische Dokumentation der ARD stellt Fragen

Wie man Zeitgeschichte transportiert

Im Herbst 1938, auf dem Höhepunkt der von Hitler inszenierten Wochenend-Krisen, kolportierte man in London auf den Diplomatenempfängen das bissige Bonmot eines Conferenciers: „We take our weekend at the country. Hitler takes his country at the weekend." Schon zu Beginn jenes schicksalhaften Jahres hatte der damalige Außenminister Seiner Majestät, Anthony Eden, genau das kommen sehen und am 20. Februar, wenige Tage vor dem „Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich, einen letzten Versuch unternommen, um Premierminister Neville Chamberlain zu einer grundsätzlichen Kursänderung in der Außenpolitik gegenüber den Diktatoren Hitler und Mussolini zu bewegen.

Das Gespräch war hart – und völlig ergebnislos. Chamberlain, der seine Politik des Ausgleichs um fast jeden Preis für die einzig realistische hielt, lehnte Edens Position endgültig ab – daß zwar mit Hitler und Mussolini verhandelt werden müsse, aber nicht überhastet, nicht anbiedernd, nicht in einer Situation militärischer Unterlegenheit, und vor allem nicht isoliert, sondern nur in einer gemeinsamen Front der Demokratien England, Frankreich und USA. Der Premier hielt das für den sicheren Weg in den Weltkrieg. Der Bruch war unausweichlich: Eden trat zurück. Für Chamberlain und sein Kabinett war der Weg frei nach München, wo die Tschechoslowakei auf dem Altar der Appeasement-Politik geopfert wurde. Ein Jahr später war der Krieg da.

Der Hamburger Historiker Matthias Esche hat sein Fernsehspiel vom Sonntagabend, „Die Friedenmacher", als den Versuch angelegt, „die Mechanik einer Weltkrise detailgenau vorzuführen und das Räderwerk von Außenpolitik sinnlich anschaulich zu machen". Ein breites Quellenmaterial – Archivalien, diplomatische Korrespondenzen und Tagebuchaufzeichnungen – dienten ihm dabei als Unterlage, und man darf ihm bescheinigen, daß er es intensiv genutzt hat.

Matthias Esche und NDR-Fernsehspielchef Dieter Meichsner haben einen vom tagespolitischen Gezänk abgehobenen Beitrag zur Debatte über Nachrüstung und Friedenspolitik vom vergangenen Herbst liefern wollen – gewissermaßen eine aus den Quellen der Zeitgeschichte entnommene Antwort auf die Frage, ob der Frieden machbar sei. Das Urteil darüber, ob der Versuch gelungen ist, bleibt zwiespältig.

Gewiß hat das von dem Tschechoslowaken Stanislav Barabas (er erlebte die Preisgabe der Tschechoslowakei als 15jähriger in seiner Heimat mit) inszenierte Spiel die grundlegende Lehre des Jahres 1938 prägnant vermitteln können: daß politische Kapitulation nur den unmittelbar bevorstehenden militärischen Konflikt und nichts weiter zu bannen vermag; daß sie die Zukunft gefährdet und häufig den Keim für den Krieg von morgen in sich trägt. Und sicherlich hat die tragische historische Figur des Neville Chamberlain, vorzüglich dargestellt von Richard Münch, in diesem Fernsehspiel eine faire Würdigung erfahren. Auch sind Esche einige exzellente Dialoge gelungen. Ein „Drama der Macht, ein Abbild menschlichen Hoffens und Irrens, eine Geschichte des Scheiterns von Männern, die sich nach Frieden sehnten und doch den Weg zum Krieg öffneten" – das ist ihm freilich nur streckenweise gelungen.

Das Stück hat einen insgesamt eher sterilen Eindruck hinterlassen, vor allem deshalb, weil dem Zuschauer „Kabinettspolitik" vorgeführt wurde – so als ob die öffentliche Meinung Großbritanniens und Frankreichs damals nicht auf das nachdrücklichste die Motive und Handlungen der verantwortlichen Politiker beeinflußt hätte. Gänzlich mißlungen war die Figur Görings. Nichts von den dröhnend-jovialen Zügen dieses Mannes, wenig von seiner Verschlagenheit, und noch weniger von seiner Nachdenklichkeit und inneren Skepsis in jenen dramatischen Monaten trat zutage. Stanislav Barabas hat auf der Klaviatur der Multimedia-Effekte – Moderation von Dagmar Berghoff, Spielszenen im Studio, Filmausschnitte auf der Leinwand – gespielt, aber er griff auch zu Mitteln, die entbehrlich gewesen wären – etwa dem als Sinnbild der Bedrohung in das Studio gefahrenen Panzer.

Fazit: Die Betroffenheit der Zuschauer, jedenfalls im Wandsbeker Studio, hielt sich in Grenzen. Dennoch: Dieter Meichsner, der Zeitgeschichte „transportieren" will, ist auf dem richtigen Wege. Das Thema des nächsten Live-Spiels: „Der Fragebogen" von Ernst von Salomon.

UWE BAHNSEN

Der taumelnde Satellit setzt die Shuttle-Crew unter Zeitdruck

Auch der für gestern geplante zweite Versuch „Solar Max" zu reparieren, wurde verschoben

A. BÄRWOLF, Hamburg

Nach drastischen Flugplanänderungen kurvte die fünfköpfige Besatzung des elften amerikanischen Raumschifffluges in der Nacht zum Dienstag weiter in der Hoffnung um die Erde, zum ersten Mal in der Geschichte der Astronautik einen Satelliten einfangen und nach der Reparatur wieder aussetzen zu können. Nachdem am Sonntag alle Bemühungen gescheitert waren, den lädierten Sonnensatelliten „Solar Max" durch einen freifliegenden Menschen zu stabilisieren und mit Hilfe des Roboter-Greifarms einzufangen, soll jetzt am Mittwoch nachmittag deutscher Zeit versucht werden, den rotierenden Satelliten allein mit dem in Kanada gebauten Manipulatorarm zu fassen und zur Reparatur an Bord zu bringen.

Bis zur Stunde weiß die NASA-Führung noch immer nicht, warum die Koppeleinrichtung, die der Astronaut George Nelson bei seinem kühnen Vorstoß zwischen die Sonnenzellenflügel von „Solar Max" über dem Raumanzug getragen hatte, sich nicht mit dem Gegenstück des Satelliten verbinden wollte. Es ist möglich, daß die Koppelvorrichtung mit ihrem Federmechanismus in der Weltraumnacht zu kalt geworden war.

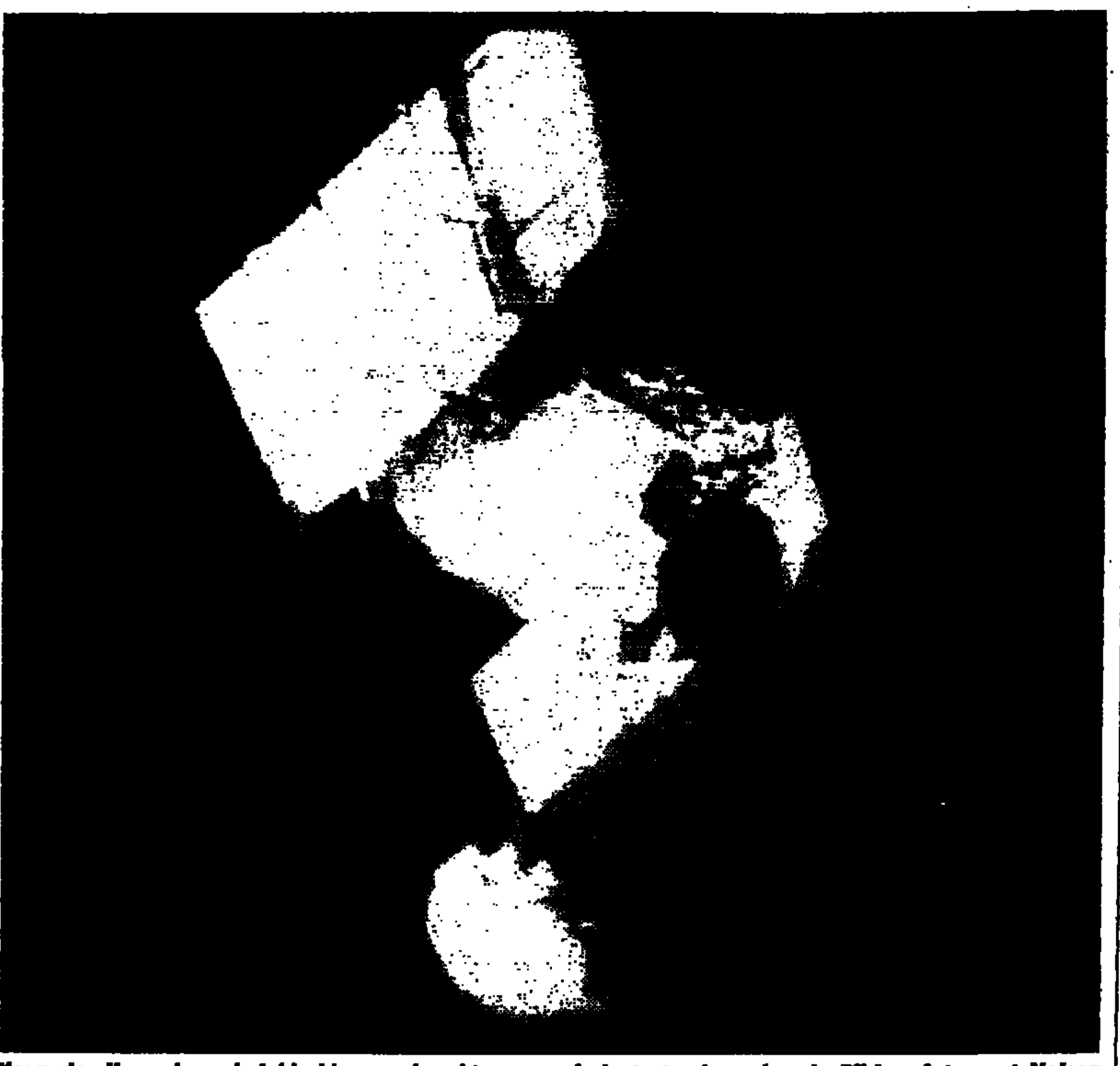
Ganz offensichtlich hat Nelson bei seinen großen Anstrengungn, die Rotation von „Max" schließlich mit der Hand zu stoppen, die Taumelbewegung des Kunstmondes um seine Achsen noch mehr verstärkt. Raumschiffkommandant Bob Crippen hatte danach abgelehnt, mit dem zweiten Manövriergerät an Bord von „Challenger" einen erneuten Koppelversuch eines seiner Kameraden mit „Solar Max" zu versuchen.

Crippen, der schon zum dritten Mal mit einem Shuttle in den Weltraum vorgestoßen ist, hatte Sorge, daß dann nicht mehr genug Treibstoff in dem schon benutzten Manövriergerät für den Fall einer notwendig werdenden Rettungsaktion zur Verfügung stehen könnte. Stattdessen versuchte Crippen, das Raumflugzeug auf die Rotationsgeschwindigkeit von „Max" zu bringen, so daß der Astronaut Hart den Satelliten mit dem Greifarm hätte fassen können. Diese Bemühungen scheiterten jedoch an der zu hohen Rotationsgeschwindigkeit von „Max".

Das Kontrollzentrum in Houston erteilte schließlich der Challenger-Besatzung die Anweisung, in sichere Entfernung von „Max" zu gehen und sich Ruhe für die bevorstehenden weiteren Versuche zu gönnen. Unterdessen versuchte das Goddard-Raumflugzentrum in Greenbelt (US-Bundesstaat Maryland) „Max" zu stabilisieren, obgleich eine der Lagensteuerungsanlagen an Bord des Sonnensatelliten, der Eruptionen auf der Sonne registrieren sollte, ausgefallen ist. Der Bodenstation gelang auch eine gewisse Stabilisierung von „Max", aber der Satellit befindet sich weiter in einer Lage, in der Crippen beim Formationsflug mit „Max" zuviel Treibstoff für die Lagensteuerung von „Challenger" verbrauchen würde, deswegen unternimmt Goddard nun erneute Versuche, „Max" zu stabilisieren.

Alles hängt jetzt davon ab, ob „Max" in eine Lage gebracht werden kann, bei der Crippen nicht zuviel Treibstoff verbraucht. Dieser Treibstoffverbrauch ist außerordentlich kritisch. Denn mit den gleichen Lagensteuerungsdüsen, mit denen Crippen „Challenger" im Weltraum manövriert, muß er auch das Raumschiff bei der Rückkehr zur Erde steuern.

Auch das zweite Rendezvous von „Challenger" mit „Max" muß teilweise mit dem Sprit für die Lagensteuerungsanlage RCS geflogen werden. In der Nacht zu Dienstag befand sich „Challenger" noch fast hundert Kilometer von „Max" entfernt. Sollte das Einfangen des Satelliten beim zweiten Versuch am Mittwoch tatsächlich gelingen, stehen die Reparaturarbeiten unter hohem Zeitdruck, da das Programm wenigstens 48 Stunden hinter dem Plan zurückliegt.



Wenn der Versuch auch fehlschlug, so brachte er zumindest atemberaubende Bilder: Astronaut Nelson bemüht sich, frei im Raum schwebend, „Solar Max" zu stabilisieren. FOTO: AP

Spiegel im All sollen Licht in die Nacht bringen

rtr, Moskau

Die Sowjetunion will in den nächsten zehn Jahren ein System erproben, das möglicherweise eine Fülle irdischer Energie-Probleme aus dem Weltraum lösen könnte. Riesige Spiegel sollen das Sonnenlicht nach Bedarf ablenken. Wie die sowjetische Parteizeitung „Prawda" gestern berichtete, könnten auf diese Weise etwa Städte, Straßen oder Großbaustellen während der Nacht beleuchtet werden. Auch in der Landwirtschaft sei der Einsatz wärmender Sonnenstrahlen denkbar.

Die Idee der Raumreflektoren sei 1929 von dem deutschen Physiker Herman Obert erstmals vorgeschlagen und später von dessen amerikanischem Kollegen Herbert Kraft weiterentwickelt worden. In der UdSSR sei man mittlerweile soweit, daß die Erprobung von Prototypen ins Auge gefaßt und ein kostengünstiges Gesamtprojekt geplant werden könne, hieß es in der „Prawda".

Verpflanzung in München

dpa, München

Zum zweiten Mal innerhalb von vier Tagen ist im Münchner Universitätsklinikum Großhadern eine Herzverpflanzung geglückt. In der Nacht zum Sonntag wurde einem Patienten das Herz eines 18jährigen Spenders eingesetzt, der in Kiel nach einem Unfall gestorben war.

Mordauftrag

AFP, Valognes

Drei junge Franzosen aus dem Nordwesten haben in der vergangenen Woche ihren Vater umbringen lassen. Wie die Polizei erklärte, hatten die drei Kinder einen Freund mit der Ermordung beauftragt. Der 19jährige erschoß den Vater mit einem Jagdgewehr. Das Motiv der drei blieb zunächst unklar.

Alkohol-Detektor

rtr, Peking

China hat nach einem Zeitungsbericht mit dem Export elektronischer Alkohol-Detektoren begonnen. In dem Bericht eines chinesischen Fachmagazins hieß es, das im Auto eingebaute Gerät könne Alkohol im Atem des Fahrers „riechen" und verhindere automatisch das Starten.

Beatles-Ansturm

AFP, Liverpool

Zwei Jahrzehnte nach Ausbruch der „Beatlemania" erhält Liverpool, Geburtsstadt der „Pilzköpfe", in dieser Woche ein „Beatle-City Museum". Angeblich bilden die 800 Exponate „die größte ständige Ausstellung ihrer Art in der Welt". Dazu gehören unter anderem Gitarren von John Lennon, die Heiratsurkunde seiner ersten Ehe, Ringo Starrs „Mini-Cooper" und Bühnenkleidung.

Säugling im Müll

dpa, St. Ingbert

Wegen des Verdachts der Kindestötung ermittelt die Kriminalpolizei gegen eine 29 Jahre alte Frau aus St. Ingbert (Saar-Pfalz-Kreis). Polizeibeamte hatten nach einem anonymen Hinweis im Mülleimer ihrer Wohnung einen toten Säugling gefunden. Die Frau, die im Krankenhaus liegt, konnte allerdings noch nicht vernommen werden.

LEUTE HEUTE

Des Prinzen Fall

Prinz **Philip** (62) hat wieder einmal Pech gehabt – diesmal beim Fahrderby in Windsor mit einem Vierspänner. Nach zwei Kutschenunfällen kehrte er mit blauen Flecken und einem geschwollenen Bein nach Schloß Windsor zurück. Fahrderbys – Geschicklichkeitsslaloms mit einer von vier Pferden gezogenen Kutsche – sind Philips neues Hobby, seit er wegen angegriffener Handgelenke nicht mehr Polo spielen kann. Aber auch auf dem Bock hat er schon mehrere harte Stürze hinter sich. Als er jetzt an einem Hindernis gleich zweimal stürzte, murmelte er grantig: „Jetzt reicht's mir aber erstmal."

Fünf-Tage-Frist

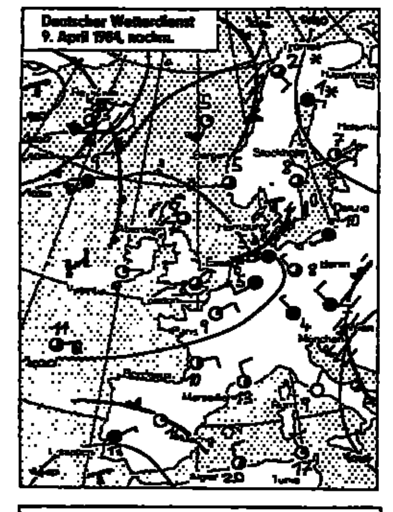
Die 26jährige Amerikanerin **Elizabeth Bouvia**, der das Sterben durch Nahrungsverweigerung gerichtlich untersagt worden ist, befindet sich seit dem Wochenende nicht mehr im Krankenhaus. Die gelähmte Frau hat in dem Aufsehen erregenden Verfahren erklärt, sie ziehe den Tod einem Leben in einem „nutzlosen Körper" vor. Der Arzt, der sie bisher behandelte, äußerte nun die Befürchtung, daß die Gelähmte innerhalb von fünf Tagen sterben könne, falls sie die Nahrungsaufnahme verweigere.

Heimliche Verlobung

Patti Davis (31), Tochter von US-Präsident **Ronald Reagan** (73), hat sich heimlich verlobt. Nicht einmal ihre Eltern weihte sie vorher ein. „Die können das aus der Zeitung erfahren", soll sie zu einer Freundin gesagt haben. Wie britische Zeitungen gestern meldeten, flogen Patti und ihr Auserwählter, der Joga-Lehrer **Paul Grilley** (25), nach Paris, um sich bei dem Star-Juwelier Maubossin Verlobungsringe auszusuchen. Inzwischen ist das Paar nach Kalifornien zurückgekehrt und ließ die wartenden Neugierigen lediglich wissen: „Wir sind sehr glücklich."

WETTER: Bis 10 Grad

Wetterlage: Im Bereich eines über Deutschland langsam südwärts schwenkenden Hochdruckkeils bestimmt noch wolkenreiche und verhältnismäßig kühle Luft das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Dienstag

Für alle Gebiete: Überwiegend wolkig mit nur kurzen Auflockerungen und noch vereinzelt geringer Regen. Tageshöchsttemperaturen zwischen 7 und 10 Grad, in den Mittelgebirgen um 4 Grad. Tiefstwerte nachts zwischen 3 und null Grad, im Bergland leichter Frost, schwachwindig.

Weitere Aussichten

In Norddeutschland im Tagesverlauf erneut Eintrübung, sonst vorübergehend freundlich und etwas wärmer.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	8°	Kairo	28°
Bonn	6°	Kopenh.	5°
Dresden	5°	Las Palmas	22°
Essen	5°	London	8°
Frankfurt	6°	Madrid	16°
Hamburg	5°	Mailand	11°
List/Sylt	4°	Mallorca	17°
München	4°	Moskau	9°
Stuttgart	6°	Nizza	15°
Algier	20°	Oslo	5°
Amsterdam	7°	Paris	9°
Athen	15°	Prag	5°
Barcelona	15°	Rom	9°
Brüssel	4°	Stockholm	8°
Budapest	14°	Tel Aviv	23°
Bukarest	8°	Tunis	17°
Helsinki	11°	Wien	7°
Istanbul	12°	Zürich	7°

*Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.35 Uhr, Untergang: 20.12 Uhr, Mondaufgang: 14.07 Uhr, Untergang: 5.16 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel.

Nach dem plötzlichen Tod ihrer Babys schlagen die Eltern von Hof Alarm

Bürgerinitiativen fordern rigorosen Schutz vor Immissionen aus der „DDR" und der CSSR

dpa, Hof

Die Gründung einer Elterninitiative in Hof hat ein ungeheures Echo ausgelöst. Innerhalb kurzer Zeit sind ihr nicht nur 200 Elternpaare beigetreten, sondern in ganz Bayern bilden sich laufend neue Gruppen. Seit im Raum Hof in diesem Jahr vier Säuglinge in wenigen Wochen plötzlich an Bronchiolitis gestorben sind, können Eltern kleiner Kinder nicht mehr ruhig schlafen. Am 20. Februar, einem Montag, hatten die Mütter in der Hofer Stillgruppe festgestellt, daß alle ihre Säuglinge krank waren. Am Tag zuvor war in Hof mit 1,45 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter Luft die bislang höchste Schadstoffkonzentration gemessen worden.

Im Talkessel der Saale hingen bei einer Inversionswetterlage die Abgase aus den nahen Industrierevieren von „DDR" und CSSR regelrecht fest.

Nach den Auswirkungen auf die Wälder, die langsam dahinsterben, bedroht die katastrophale Luftverschmutzung im Nordosten Bayerns nun offenbar immer akuter die Gesundheit der Menschen. Zusammenhänge mit dem Anstieg der Atemwegserkrankungen, die an Dauer, Häufigkeit und Hartnäckigkeit zunehmen, liegen auf der Hand, wenngleich sie immer noch nicht beweisbar sind. Andererseits gab es im vergangenen Jahr nicht einen einzigen plötzlichen Todesfall bei Kindern; damals lag die Luftverschmutzung allerdings auch noch nicht so beunruhigend hoch, wie indiesem Jahr.

Tatsache ist jedoch, daß der Gerichtsmediziner bei den vier Babys, die zwischen dem 15. Januar und dem 26. Februar 1984 starben, Bronchiolitis als Todesursache festgestellt hat.

Eine erste Obduktion der Säuglinge hat keinerlei Beweise für den Zusammenhang von Luftverschmutzung und Todesursache erbracht. Allerdings liegen die Ergebnisse einer chemischen Untersuchung durch das Gerichtsmedizinische Institut der Universität Erlangen noch nicht vor.

Juristische Konsequenzen wären allerdings auch im Falle positiver Befunde kaum denkbar. „Wen sollte ich belangen?", fragt Oberstaatsanwalt Oskar Rauch.

Weil es keine Meldepflicht für diese Art von Todesfällen gibt, hat jetzt das Staatliche Gesundheitsamt die Ärzte gebeten, Erkrankungen der Atemwege, die auf die Verschmutzung der Luft zurückgeführt werden können, freiwillig zu registrieren.

Der Sprecher der Hofer Elterninitiative, Udo Benker-Wienands, fordert darüber hinaus die Erarbeitung von Smogalarmplänen und wissenschaftliche Analysen über die Zusammenhänge zwischen der Luftverschmutzung und den Erkrankungen.

Die Meßergebnisse des Landesamtes für Umweltschutz werden skeptisch aufgenommen, ebenso wie die Worte der Politiker, denen man in Kreisen der Eltern aus wirtschaftlichen Erwägungen keine objektive Beurteilung zutraut. Die Eltern befürchten, daß die Politiker im Urlaubsgebiet Oberfranken aus Angst vor ausbleibenden Touristen mit der Wahrheit hinterm Berge halten könnten.

Seit den vier Todesfällen dauern die Hausbesuche der Hausärzte länger als früher. Die Eltern kranker Kinder lassen sich nicht mehr mit Erklärungen wie „Reizhusten" oder „leichte Erkältung" abspeisen, sie fordern detaillierte Aufklärung.

Bis ein Luftreinhalteplan aufgestellt und damit die Grundlage für eine Smogverordnung geschaffen wird, vergehen freilich Jahre. Die Eltern am Südwestrand des Erzgebirges, dem am stärksten belasteten Gebiet Europas, wollen jedoch sofort Taten sehen. Sie fordern politischen wie wirtschaftlichen Druck gegenüber den Regierungen in Ost-Berlin und Prag.

Politisches Motiv für Mord an ARD-Mann?

dpa, Rio de Janeiro

Gut drei Monate nach dem Mord an dem deutschen Rundfunkkorrespondenten Karl Brugger in Rio de Janeiro kommen bei der brasilianischen Polizei offenbar Zweifel auf, ob Brugger – wie angenommen – tatsächlich einem Raubüberfall zum Opfer gefallen ist. Die Zeitung „Jornal do Brasil" veröffentlichte am Sonntag eine lange Reportage, in der es heißt, Brugger sei nach Meinung einiger Polizeibeamter möglicherweise aus politischen Gründen umgebracht worden.

Laut „Jornal do Brasil" hat die Polizei herausgefunden, daß Brugger „wichtige Dokumente" über den Nazismus in Brasilien und über Gewalttaten gesammelt habe, die besonders in der Amazonas-Region verübt worden sein sollen. Diese seien nach Bruggers Tod verschwunden.

„Jornal do Brasil" beschäftigte sich in diesem Zusammehang ausführlich mit einem 1976 in Deutschland erschienenen Buch Bruggers „Eine Chronik von Akakor". Darin wird die fiktive Geschichte einer Urwald-Zivilisation am Amazonas erzählt, die 1939 Nazi-Offiziere entdekken, während sie für Hitler die Eroberung Lateinamerikas vorbereiten.

„Diese Geschichte ist ganz offensichtlich Phantasie, enthält aber auch viele Wahrheiten", zitiert „Jornal do Brasil" den brasilianischen Cineasten Carlos Marques, der über den „Fall Brugger" einen Film drehen will.

Die Dichter und Denker klopfen auch gern Sprüche

URSULA BELDE, Köln

Was die Sprichwörter angeht, sind die Deutschen nicht schlecht ausgestattet. Bei einer Umfrage des Düsseldorfer Instituts „Intermarket" gaben 71 Prozent der Befragten an, mehr als ein Dutzend zu kennen. Nur sieben Prozent erklärten, niemals ein geflügeltes Wort im Munde zu führen. Der Spitzenreiter „Morgenstund' hat Gold im Mund" wird von Männern bevorzugt, Frauen halten sich lieber an Sprüche wie „Freunde in der Not …"

Spruchweisheiten geben Trost, werden aber genau so gern angewandt, um andere zu ärgern. Sogar ein Nord-Süd-Gefälle fällt auf: Im Norden sind sie oft Ausdruck von Schadenfreude, im Süden werden sie zu fröhlichen Anlässen gern zitiert.

Am Rhein und an der Ruhr beherrscht „Zeit ist Geld" das Sprichwort-Feld. Den Typ des Klügeren, der nachgibt, findet man unter allen Sprichwort-Verwendern besonders häufig. Daß abends der Faule fleißig wird, ist den Selbständigen und Freiberuflern längst nicht so geläufig wie anderen Gruppen, und der Anti-Spruch „Wer sein Auto liebt, der schiebt" steht bei Angestellten und Beamten weit höher im Kurs als bei Arbeitern.

Von tausend, vor allem innerhalb der Familien weitergegebenen Traditions-Sprichwörtern,haben zwanzig einen besonders hohen Bekanntheitsgrad. Mit dem Lieblingsthema Geld wird die Hitliste angeführt. „Zeit ist Geld" und „Aus Schaden wird man klug" sind gern eingesetzte Alltagsweisheiten. Kurioserweise steht in der Rangliste obenan auch das Wort vom dümmsten Bauern, der bekanntlich die dicksten Kartoffeln haben soll.

Was im 18. Jahrhundert das literarische Zitat in der gepflegten Unterhaltung war, sind heute Redensarten und freche Sprüche – meint Professor Erwin Scheuch, Direktor des Instituts für Angewandte Sozialforschung der Universität Köln, zum Abschluß einer „Sprachschatz-Suche" der Aachener und Münchener Versicherungsgruppe. Die Fähigkeit, den Alltag mit Sprichwörtern zu meistern, sei immer noch lebendig.

Als ergiebige Quellen gelten neben der allgemeinen Volkskultur und der Werbung immer noch die Bibel („Sicher wie in Abrahams Schoß" und „Alt wie Methusalem") – aber auch sprücheklopfende Politiker. Während die Versicherungsgruppe die „Sprachschatz-Suche" wegen „grundsätzlicher Beziehungen" zum geflügelten Wort gestartet hatte, kam am Ende sogar Lob von „ganz oben": „Was zunächst wie ein kurioser Werbegag aussah, entpuppte sich als ein Akt bewußter Sprachpflege", fand Professor Günther Pflug, Vorsitzender der Gesellschaft für Deutsche Sprache.

ZU GUTER LETZT

„Die grüne Zukunft ist weiblich" Schlagzeile in der „TAZ".